

**SITZUNGSBERICHTE  
DER LEIBNIZ-SOZIJETÄT**

**Band 63 • Jahrgang 2004**

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-464-8

***Inhalt***

***Vorträge***

*01 Norman Paech:* Probleme des Völkerrechts zu Beginn des 21. Jahrhunderts

*02 Walter Schmidt:* Moritz Elsner und die 1848er Demokratie in Schlesien

*03 Helmut Bock:* Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen - 85 Jahre danach (Thesen)

*04 Helmut Steiner:* Alexandra Kollontai über Theorie und Praxis des Sozialismus

*05 Lothar Sprung:* Grundzüge eines integrativen Systems der humanwissenschaftlichen Methodik

*06 Jürgen Kocka:* Krisen und Chancen der Sozialgeschichte

*07 Manfred Neuhaus:* Transatlantische Korrespondenzen. Die journalistischen Arbeiten von Marx und Engels im Jahre 1855

***Zum Gedenken***

*08 Volker Külow:* Zur Erinnerung an das Korrespondierende (Auswärtige) Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR Auguste Cornu (1888-1981). Auguste Cornu: Mein Studentenleben an der Berliner Universität

*09 Ronald Paris:* Dogma und Toleranz; Rede zur Einweihung des Wandbildes von G. Mucchi in der Altstaakener Dorfkirche am 29. August  
Kurzbiographie Gabriele Mucchi

## ***Rezensionen***

*10 Gerald Hubmann:* Wolfgang F. Haug (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 5

*11 Armin Jähne:* Rasputin - Antichrist, Heilsbringer oder Friedensapostel?  
Edward Radsinski: Die Geheimakte Rasputin. Neue Erkenntnisse über den Dämon am Zarenhofe

*12 Herbert Hörz:* Wie misst man Kompetenz? John Erpenbeck/Lutz von Rosenstiel (Hrsg.), Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis

Norman Paech

## **Probleme des Völkerrechts zu Beginn des 21. Jahrhunderts**

Vortrag vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 20.11.2003

In der November-Ausgabe des „Merkur – Zeitschrift für europäisches Denken“ finde ich unter der Überschrift „Baustelle Neue Weltordnung. Über die Grenzen der Vereinten Nationen und des Völkerrechts“ von Christoph von Marshall den Satz: „Das Völkerrecht hält nicht Schritt mit der Entwicklung der Welt. Aber es ist nicht obsolet. Es tastet sich selber in die neue Zeit. Und es ist wohl unvermeidbar, dass die mächtigen Staaten dabei Wege erproben, die die Grenzen des tradierten Völkerrechts sprengen. Wäre es nicht besser, die Weiterentwicklung produktiv zu gestalten, anstatt immer nur Stopp zu rufen?“ Man würde dem Autor folgen, wenn die aktuellen Grenzüberschreitungen nicht vor allem neue Begründungen für neue Kriege suchen würden.

### **1. Janusköpfiges Völkerrecht**

Bis in das 20. Jahrhundert gab es niemand, der Stopp rufen konnte und die mächtigen Staaten in der Weiterentwicklung des Völkerrechts hindern konnte. Denn „es tastet sich nicht selber in die neue Zeit“, es entspringt nicht dem göttlichen Willen oder der Natur, sondern ist das Produkt der mächtigen Staaten. Staaten, die seit der europäischen Eroberung der Welt ihr Recht den unterworfenen Völkern überstülpten und untereinander die Festigung von Nationalstaaten mit der Konkurrenz um Kolonien und die Reichtümer der Welt durch Verträge und rechtliche Regeln zu verbinden suchten. Ein janusköpfiges Recht: mit dem Blick auf Europa um Machtausgleich und Herrschaftssicherung sowie Organisation des Handels- und Wirtschaftsverkehrs bedacht, mit Blick auf die nichtchristliche Welt ein Kolonialrecht. Seine grundlegenden Prinzipien waren die der staatlichen Souveränität ohne Rechte für die Völker, des gerechten Krieges, der Okkupation und Annexion. Ein solches, durch die Kolonisierung der Welt bestimmtes Recht, blieb es weitgehend bis in das zwanzigste Jahrhundert.

Erst mit der endgültigen Aufteilung der Welt unter die europäischen Hauptmächte, dem katastrophalen Ausbruch ihrer Rivalitäten im 1. Weltkrieg und dem Erfolg der russischen Revolution kam es zu einem Epochenwechsel des Völkerrechts und dem ersten Versuch der Einrichtung einer neuen Weltordnung. Angestoßen bereits von Lenin in seinem ersten Friedensdekret und formuliert einige Monate später von Wilson in seinen 14 Punkten handelte es sich um die revolutionäre Umordnung des latenten Kriegssystems zwischen den Staaten: von einem Gleichgewicht der Mächte zu einem Rechtsgleichgewicht in einem System kollektiver Sicherheit. Die Idee bestand in der Beschränkung der Souveränität der Staaten durch ihre Bindung an gleiche Rechte und Pflichten unabhängig von der Größe, Stärke und Macht der Staaten. Das beinhaltete den Verzicht auf willkürliche Ausübung des Kriegsrechts und die Wiederaufnahme des Selbstbestimmungsrechts aus der französischen Revolution zum Schutz von Völkern und Minderheiten in dem jetzt – zumindest in Europa – weitgehend ausgebildeten System von Nationalstaaten.

Trotz des frühen Scheiterns des Völkerbundes war seine Idee nicht gebrochen und drängte weiter in Richtung einer Weltordnung, in der das Recht an die Stelle des Krieges gesetzt werden musste. 1928 vereinbarten die Staaten das erste Kriegsverbot und erweiterten es 1945 in der UNO-Charta trotz mangelnden Erfolges zu einem absoluten Gewaltverbot. Die Kompetenzen des Sicherheitsrats wurden gegenüber dem Völkerbund gestärkt. Der Frieden sollte nicht mehr nur durch die Abwesenheit von Krieg sondern positiv durch die Verwirklichung sozialen, ökonomischen und kulturellen Fortschritts definiert werden. Sie nahmen jetzt das Selbstbestimmungsrecht erstmals als bindendes Prinzip in die Charta auf, ohne es allerdings konsequent in ein Dekolonisationsgebot zu übersetzen. Der Menschenrechtsschutz wurde auf die Agenda der UNO gesetzt ebenso wie die Entwicklung einer internationalen Strafgerichtsbarkeit. Es war das erste Grunddokument eines allgemeindemokratischen Völkerrechts.

## **2. Hierarchisierung der Völkerrechtsordnung: Weltinnenrecht und „global governance“**

Dennoch lässt sich der gegenwärtige Stand der Völkerrechtsordnung noch nicht mit der politischen Kohärenz und der dogmatischen Geschlossenheit einer Verfassungsordnung vergleichen, selbst wenn ihre Verfasser in San Francisco eine vergleichbare Verbindlichkeit für alle Staaten intendiert hatten. Lange Zeit ist dieser Aspekt in Vergessenheit geraten und erst wieder in jün-

gerer Zeit aufgegriffen worden. Begriffe wie „Weltinnenrecht“<sup>1</sup>, „Internationales Verfassungsrecht“<sup>2</sup> und „Konstitutionalisierung des Völkerrechts“<sup>3</sup> zeugen davon. Ihre Protagonisten haben in dem Europarecht, welches sich aus dem Völkerrecht in ein Recht sui generis entwickelt hat und jetzt dem staatlichen Verfassungsrecht sehr viel näher steht als dem klassischen Völkerrecht,<sup>4</sup> ein lehrreiches Beispiel für eine fortschreitende Konstitutionalisierung. Die gewünschte Entwicklung läuft nicht nur auf eine Verdichtung der rechtlichen Verpflichtung, sondern auf eine Hierarchisierung des Völkerrechts, dessen Eigenart bis jetzt eher als Recht der Koordination und Kooperation gleichberechtigter Rechtssubjekte auf gleicher Ebene beschrieben worden ist.

Seit Ende des 2. Weltkrieges haben trotz Fortbestehens des Ost-West-Antagonismus dennoch die hierarchisierenden Elemente des Völkerrechts und die Tendenzen zur Einschränkung der nationalstaatlichen Souveränität stark zugenommen. Nicht nur die Neuauflage eines kollektiven Sicherheitssystems mit der UNO, sondern die Organisation der Weltwirtschaft im Bretton Woods- und GATT-System, die Einrichtung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften, die Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts und der langsame Aufbau eines Schutzsystems der Menschenrechte sowie der internationalen Strafgerichtsbarkeit haben zahlreiche Institutionen mit eigenen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten hervorgebracht.

Der Untergang der Sowjetunion und die Auflösung der Ost-West-Konfrontation Anfang der neunziger Jahre, mit dem das „kurze 20. Jahrhundert“ endete und das 21. bereits begann, hat die Diskussion um neue Perspektiven der Völkerrechtsentwicklung unter den besonderen Bedingungen der Globalisierung belebt. Das neue Paradigma, welches mit den Begriffen des „Weltinnenrechts“, der „Konstitutionalisierung“ und „global governance“ angekündigt wird, knüpft an einige Erscheinungen des internationalen Systems an,

- 1 Vgl. Delbrück, Jost, *Wirksames Völkerrecht oder neues „Weltinnenrecht“ – Perspektiven der Völkerrechtsentwicklung in einem sich wandelnden internationalen System*. In: Delbrück, J., *Die Konstitution des Friedens als Rechtsordnung*, Berlin 1996, S. 318 ff.
- 2 Vgl. Uerpmann, Robert, *Internationales Verfassungsrecht*. In: *Juristenzeitung* 2001, S. 565 ff.
- 3 Vgl. Frowein, Jochen A., *Konstitutionalisierung des Völkerrechts*. In: *Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht, Dicke, Klaus, Hummer, Waldemar u.a. (Hrsg.), Völkerrecht und Internationales Privatrecht in einem sich globalisierenden internationalen System – Auswirkungen der Entstaatlichung transnationaler Rechtsbeziehungen*, Heidelberg 2000, S. 427 ff.
- 4 Vgl. Kunig, Philipp, 1995, S. 591 ff., 597; Schweitzer, Michael, *Staatsrecht III, Staatsrecht, Völkerrecht, Europarecht*, Heidelberg 2000, S. 16 ff.

die schon früher mit dem Begriff der „Weltinnenpolitik“<sup>5</sup> umschrieben wurden, deren normative Auswirkungen allerdings noch zweifelhaft sind. Die Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Funktionen des Nationalstaates hat zunächst eine Erweiterung des Kreises und Stärkung der Bedeutung dieser internationalen Akteure mit sich gebracht. Dieser Befund wird mit der Forderung begleitet, dass er Auswirkungen auf den Rechtserzeugungsprozess im Völkerrecht haben müsse, bei dem die Bedeutung des Staates zurückgehe und durch die Einbeziehung der nichtstaatlichen Akteure ersetzt bzw. ergänzt werde. Unübersehbar ist bei diesen Erwägungen, die überwiegend im Konjunktiv gehalten werden, dass die Veränderung des Völkerrechts von „einer bisher koordinationsrechtlichen Ordnung zu einer hierarchisch strukturierten Ordnung, das heißt zu einem ‚Weltinnenrecht‘“<sup>6</sup> eingefordert wird. Mit „fortschreitender Konstitutionalisierung des Völkerrechts ... (soll) die Willkür einzelner Staaten zurückgedrängt (werden). Entscheidungskompetenzen gehen auf internationale Gemeinschaftsorgane über, und staatliche Entscheidungen werden verfahrensmäßig eingebunden.“<sup>7</sup>

Diese Überlegungen sind noch weitgehend Wunschvorstellungen, soweit sie sich auf den Rahmen der UNO und ihre Aufgaben der Kriegsverhütung, Friedenssicherung und Menschenrechtsgarantie beziehen. Anders allerdings in der Welt der WTO, deren Institutionalisierung als Ergebnis der GATT-Uruguay-Runde von Stephen Gill als „neuer Konstitutionalismus des disziplinären Neoliberalismus“ bezeichnet wird.<sup>8</sup> Damit wird der politisch-juristische Rahmen angesprochen, mit dem bi- und multilaterale Übereinkommen nicht nur Handel und Investitionen, sondern auch Rechte an materiellem und geistigem Eigentum sowie Institutionen der Wirtschaftspolitik (z.B. unabhängige Zentralbanken, öffentliche Haushalte) umfassen und sie zunehmend der demokratischen Kontrolle zu entziehen trachten. Wenn es etwa heißt, dass von einer Weltinnenrechtsordnung dann gesprochen werden könne, „wenn – jedenfalls vom Prinzip her – die vollständige Unterordnung staatlicher Souveränität hin-

5 1963 von C. F. v. Weizsäcker in die Debatte eingeführt.

6 Delbrück, Jost, (Anm. 1), S. 346.

7 Uerpmann, Robert, (Anm. 2), S. 572.

8 Gill, Stephen, New Constitutionalism and the Reconstitution of Capital. Conference, Non-State Actors and Authority in the Global System, Warwick University, UK, 31 Oct. 1997, S. 3; The constitution of global capitalism. Paper presented to a Panel: The Capitalist World, Past and Present at the International Studies Association Annual Convention, Los Angeles 2000, S. 3 ff.; Auf dem Weg zu einem postmodernen Fürsten? Die Schlacht in Seattle als Moment der Globalisierung. In: Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2001 Heft 48, S. 61.

sichtlich der Rechtsdurchsetzung anerkannt und entsprechende Rechtsdurchsetzungsmacht den Staaten übergeordneten Rechtsdurchsetzungsinstanzen zugeordnet wäre,<sup>9</sup> so beschreibt dieses Modell das Projekt der „global economic governance“: die indirekt-disziplinären Funktionen des Marktes werden um direkt-disziplinierende Eingriffe von internationalen Organisationen ergänzt.

Damit werden die Nationalstaaten nicht von ihren Aufgaben der sozialen Kontrolle und Integration, der gesetzlichen Absicherung und Sanktionierung sowie Investitions- und Marktförderung entlastet. Sie werden nur in einem internationalen „konstitutionalisierten“ Ordnungsrahmen zusammengefasst, der ihnen ein unerwartetes und nicht marktkonformes Ausscheren aus dieser „Weltinnenrechtsordnung“ verwehrt. In jenen Staaten vor allem der ehemals Zweiten und Dritten Welt, in denen ein rechtlicher Basisrahmen bisher nicht bestanden hat oder wo er umgebaut und an die kapitalistischen Standards angepasst wird, hilft die Konstitutionalisierung der Weltordnung entweder als „Rahmengesetzgebung“ oder als Ersatz eigener Kodifikationen durch schlichte Übernahme. Die Verallgemeinerung dieses Modells auf alle politischen und juristischen Bereiche wäre aber auch das Ende des klassischen Völkerrechts als zwischenstaatliche, auf dem Konsens aufbauende Rechtsordnung. Dieser Prozess mag in einzelnen Teilbereichen – etwa im Strafrecht, der Friedenssicherung, der Menschenrechte – erstrebenswert sein, trifft paradoxerweise jedoch bei den Staaten auf den härtesten Widerstand, die ihn am stärksten betrieben haben.

### **3. Völkerrechtliche Ansätze einer Global Governance**

Das Global Governance-Konzept ist auf UNO-Ebene bisher vor allem in einer Kommission gleichen Namens diskutiert worden. Diese Commission on Global Governance wurde 1991 auf Initiative von Willy Brandt und Mitgliedern der Independent Commission on Disarmament and Security Issues (sog. Palme-Kommission), der International Commission on Environment and Development (sog. Brundlandt-Kommission) und der Nord-Südkommission eingerichtet. Sie arbeitet unter dem Dach der UNO und veröffentlichte 1995 die Ergebnisse ihrer Beratungen unter dem Titel „Our Global Neighbourhood“.<sup>10</sup> Ihrem sehr weiten und etwas unspezifischen Verständnis von Go-

---

9 Delbrück, Jost, (Anm. 1), S. 347.

10 Commission on Global Governance, 1995.

vernance<sup>11</sup> entspricht die Ablehnung der Zentralisierung politischer und rechtlicher Funktionen und damit die Ablehnung einer Weltregierung. Ihre institutionellen Vorschläge bleiben an der Staatenorganisation im tradierten System der UNO orientiert,<sup>12</sup> welches allerdings in einer Anzahl von Aspekten reformbedürftig ist. Es soll ergänzt werden durch eine Reihe multilateraler Organisationen wie z.B. einen „Rat für wirtschaftliche Sicherheit“, eine Weltumweltbehörde und ein Weltstrafgericht, um die Durchsetzung und damit die Stärkung des Völkerrechts zu erreichen. In Kapitel VI der UNO-Charta wird ja ausdrücklich eine Stärkung der rule of law, der internationalen Rechtsstaatlichkeit, gefordert.

Beschränken wir die Betrachtung auf die Funktion des Völkerrechts beim „Ausbau einer übergreifenden Global Governance Struktur“, so fällt der Blick zunächst auf eine bereits vorhandene stattliche Anzahl völkerrechtlicher Steuerungs- und Regulierungsregime. Sie haben in besonderen Teilbereichen der internationalen Beziehungen ein Ordnungssystem unterschiedlicher Reichweite und Effektivität aufgebaut, welches durchaus Elemente einer Global Governance Architektur enthält, ohne dass man schon von einer kohärenten Weltrechtsordnung geschweige denn Weltinnenrecht sprechen könnte.

3.1. Der Bereich der Kriegsverhütung und Friedenssicherung ist nach wie vor der wohl wichtigste Aufgabenbereich einer weltweiten Ordnungspolitik, sprich Governance.<sup>13</sup> Die beiden bisherigen Versuche, mittels eines kollekt-

11 „Ordnungspolitik bzw. Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse und unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl informelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden.“ Commission on Global Governance, 1995, S. 4

12 Dieses zeichnet auch den Weltentwicklungsbericht 1997 der Weltbank aus, mit dem Titel: Der Staat in einer sich ändernden Welt.

13 Er spielt allerdings in den „fünf tragfähigen Säulen“, die Dirk Messner bei einer zukünftigen Global Governance Architektur ausgemacht hat, keine Rolle. Er nennt lediglich die Welthandelsordnung, internationale Wettbewerbsordnung, die Weltwährungs- und Finanzordnung, die Weltsozialordnung und die Weltumweltordnung. Messner, Dirk, Ein „Neues Bretton Woods“. Ein Regelsystem für den Weltmarkt gehört auf die internationale Tagesordnung. In: E+Z, Entwicklung und Zusammenarbeit 39, 1998, S. 329 ff. Auch die AG Global Governance I der Enquete-Kommission geht offensichtlich von dieser Beschränkung aus. Hier wird dennoch kurz auf die Friedenssicherung eingegangen, da sie als zentrale Aufgabenstellung der UNO generelle völkerrechtliche Probleme einer Global Governance aufzeigt.



tiven Sicherheitssystem eine Weltfriedensordnung herzustellen, der Völkerbund und die UNO, können nicht als total gescheitert angesehen werden, selbst wenn die Liste der Fehlschläge lang ist und der Nachweis ihrer Ineffektivität nicht schwer fällt. Die hinter ihnen liegende Rationalität jedoch, Krieg und Gewalt nicht durch ein militärisches Machtgleichgewicht oder Hegemoniesystem zu bannen, sondern durch ein juristisches System allgemein wirkender Verbote, wechselseitiger Verpflichtungen und Bindungen sowie multilateraler Institutionen, steht nicht zur Debatte. Ihr demokratisches Prinzip der gleichen Verbindlichkeit und Geltung für alle Akteure, ob schwach oder stark, arm oder reich, ist der faktischen Unterwerfung unter ein Macht- und Hegemonialsystem mit seinen prekären Herrschafts- und Klientelverhältnissen eindeutig überlegen.

Die jüngsten Kriege der NATO gegen Jugoslawien und der USA gegen Afghanistan und den Irak sind dafür Beispiele. Selbst wenn man ihre ultimative Rechtfertigung als „humanitäre Intervention“ oder Krieg gegen den Terrorismus akzeptiert,<sup>14</sup> stände die Entscheidung über eine militärische Intervention nach der geltenden UN-Friedensordnung allein dem UN-Sicherheitsrat zu (Art. 39, 42 UNO-Charta), der jedoch bewusst umgangen wurde. Die im April 1999 noch während der Kriegshandlungen in Washington beschlossene Neue NATO-Strategie „emanzipiert“ die NATO in Zukunft noch weiter von ihrer Bindung an die UNO-Charta und eröffnet ihr auch dort militärische Interventionsmöglichkeiten, wo es nicht mehr um humanitäre Probleme sondern um ökonomische Versorgungsinteressen geht – wie jetzt im Irak-Krieg unübersehbar geworden ist. Diese Interventionen sprengen damit vollends die Friedenssicherungsstruktur der UNO-Charta und könnten als Aufforderung für andere Militärbündnisse oder einzelne Staaten wirken, sich ebenfalls ein von jeder allgemeinen Bindung und Rechtfertigung unabhängiges Kriebsrecht zurückzuholen. Dieses wäre nicht nur ein Rückfall hinter 1945, sondern auch hinter 1928, als sich die Staaten mit dem Briand-Kellogg-Pakt selbst das Kriebsrecht nahmen und es illegalisierten. Schon jetzt bedeutet die NATO-Strategie die Umkehr auf dem Weg von einer völkerrechtlich abgesicherten kooperativen zu einer hegemonialen Global Governance

---

14 Eine völkerrechtliche Rechtfertigung gibt es allerdings nicht, vgl. Deiseroth, Dieter, Die „humanitäre Intervention“ und Völkerrecht. In: Neue Juristische Wochenschrift, 1999, S. 3084 ff., Paech, Norman, „Humanitäre Intervention“ und das Völkerrecht. In: Albrecht, Ulrich, Schäfer, Paul, Der Kosovokrieg, Köln 1999, S. 83 ff., Simma, Bruno, NATO, the UN and the Use of Force: Legal Aspects. In: European Journal of International Law, 2000 Heft 10, S. 1 ff.

Struktur im Friedens- und Sicherheitsbereich.<sup>15</sup> Die immer wieder angesprochene und geforderte Fortentwicklung des Völkerrechts in Richtung einer Neudefinition humanitärer und ressourcensichernder Interventionen kann nicht den Aktivitäten eines Militärbündnisses der mächtigsten Staaten überlassen bleiben, sondern muss sich in den anerkannten Prozessen der Änderung der UNO-Charta oder des Völkergewohnheitsrechts niederschlagen.<sup>16</sup>

3.2. Die Menschenrechtsordnung ist ein weiteres Element internationaler Ordnungspolitik, welche sich erst nach 1945 unter dem Dach der UNO zu einem leider immer noch lückenhaften und global wenig effektiven Regelungssystem entwickeln konnte.<sup>17</sup> Bezeichnenderweise sind die normativen und institutionellen Fortschritte des Menschenrechtsschutzes dort sehr viel größer, wo im regionalen Bereich die Rechtsstrukturen insgesamt am dichtesten und der Übergang des Völkerrechts von einem Koordinations- und Kooperations- zu einem Binnenrecht vollzogen ist: in der Europäischen Union. Auf der globalen Ebene spielen die konzeptionellen Differenzen um Inhalt, Umfang und Unteilbarkeit der Menschenrechte<sup>18</sup> trotz mancher Formelkompromisse immer noch eine zu große trennende Rolle, als dass derzeit an ein wirksameres Schutzsystem mit effektivem Klagerecht und unabhängiger in-

15 Die Befürchtungen, dass Global Governance zu einer Public-Relations-Formel verkommen kann, werden in diesem Zusammenhang besonders genährt, wenn Außenminister Fischer sein Verständnis dieses Begriffes erläutert: „Regierungskunst muss heute Staaten mit anderen Staaten, mit internationalen Organisationen und auch mit den sogenannten nichtstaatlichen Akteuren kooperativ zusammenspannen. Das ist es, was wir unter dem Begriff ‚global governance‘ verstehen, und eine solche Kultur der Vernetzung und der Kooperation wollen wir zu einem Markenzeichen der deutschen Außenpolitik ... machen.“ epd-Entwicklungspolitik 10/99, S. 35.

16 Vgl. zu diesen Möglichkeiten Cassese, Antonio, *Ex iniuria ius oritur: Are we moving towards International Legitimation of Forcible Humanitarian Countermeasures in the World Community?* In: *European Journal of International Law* 10, 2000 No. 1, S. 23 ff.

17 Dieses System umfasst nicht nur die Menschenrechtserklärung von 1948 und die beiden Pakte von 1967, sondern ist im Laufe der Zeit zu einem über 50 Deklarationen und Konventionen umfassenden Komplex ausgebaut, in dem die Anti-Folter-Konvention, die Konvention gegen Rassendiskriminierung, die Frauenrechts- und Kinderkonvention nur die prominentesten sind. Vgl. die Überblicke bei Kunig, Philip in: Vitzthum, Wolfgang Graf, (Hrsg.) *Völkerrecht*, Berlin New York 1997, S. 239 ff. und Paech, N., Stuby, G., *Völkerrrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen*, Hamburg 2001, S. 631 ff.

18 Es stehen sich gegenüber die Forderungen nach universeller Anerkennung der politischen versus universelle Anerkennung der Menschenrechte der zweiten Generation (soziale und ökonomische Menschenrechte) und dritten Generation (sog. kollektive Rechte wie Recht auf Frieden, Recht auf Entwicklung). Vgl. Hamm, Brigitte, *Universalität der Menschenrechte*. In: *Stiftung Entwicklung und Frieden* (Hrsg.), *Globale Trends 1998, 1997*, S. 400 ff., Paech, N., Stuby, G., (Anm. 17), S. 690 ff.

ternationaler Gerichtskontrolle, wie es der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bietet, gedacht werden könnte.

Auf der anderen Seite hat das oft selektiv-instrumentelle Verhältnis zahlreicher Regierungen zu den Menschenrechten dazu beigetragen, dass in diesem Bereich NGOs wie amnesty international, Human Rights Watch, Helsinki Watch etc. eine besondere Bedeutung in der Öffentlichkeit erlangt haben. Sie vermögen dadurch auf ihre Regierungen aber auch in den Institutionen wie dem Menschenrechtsausschuss der UNO mittels Untersuchungen und Dokumentationen einen besonderen Einfluss auszuüben. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dieser Einfluss gegenüber vitalen ökonomischen und strategischen Interessen nicht durchzusetzen vermag, wie die besonders gravierenden Beispiele Israel, Saudi-Arabien, Türkei und VR China belegen.

3.3. Handel, Währung und Finanzen sind zweifellos die Bereiche auf Weltebene, bei denen wir die entwickeltsten Formen dessen vorfinden, was wir mit Global Governance und Konstitutionalisierung des Völkerrechts umschreiben können. Noch vor Gründung der UNO haben die dominierenden Staaten der Weltwirtschaft mit dem Bretton-Woods-System (Weltbankgruppe, IWF) ein äußerst wirksames Instrumentarium zur Steuerung der internationalen Währungspolitik geschaffen, in dem sie sich durch die Stimmrechtsverteilung ihren dominanten Einfluss sicherten und sich so einen „Weltmarktpolizisten“ schufen.<sup>19</sup> Die Einschätzung des ehemaligen US-amerikanischen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski entspricht der international vorherrschenden Beurteilung:

„Als Teil des amerikanischen Systems muss außerdem das weltweite System von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben.“<sup>20</sup>

Eine vergleichsweise Institutionalisierung der Welthandelsordnung führte lediglich zu den Zoll- und Freihandelsvorschriften des GATT-Abkommens von 1948, nachdem es den USA gelungen war, die weitergehenden Regelungen der sog. Havanna-Charta auf der parallelen UNO-Konferenz leer lau-

---

19 Altwater, E., Mahnkopf, B., Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1999, 205 ff.

20 Brzezinski, Zbigniew, Die einzige Weltmacht, Berlin 1999, S. 49.

fen zu lassen.<sup>21</sup> So blieb es bei dem multilateralen Handelsabkommen, welches 1960 mit einem Rat und Ausschüssen ausgestattet wurde, aber erst 1994 mit der Überführung in die WTO ein festes organisatorisches und institutionelles Gefüge erhielt.

Eine Reform dieses ab den siebziger Jahren neoliberal bestimmten Regulierungssystems scheiterte. Die Entwicklungsländer, die ihre Interessen weder vom IWF und der Weltbank noch im GATT genügend berücksichtigt sahen, organisierten ihre Opposition in der Bewegung der Blockfreien und in der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD. Die dort entwickelten Vorstellungen konnten sie 1974 als Charta und Aktionsplan einer Neuen Weltwirtschaftsordnung durch die UNO-Generalversammlung verabschieden.<sup>22</sup> Doch gegen den Widerstand der Hauptindustrieländer konnte das Konzept einer die schwachen Ökonomien stützenden und privilegierenden Wirtschaftsordnung nicht durchgesetzt werden, es hat in der Realität der Weltwirtschaft nie eine Rolle gespielt.

IWF, Weltbank und WTO, ergänzt um die informelle „Kommandozentrale“ der G8, bilden eine für die Interessen der sie beherrschenden Staaten ebenso wichtige wie erfolgreiche institutionelle Struktur der politischen Regulierung. Sie bietet alle Voraussetzungen einer Global Governance und Konstitutionalisierung der Handelsregeln, allerdings in hegemonialer Verfassung.<sup>23</sup> Die Tatsache, dass fast alle Mitgliedstaaten der UNO auch Mitglieder in den Wirtschaftsorganisationen sind, täuscht über die strukturelle Asymmetrie der Machtverteilung. Die Wirtschafts-, Struktur- und Entwicklungspolitik, selbst in der jüngsten Neuorientierung auf Armutsbekämpfung, Schuldenabbau, Verbesserung des Regierungshandelns und Bekämpfung der Korruption, bleibt an die strategischen Interessen der dominanten Wirtschaftsmächte gebunden.<sup>24</sup>

---

21 Vgl. Paech, N., Stuby, G., (Anm. 17), S. 722 ff.

22 Vgl. Paech, N., Stuby, G., (Anm. 17), S. 746 ff.

23 In den Worten des ehemaligen Direktors Michel Camdessus: „A world where market participants and governments will operate according to high standards of transparency and governance... A world that will rely primarily on the private sector - both domestic and foreign on a truly equal footing – to mobilise resources for investment and growth. All this implies that it will be a world where markets must be able to function efficiently, with risks being assessed realistically and the rewards of success and the costs of failure fairly distributed.“ Camdessus, Michel, *Capital flows, crises, and the private sector*. Institute of International Bankers, Washington DC. 1999, S. 2. Vgl. zur Einschätzung Gill, Stephen, (Anm. 8), S. 11 ff.

24 Vgl. Paech, N., *Globalisierung und Völkerrecht*. In: *Dialektik* 1998, Heft 3, S. 139 ff.

3.4. Schließlich ist auf eine Rechtsentwicklung hinzuweisen, die einen substanziellen Schritt in Richtung auf die Verrechtlichung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen bedeuten kann: die Einrichtung eines Weltstrafgerichtshofes durch das Römische Statut von 1998.<sup>25</sup> Die unabhängige richterliche Kontrolle und Sanktion ist eines der zentralen Elemente nicht nur des anglo-amerikanischen Verständnisses der *rule of law* oder des kontinentaleuropäischen Konzepts der Rechtsstaatlichkeit, sondern aller Rechtskulturen. Dass es im globalen Maßstab auf Weltebene dennoch vergleichsweise wenig entwickelt ist, liegt zum einen an den starken Souveränitätsvorbehalten gerade der Staaten, aus denen die Forderung nach Relativierung der Souveränität am lautesten kommt, sowie an der mangelnden Neigung, die eigenen Möglichkeiten und Instrumente der Machtpolitik den Regeln und Begrenzungen einer objektiven Rechtsordnung zu unterwerfen.

Jüngstes Beispiel dieses noch rein instrumentellen Verhältnisses zu einer Gerichtsbarkeit ist der fast einhellige Konsens, die Kriegsführung der Jugoslawischen Armee und politischen Führung einer internationalen gerichtlichen Untersuchung zu unterwerfen, gleichzeitig aber eine entsprechende Untersuchung der Kriegsführung der NATO zu verweigern. Die Errichtung eines Internationalen Tribunals durch Entscheidung des UNO-Sicherheitsrats ist ohnehin völkerrechtlich problematisch, da die UNO-Charta dazu nicht ermächtigt.<sup>26</sup> Die Einseitigkeit der Strafverfolgung macht zusätzlich den völkerrechtlichen Grundsatz plausibel, dass auch die Einrichtung einer Judikative in den internationalen Beziehungen nur durch vertraglichen Konsens der Staaten erfolgen kann – auch in dieser Hinsicht sind die Militärtribunale von Nürnberg und Tokio eine Ausnahme. Auch die Klage der Jugoslawischen Regierung gegen die militärische Intervention der NATO im März 1999 vor dem IGH scheiterte zunächst (sie ist in der Hauptsache immer noch anhängig) an der taktisch-instrumentellen Haltung der meisten NATO-Staaten, die das Verfahren mit dem Hinweis darauf blockierten, dass sie sich der Rechtsprechung des IGH nicht unterworfen hätten. Sie verhindern damit die Möglichkeit, durch ein unabhängiges internationales Gericht die in den NATO-Staaten hoch umstrittene Frage klären zu lassen, ob die Bombardie-

---

25 Das Statut ist bisher von 139 Staaten unterzeichnet und von 75 Staaten ratifiziert worden. Es ist am 1. Juli 2002 in Kraft getreten. Vgl. zu den Einzelheiten Paech, N., Stuby, G., (Anm. 17), S. 411 ff., 424 ff.; Stahn, Garsten, *The Ambiguities of Security Council Resolution 1422*. In: *European Journal of International Law*, 2002; Kindt, Anne, *Die USA und der Internationale Strafgerichtshof*. In: *KJ* 4/2002, S. 427 ff.

26 Vgl. Graefrath, Bernhard, *Jugoslawientribunal – Präzedenzfall trotz fragwürdiger Rechtsgrundlage*. In: *Neue Justiz* 1993, S. 433 ff.

rung ohne ein entsprechendes Mandat des UNO-Sicherheitsrats gegen die UNO-Charta verstoßen hat oder nicht. Auch Deutschland hat sich bisher nicht der Rechtsprechung des IGH unterworfen, obwohl es ihn im Streit um Fischereizonen mit Island bereits in Anspruch genommen hat.

Die Beispiele machen zwei grundsätzliche Probleme der rule of law als Grundlage einer Global Governance-Struktur deutlich: 1. Rechtsverbindlichkeit, die aus Gründen der Sicherheit und Verlässlichkeit prinzipiell auch in den internationalen Beziehungen erstrebenswert ist, kann nur auf der Basis vertraglicher und damit für alle Parteien gleichermaßen verbindlicher Vereinbarung erreicht werden. Sie ist das Äquivalent auf Weltebene für das nationalstaatliche Gesetz. Dies muss auch für alle Sanktionsformen und -möglichkeiten gelten (auch die Zwangsmaßnahmen des UNO-Sicherheitsrats basieren auf der vertraglichen Grundlage der Art. 39 ff. UNO-Charta). 2. Die Schaffung von Governance-Institutionen allein garantiert ihren Erfolg noch nicht. Mangels eines durchgreifenden Sanktionsmechanismus in einem Vertragssystem müssen ihre Normen, Verfahren und Aktivitäten freiwillig unterstützt und eingehalten werden. Insofern reduziert sich die anspruchsvolle Forderung nach der „normativen Grundlage eines Weltethos“<sup>27</sup> auf einen der ältesten Sätze des Völkerrechts: *pacta sunt servanda*. Zugespitzt formuliert: Nicht die Schaffung einer neuen Rechtsstruktur, sondern der Umgang mit ihr und ihr Missbrauch sind das größere Problem.

#### 4. Zusammenfassung

Die Funktion des Völkerrechts liegt klassischerweise in der Herstellung von Verbindlichkeit, Rechtssicherheit und Planbarkeit in den Beziehungen der Staaten untereinander. Darauf sind letztlich auch jene Funktionen zurückzuführen, die den internationalen Schutz öffentlicher Güter (*common heritage of mankind*), die Organisation bestimmter Verfahren (Strafgerichtsbarkeit) oder die Normierung allgemeiner Handlungsweisen (Menschenrechte, Handelsrecht) zum Gegenstand haben. Denn überall geht es um die verbindliche Verpflichtung der Staaten und ihrer Staatsangehörigen im internationalen Verkehr.

Das Institut, welches das Völkerrecht dafür zur Verfügung stellt, ist der Vertrag, der am ehesten die Berücksichtigung divergierender Interessen garantiert, den Vertragspartnern die Selbständigkeit belässt und die Koordinati-

27 Enquete-Kommission, Globalisierung der Weltwirtschaft, Vorlage zum Zwischenberichtstext der AG Global Governance (Entwurf) 2001, S. 35.

on und Kooperation zum Prinzip der Rechtssetzung macht. Er repräsentiert insofern das demokratische Element des Völkerrechts. Seine Schwäche liegt in der mangelnden Durchsetzbarkeit und Erzwingung der Verbindlichkeit. Daher zielen alle Konzepte eines „Weltinnenrechts“ und der „Konstitutionalisierung des Völkerrechts“ auf die Errichtung einer objektiven und damit nicht mehr ausschließlich vom Willen der einzelnen Staaten abhängigen Rechtsordnung. Diese ist an der innerstaatlichen Rechtsordnung der Unterwerfung unter ein Gesetzgebungs- und Gewaltmonopol nach repräsentativ-demokratischen Regeln orientiert. Dadurch wäre nicht nur ein höherer Grad der Verbindlichkeit, sondern vor allem die Durchsetzung und Sanktionierung durch staatenunabhängige Instanzen möglich. Der Verlust an Souveränität der einzelnen Staaten wird in solchen Fällen durch Zuwachs an Souveränität der supranationalen Organisation kompensiert, es findet also kein echter Souveränitätsverlust statt. Man mag hier von geteilter Souveränität sprechen. Wichtig ist nur, dass die Position eines Staates auf Weltebene nicht durch ersatzlosen Entzug von Souveränitätsteilen geschwächt wird, die er auch nicht durch ökonomische, politische oder militärische Macht kompensieren kann.

Beispiel einer erfolgreichen Hierarchisierung der internationalen Rechtsordnung ist die EU,<sup>28</sup> die die Bedingungen und Grenzen einer solchen Verobjektivierung der Rechtsordnung demonstriert. Sie bedarf eines hohen Grades der Integration, die über weitgehende Homogenität der Strukturen und Interessenidentität in den zentralen Fragen verfügt. Das räumt ihr allerdings nur in regional oder sachlich begrenzten Bereichen eine Chance ein. D. h. regionale Staatenbündnisse, die gemeinsame Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturinteressen organisieren, können jene Konstitutionalisierung eines Binnenrechts erreichen, die eine große Verbindlichkeit durch ein wirksames Sanktionssystem herstellen kann. Dort allerdings, wo die Interessen auf Grund des großen Armuts- und Machtgefälles nach wie vor auseinanderfallen, drohen „global governance“ und „Weltinnenrecht“ zu einem Instrument einseitiger Interessen missbraucht zu werden, wie am Beispiel des Jugoslawien-Tribunals, der „humanitären“ Intervention oder des Nichtweiterverbreitungsvertrags von Nuklearwaffen besonders deutlich wurde. Um zum Eingangszitat zurückzukommen: Unser Stopp gilt nicht der Weiterentwicklung des Völkerrechts, sondern der Praxis der mächtigen Staaten, sich

---

28 Die negativen Aspekte der Integration, die in der Durchsetzung eines disziplinären Neoliberalismus zu Lasten demokratischer und parlamentarischer Kräfte liegen, dürfen nicht übersehen werden. Vgl. z.B. Brunkhorst, Hauke, *Verfassung ohne Staat? Das Schicksal der Demokratie in der europäischen Rechtsgenossenschaft*. In: *Leviathan* 4/2002, S. 530 ff.

den allgemein gültigen Konventionen zu entziehen, sie zu durchbrechen, sie aber gegenüber schwächeren Staaten selbst mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts ist nur möglich, wenn sein Grundprinzip zur Voraussetzung gemacht wird: die gleiche Verbindlichkeit für alle.



Walter Schmidt

## Moritz Elsner und die 1848er Demokratie in Schlesien

Bearbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung des Vortrags vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e.V. am 19. Dezember 2002

Demokratieforschung ist in Deutschland nach wie vor ein Stiefkind. Die 1848er Demokratie zumal gehört – trotz mancher Fortschritte in den letzten Jahrzehnten<sup>1</sup> – immer noch zu den schwach entwickelten Forschungsfeldern. Vergleicht man die einzelnen deutschen Regionen miteinander, so rangiert die schlesische 1848er Demokratie wohl mit an letzter Stelle.

Nach einer ersten Studie von Karl Reis von 1910 über die schlesischen Agrarbewegungen von 1848,<sup>2</sup> die Hermann Oncken angeregt hatte, begannen vereinzelte linksliberale Historiker sich im Gefolge der um die Jahrhundertwende einsetzenden neurankeanischen Korrekturen am strikt borussischen 1848er Geschichtsbild, nach 1918 mit dem Rückenwind des durch die Novemberrevolution ausgelösten mäßigen Demokratieschubs, mit schlesischen Demokraten und auch Sozialisten zu befassen.<sup>3</sup> Die verdienstvollen „Schlesischen Lebensbilder“ brachten in den ersten beiden, 1922 und 1926 erschie-

---

1 Walter Schmidt, Forschungen zur Revolution von 1848/49 in der DDR. Versuch eine historischen Überblicks und einer kritischen Bilanz, in: Ders. (Hg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S. 11ff.; Ders., Das Erbe der Revolution von 1848 in den Jubiläumsjahren 1948–1998, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 27, 1998, Heft 8, S. 79ff. Rüdiger Hachtmann, 150 Jahre Revolution von 1848. Festschriften und Forschungserträge, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39 (1999), S. 447ff. und 40 (2000), S. 337ff.;

2 Karl Reis, Agrarfrage und Agrarbewegung in Schlesien im Jahre 1848, Breslau 1910.

3 Helene Nathan, Aus dem Leben eines Achtundvierzigers. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Demokratie, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens (ZVGS), 48 (1914), S. 174ff.; dies., Graf Oskar Reichenbach, ein Vorkämpfer für deutsche Einheit und Freiheit, in: ZVGS, 49 (1915), S. 73ff.; Lucia Kusche, Schlesiens Anteil an der national-deutschen Entwicklung 1840 bis 1848 und die schlesischen Abgeordneten im Frankfurter Parlament, in: ZVGS, 53 (1919), S. 29ff.; 54 (1920), S. 63ff.; Ernst Maetschke, Heinrich Simons politische Entwicklung und sein Anteil am preußischen und deutschen Verfassungswerk, in: ZVGS, 46 (1912), S. 192ff.; Willy Klawitter, Wilhelm Wolff, in: Schlesische Lebensbilder, Bd. 1, Breslau 1922, S. 266ff.

nenen Bänden immerhin sechs schlesische demokratische Achtundvierziger.<sup>4</sup> Schon gegen Ende der Weimarer Republik aber erlosch das gerade erwachte demokratische Interesse.<sup>5</sup>

Dieses Interesse belebte sich keineswegs nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Die in der Bundesrepublik geförderte Beschäftigung mit den früheren deutschen Ostprovinzen hatte dortige entschieden demokratische Entwicklungen selten zum Gegenstand. Nur wenige, aber um so beachtenswertere Arbeiten galten den liberalen und demokratischen Traditionen von 1848, so v.a. Studien von Ursula Schulz und von Arno Herzig.<sup>6</sup> Forschungsdefizite zur 1848er Demokratie offenbart der jüngst erschienene dritte Band einer repräsentativen Geschichte Schlesiens. Gegenüber der ausführlichen Vorstellung der schlesischen Abgeordneten in der Frankfurter Versammlung sind die demokratischen Bewegungen und Organisationen wie das Wirken der schlesischen Demokraten in der preußischen Konstituante nur summarisch behandelt.<sup>7</sup>

Auch die DDR-Historiographie, die sich seit den 1960er Jahren zunehmend der 1848er Demokratieforschung zuwandte, verhielt sich – sicher aus politischen Gründen, um polnische Bemühungen um eine Polonisierung des schlesischen Geschichtsbildes nicht allzu sehr zu konterkarieren – eher zurückhaltend. Gleichwohl haben DDR-Historiker, allen voran Helmut Bleiber, die historische Erschließung des schlesischen Vormärz wie der Revolutions-

- 
- 4 Schlesische Lebensbilder, Breslau, Bd. 1, 1922, S. 55ff. (Brehmer), 102ff. (Lassalle) und 266ff. (Wolff); Bd. 2, 1926, S. 198ff. (Ronge), 203ff. (Nees von Esenbeck) und 208ff. (Simon); schon die Bände 3, 1928 und 4, 1931 verzichteten auf Achtundvierziger. Auch der bisher letzte, erst 1968 in Würzburg erschienene 5. Band bringt keine achtundvierziger Biographie.
  - 5 Eine Ausnahme bildet Wolfgang Leesch, Die Geschichte des Deutschkatholizismus in Schlesien (1844–1852) unter besonderer Berücksichtigung seiner politischen Haltung, Breslau 1938.
  - 6 G. Lutze, Die Frankfurter Nationalversammlung und die Breslauer Presse, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau (JbSUB), 5 (1960), S. 189ff.; Ursula Schulz, Die Abgeordneten der Provinz Schlesien im Frankfurter Parlament, in: Ebenda, 12 (1967), S. 155ff.; dies., Wilhelm Levysohn (1815–1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Ebenda, 14 (1969), S. 75–137; H. Neubach, Karl Friedrich Wilhelm Wander, in: Ebenda, 16 (1971), S. 324ff.; Arno Herzig, Die unruhige Provinz. Schlesien zwischen 1806 und 1871, in: Norbert Conrads (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas, Berlin 1994, S. 446–553, insbes. S. 539ff.; siehe auch N. Conrads, Einleitung zu: Denkwürdige Jahre 1848–1851, Köln/Wien 1978, S. 5ff.
  - 7 Geschichte Schlesiens, Bd. 3: Preußisch-Schlesien 1740–1945. Österreichisch-Schlesien 1740–1918/45. Im Auftrag der Historischen Kommission für Schlesien in Verbindung mit Konrad Fuchs und Hubert Unverricht hg. von Josef Joachim Menzel, Stuttgart 1999, S. 34–44.

periode beträchtlich vorangebracht.<sup>8</sup> Die polnische Geschichtswissenschaft in der Zeit Volkspolens interessierten weit mehr die national-polnischen Bestrebungen in Schlesien denn die dominierend deutsch geprägten demokratischen Aktivitäten der 1848er Periode. Nur wenige, meist Lokaluntersuchungen re-

- 
- 8 Bruno Gloger, *Als Rubezahl schlief. Vom Aufstand der schlesischen Weber*, Berlin 1961; Helmut Bleiber, *Wilhelm Wolffs Aufenthalt in Breslau im Frühjahr 1848*, in: *ZfG*, 6 (1958), H. 6, S. 1310ff.; ders., *Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840–1847*, Berlin 1966; ders., *Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien*, in: *Jahrbuch für Geschichte (JfG)*, 7 (1972), S. 407ff.; ders., *Zum Anteil der Landarbeiter an den Bewegungen der Dorfbevölkerung in der deutschen Revolution 1848/49*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JfWG)*, 1975/IV, S. 65ff.; ders., *Udział robotników rolnych w rewolucji marcowej 1848 roku na Śląsku*, in: *Klasa Robotnicza na Śląsku*, Bd. 2, Opole 1976, S. 17ff.; ders., *Die Haltung von Gutsherren, Behörden und Bürgertum zur revolutionären Bewegung der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Frühjahr 1848 – Reaktionen und Reflexionen*, in: *JfG*, 21 (1980) S. 103ff.; ders., *Ruch ludności wiejskiej w pruskiej prowincji Śląskiej podczas rewolucje marcowej 1848 r.*, in: *Kwartalnik historyczny*, 88 (1981), H. 1, S. 121ff.; ders. und Jan Kosim (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der deutsch-polnischen Freundschaft 1830–1832*, Berlin 1982; ders., *Polenvereine 1831–1832*, in: Dieter Fricke u.a. (Hg.), *Lexikon zur Parteigeschichte*, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 576ff.; ders., *Rustikalverein in Schlesien*, in: *Ebenda*, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 110ff.; ders., *Eduard Reichenbachs Angebot zur Mitarbeit an der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im April 1849*, in: *Marx-Engels-Jahrbuch (MEJb)*, 9, (1986), S. 313ff.; ders., *Graf Eduard von Reichenbach. Schlesischer Rittergutsbesitzer und revolutionärer Demokrat*, in: H. Bleiber, W. Schmidt und Rolf Weber (Hg.), *Männer der Revolution von 1848*, Bd. 2, Berlin 1987, S. 183ff.; ferner: Wolfgang Büttner, *Der Weberaufstand in Schlesien 1844*, in: Helmut Reinalter (Hg.) *Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49*, Frankfurt a.M. 1986, S. 202ff.; Heinz Kurze, *Der politische und schulpolitische Kampf K.F.W. Wanders in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49*, Berlin 1982 (enthält ausführliche Darstellung der Revolutionsbewegungen im Kreis Hirschberg, die der Autor in drei Beiträgen in polnischen historischen Periodika bereits 1965, 1967 und 1973 vorgestellt hatte); Manfred Kristen, *Der „Rustikalverein in Schlesien“ – die demokratische Organisation der schlesischen Landbevölkerung während der Revolution vom 1848/49*, Diplomarbeit Sektion Geschichte der FSU Jena 1973; ders., *Die „Schlesische Dorfzeitung“ – das Organ der schlesischen Rustikalvereine während der Revolution von 1848/49*, in: *Sächsische Heimatblätter*, 25 (1979) H. 3, S. 131f.; Rolf Luhn, *Schlesische Linksliberale und die Entwicklung ihrer Haltung zur demokratischen Bewegung beim Kampf um die Verteidigung der Revolutionserrungenschaften im Sommer und Herbst 1848*, in: *Revolutionäre Demokraten in Deutschland und Polen im Vormärz und während der Revolution von 1848/49*, hg. von der Historikerkommission DDR-Volkrepublik Polen, Leipzig 1989, S. 232ff.; Walter Schmidt, *Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten*, Berlin 1963; ders., *Die schlesischen Rustikalvereine als Ausdruck revolutionär-demokratischer bäuerlicher Organisationsbestrebungen in der Revolution von 1848/49*, in: *Wiss. Zs. d. FSU Jena. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe*, 14 (1965), S. 239ff.; ders., *Działalność polityczna Wilhelma Wolffa na Śląsku do roku 1846*, in: *Studia i materiały z dziejów Śląska*, Bd. 5, Wrocław/Warszawa/Kraków 1963, S. 347ff.; ders., *Wilhelm Wolff. Kampfgefährte und Freund von Marx und Engels*, Berlin 1979; Wilhelm Wolff, *Aus Schlesien, Preußen und dem Reich. Ausgewählte Schriften*, hg. und eingel. von W. Schmidt, Berlin 1985.

flektieren dies.<sup>9</sup> Im letzten Jahrzehnt sind die Fortschritte, wiederum durch biographische Arbeiten und Studien über basisdemokratische Entwicklungen auf dem platten Lande nur bescheiden ausgebaut worden, allerdings nicht von polnischer und – ausgenommen Arno Herzig – altbundesrepublikanisch-deutscher Seite. Einige Studien zur schlesischen 1848er Regionalgeschichte und Biographik wurde zum Jubiläum von originär ostdeutschen Historikern vorgelegt.<sup>10</sup>

\*

Den überragenden schlesischen achtundvierziger Demokraten gibt es nicht. Dafür aber lieferte die preußische Provinz rechts und links der oberen Oder eine ganze Plejade radikaler demokratischer Politiker, die seit März 1848 in der schlesischen Demokratiebewegung in Breslau und Liegnitz, in Hirschberg, Lauban, Öls, Oppeln und Schweidnitz sowie in zahlreichen kleineren Städten wie an der Spitze des schlesischen Rustikalvereins mächtig aufmischten. Einige von ihnen machten sich auf parlamentarischem Felde, in Berlin und Frankfurt am Main, über Schlesien hinaus um die deutsche Demokratie verdient. Da wäre neben den Paulskirchenabgeordneten *Friedrich Wilhelm, dem „alten“ Schlöffel* und *Franz Schmidt* sowie dem erst im

- 
- 9 Marian Tyrowicz, *Udział Śląska w ruchu rewolucyjnym 1846–46–1849*, Warszawa 1949; Wilhelm Wolff, *Wybór pism o Śląsku*, wybrał, przedłożył przedmowę i przypisami opatrzył Waclaw Długoborski, Warszawa 1954; Mieczysław Pater, *Wypadki marcowe 1848 roku w powiecie jelenogórskim*, in: *Sobótka*, 13, 1958, S. 579ff; Jerzy Sydor, *Ruch chłopski w powiatach górskich dolnego Śląska u progu wiosny ludów*, in: *Studia i materiały z dziejów Śląska*, Bd. 5, 1963, S. 234ff.; auch *Historia Polska*, Bd. 2, Teil 2: 1807–1850, Krakow 1970, S. 495ff.; Stanisław Michalkiewicz, *Pierwsza organizacja chłopska na Śląsku (1848 rok)*, in: *Sobótka*, 21, 1966, S. 167ff.
- 10 Günther Höpfner, *Nees von Esenbeck (1776–1858) – ein deutscher Gelehrter an der Seite der Arbeiter*, in: *Beiträge zur Nachmärz-Forschung (Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 47)*, Trier 1994, S. 9ff.; Helmut Bleiber, *Bauern und Landarbeiter der preußischen Provinz Schlesien in der Märzrevolution 1848*, in: W. Schmidt (Hg.), *Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution*, S. 81–158; ferner: ders., *Friedrich Wilhelm Schlöffel (1800–1878). Ein schlesischer Vormärzoppositioneller*, in: Bleiber, Schmidt, Susanne Schötz (Hg.), *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49*, Berlin 2003, S. 619ff.; Walter Schmidt, *Franz Schmidt – vom Bauernsohn zum deutschkatholischen Prediger. Zur Biographie des schlesischen Demokraten 1818–1848*, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge (BMEF.NF)* 2000, S. 171ff.; ders., *Der schlesische Radikaldemokrat Franz Schmidt in der deutschen Revolution 1848/49*, In.: Ders. (Hg.), *Demokratie, Agrarfrage und Nation in der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland*, Berlin 2000, S. 95ff.; ders., *Franz Schmidt (1818–1853). Ein achtundvierziger Radikaldemokrat aus Schlesien*, in: *Akteure eines Umbruchs*, S. 677ff.; ders., *Moritz Matthäi (1809 bis 1864). Ein schlesischer Burschenschafter und 1848er Demokrat aus Auras*, in: *Würzburger medizinhistorische Mitteilungen*, Bd. 19, 2000, S. 255ff.; ders., *Lebensschicksale – Verfolgte schlesische Burschenschafter aus dem frühen 19. Jahrhundert*, in: *Ebenda*, 22 (2003), S. 449–521.

Mai 1849 nachrückenden *Wilhelm Wolff* vor allem das schlesische Demokraten-Triumvirat in der preußischen Verfassungsgebenden Versammlung zu nennen: *Eduard von Reichenbach*, der einzige schlesische Adlige im Berliner Parlament, ein Radikaldemokrat vom Scheitel bis zur Sohle, über den schon Biographien aus der Feder von Helene Nathan und Helmut Bleiber existieren; *Julius Stein*, ein aus Naumburg stammender Breslauer Realschullehrer, der durch seinen Parlamentsantrag von August 1848 der Regierung das Verbot reaktionärer Bestrebungen in der Armee abzuverlangen, deutschlandweit bekannt wurde, seine Biographie noch ungeschrieben und schließlich *Moritz Elsner*, über den hier zu sprechen ist.<sup>11</sup>

Moritz Elsner verdient deshalb besonderes Interesse, weil sich in seinem politischen Wirken um 1848 Spezifika der schlesischen 48er Demokratie gleichsam bündeln. Im folgenden wird daher zunächst eine – aus Raum- und Zeitgründen – immer noch mehr holzschnittartige Biographie Moritz Elsners vorgestellt und im Anschluss daran versucht, einige charakteristische Merkmale der schlesischen 48er Demokratie zu skizzieren. Abgesehen von einzelnen verstreuten Hinweisen steht eine systematische Untersuchung der regionalen Unterschiede der deutschen achtundvierziger Demokratie noch aus. Der im folgenden unternommene Versuch, bestimmte Eigenarten der schlesischen 48er Demokratie abzuheben, will das Bewusstsein für die komparative Problematik schärfen helfen.

\*

Geboren am 20. November 1809 in Kortnitz bei Sprottau als Sohn eines nicht gerade wohlhabenden schlesischen Müllermeisters und Mühlenbesitzers war Carl Friedrich *Moritz Elsner*<sup>12</sup> als ältester von vier Söhnen der einzige, der

- 
- 11 Knappe biographische Skizzen Elsners: A. Teichmann, Elsner, Dr. phil. Karl Friedrich Moritz, in: Allgemeine Deutsche Biographie (ADB), Bd. 48, 1904, S. 339f.; Helge Dvorak, Elsner, Moritz, in: Ders., Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I/1, Heidelberg 1996, S. 251; Walter Schmidt, Elsner, Moritz, in: Manfred Asendorf und Rolf von Bockel (Hg.), Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten, Stuttgart/Weimar 1997, S. 151–153.
- 12 Biographische Angaben über Elsner: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (im folgenden: GStAPK), I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1303: Untersuchung wider den stud. philos. Carl Friedrich Moritz Elsner wegen Teilnahme an der burschenschaftlichen Verbindung zu Breslau, Bl. 9: Verhör v. 12.6.1834; Vita, in: Moritz Elsner (Silesius), Synopsis florae cervimontanae. Praemissa et de speciei definitionibus questiuncula critica, Diss. phil. Breslau 1839, S. 46f.; Karl Gabriel Nowak, Schlesisches Schriftstellerlexikon, H. 5, Breslau 1841; Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur, 72. Jahresbericht 1894, Nekrologe, S. 1ff.; Gedächtnisfeier für Dr. Moritz Elsner, in: Schlesische Schulzeitung. Pädagogische Wochenschrift, 23 (1894), Nr. 39, S. 469f.; ADB, Bd. 48, 1904, S. 339f.; Haunfelder, Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1849–1867, Düsseldorf 1994, S. 92, Nr. 369.

das Gymnasium in Hirschberg absolvieren und Ostern 1831 in Breslau ein Studium aufnehmen konnte.<sup>13</sup> Abzuschließen vermochte er die Ausbildung nur dank der Unterstützung des an Elsners Thema interessierten Majors Julius von Flotow (1788–1856), eines international bekannten Botanikers, der sich vor allem als Lichenologe (Flechtenkundler) einen Namen gemacht hatte.<sup>14</sup> Unter dem Einfluss des berühmten Naturwissenschaftlers und Präsidenten der Leopoldina Nees von Esenbeck hatte sich Elsner gleich nach Studienbeginn den Naturwissenschaften und insonderheit der Botanik zugewandt. Drei Jahre nach Abgang von der Universität wurde er 1839 mit einer Dissertation über die Flora des Riesengebirges in Breslau zum Dr. phil. promoviert.<sup>15</sup>

Elsner strebte zunächst eine Laufbahn als Hochschullehrer an und schrieb wohl vor allem zu diesem Behufe eine ebenfalls 1839 publizierte Schrift zur Verteidigung Hegels gegen die Vorwürfe eines prominenten Hegel-Gegners.<sup>16</sup> Nachdem Hegel zunächst als preußischer Staatsphilosoph verdächtigt worden war, zieht Karl Ernst Schubarth nun im Gegenteil Hegels Staatslehre, die die konstitutionelle Monarchie begründete, gerade der Unvereinbarkeit mit dem „Lebens- und Entwicklungsprinzip des Preußischen Staats“.<sup>17</sup> Als Hegelschüler griff Elsner tatkräftig in den damals tobenden Streit um die Auslegung der Hegelschen Rechtsphilosophie ein und suchte Schubarth vor allem durch Exegese der einschlägigen Hegelschriften zu widerlegen. Er bekannte sich mit Hegel uneingeschränkt zur konstitutionellen Monarchie; jeder nichtkonstitutionelle Staat könne nur ein interimistischer sein.<sup>18</sup> Vor allem verteidigte er dessen Auffassung, dass kein europäischer Staat „bis jetzt das Ende seiner Entwicklung erreicht“ habe; „und da der Preußische unter ihnen bekanntermaßen der jüngste ist, hat er auch noch die längste Zukunft zu erwarten“.<sup>19</sup> In diesem Sinne hielt er Wandlungen des preußischen Staates hin zu einem modernen Verfassungsstaat für dringend erforderlich. Man kön-

13 Verzeichnis der Studierenden auf der Königlichen Universität zu Breslau, WS1829/30 – SS 1836.

14 Vgl. Frans A Stafleu and Richard S. Covan, *Taxonomic literature*, Vol. I, Utrecht 1976, S. 848; Nees von Esenbeck, Dr. Julius von Flotow (Nachruf), in: *Bonplandia. Zeitschrift für die gesamte Botanik*, IV (1856), Nr. 18, S. 294–296.

15 Moritz Elsner, *Synopsis florae cervimontanae*, S. 46f.

16 Moritz Elsner, *Eine gegen Hegel gerichtete Anklage des Hochverrats aus dessen Schriften beantwortet*, Breslau 1839. Wiederabdruck in: Manfred Riedel, *Materialien zu Hegels Rechtsphilosophie*, Frankfurt a. M. 1975, Bd. 1, S. 294ff.

17 Karl Ernst Schubarth, *Über die Unvereinbarkeit der Hegelschen Staatslehre mit dem obersten Lebens- und Entwicklungsprinzip des Preußischen Staats*, Breslau 1839; Wiederabdruck in: Riedel, *Materialien*, S. 249ff.; auch S. 23f.

18 Elsner, *Gegen Hegels Anklage des Hochverrats*, S. 6 und 25.

19 Ebenda, S. 15

ne es nur als Arroganz bezeichnen, „zu glauben, die Geschichte werde einst allein in unserem Vaterland münden und in ihm ihre Endschaft erreichen.“<sup>20</sup> Damit stellte er indirekt eine auch bei Hegel vorhandene Sicht infrage. Selbst wenn Hegel Unvollkommenheiten konkreter Staaten aufdecke, zeige sich doch „seine Lehre als eine dem Preußischen Staatswesen durchaus nicht unholde, feindselige.“<sup>21</sup> Gegen versuchte Herabsetzungen des großen Philosophen aber führte er ins Feld: „Hegels Manen sollte wahrlich von einem Deutschen mit mehr Ehrfurcht begegnet werden! Wenn die vaterländische Geschichte die Namen Leibniz, Kant, Göthe und Schiller mit Stolz nennt, so wird der Name Hegel nie unter ihnen vermisst werden.“<sup>22</sup>

Doch zerschlugen sich Elsners ambitionierten Pläne auf eine Hochschul-lehrerlaufbahn umgehend zwar an seinem frühzeitigen Engagement in der Breslauer Burschenschaft, der er sich 1832 angeschlossen hatte.<sup>23</sup> Zwar gehörte Elsner nicht dem von Wilhelm Wolff, Carl Robert Julius Bartsch<sup>24</sup> und Salomon Plattnauer<sup>25</sup> repräsentierten politischen Flügel an; er bekleidete auch kein Amt in der geheimen Studentenorganisation und musste daher auch nur drei Tage Untersuchungshaft erleiden. Nichtsdestoweniger verurteilte ihn das Berliner Kammergericht – wie viele andere Breslauer Studenten – 1835 allein wegen Mitgliedschaft in der Burschenschaft zu sechs Jahren Festungsarrest und Amtsunfähigkeit, was faktisch Berufsverbot bedeutete. Es spricht für seinen Widerstandsgeist, dass er in Revision ging, was ihm allerdings nur die Bestätigung des Strafmaßes durch das Appellationsgericht einbrachte. Erst ein daraufhin eingereichtes, selbstverständlich höchst reuevoll formuliertes Gnadengesuch beim König führte zu der – bei den meisten der zu sechs Jahren Verurteilten üblichen – Reduzierung der Strafe auf sechs Monate, die er, nach intensiven, aber letztlich gescheiterten Bemühungen, sie als Hausarrest in Hirschberg abbüßen zu dürfen, von August 1838 bis Februar 1839 auf der schlesischen Festung Silberberg abbrummen musste.

20 Ebenda, S. 14.

21 Ebenda, S. 23.

22 Ebenda, S. 27.

23 Hierzu und zum folgenden: GStAPK, I. HA Rep. 97 VIII Nr. 1303; Nr. 517, Bl. 252f.; Nr. 518, Bl. 130–136, 188–192; Nr. 518a, Bl. 29, 75–79, 101–126; Nr. 519/1, Bl. 9–35, 41, 59–61, 64–69, 72, 75–78, 82–84, 93f., 97f. 103–106, 108–111, 115; Nr. 602/2, Bl. 97–99/116–127, 305, 320, 322, 359–361; Rep. 77 Tit. 21 Lit. E Nr. 12: Stud. Philos. Carl Friedrich Moritz Elsner aus Hirschberg wegen Teilnahme an burschenschaftlichen Verbindungen.

24 Siehe Dvorak, Lexikon, I/1, S. 56.

25 Ebenda, I/4, Heidelberg 2000, S. 333f. Plattnauers Schwester Friederike heiratete 1842 Oskar von Reichenbach.

Bereits seit 1837 Privatlehrer in Hirschberg, siedelte er nach seiner Entlassung aus der Festung nach Breslau über und nahm zugleich eine umfangreiche Korrespondententätigkeit auf. Er schrieb, teilweise schon mit kritischen Untertönen, vermischte Beiträge für die „Schlesische“ und die „Breslauer Zeitung“ und das „Literaturblatt von und für Schlesien“ und arbeitete seit 1840 als Mitglied der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur in deren botanischer Sektion mit.<sup>26</sup> Nach dem Examen pro facultate docendi und der schliesslichen Aufhebung der Amtsunfähigkeit absolvierte er 1841/42 sein Probejahr als Schulamtskandidat am Breslauer Magdalenum und wurde im September 1843 dort als Gymnasiallehrer hauptsächlich für die naturwissenschaftlichen Fächer eingestellt.<sup>27</sup> Im Frühjahr 1843 bemühte sich das Breslauer Oberpräsidium darum, Elsner, der, wie es hieß, als Althegeleaner die Dialektik beherrsche, aber einen gemäßigten Liberalismus im „rein monarchischen Sinne“ verfechte, als Publizisten für 150 Taler im Jahr in Dienst zu nehmen.<sup>28</sup> Er ging auf das recht lukrative Angebot im Juli 1843 ein und lieferte eine Zeitlang Beiträge im Auftrage des Oberpräsidenten v. Merckel.

Reine Freude scheint die Breslauer Behörde mit dem neuen publizistischen Mitarbeiter nicht gehabt und lange die gouvernementale Dienstleistung auch nicht gewährt zu haben. Denn schon wenige Monate später bekam Elsner als Redakteur der „Schlesischen Chronik“ wegen Publikation kritischer Artikel zunehmende Scherereien mit der Zensur.<sup>29</sup> 1842 hatte er den Posten des Chefredakteurs dieser 1836 als Beiblatt der „Breslauer Zeitung“ gegründeten Zeitung übernommen und sie binnen kurzem aus einem farblosen Winkelblättchen zu einen zunächst moderaten, dann radikaler auftretenden Oppositionsblatt gemacht. Vor allem unter den Volksschullehrern auf dem Lande hatte der Chefredakteur zunächst fleißige Mitarbeiter gefunden, öffne-

26 Jahresberichte der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, 1841, S. 91 und 92; Nowak, Schriftstellerlexikon, H. 5.

27 GStAPK, I. HA Rep. 90 Tit. IX Lit. E Nr. 26: Die Disziplinar-Untersuchung wider den Gymnasiallehrer Dr. Elsner zu Breslau und dessen Dienstentlassung 1851; ADB, Bd. 48, S. 339.

28 GStAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 1 Nr. 22, Bd. 1: Schreiben des schlesischen Oberpräsidenten v. Merckel v. 10. und 31.7.1843; Rep. 77 Tit. 874 L 2: Verschiedene Literaten 1843: Dr. Wilhelm Freund an Innenministerium v. 2.3.1843.

29 Hierzu und zum folgenden: Willy Klawitter, Geschichte der Zensur in Schlesien, Breslau 1934 S. 230ff.; ders., Die Zeitungen und Zeitschriften Schlesiens von den Anfängen bis zum Jahre 1870 bzw. bis zur Gegenwart, Breslau 1930, S. 54; Leonhard Müller, Die Breslauer politische Presse von 1740–1861, nebst einem Überblick über die Dekade 1861–1871, Breslau 1908, S. 30ff. und 70; Schmidt, Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten, S. 152f. und 166f.



te bald aber auch linksliberalen und demokratischen, ja selbst sozialistisch orientierten Kräften die Spalten. Unter Elsners Leitung führte die „Schlesische Chronik“ auf mehreren Feldern einen die entschiedenen Oppositionellen sammelnden antifeudalen Kampf.

Blieb die Behandlung der städtischen Angelegenheiten noch weitgehend im freilich schon linksliberalen Fahrwasser, so wurde bei den Erörterungen der Probleme des Volksschulwesens, worum sich vor allem der Hirschberger Lehrer und bald deutschlandweit bekannte Pädagoge Karl Friedrich Wilhelm Wander<sup>30</sup> verdient machte, zunehmend demokratisches Gedankengut zur Geltung gebracht. Das gilt auch für die Berichterstattung und zum Teil kritische Analyse der 1844 einsetzenden deutschkatholischen, politisch oppositionell wirkenden Bewegung, zumal wenn deren sozialkritische Tendenzen in den Blick genommen wurden.

Durch entschlossenes Aufgreifen zweier gesellschaftspolitisch zentraler Themen leistete die „Schlesische Chronik“ unter Elsner vor allem Entscheidendes zur Ausbildung einer sich freilich schon deutlich differenzierenden demokratischen Strömung in Schlesien.

Das war *erstens* und vor allem die zielstrebige Reflexion der Interessen und des antijunkerlichen Kampfes des schlesischen Landvolks, der in den 1840er Jahren die antifeudalen Bestrebungen in anderen preußischer Provinz an Breite und Intensität weit übertraf.<sup>31</sup> Nirgendwo anders in Preußen erreichte aber auch die von den Demokraten – Eduard von Reichenbach, Eduard Pelz, Friedrich Wilhelm Schlöffel, Wilhelm Wolff und von Elsner selbst – seit 1843 betriebene Agitation, die von den Behörden so genannte „Aufreizung gegen die adligen Gutsbesitzer“, ein solches, die Regierung immer wieder in Unruhe versetzendes Ausmaß.

Die „Schlesische Chronik“ hatte daran wesentlichen Anteil. Bereits 1843 wurde das bisherige „tiefe Stillschweigen“ über die Lage der Dorfbewohner überwunden. 1844 rückten Angriffe auf die gutsherrliche Polizeigewalt und die Patrimonialgerichtsbarkeit und für die Einführung einer die Interessen der Dorfbewohner geltend machenden Landgemeindeordnung in den Vordergrund. Diese Attacken waren begleitet von Artikeln, in denen an Einzelbeispielen gutsherrliche Willkürakte angeprangert wurden; ein Metier, in dem sich vor allem Wilhelm Wolff hervortat. Friedrich Wilhelm Schlöffel, anfangs noch mehr linker Liberaler, leistete mit seinen Angriffen auf das ver-

30 Kurze, Der Kampf K.F.W. Wanders; Neubach, Wander, S. 324ff.

31 Dazu v.a. Bleiber, Zwischen Reform und Revolution.

hasste Schutzgeld, das vor allem die Dorfarmut traf, seinen Beitrag zur Mobilisierung des schlesischen Landvolks.<sup>32</sup> Elsner selbst ging im Gefolge der galizischen Bauernaufstände im Frühjahr 1846 sogar soweit, den preußischen Adligen ein ähnliches Schicksal wie den polnischen Gutsbesitzern vorauszusagen.<sup>33</sup> Die Verfechtung der antifeudalen Interessen und Bedürfnisse der Landbevölkerung in ihren verschiedenen sozialen Schichten verlieh bereits der schlesischen Vormärzdemokratie ein ganz spezifisches Gepräge. Helmut Bleiber resümierte schon 1966 treffend: „Die schlesische Demokratie des Vormärz und der Revolutionszeit wurzelte wesentlich in den antijunkerlichen, vor allem den antifeudalen Bestrebungen der bäuerlichen Landbevölkerung. Diese waren in hervorragendem Maße die Quelle ihrer Kraft. Andererseits trugen die demokratische Publizistik sowie die praktische Tätigkeit mancher kleinbürgerlicher Demokraten nicht unwesentlich zur Entwicklung der antijunkerlichen bäuerlichen Bewegung bei.“<sup>34</sup>

*Zweitens* prägte die schlesische Demokratie des Vormärz stärker als in anderen preußischen Ostprovinzen und vergleichbar nur mit den Entwicklungen im Rheinland die so genannte soziale Frage, die mit dem Entstehen und Auftreten des Proletariats neu aufkommenden gesellschaftlichen Probleme. Es hatte seine unübersehbare Wirkung auf die Ausbildung des demokratischen Flügels in der antifeudalen Opposition, dass die erste in der Öffentlichkeit Furore machende und gesamt-national zur Kenntnis genommene Arbeiterrevolte, der Weberaufstand von Juni 1844, im schlesischen Gebirge stattfand. Seit Wolff Ende 1843 mit seinem Artikel über die Breslauer Kasematten die Proletariatsfrage in Schlesien auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gesetzt hatte, riss die soziale, zunehmend von sozialistischen Vorstellungen bestimmte Agitation nicht mehr ab.<sup>35</sup> Auch auf diesem Felde stand die „Schlesische Chronik“ – neben dem allerdings ausstrahlungsschwächeren Liegnitzer „Boten aus dem Katzbachthale“ – an vorderer Front. Elsner gewährte den Repräsentanten der sozialistischen Strömung in der schlesischen Vormärzdemokratie – Wilhelm Wolff, dem Schweidnitzer, später Breslauer Arzt und 1848er Abgeordneten der preußischen Konstituante Dr. Isidor Pinoff, dem Liegnitzer Lehrer Rudolph Matthäi<sup>36</sup> und dem Breslauer Kaufmann F. A. Stilch – einen

32 Ebenda, S. 183, 186; ders., Schlöffel, S. 630ff.; Schmidt, Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten, S. 220ff.

33 Schlesische Chronik (SC), 5.6.1846; auch 11.8.1846; Bleiber, Zwischen Reform und Revolution, S. 184.

34 Ebenda, S. 192.

35 Dazu Schmidt, Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten, S. 168ff., 282ff.

36 Dazu Schmidt, Moritz Matthäi, S. 263ff.

erstaunlich breiten Spielraum, um die mit dem Proletariat aufkommenden Probleme zu erörtern und sozialistische Vorstellungen zu unterbreiten. Die „Chronik“ brachte neben einer Vielzahl von Korrespondenzen, in denen sozialistische Ideen propagiert wurden, in Deutschland immerhin die ersten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Genesis und gesellschaftliche Stellung des Landproletariats,<sup>37</sup> was nachdrücklich auf die in Schlesien und in der schlesischen Demokratie auffällige Verknüpfung von Agrar- und Proletariatssfrage hinweist. Man kann das Blatt Elsners daher auch als Hauptorgan der sich von der allgemeinen Demokratie sukzessive abnabelnden, aber gleichwohl entschlossen in ihr agierenden sozialistischen Strömung in Schlesien bezeichnen.

\*

Nach dem 18. März 1848 stellte Elsner die „Schlesische Chronik“ ganz in den Dienst einer demokratischen Neugestaltung der Verhältnisse. Wie viele Demokraten stand er fest zu den Berliner Barrikadenkämpfern. Gegenüber den spontanen revolutionären Aktionen der schlesischen Bauern und Landarbeiter, die in der zweiten Märzhälfte die Provinz erschütterten, verhielt er sich jedoch – wie alle seine schlesischen Gesinnungsgefährten, ausgenommen Eduard von Reichenbach und Schlöffel – jedoch eher distanziert. Diese Eruptionen hatten auch die Demokraten überrascht.<sup>38</sup>

Die „Chronik“ informierte zwischen 28. März und 14. April ausführlich über die Unruhen.<sup>39</sup> Sie berichtete sachlich über die erzwungenen schriftlichen Verzichtserklärungen der Gutsherren auf Feudalleistungen, bedauerte zwar so genannte Ausschreitungen „einiger Horden von Landleuten“<sup>40</sup>, wandte sich aber gegen den Einsatz von Militär.<sup>41</sup> Nachdrücklich benannte sie die feudale Ausbeutung als Ursache der Erhebungen und leitete daraus die Notwendigkeit ab, alle Feudallasten schleunigst abzuschaffen. Dafür wäre die zu wählende konstituierenden preußische Versammlung zuständig,<sup>42</sup> die auch für Veränderungen im Verwaltungsapparat sorgen sollte.<sup>43</sup> „Die Bauer-

37 Die Proletarier auf dem Lande, in: SC, 17. und 22.5.1844; Wiederabdruck in: Wolff, Aus Schlesien, S. 44ff.; R. Matthäi, Die ackerbaureibende Bevölkerung in Schlesien, in: Der Gesellschaftsspiegel, 1 (1845), H. 6, S. 211ff.

38 Dazu Bleiber, Die Haltung von Gutsherren, Behörden und Bürgertum zur revolutionären Bewegung der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Frühjahr 1848 – Reaktionen und Reflexionen, in: JfG, 21 (1980), S. 142ff.

39 Hierzu SC, 28.3., 31.3., 4.4., 11.4., 14.4.1848, S. 112, 116, 120, 127f., 132.

40 SC, 31.3.1848, S. 116.

41 SC, 28.3.1848, S. 112.

42 SC, 4.4.1848, S. 120.

43 SC, 11.4.1848, S. 128.

nunruhen nehmen täglich drohendere Gestalt an. Der lang verhaltene Ingrim gegen die früheren Bedrückungen macht sich jetzt auf eine Weise Luft, dass auch die schlimmsten Besorgnisse gerechtfertigt erscheinen. ... An einem Ort unterdrückt, erhebt sich die Bewegung an zehn anderen, und das wird solange dauern, bis doch endlich eine Radikalkur nicht umgangen werden kann.“<sup>44</sup>

Aus diesen unter Elsners Regie erschienenen Artikeln spricht eine zumindest zwiespältige Haltung gegenüber der bäuerlich-landproletarischen Intervention. Noch unerfahren im Umgang mit derartigen revolutionären Erhebungen zumal auf dem Lande und voller Hoffnungen und Erwartungen gegenüber dem in Deutschland erstmals praktizierbaren Parlamentarismus, meinte man offensichtlich, solche elementaren Volksaktionen könnten nach Freikämpfung politischer Spielräume den Weg zu einer parlamentarischen Fixierung des Errungenen eher behindern als fördern. Zugleich aber wurde kein Zweifel daran gelassen, dass die Ursachen für die Erhebungen der Bauern und Landarbeiter im Fortbestehen der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse zu suchen sind, die adligen Gutsherrn also die historische Schuld tragen; als Hauptfeinden des demokratischen Fortschritts wurde ihnen entschiedener Kampf angesagt. Damit aber war dem revolutionären Vorgehen des schlesischen Landvolks zumindest Verständnis entgegen gebracht.

Die Wahlagitation Elsners und seiner Freunde in Breslau im April 1848 zog dann auch entsprechend, entschieden demokratische Schlussfolgerungen. Sie griff die tatsächlichen Forderungen der Aufständischen auf und richtete scharfe Angriffe gegen die schlesische Junkerklasse. Anders als die schlesischen Liberalen unterschiedlicher Abstufung, die zwar ebenfalls für eine Beseitigung der Feudallasten, aber auf dem bisherigen Wege der Ablösung und des Loskaufs eintraten, verlangte Elsner mit der Mehrheit der schlesischen Demokraten, diese Aufgabe ohne alle Entschädigung durchzuführen. Der von Elsner Anfang April 1848 verfasste Wahlauf Ruf der Demokraten redete Tacheles: Die zu wählenden Abgeordneten werden „die Aufhebung der bisherigen gutsherrlichen und bäuerlichen Regulierungsgesetze ohne Entschädigung anzutragen und durchzusetzen haben, was jedoch nur in einer Nationalversammlung tunlich sein wird, in welcher so wenig wie möglich Rittergutsbesitzer Stimmen haben.“<sup>45</sup>

Um politisch wirkungsvoll agieren zu können, hatten die Breslauer Demokraten sich bereits Ende März in einem demokratischen Verein einen or-

44 SC, 4.4.1848, S. 120.

45 SC, 14.4.1848; Bleiber, Die Haltung der Parteien, S. 438.

ganisatorischen Rückhalt geschaffen und eine Wahlkommission gebildet, die mit Aufrufen, Plakaten und direkten Auftritten in die Provinz hinein wirkte.<sup>46</sup> Elsner war an all dem führend beteiligt: als Vorstandsmitglied des Demokratischen Vereins, als Teilnehmer der Wahlkommission und Verfasser des zentralen demokratischen Wahlaufrufs, als Redner auf Volksversammlungen und nicht zuletzt durch den Einsatz der von ihm geleiteten „Schlesischen Chronik“. Auch bei der Gründung des Breslauer Arbeitervereins Anfang April engagierte er sich und wirkte in dessen Vorstand mit.

Die politisch bewussten sozialistischen Elemente in Schlesiens Hauptstadt hatten angesichts der Entschiedenheit der Demokraten in der Agrarfrage keine Schwierigkeiten, deren Wahlagitation nach Kräften zu unterstützen. So auch Wolff, der nicht nur Breslauer Wahlmann war, sondern im 22. schlesischen Wahlkreis Striegau zum stellvertretenden Abgeordneten für die Frankfurter Nationalversammlung gewählt wurde.<sup>47</sup> Wie eng das Miteinander von Demokraten und Sozialisten in Schlesien war, wird auch daraus ersichtlich, dass Elsner, als er am 22. Mai ins Berliner Parlament einzog, seinem einstmaligen Bundesbruder Wolff das Redakteursamt in der „Chronik“ übergab.<sup>48</sup>

\*

Der Wahlkreis Hirschberg hatte Elsner als Abgeordneten in die preußische konstituierende Versammlung geschickt,<sup>49</sup> wo er bald zu den führenden Köpfen der entschiedenen parlamentarischen Linken zählte. Er gehörte der von Waldeck, Jacoby und Jodocus Temme geführten Fraktion Mylius an, die Ende Mai etwa 100 und im November 130 Mitglieder umfasste, und er galt wie knapp zwei Dutzend aus dieser Fraktion als überzeugter Republikaner.<sup>50</sup>

Elsner war ein stattlicher, etwa 1,65 m großer, schlanker und kräftiger Enddreißiger, als er sich der Öffentlichkeit erstmals als engagierter Parlamentarier präsentierte. Ein Foto aus den frühen fünfziger Jahren zeigt einen Mann mit einem energischen Gesichtsausdruck, der durch einen schwarzbraunen Backenbart und vollen Haarschopf noch unterstrichen wurde.<sup>51</sup> Ein Signale-

46 Ebenda, S. 435ff.; Schmidt, Wilhelm Wolff. Kampfgefährte, S. 156ff.

47 Ebenda, S. 160ff.

48 Ebenda, S. 163ff.

49 Schlesische Zeitung, 12. und 21.5.1848.

50 Lutz Bäse, Konstituierende Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung – Fraktionen, in: D. Fricke u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, S. 310ff.

51 Bärbel Holtz und Dieter Weigert (Hg.), Frei und Einig. Porträts aus der Revolution von 1848, Berlin 1998, S. 33 und 38.

ment aus dieser Zeit nennt „Stirn frei, Augenbrauen braun, Augen grau, Nase und Mund gewöhnlich, Bart schwarzbraun, Kinn rund, Gesicht voll, Gesichtsfarbe gesund“.<sup>52</sup> Seine Auftritte in der Versammlung bezeugen, dass er als gelernter Lehrer und erfahrener Journalist nicht nur gut und treffend zu formulieren wusste, sondern auch einprägsam zu reden und schlagfertig zu reagieren verstand.

Rasch machte Elsner sich als ein eifriger Debattierer einen Namen. Wiederholt trat er nicht nur in den Debatten, sondern auch in Anträgen, meist gemeinsam mit den Schlesiern Julius Stein und Eduard von Reichenbach hervor. Schon eine Woche nach Verhandlungsbeginn, am 30. Mai 1848, unterbreitete das schlesische Dreigestirn dem Parlamentsausschuss im Auftrag des Breslauer demokratisch-konstitutionellen Klubs den Vorschlag, den Berliner Barrikadenkämpfern durch Parlamentsbeschluss in aller Form zu bestätigen, dass sie sich um das Vaterland verdient gemacht haben; auch sollte ihnen ein Nationaldenkmal errichtet werden.<sup>53</sup> Sie bereiteten damit die entscheidende Debatte vor, die den ihrer Initiative folgende Antrag von Julius Berends vom 8. Juni auslöste, in dem die Anerkennung der Revolution gefordert wurde.

In mehreren Parlamentsgremien war Elsner aktiv. In der Verfassungskommission setzte er sich als Referent für Unterrichtsfragen für die Trennung von Staat und Kirche und für die Unentgeltlichkeit allen öffentlichen Unterrichts ein und brachte im Herbst einen Antrag durch, der das absolute Veto des Königs zu Fall brachte.<sup>54</sup> Als zeitweiliger Leiter der Petitionskommission wusste er um die Vielzahl der bäuerlichen Petitionen zur Neugestaltung der Agrarverhältnisse, von denen die gute Hälfte aus Schlesien stammte, wie zur Lage der Weber und Spinner im schlesischen Gebirge, für deren Untersuchung er die Bildung einer Spezialkommission durchsetzte.<sup>55</sup> Anfang September beantragte er im Parlament sofortige staatliche Hilfe für die durch hohe Arbeitslosigkeit geplagten Notstandsgebiete der Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg, die schon nach zwei Wochen von Regierung und Krone in Höhe von 100 000 Taler genehmigt wurde.<sup>56</sup>

52 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 500 Nr. 33, Bl. 62v–63.

53 Jürgen Hofmann, *Das Ministerium Camphausen-Hanseman. Zur Politik der preußischen Bourgeoisie in der Revolution 1848/49*, Berlin 1981, S. 146.

54 Susanne Böhr, *Die Verfassungsarbeit der preußischen Nationalversammlung 1848*, Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 67ff., 79ff.

55 *Verhandlungen*, 1, S. 281; Sitzung am 28.6.1848.

56 *Verhandlungen*, 2, S. 229–234; Sitzung am 5.9.1848 und S. 416; Sitzung am 28.9.1848

Am 3. Juni rückte das schlesische Triumvirat mit Anfragen an Justiz- und Innenministerium zu Verhaftungen von Bürgern in Jauer, Hirschberg und Friedeberg wegen deren republikanischer Gesinnung auf den Pelz und verlangte Anklage gegen Polizei- und Justizbehörden sowie ein Gesetz, das derartige Missbräuche ein für allemal unterbindet: „Wegen republikanischer Gesinnungen, wenn sie nicht geradezu auf Provozierung gewaltsamer Maßnahmen hinauslaufen, kann niemand verhaftet werden.“<sup>57</sup> Mitte Juli unterstützte Elsner Johann Jacoby leidenschaftlich, als dieser einen Antrag vorlegte, die Wahl eines unverantwortlichen Reichsverwesers durch die Frankfurter Nationalversammlung zu missbilligen. Er wandte sich entschieden gegen Missbrauch und Verfälschungen des Begriffs der Republik und erteilte allen Spekulationen eine entschiedene Abfuhr, bei einer neuen Regierungsbildung könnten eventuell äußerste Linke als Minister zur Verfügung stehen: „Auf *dieser* Seite (der äußersten Linken) steht nicht die Wiege, aus welcher Minister hervorgehen. (Bravo). ... wir werden dabei *unbeteiligt* bleiben.“<sup>58</sup>

Nach dem blutigen Überfall preußischen Militärs auf die Schweidnitzer Bürgerwehr Ende Juli 1848 löste Elsners im Auftrag der Mehrheit der Petitionskommission unterbreiteter Antrag, von der Regierung einen sofortigen Bericht über die Ereignisse und die unverzügliche Versetzung der kompromittierten Truppenteile zu verlangen, Anfang August eine dramatische parlamentarische Entwicklung aus. Sie führte nach Steins Amendement zu dem Furore machenden Beschluss, der den Kriegsminister verpflichtete, den Offizieren eine Beteiligung an reaktionären Bestrebungen zu untersagen und sie zur Mitarbeit bei der Verwirklichung konstitutioneller Rechtszustände zu verpflichten.<sup>59</sup> Auch als dieser Beschluss Anfang September, weil immer noch nicht umgesetzt, erneut zur Diskussion stand, war Elsner, die Reaktion anprangernd, auf dem Platze.<sup>60</sup>

Den Höhepunkt in Elsners parlamentarischer Wirksamkeit bildeten jedoch die Auseinandersetzungen um die Abschaffung der Feudallasten von Ende September bis Anfang November 1848. Da war er in seinem Element. Weniger als Redner denn als Antragsteller. Über Monate hatte es die liberale Mehrheit des Berliner Parlaments verstanden zu verzögern, dass in der Agrarfrage reiner Tisch gemacht wurde.<sup>61</sup> Bereits Anfang Juni hatte ein Gemein-

57 Verhandlungen, 1, S. 85f.; Sitzung am 3.6.1848.

58 Verhandlungen, 1, S. 440; Sitzung am 12.7.1848.

59 Verhandlungen, 1, S. 665ff.; Sitzung am 9.8.1848.

60 Verhandlungen, 2, S. 269; Sitzung am 7.9.1848.

61 Dazu Reis, S. 52ff., 71ff.; H. Bleiber, Reichenbach, S. 210ff.

schaftsantrag Elsners, Steins und Reichenbachs die entschädigungslose Beseitigung des feudalen Jagdrechts verlangt.<sup>62</sup> Von anderen Demokraten war die Abschaffung mehrerer Geldabgaben und besonders des Schutzgeldes sowie eine Sistierung sämtlicher Ablösungsverhandlungen bis zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes beantragt worden.<sup>63</sup> Die Linke hatte sich geeinigt, entschlossen am Prinzip der Unentgeltlichkeit festzuhalten.<sup>64</sup> Auch hatten sie der Regierung die Konzession abgerungen, dass das Parlament an der inneren Gesetzgebung und also auch und besonders an der Agrargesetzgebung direkt mitwirkt. Doch eine Beschleunigung der Verhandlungen darüber vermochte sie nicht durchzusetzen. Sie konnte lediglich für sich verbuchen, als einzige Fraktion mit aller Entschiedenheit für die Bauern Partei ergriffen zu haben. Reichenbach zog daher in einem offenen Brief von Ende September eine kritische Bilanz.<sup>65</sup> Den Bemühungen der Linken um Lösung der Agrarfrage stellte er das Desinteresse der Mehrheit des Parlaments gegenüber und verwies zugleich – gleichsam als Gegenfolie – auf die am 7. September durch Beschluss des Wiener Reichstag schlagartig erfolgte Bauernbefreiung in Österreich.

Erst als im Frühherbst der Druck von unten, namentlich seitens der schlesischen Landbevölkerung, deutlich zunahm, wachten die Parlamentarier auf. Die schlesischen Bauern gaben im Sommer bereits ihrer wachsende Unzufriedenheit über die Tatenlosigkeit der Berliner Versammlung deutlich Ausdruck.<sup>66</sup> Und seit Mitte August, besonders aber im September häuften sich an mehreren schlesischen Orten nicht nur Verweigerungen von Feudalleistungen und „Auflehnungen der bäuerlichen Grundbesitzer wider die Gutsherrschaften“ wie im Kreis Reichenbach,<sup>67</sup> sondern flammten einzelne Aufstände auf, so in Hultschin und in Beneschau, in Riegersdorf, Kreis Strehlen, in Nieder-Schwedeldorf, Kreis Glatz, in Radschütz, Kreis Steinau.<sup>68</sup> Anfang Sep-

62 Verhandlungen, I, S. 78f.; Sitzung am 2.6.1848.

63 Reis, S. 42ff.

64 Ebenda, S. 45.

65 H. Bleiber, Reichenbach, S. 211f.

66 Vgl. Nachlaß Dr. Moritz Elsner. Correspondenzen, vol. I, 1848, in: Archiwum państwowe we Wrocławiu. Helmut Bleiber danke ich für Einsicht in Exzerpte aus dieser Akte.

67 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit 507 Nr. 2 Bd. IV, Bl. 352ff.

68 Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), 10.9.1848, S. 1; 16.9.1848, S. 2f.; 21.0.1848, S. 2; Die Reform, 24.8.1848, S. 2; 8.9.1848, S. 2; 12.9.1848, S. 3; 14.9.1848, S. 3; 15.9.1848, S. 2; 16.9.1848, S. 2: „Der Bundschuh ist wieder aufgepflanzt. Im Ratiborer Kreis, und zwar zunächst in Beneschau ist ein furchtbarer Bauernaufstand ausgebrochen. Mehrere Tausende haben sich zusammengerotet...“; 30.9.1848, S. 2; ferner: GStAPK, I. HA Rep. 77, Tit. 507 Nr. 2, Bd. 4, Bl. 318ff., 323ff., 368.



tember berichtete ein Hirschberger Korrespondent: „Zwischen hier und Liegnitz und überhaupt in ganz Niederschlesien herrscht auf dem Lande fast noch mehr Aufregung als in den Städten. Die Landleute kommen in Haufen zusammen und verbinden sich, keine herrschaftlichen Zinsen mehr zu entrichten. Ja, sie setzen sogar Strafen für diejenigen fest, welche dennoch solche Zinsen zahlen sollten.“<sup>69</sup>

Einen plastischen Eindruck von der gereizten Stimmung der schlesischen Dorfbewohner vermittelt die Korrespondenz, die Elsner in diesen Monaten aus seiner Heimat erhielt. Mitte August hatte ein Freistellenbesitzer und Wahlmann aus Hermsdorf bei Haynau in einer Adresse der Haynauer Wahlmänner und Schulzen darauf gedrungen, auf die „Aufhebung aller Steuerbefreiung und Bevorzugung einzelner Staatsbürger wie um unentgeltliche Beseitigung der Feudallasten“ anzuhalten. Der Bauern „ganze Aufmerksamkeit ist nur auf die Befreiung von Feudallasten und auf Erleichterung der Abgaben gerichtet. Diese Freiheiten sind ihnen mehr wert als alle übrigen politischen Errungenschaften“.<sup>70</sup> Die Stimmung gegen die Rittergutsbesitzer sei teilweise geradezu unheimlich; Friede zwischen Rustikalen und Gutsherren werde erst einkehren, wenn alle Privilegien der Gutsherrn beseitigt und die Feudallasten abgeschafft sind. Elsners Bruder schrieb im gleichen Zeitraum, die Dorfleute „fangen an, höllisch ungeduldig zu werden“; man wolle wissen, „ob keine Hoffnung auf Besserung wäre und die Linke nicht Herr werden würde“. Das Land stünde hinter den Linken, aber es stellten nicht wenige schon die Frage, ob die Linken in Berlin wie in Frankfurt nicht die Parlamente verlassen sollten, „sobald sie die Überzeugung hätten, dass das Spiel verloren sei“. Dann sollte jeder Abgeordnete in seinen Wahlkreis kommen, dies erklären und dann – „meinen die Leute – werden wir uns mit Dreschflegeln selbst reinen Tisch machen“. „Der Vater flucht wie ein Pferdeknecht. Er meint, Ihr wäret mit Eurer ganzen Bewegung Scheißkerle ... Wäre er in Berlin, er ließe die ganze Versammlung zum Loche raus jagen.“<sup>71</sup>

In Gestalt eines über die ganze Provinz sich ausbreitenden Rustikalvereins hatte sich das Landvolk in Schlesien in diesen Wochen einen effektiven organisatorischen Rückhalt verschafft.<sup>72</sup> Diese im Juli/August 1848 entstandene demokratische Bauernorganisation wurde in den Herbsttagen zu einem wichtigen politischen Druckfaktor. Elsner und die Berliner Linken konnten

69 NRhZ, 10.9.1848, Beilage S. 1.

70 Nachlass Elsner, Bl. 264f.

71 Ebenda, Bl. 282.

72 Dazu Bleiber, Rustikalverein, S. 110ff; Schmidt, Schlesische Rustikalvereine, S. 239ff.

sich in ihren Anträgen immer wieder auf Petitionen des Rustikalvereins berufen. Ein Antrag von 36 Linken, zu denen neben 13 anderen Schlesiern natürlich auch Elsner zählte, vom 30. August verlangte unter Verweis auf die Gefahren erneuter Unruhen in Schlesien im Gefolge der gutsherrlichen Versuche, Abgaben wieder einzutreiben, eine beschleunigte Behandlung der Agrargesetze.<sup>73</sup> Die Septemberkrise in Preußen, der Regierungswechsel von Auerswald/Hansemann zu Ernst von Pful brachte eine nochmalige Verzögerung von vier Wochen, in denen aber auch klar wurde, dass in Schlesien eine erneute Eruption auf dem Lande nicht mehr zu vermeiden war, wenn nicht bald etwas zugunsten der Bauern entschieden wird.

Ab Ende September ging es dann aber Schlag auf Schlag. Die Debatte begann am 30. September um eine Gesetz über die Sistierung der Feudalabgaben. Elsner beantragt die entschiedenste Variante: Bis zu einem Gesetz über die Regelung resp. Aufhebung sämtlicher Lehensverhältnisse sollten alle Feudallasten ausgesetzt werden.<sup>74</sup> Er stützte sich dabei auf eine von 15 000 Bauern unterschriebene Petition des schlesischen Rustikalvereins.<sup>75</sup> Sein Antrag verfiel zwar der Ablehnung; doch wurde am 4. Oktober bereits ein Gesetz angenommen, das die Regulierungsverfahren unterbrach und die Rezesse auf Antrag einer Seite zu sistieren gestattete.<sup>76</sup> Unter dem Druck der anschwellenden Bauernunruhen wurde es vom König umgehend bestätigt. Als die Rechten versuchten, die angespannte Situation auf den schlesischen Dörfern mit der Agitation vom Emissären zu erklären und sich dabei einer anonymen Flugschrift bedienten, ließ Elsner die Versammlung wissen, dass „fast sämtliche Rustikalvereine, die über ganz Schlesien verbreitet sind, zugleich an mich schrieben, sie würden mit Vertrauen dem Beschlusse dieser Versammlung entgegensehen. Hätten Sie die Unruhen in Schlesien mit einem *Schlage* dämpfen wollen, so mussten Sie am Sonnabend meinen *Antrag* annehmen, dann würden *keine* Kanonen nötig sein.“<sup>77</sup>

Nur zwei Tage später gelangte der durch den gemeinsamen Antrag von Reinicke/Elsner/Stein/Reichenbach vom 2. Juni in die Wege geleitete Gesetzentwurf zur unentgeltlichen Aufhebung des feudalen Jagdrechts aus dem Ausschuss ins Parlament<sup>78</sup> und ging ohne größere Widerstände durch. Als die

73 Reis, S. 76f.

74 Verhandlungen, 2, S. 461ff; Sitzung am 30.9.1848.

75 Ebenda.

76 Verhandlungen, 2, S. 509f.; Sitzung am 4.10.1848; Reis, S. 85.

77 Verhandlungen, 2, S. 483; Sitzung am 2.10.1848.

78 Ebenda, S. 541–546; Sitzung am 5.10.1848.

Rechten sich für Entschädigung ins Zeug warfen, konterte Elsner: „Wenn also eine Ablösung mit Entschädigung stattfinden soll, so können bloß die jetzt *Belasteten* entschädigt werden, denn *diesen* muss es zugute kommen, wenn eine Entschädigung bewilligt wird. Ein Unrecht löst man nicht auf diese Weise ab, dass derjenige, welcher es ausübt, das Geld bekommt.“<sup>79</sup> Forderungen nach umgekehrter Entschädigung, die im Frühjahr 1849 Wilhelm Wolff mit der Artikelserie über die „Schlesische Milliarde“ aufgriff, waren in Schlesien seit Mitte 1848 im Schwange.<sup>80</sup>

Bereits am 10. Oktober begann die Debatte um das von der Regierung vorgelegte Gesetz über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. Danach sollten nur solche Lasten unentgeltlich beseitigt werden, die sich aus der Erbuntertänigkeit, der alten Steuerverfassung und der Gerichtsbarkeit ergaben<sup>81</sup>. Auch hier griff Elsner zusammen mit Bucher, Stein und Reichenbach mit Anträgen und Veränderungsvorschlägen ein. Unter Berufung auf die preußischen Reformen, aber auch auf das französische Vorbild, das in den westlichen Teilen Deutschlands zur Anwendung kam und vom Westfalen Waldeck ins Spiel gebracht wurde, strebten die Linken durch unentgeltliche Beseitigung aller Feudallasten eine demokratische Radikallösung der Agrarfrage an.<sup>82</sup>

Ins Zentrum der Auseinandersetzungen rückte die Abschaffung des so genannten Laudemiums, einer bei den schlesischen Bauern besonders verhassten Besitzveränderungsabgabe von 10 Prozent an den Gutsherrn. Diese Abgabe entzog den Bauernhöfen enorme Summen und behinderte deren Modernisierung. Waldeck, D’Ester und Elsner beantragten die Ausweitung des Gesetzes auf alle Besitzveränderungen in ganz Preußen,<sup>83</sup> was nicht durchkam. Doch wurden nach überzeugender Abwehr des Generalkommissionsvertreters, die Rechtmäßigkeit des Laudemiums nachzuweisen, durch den schlesischen Demokraten Teichmann, einen Justizkommissar aus Breslau<sup>84</sup> wenigstens alle Laudemien in Schlesien entschädigungslos abgeschafft. Teichmann hatte das Laudemium unmissverständlich als „ein Plünderungs-Institut, eine Vermögens-Konfiskation“ durch die Gutsherren

79 Ebenda, S. 546.

80 Helmut Bleiber, Für die demokratische Lösung der Agrarfrage – Bauernbewegungen in der Revolution 1848/49 in der Grafschaft Glatz, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2003/III.

81 Reis, S. 102.

82 Ebenda, S. 104ff.

83 Ebenda, S. 112.

84 Verhandlungen, 3, S. 33–40.; Sitzung am 17.10.1848.

qualifiziert und konstatiert, dies müsse unentgeltlich beseitigt werden, denn“ die Revolution ist eben gemacht worden, diese alten eingewurzelten Unrechte ... jetzt mit einem Male zu beseitigen“<sup>85</sup>.

Auch in der Auseinandersetzung um die Abschaffung von verschiedenen Zehnten gingen die Linken mit einem Antrag von Waldeck/ D’Ester /Elsner aufs ganze und verlangten, „Zehnten aller Art“ unentgeltlich aus der Welt zu schaffen.<sup>86</sup> Das Parlament zog wieder nicht mit, beschloss aber am 8. November in der letzten Abstimmung über die Agrarverhältnisse wenigstens mehrere einzelne Zehnte (Fleisch-, Blut- und Bienenzehnt) ohne Entschädigung aufzuheben.<sup>87</sup>

Gemeinsam mit anderen Demokraten brachte Elsner in den Debatten die Forderung nach entschädigungsloser Entsorgung aller Feudallasten zur Geltung. Nur beim Jagdrecht und beim Laudemium ließ sich das vollständig durchsetzen. Die Furcht der Liberalen wie der gemäßigten Demokraten vor damit verbundenen Eingriffen in geheiligte Eigentumsrechte war zu groß. Doch stieß die revolutionär-demokratische Forderung nach Unentgeltlichkeit in den Abstimmungen immerhin bei mehr als einem Drittel der Abgeordneten auf Zustimmung. Der Druck der Radikaldemokraten verhinderte, dass der von den Liberalen favorisierte Rechtstrend, für alles Entschädigung zu leisten, die Oberhand gewinnen konnte. Es versteht sich, dass Elsner auch bei den brisanten Abstimmungen für eine preußische Verfassung, zu den entschiedenen Befürwortern der Abschaffung der Todesstrafe, der Streichung des königlichen Titels „von Gottes Gnaden“, der Aufhebung von Adelstiteln und Orden zählte.

Das gilt auch für die Endphase des Berliner Parlaments vom 2. bis 15. November 1848, in der es sich gegen den konterrevolutionären Staatsstreich und die schliessliche Vertreibung wehren musste. Elsner stand in dieser Zeit an der Spitze der parlamentarischen Petitionskommission und setzte alles daran, die massenhaft eintreffenden Protestadressen gegen die Machenschaften der Krone und die Solidaritätsbekundungen für die Konstituante durch Druck und Verbreitung im Lande zur Mobilisierung des Volkswiderstands zu nutzen.<sup>88</sup> Selbstverständlich beschloss er am 15. November unmittelbar vor der Zerspaltung des Parlaments durch Militär den Aufruf zur Steuerverweigerung mit. Auch setzte er sich – freilich verdeckt und konspirativ – in seinem Hirschberger Wahlkreis für deren Realisierung ein. Eine 1849 deswegen ge-

85 Ebenda, S. 39.

86 Reis, S. 119ff.

87 Verhandlungen, 3, S. 404ff.; Sitzung am 8.11.1848; Reis, S. 126.

88 Vgl. die Berichte der Petitionskommission der Preußischen Nationalversammlung vom 13.–30. November 1848, in: GStAPK, I. HA Rep. 97 Xa Gen. Nr. 3, Bl. 278–292.

gen ihn eingeleitete gerichtliche Untersuchung musste mangels Beweisen, weil die Kontaktleute dicht hielten, niedergeschlagen werden.<sup>89</sup>

An der Farce der Ende November fortgesetzten Sitzungen des Parlament in Brandenburg nahm er wie die Masse der entschiedenen Linken nicht teil. Auch nach Scheitern der Steuerverweigerungskampagne und der Oktroyierung der Verfassung am 5. Dezember 1848 steckte Elsner nicht auf. Seit Ende Dezember betrieb er, von seinen Wählern in seinem Heimatkreis Hirschberg nicht selten enthusiastisch gefeiert, intensive demokratische Wahlagitation für die Zweite preußische Kammer. Auf dem Breslauer Provinzialkongress der Rustikalvereine vom 20./21. Dezember 1848 entschuldigte er sich bei den Bauerndelegierten, dass die Linken in der Berliner Versammlung nicht mehr im Rustikalinteresse erreichen konnten.<sup>90</sup> Die Aufrufe und Adressen der schlesischen Demokraten zu den Kammerwahlen von Januar 1849 hat er sämtlich mit unterzeichnet, so vor allem den Aufruf des Komitees für volkstümliche Wahlen in der Provinz Schlesien.<sup>91</sup>

Der Wahlkreis Hirschberg/Landeshut schickte ihn erneut in die am 26. Februar 1849 einberufene Zweite Kammer,<sup>92</sup> wo er – wie die meisten schlesischen Demokraten – wieder auf der äußersten Linken Platz nahm.<sup>93</sup> Für kontinuierliche parlamentarische Arbeit blieb jedoch kaum Zeit. Dennoch hat Elsner alles versucht, um demokratischer Agrarpolitik erneut Gehör zu verschaffen. „Elsner und Genossen“<sup>94</sup> legten sofort einen Gesetzesvorschlag „über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben“ sowie einen Gesetzentwurf über „die Regulierung der mit Mühlengrundstücken verbundenen Abgaben und Leistungen“ vor und beantragten mehrfach, mit Beratungen darüber schleunigst zu beginnen.<sup>95</sup> Dazu kam es nicht. Auch der Antrag Elsner/Stein vom 14. April 1849, die Dienstenthebung der Breslauer

89 GStAPK, I. HA Rep. 97 Xa Nr. 65: Steuerverweigerungssache Dr. Elsner zu Breslau, Abgeordneter für Kreis Hirschberg; Rep. 97 Xa Gen. Nr. 1/1, Bl. 235.

90 Bericht des Polizeipräsidenten v. 23.12.1848, in: GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1079, Nr. 2, Bl. 6f.

91 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit 507 Nr. 2 Bd. 5, Bl. 40. ; Rep. 169 C Nr. 1, Bd. 2, Bl. 136f. und Bl. 139f.

92 Drucksachen der Zweiten Kammer, Berlin 1849, Nr. 10: Nachweis der Mitglieder der II. Kammer pro 1849, S. 6: „Dr. Elsner, Wohnsitz: Breslau, Wahlkreis: Hirschberg, Landeshut.“ Haunfelder, S. 92, Nr. 370 gibt als Wahlkreis Liegnitz an, was wohl nicht zutrifft.

93 Haunfelder, S. 92, Nr. 369.

94 Das waren Elsner, Julius Stein aus Breslau und Karl Schramm/Langensalza.

95 Drucksachen der Zweiten Kammer, Nr. 7 und Nr. 91, S. 3–10; ferner: Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch das Allerhöchste Patent vom 5. Dezember 1848 einberufenen Kammern. Zweite Kammer. Von der Eröffnungssitzung am 27. Februar bis zur Auflösung in der 37. Sitzung am 27. April 1849, Berlin 1849, S. 443, 533, 770f.

Bürgerwehr rückgängig zu machen,<sup>96</sup> blieb unberücksichtigt. Die preußische Krone löste die Kammer bereits am 27. April auf, als diese mehrheitlich gegen den Willen der Regierung für die Einführung der am 29. März von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung in Preußen votierte.

Sein Einsatz für diese Verfassung, vor allem seine Teilnahme an der Breslauer Erhebung vom 5. bis 7. Mai 1849, in der er als Verfasser eines Plakats, das zur Demonstration für die Reichsverfassung aufrief, und als Versammlungsredner hervortrat,<sup>97</sup> gab der Reaktion schließlich Gelegenheit, Elsner, der inzwischen Redakteursarbeiten in der demokratischen „Neuen Oder-Zeitung“ übernommen hatte, für längere Zeit außer Gefecht zu setzen. Wegen „Erregung eines Aufruhrs aus grober Fahrlässigkeit“<sup>98</sup> verurteilte ihn das Breslauer Oberlandesgericht im Juni 1850 zu zwei Jahren Zuchthaus, dem er sich jedoch durch Flucht nach England entzog.

Zwar sprach ihn das Obertribunal aufgrund seiner Nichtigkeitsbeschwerde im August 1851 frei; und er konnte ungefährdet nach Breslau zurückkehren. Doch fand die preußische Bürokratie einen Weg, seine Rückkehr ins Lehramt am Breslauer Magdalenäum zu verhindern und durch faktisches Berufsverbot einen relativ gesicherten Lebensunterhalt zu vereiteln. Nicht aus politischen Gründen, sondern wegen „unerlaubter Entfernung vom Amt“ feuerte ihn der Disziplinarhof des Kammergerichts durch Urteil vom 11. Oktober 1851 endgültig aus dem Amt, nachdem ihn das Provinzialschulkollegium schon im September 1849 aufgrund der gerichtlichen Untersuchungen „vorläufig“ suspendiert hatte.<sup>99</sup> Das Staatsministerium, bei dem er sofort Widerspruch einlegte, bestätigte am 26. November 1852 nur das gefällte Urteil des Disziplinarhofs.<sup>100</sup>

96 Drucksachen der Zweiten Kammer, Nr. 12.

97 F.G. Adolph Weiß, *Chronik der Stadt Breslau von der ältesten bis zur neuesten Zeit*, Breslau 1888, S. 1146ff.; Robert Brückner und Julius Stein, *Geschichte der Stadt Breslau von ihrer Gründung bis auf die neueste Zeit*. Dritter Band: *Geschichte Breslaus vom Jahre 1840 bis auf die neueste Zeit*, Breslau 1852, S. 355ff.; Julius Stein, *Geschichte der Stadt Breslau*, Breslau 1884, S. 411ff.

98 GStAPK; I. HA Rep. 76 VI Sekt. VIII Nr. 24: Der Gymnasiallehrer Dr. Elsner und der Lehrer der höheren Bürgerschule Dr. Stein, die gegen dieselben eingeleitete Untersuchung wegen Teilnahme an Aufruhr erregenden Bewegungen und staatsgefährlichen politischen Umtrieben überhaupt, Bl. 17.

99 Ebenda, Bl. 7 und 77–85.

100 GStAPK, I. HA Rep. 90 Tit. IX Lit E Nr. 26: Die Disziplinaruntersuchung wider den Gymnasiallehrer Dr. Elsner zu Breslau und dessen Dienstentlassung.

So blieb ihm fortan versagt, in seinem Beruf, den er liebte, als Berufung verstand und in dem er erfolgreich gewesen war, zu wirken. Er blieb lebenslang aus dem Schuldienst verbannt. Ein Schulmann ist er gleichwohl zeitlebens geblieben. In den fünfziger Jahren gab er mehrere naturwissenschaftliche Lehrbücher heraus.<sup>101</sup> Und als er 1863 zum Breslauer Stadtverordneten gewählt wurde, wählte er die kommunale Schulpolitik zu seinem speziellen Arbeitsfeld.<sup>102</sup> Die Umwandlung der drei- bis vierklassigen Elementarschule Breslaus in eine sechsklassige war in erster Linie sein Werk. Die Breslauer Lehrerschaft aller Richtungen hat es sich daher nicht nehmen lassen, in einer Gedächtnisfeier an seinem Grabe im September 1894 dem „alten Elsner“, wie man ihn in Breslau respekt- und liebevoll nannte, dem „Freunde der Schule“, der, „dem Lehrerberuf, den er aus Neigung erkoren, durch ein herbes Geschick frühzeitig entrissen, ...doch im Herzen ein Lehrer geblieben“ war, ihre Anerkennung und Hochachtung nachzurufen.<sup>103</sup>

\*

Die begrenzte Zeit und auch ein unzureichender Forschungsvorlauf erlauben nicht, Elsners Biographie bis zu seinem Lebensende 1894 genauer nachzuzeichnen. Deshalb stichpunktartig nur die wichtigsten Daten.

Von 1851 bis 1855 war Elsner Redakteur und Mitherausgeber der „Neuen Oder-Zeitung“, eines der einflussreichsten demokratischen Sprachrohre im nachmärzlichen Deutschland, an dem 1855 kein geringerer als Marx mitarbeitete.<sup>104</sup> Nach deren Untergang redigierte er bis 1890 ununterbrochen die „Breslauer Morgenzeitung“, die sich zumindest in den 1860er Jahren als politisches Oppositionsblatt einen Namen machte. Seit 1857 beteiligte er sich wie die anderen schlesischen Demokraten wieder am Wahlkampf in Preu-

101 Jahresbericht der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur 1894, S. 2. Hier sind genannt: Festschrift zur Feier des 150jährigen Bestehens des Gymnasiums zu Hirschberg, Breslau 1862; Schillings Grundriss der Naturgeschichte, 5. Ausg. 1853; die kleine Naturgeschichte (als kleine Ausgabe von Schillings Grundriss) in mehreren Auflagen; Atlas des Mineralreichs, des Pflanzenreichs und des Tierreichs in 3 Ausgaben; wahrscheinlich hat er auch die nach Wimmers Tod anonym erschienene Exkursionsflora von Schlesien nach dem handschriftlichen Nachlass Wimmers bearbeitet.

102 Ebenda, S. 3.

103 Schles. Schulztg., 28.9.1894, S. 469f.

104 Zur „Neuen Oder-Zeitung“: Elsner, Ein Rückblick, in: NOZ, 31.12.1855; Lothar Stöbe, Die „Allgemeine“/„Neue Oder-Zeitung“ 1846–1851. Ihre Entwicklung zum progressiven Organ der kleinbürgerlichen Demokratie. Diss. phil. Leipzig 1984; ders., Die kleinbürgerlich-demokratische „Allgemeine Oder-Zeitung“ im Revolutionsjahr 1848, in: Wiss. Zs. d. Karl-Marx-Univ. Leipzig. Gesellschaftswiss. Reihe, 1986, H. 2, S. 177ff.; MEGA<sup>2</sup>, I/14, S. 911–924 mit weiteren Literaturangaben.

ßen.<sup>105</sup> Damit setzte seine Wandlung zum Liberalen ein. Er trat dem Nationalverein bei, wurde 1861 Mitbegründer der Fortschrittspartei in Schlesien,<sup>106</sup> als deren Mitglied er sich fortan permanent gegen Arbeiteremanzipationsbestrebungen engagierte und später auch der Sozialdemokratie zumindest distanziert gegenüberstand.<sup>107</sup> 1866/67 setzte er sich als Nationalliberaler für eine deutsche Einigung unter preußischer Führung ein und plädierte 1870 sogar für die Annexion Elsass-Lothringens.<sup>108</sup> Zu keinem Zeitpunkt ein Bismarckianer, vollzog er im hohen Alter nochmals innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrum einen Linksschwenk und schloss sich 1888 der Freisinnigen Volkspartei an.<sup>109</sup>

1889 hatte er noch sein goldenes Doktorjubiläum feiern können. Elsner war verheiratet, hatte jedoch keine Kinder. Seine Frau starb lange vor ihm. Er verschied am 8. August 1894 in Breslau, hoch verehrt nicht zuletzt auch wegen seiner ungewöhnlichen Bescheidenheit, die ihn testamentarisch auch ein stilles Begräbnis nur im engsten Kreis festlegen ließ. Auf dem Friedhof in Rothkretscham wurde er beigesetzt.<sup>110</sup>

\*

Ich hatte anfangs die These aufgestellt, Elsner verkörperte 1848/49 in besonderer Weise spezifische Züge der schlesischen Demokratie. Zum Abschluss sei daher versucht, einige dieser Charakteristika zu skizzieren.

Erstens. Die schlesischen Demokraten von 1848 sind zunächst der von der traditionellen Geschichtsschreibung so genannten norddeutschen, im Kern preußischen Demokratie zuzurechnen. Das eine Jahrhundert preußischer Herrschaft über Schlesien hatte ausgereicht, um die Masse der intellektuellen und politischen Eliten der Provinz, auch die Demokraten, auf Preußen zu fixieren. Die Bindung an das Schicksal des erobernden Staates war dadurch gefördert worden, dass Preußen sich – verglichen mit Österreich – als reformfähiger erwiesen hatte und zugleich eine herausragende national integrierende Rolle zu spielen schien. Die Epoche der preußischen Reformen und

105 Theodor Müller, *Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie*, 1. Teil, Breslau 1925 (Reprint Glashütten im Taunus 1972), S. 61f.; Nathan, *Aus dem Leben eines Achtundvierzigers*, S. 235; Stein, *Geschichte der Stadt Breslau*, S. 568ff., 587.

106 Ebenda, S. 630f.; Gebhardts *Handbuch der Deutschen Geschichte*, Bd. 2, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1931, S. 457.

107 Müller, *Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie*, 1. Teil, S. 87, 89, 175; 2. Teil, S. 45f.

108 Stein, *Geschichte der Stadt Breslau*, S. 629; ADB, Bd. 48, S. 340; *Schlesische Gesellschaft für vaterländische Kultur* 1894, 72. Jahresbericht, S. 3.

109 Ebenda.

110 Ebenda.



der Befreiungskriege war von den Protagonisten der Revolution entweder noch selbst erlebt oder auf ihrem Bildungsweg verinnerlicht worden. Schlesien war in diese Aufbruchzeit voll einbezogen worden. „Seit den Freiheitskriegen fühlten sich die Schlesier in erster Linie als Preußen; um die Mitte des 19. Jahrhunderts war ihr provinzieller Partikularismus politisch völlig geschwunden; sie wurden von den gleichen politischen Strömungen wie die anderen Teile des preußischen und deutschen Volkes ergriffen.“<sup>111</sup>

Dieses auf preußische Geschichte orientierte Traditionsbewusstsein unterschied die schlesischen – wie auch die ostpreußischen und Berliner Demokraten - beträchtlich von der badischen, überhaupt südwestdeutschen, aber wohl auch rheinpreußischen Demokratie, die vor allem von der ersten französischen Revolution und ihren Auswirkungen auf diese Territorien beeinflusst wurde. Forderungen nach einer Zerschlagung bzw. Auflösung Preußens, 1848 unter Demokraten im Rheinland keineswegs selten, sucht man bei den Schlesiern vergebens. Statt dessen war ihr Anliegen eine grundlegende Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse dieses Staates.

Die ausdrückliche Berufung auf die preußische Reformperiode und die Befreiungskriege war in der politischen Argumentation gang und gäbe. So hat Lothar Bucher bei der Begründung eines gemeinsam mit Schlesiern eingebrachten Antrags auf entschädigungslose Abschaffung wesentlicher Feudal-lasten in der Berliner Versammlung gegen liberal-konservative Einwände, dadurch würden private Eigentumsrechte verletzt, die preußischen Reformen als Kronzeugen aufgerufen. Was damals der Krone recht war, das sei der Nationalversammlung nur billig: „Es fehlt daher auch bei uns nicht an Beispielen, wo es nötig war, einen solchen Bruch zu vollziehen, ... damit der Staat nicht in seine Elemente zerbröckelt. Früher gingen solche durchgreifende Maßregeln aus von den Fürsten; die Fürsten haben die Leibeigenschaft aufgehoben. Auch dies war ein Eingriff in die Privatrechte und die Vermögensrechte. Es ist die Untertänigkeit aufgehoben, ferner in den Jahren 1807–11 das Grundeigentum entfesselt (worden); und es ist nicht zu leugnen, dass diese Gesetzgebung eine revolutionäre war, wenn sie auch von oben herab kam. Wenn der Fürst das Recht hatte, so einzugreifen, so kann kein Zweifel sein, dass die Vertreter der Nation dasselbe Recht haben.“<sup>112</sup>

---

111 Johannes Ziekursch, *Die Neuere Geschichte Schlesiens*, in: F. Kampers (Hg.), *Schlesische Landeskunde. Geschichtliche Abteilung*, Leipzig 1913, S. 84.

112 *Verhandlungen*, 2, S. 639, Sitzung am 10.10.1848.

Die Demokraten wollten das 1807 begonnene Reformwerk auf demokratische Weise, im Interesse der arbeitenden Landbevölkerung vollenden und dabei nicht nur damalige Schwächen vermeiden, sondern auch einiges von dem, was sich aus diesen Schwächen ergeben hatte, wie die enormen Ablösungszahlungen der Bauern rückgängig machen. Erst eine demokratische Neugestaltung Preußens ließ in ihrer Sicht auch Chancen für eine erfolgreiche demokratische Einigung Deutschlands entstehen. Diese Sichtweise war sicher auch ein Ansatzpunkt für den späteren Übergang der Mehrheit der norddeutsch-preußischen Demokraten auf die von maßgebenden Liberalen bereits seit 1830 verfochtene Position, dass nur unter Preußens Hegemonie die nationalstaatlichen Einheit herzustellen sei. Das Wort des wiederholt in Breslau zum Abgeordneten der preußischen Kammer gewählten Radikaldemokraten Franz Ziegler auf einer Breslauer Urwählerversammlung Mitte April 1866, am Vorabend von des preußisch-österreichischen Krieges: „Das Herz der Demokratie ist allemal da, wo Preußens Fahnen wehen“<sup>113</sup> ist dafür exemplarisch.

Gänzlich ausgelöscht war die Erinnerung an Österreich dennoch nicht. Man erinnerte sich daran im Landvolk vor allem in dem Moment, als der Wiener Reichstag am 7. September 1848 auf Antrag des Demokraten Hans Kudlich eine Bauernbefreiung beschloss, die den preußischen Reformen weit überlegen war. Nur so ist Reichenbachs Hinweis in seinem Offenen Brief von Ende September 1848 zu verstehen: Es sei den Schlesiern nicht zu verdenken, wenn sie ihre Deputierten lieber in Wien als Berlin hätten, wo bisher für sie nichts herausgekommen sei. Auf diesem Hintergrund erfolgte auch die Aufforderung des demokratischen Provinzialausschusses im Rundschreiben vom 14. Oktober 1848 an die Vereine, sich mit den österreichischen Agrarverhältnissen zu beschäftigen.<sup>114</sup>

Zweitens verdient die politische Präfiguration der schlesischen Demokraten Beachtung. Viele waren – wie anderswo auch – mit der deutschkatholischen Bewegung des Vormärz verbunden. Besonders auffallend ist aber der überdurchschnittlich hohe Anteil ehemaliger verfolgter Burschenschafter in der schlesischen Demokratie. Elsner selbst war, wie wir gesehen hatten, aufmüpfiger Burschenschafter gewesen.<sup>115</sup> Die Burschenschaften aber waren bekanntlich auch wesentliche Träger der Traditionen aus Reformzeit und Befreiungskrieg.

---

113 F. G. Adolph Weiß, Chronik der Stadt Breslau von den ältesten bis zur neuesten Zeit, Breslau 1888, S. 1157; Stein, Geschichte der Stadt Breslau, S. 616.

114 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1079 Nr. 2, Bl. 2.

Burschenschafter spielten in der Revolution von 1848/49 überall, namentlich in den Parlamenten, eine wichtige Rolle. Das ist keine schlesische Besonderheit; wohl aber, dass diese nicht wie anderswo vornehmlich zur liberalen Partei gestoßen waren, sondern das demokratische Lager verstärkten. Lediglich fünf ehemalige schlesische Burschenschafter (*Gustav Ludwig Heinrich Freiherr von Amstetter*; *Friedrich August Anders*, *Carl Gottlieb Fuchs*, *Joseph August Kutzen* und der Schriftsteller *Heinrich Laube*)<sup>116</sup> gehörten in der Frankfurter Nationalversammlung liberalen oder konservativen Fraktionen an. In der Preußischen Konstituante hatte nur einer, *Heinrich Kruhl*, ein Breslauer Armine von 1822, auf dem rechten Zentrum Platz genommen. Nachweislich 19 ehemalige schlesische Burschen – die meisten waren unterschiedlich lange Festungsstrafgefangene gewesen – hingegen finden sich 1848 als radikale Demokraten wieder.<sup>117</sup> Elf von ihnen wurden Abgeordnete, vier in der Frankfurter Nationalversammlung (*Heinrich Simon* und *Oskar von Reichenbach* gingen zu den gemäßigten Demokraten in der Fraktion Deutscher Hof, aber beide auch ins Stuttgarter Rumpfparlament, *Franz Schmidt* und *Wilhelm Wolff* gehörten der äußersten linken Fraktion Donnersberg an);<sup>118</sup> sieben in der Berliner Konstituante (*Elsner*, *Stein*, von *Reichenbach*, *Ludwig Matthäi*, *Ernst Hofferichter*, *Friedrich Wilhelm Müller*, *Christian Zorn*), die sämtlich zur Linken zählten. Einige – so vor allem Simon, der 1849 der Reichsregentschaft angehörte, aber auch Schmidt sowie Elsner und Stein – erlangten als Parlamentarier überregionale Bedeutung. Von den 120 Abgeordneten, die in der preußischen Konstituante die entschiedene Linke zählte,

115 Zu den Biographien der schlesischen Burschenschafter vgl. v.a. Dvorak, Lexikon, Bd. I, Teil 1–5 (A bis S), Heidelberg 1996–2002; Bd. I/6 (T–Z) ist in Vorbereitung. Für die Frankfurter Abgeordneten siehe Heinrich Best/Wilhelm Weege, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996, mit Ergänzungen und Korrekturen (in Droste Taschenbücher Geschichte), Düsseldorf 1998.

116 Von Amstetter und Fuchs waren 1819/22 Breslauer Arminen, Fuchs saß 1823 dafür 8 Wochen auf der Festung Neisse; von Amstetter kam bei der Arminen-Verfolgung 1822 ohne Bestrafung davon, hatte aber 1830 ein Strafverfahren wegen oppositionellen Verhaltens, wobei ihm das 1841 wieder zuerkannte Adelsprädikat entzogen wurde. Vgl. dazu: Best/Weege, S. 81f. – *Anders* und *Laube* gerieten in die Demagogenverfolgungswelle der dreißiger Jahre und hatten beide längere Strafen, Laube freilich im Hausarrest beim Grafen Pückler in Muskau abzusitzen. *Kutzen* gehörte 1822 der Breslauer Arminia an, entging aber der Verurteilung und wurde 1843 Breslauer Professor für Geschichte und Geographie sowie Kustos der Universitätsbibliothek.

117 Hierzu W. Schmidt; „Lebenschicksale. Verfolgte schlesische Burschenschafter aus dem frühen 19. Jahrhundert“, Manuskript, in der Redaktion der „Würzburger medizinhistorischen Mitteilungen“, erscheint 2003.

118 Kusche (ZVGS, 53 (1919), S. 34) nennt die vier Demokraten nicht.

stellte Schlesien mit 25 Deputierten den mit Abstand stärksten Anteil,<sup>119</sup> und acht von ihnen, also ein Drittel, waren immerhin ehemalige Burschschafter.

Aber auch nicht wenige der demokratischen Führungskräfte an der Basis, in den demokratischen Vereinen, hatten ihre ersten politischen Erfahrungen in der Burschenschaft gesammelt und waren zum großen Teil deshalb in Haft gewesen: so der Arzt Dr. *Sigmund Asch* in Breslau, ein Raczek seit 1841 und überzeugter Republikaner, der 1849 wegen seiner Reden ein Jahr auf die Festung Glatz musste; der Referendar *Robert Bartsch*, ein Freund Wolffs, von 1834 bis 1840 auf der Festung, verfolgter Publizist im Vormärz und 1848 Korrespondent der „Neuen Oder-Zeitung“, deshalb 1850 erneut verurteilt und in der Folgezeit in die USA emigriert, der Publizist *August Semrau*, seit 1841 bei den Raczeks und in der Revolution entschiedener Republikaner, der wegen seiner Teilnahme an der Breslauer Maierhebung 1849 drei Jahre die Festung frequentierte, und der Student *Robert Schlehan*, seit 1845 bei den Raczeks, der sich offen zur Anwendung von Gewalt gegen die Konterrevolution bekannte und zu mehr als sieben Jahren Festungsstrafabteilung verurteilt wurde. In Liegnitz stand der Lehrer *Rudolph Matthäi*, ebenfalls ein Raczek der vierziger Jahre, im Vormärz dem schlesischen Sozialistenkreis zugehörig und Autor sozialistischer Artikel, an der Spitze des Demokratenvereins und seiner Zeitung und betrieb sozial-demokratische Propaganda; *Moritz Matthäi*, ebenfalls Liegnitzer Gymnasiallehrer, 1837 eineinhalb Jahr im Gefängnis, engagierte sich für demokratische Veränderung im Schulwesen und im demokratischen Verein und war deswegen erneuten Repressionen ausgesetzt. Im Kreis Öls agierten zwei alte Burschschafter während der Steuerverweigerungskampagne als Organisatoren demokratischer Volksaktionen: *Otto Krönig* und *Johann Kriebel*, von denen der eine zum Tode, der andere zu mehrjähriger Festungsarrest verurteilt, Krönig sechs Jahre und Kriebel dreieinhalb Jahre weggesperrt waren.<sup>120</sup> In Lauban war der Bürgermeister *Ludwig Matthäi*, bevor er ins Berliner Parlament ging, Vorsitzender des demokratischen Vereins, setzte sich im Mai 1849 für die Reichsverfassung ein und wurde trotz hoher Wahlergebnisse 1851 als Bürgermeister nicht mehr bestätigt.

Ein drittes, das wohl wichtigste Merkmal der schlesischen 48er Demokratie ist fraglos ihre feste Verwurzelung in den Widerstandsbestrebungen des Landvolks. Dieser Aspekt ist bereits im Zusammenhang mit Elsners Wirken im Vormärz erörtert worden. In der Revolution trat diese Seite, in der parla-

119 Vgl. die Conduitenliste aller Abgeordneten in Berlin, in: GStAPK, VI. HA NL Niebour A IV. Bl. 146–149.

120 Über ihre 1848er Aktivitäten siehe GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2 Bd.4, Bl. 164ff.

mentarischen wie außerparlamentarischen Tätigkeit der schlesischen Demokraten, noch deutlicher zutage. Nirgendwo anders in Deutschland war die Demokratie von Beginn der Revolution an so stark dorforientiert wie in Schlesien. Die schlesischen Demokraten waren – nach den Kommunisten – immerhin die ersten und lange Zeit auch die einzigen, die eine entschädigungslose Beseitigung des feudalen Gerümpels forderten und sich dafür auch parlamentarisch in die Bresche warfen. Die sächsischen Demokraten waren erst im Herbst soweit, sich für Entschädigungslosigkeit einzusetzen.<sup>121</sup>

Die schlesischen Demokraten waren die ersten in Deutschland, die das Dorf organisationspolitisch für die Demokratie zu gewinnen suchten. Sie bemühten sich seit Revolutionsbeginn darum, demokratische Filialvereine auf dem Land zu gründen, und sie hoben im Sommer 1848 überall Rustikalvereine aus der Taufe.<sup>122</sup> Nur Schlesien brachte 1848 eine die ganze Provinz umspannende, selbständige radikal-demokratische Organisation der Landbevölkerung hervor. Das war in erster Linie das Werk entschiedener Demokraten, die zunächst in den Städten, vor allem in Breslau, ihren Rückhalt hatten. Auf einem Kongress in Breslau am 22. und 23. September 1848 entstand eine zentral geleitete Vereinigung, der schlesische Haupt- oder Zentralrustikalverein, der sich mit radikalen Forderungen ans Berliner Parlament wandte und den dortigen Linken als Massenbasis für ihre demokratische Agrarpolitik im Oktober diente. Die schlesische 48er Demokratie hatte durchaus Züge einer Bauerndemokratie.

Weniger ausgeprägt, aber ebenfalls signifikant war für die schlesische Demokratie von 1848 viertens die im biographischen Teil bereits erörterte soziale, d.h. proletarische Komponente. Auf diesem Felde waren die Demokratien in Berlin etwa, im Königreich Sachsen oder gar im preußischen Rheinland und im Rhein-Main-Gebiet durchaus fortgeschrittener, hatte das sich politisch organisierende Arbeiterelement sicher einen größeren Einfluss auf die demokratische Parteibewegung. Doch von den ostelbischen Provinzen Preußens war Schlesien auch in dieser Beziehung mit Abstand am weitesten entwickelt.

Noch fehlt es leider an speziellen, vor allem lokalen Forschungen zur organisierten 48er Arbeiterbewegung in Schlesien, so dass, gestützt auf Kenntnisse über demokratische Zentren wie Breslau<sup>123</sup> und Liegnitz<sup>124</sup>, nur mit Vorbehalt Verallgemeinerungen getroffen werden können. Die Existenz von

---

121 Rolf Weber, *Die Revolution in Sachsen. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte*, Berlin 1970, S. 191f.

122 Dazu vor allem Bleiber, *Rustikalverein*, S. 110ff.

selbständigen Arbeitervereinen ist nur an wenigen Orten nachweisbar. Die proletarischen Emanzipationsbestrebungen in der Metropole Breslau, wo auch Einflüsse des Bundes der Kommunisten spürbar sind und 1849/50 vor allem die Arbeiterverbrüderung einen starken Stützpunkt erhielt,<sup>125</sup> stehen zwar denen in Berlin, Sachsen, im Rheinland und in Südwestdeutschland kaum nach. Aber sie hatten nicht wie dort in der Provinz ein „proletarisches“ Hinterland. Die den preußischen Regierungspräsidenten auf Verlangen der Frankfurter Zentralgewalt im Herbst 1848 abverlangten Berichte über das politische Vereinswesen verzeichnen für ganz Schlesien zwar 64 demokratische Vereine,<sup>126</sup> davon allein in Breslau acht, und der Bericht des zweiten schlesischen Provinzialkongresses von Ende Oktober 1848 nennt 65 „demokratische Provinzialvereine“.<sup>127</sup> Aber nur für Breslau wurden mehrere Arbeiterorganisationen gezählt; und es existierten ein demokratischer Handwerkerverein im oberschlesischen Lublinitz sowie seit Herbst 1848 einige kleinere Arbeitervereine in der Grafschaft Glatz.<sup>128</sup> Ein Netz von Arbeitervereinen kam indes nicht zustande. Im Unterschied zu den demokratischen und Rustikalvereinen, die beide für die ganze Provinz über eine zentrale Leitung verfügten, bildete sich im Frühjahr 1849 kein schlesischer Provinzialausschuss von Arbeitervereinen. Erst gegen Ende und nach der Revolution gewann die Arbeiterverbrüderung in Schlesien an Einfluss; in Glogau entstand ein Gesellenverein, der sich der Arbeiterverbrüderung anschloss,<sup>129</sup> und Breslau wurde zu deren schlesischem Vorort erklärt.

Gegenüber anfangs nur auf Breslau beschränkten politisch-organisatorischen Emanzipationsbemühungen von Arbeitern ist hingegen ein nach-

123 Dazu Müller, Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie, 1. Teil, S. 36ff.; Bleiber, Wilhelm Wolffs Aufenthalt in Breslau im Frühjahr 1848; W. Schmidt, Wilhelm Wolff. Kampfgefährte, S. 156ff.; Leesch, Die Geschichte des Deutschkatholizismus, S. 45ff.; Höpfner, Nees von Esenbeck, S. 69ff.

124 Siehe Schmidt, Moritz Matthäi, S. 262ff.

125 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1080, Nr. 2, Bl. 30ff.; Herwig Förder, Martin Hundt, Jefim Kandel, Sofia Lewiowa (Redaktion), Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, Bd. 2, Berlin 1982, S. 656ff.; Martin Hundt, Geschichte des Bundes der Kommunisten 1936–1852, Frankfurt am Main 1993, S. 338; Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848–1850, bearbeitet und eingeleitet von Horst Schlechte, Weimar 1979, S. 48f., 155f, 201f, 367; auch Nathan, Aus dem Leben eines Achtundvierzigers, S. 201.

126 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 662, Nr. 1 Bd. 1, Bl. 73f.; Rep. 77 Tit. 1080 Nr. 1, Bl. 1–8; Rep. 77 Tit. 1082, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 3–15.

127 SC, 27.10.1848.

128 Vgl. FN 127 und Bleiber, Für die demokratische Lösung der Agrarfrage.

129 Schlechte, S. 242f.

drücklicher Einfluss sozialistischer Tendenzen innerhalb mehrerer demokratischer Organisationen auszumachen. Als Prototyp kann der Demokratenverein von Liegnitz gelten.<sup>130</sup> Hier setzte sich dank des erfahrenen Sozialisten Rudolph Matthäi Aktivität bereits im Frühsommer 1848 eine sozialistische Komponente durch. Unmittelbar an die 17 Forderungen der Kommunistischen Partei anknüpfend, wurde im Verein und dessen Zeitung von Anfang an intensive sozial-demokratische Agitation betrieben. Auch in anderen demokratischen Vereinen kleinerer schlesischer Städte spielten die Probleme der Arbeiter, ihre soziale Frage, die Beschäftigung mit Mitteln und Wegen zu deren Lösung partiell eine Rolle. Nicht zufällig bemerkten die Berichte der Regierungspräsidenten vom November/Dezember 1848 über die politischen Vereine in der Provinz bei der Mehrzahl der als demokratisch eingestuften Organisationen, dass die Mitgliedschaft sich vor allem aus den „unteren Volksklassen“ rekrutiert.<sup>131</sup>

Der Druck dieser sozialen Probleme erklärt auch, dass eine große Zahl schlesischer Demokraten sich als soziale Demokraten verstand. Sie verfochten zumeist das Konzept, den Weg zur Überwindung sozialer Missstände über radikal-demokratische Maßnahmen und die Schaffung demokratischer Verhältnisse zu öffnen. Der erste Provinzialkongress der schlesischen Demokraten befasste sich bereits Mitte Juli 1848 – früher als andere demokratische Regionalkongresse – ausführlich mit der sozialen Frage und beschloss: „Der demokratische Kongress erklärt durch einstimmige Akklamation, dass die Lösung der sozialen Frage die erste und letzte Aufgabe der Demokratie sei“ und „die Lösung derselben ... als Hauptaufgabe der Demokratie anerkannt ist.“<sup>132</sup> Über die Wege zu deren Lösung gab es unterschiedliche Vorschläge. Der Staat sollte jedem den notwendigen Lebensunterhalt garantieren, eventuell sollten die Domänen kolonisiert werden. In seinem Rundschreiben vom 14. Oktober 1848 erneuerte der in Breslau ansässige demokratische Provinzialausschuss die Forderung an die Lokalvereine, zur Vorbereitung des zweiten Provinzialkongresses unbedingt ihre Ansichten zur sozialen Frage mitzuteilen.<sup>133</sup>

130 Der Demokrat. Hg. vom demokratischen Vereine zu Liegnitz. Verantwortliche Redaktion: Der Demokratische Verein. In Kommission: H d'Oench, Liegnitz, Nr. 1–13, Juli bis September 1848; Schmidt, Moritz Matthäi, S. 263ff.

131 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1080 Nr. 1, Bl. 1–8; Rep. 77 Tit 1082, Nr. 1 Bd. 1, Bl. 3–15.

132 Breslau, 16./17. Juli: Kongress der schlesischen Demokraten, in: NRhZ, 20. 7.1848, S. 2 und 21. 7.1848, S. 2–3; Abdruck der Beschlüsse in: NRhZ, 1.8.1848, Beilage, S. 2.

133 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1079, Nr. 2, Bl. 15.

Ein sicher nicht allein auf die schlesischen Demokraten, aber auf sie besonders zutreffendes Charakteristikum ist schließlich fünftens ihr nüchterner Realitätsbezug. Die schlesischen Demokraten haben die Aufgabe, Massen- druck von unten durch Aufklärung und Organisation der einfachen Leute zu mobilisieren, zu keinem Zeitpunkt vernachlässigt oder sich ihr gar verweigert. Konsequenter als Demokraten in anderen Gebieten haben sie sich auch für zuständig erklärt, an der Säuberung des Staatsapparats von reaktionären Elementen mitzuwirken, um auch auf diese Weise Volkskräfte an die Demokratie zu binden.<sup>134</sup> Und nach eigenem wie der Massen politischen Lernprozessen steuerten die schlesischen Radikaldemokraten im Herbst 1848 auch direkt auf revolutionäre Erhebungen zu. Auf dem zweiten Provinzialkongress wurde Ende Oktober ein dringlicher Antrag diskutiert, „ob und unter welchen Umständen eine Revolution berechtigt sei, und ob in eintretenden Fällen die Breslauer Demokratie einer Erhebung in der Provinz ihre Zustimmung geben oder versagen würde.“ Er wurde zwar zurückgewiesen; nur zwei Wochen später aber – nach dem reaktionären Staatstreich in Berlin und der Aufforderung der Konstituante zur Steuerverweigerung – wurde ein solcher Aufstand von revolutionären Demokraten ins Kalkül gezogen; und nur, weil es in Breslau ruhig blieb, wieder abgeblasen.

Die schlesischen Demokraten waren indes – anders als etwa die südwest- deutschen radikalen Demokraten um Hecker und Struve – jederzeit bestrebt, den tatsächlichen Bewusstseinsstand und die sich wandelnden Stimmungen des arbeitenden Volkes in Rechnung zu stellen. Avantgardistischer Aktionismus ohne Beachtung der sich erst bei Massenbeteiligung ergebenden realen Chancen für revolutionäre Aktionen war ihnen fremd. Auch in den Parlamenten waren sie bestrebt, die bestehenden Kräfteverhältnisse nicht aus dem Blick zu verlieren und sich nicht politisch zu isolieren, sondern eroberte Einflussmöglichkeiten zu erhalten. Eine Haltung, die den Abgeordneten von Teilen der nicht selten revolutionärer gestimmten Basis, der außerparlamentarischen radikalen Demokratie, bisweilen – ob zurecht oder zu Unrecht – als Zurückweichen und Verhaftetsein in parlamentarischen Illusionen angekreidet wurde.

Ein auch in anderen deutschen Regionen auftauchendes Problem war die Stellung der Demokratie zur Republik als politischem Zielpunkt.<sup>135</sup> Alle radikalen schlesischen Demokraten waren nach eigenen Aussagen Republikaner. Da aber die Mehrheit des Volkes einer solchen politischen Forderung

---

134 NRhZ, 1.8.1848, Beilage S. 2.



skeptisch, wenn nicht gar ablehnend gegenüberstand und ein großer Teil gar der Monarchie verbunden blieb, hielten sie mit ihrer Überzeugung bewusst zurück. Auch Marx, Engels und ihre Gesinnungsgefährten verhielten sich im Grunde so. Sie unterließen es bekanntlich nach ihrer Rückkehr nach Deutschland sofort, die noch im Pariser Exil aufgestellte Forderung, Deutschland zu einer einigen und unteilbaren Republik zu erklären, in die politischen Praxis umzusetzen. Sie schwiegen sich dazu monatelang einfach aus und erklärten nur einmal, dass es langer innerer und äußerer Klassenkämpfe bedürfe, um dahin zu gelangen.<sup>136</sup>

Die schlesischen Demokraten suchten jedoch einen Weg, ihre weiterreichenden politischen Zielvorstellungen mit dem tatsächlichen Bewusstseinsstand der Massen in Übereinstimmung zu bringen. Da mit der Republikforderung vor allem zu Beginn der Revolution das Ohr der Massen nicht zu gewinnen war, verständigten sie sich auf die Losung von einer zu errichtenden Monarchie auf konsequent demokratischer Grundlage oder einer demokratisch-konstitutionellen Monarchie. Durch die ausdrückliche Betonung des demokratischen Elements unterschied sich das Monarchie-Konzept der Demokraten deutlich von dem der Liberalen, denen nur eine konstitutionelle, also durch eine liberal eingeeengte Verfassung begrenzte Monarchie am Herzen lag.

Elsner versicherte Anfang April 1848, dass die Mitglieder des Demokratischen Vereins in Breslau „fast sämtlich entschieden republikanisch“ sind. Da aber die unmittelbare Verwirklichung ihrer Pläne und Wünsche für jetzt auf unübersteigliche Hindernisse stoßen würde“, verzichte man auf die Republik-Forderung und setze sich dafür ein, „dass die Konstitution wirklich die breite Basis erhält, wie sie versprochen worden ist“.<sup>137</sup> Reichenbach, ein seit langem überzeugter Republikaner, erklärte einen Monat später offen, dass das Volk zur Republik noch nicht reif sei, und er unter diesen Umständen für das konstitutionelle Königtum eintrete.<sup>138</sup> Auch Heinrich Simon hielt die republikanische Staatsform für das höchste Ideal, die Republik als politisches

---

135 Dazu W. Schmidt, *Liberaler und Demokraten in der deutschen 1848er Revolution. Gegensätze und Gemeinsamkeiten*, in: Wolfgang Küttler (Hg.), *Das lange 19. Jahrhundert. Personen – Ereignisse – Ideen – Umwälzungen*. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag, 1. Halbbd., Berlin 1999, S.189.

136 *Programme der radikal-demokratischen Partei und der Linken in Frankfurt*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 5, S. 42.

137 Gedruckter Brief Elsners vom 5.4.1848. Zitiert nach Bleiber, *Die Haltung der Parteien*, S. 435f.

138 Dazu Nathan, *Aus dem Leben eines Achtundvierzigers*, S. 208f.

Kampfziel aber für derzeit unzumutbar und plädierte für „demokratische, d.h. aus dem Volke entsprungene und für das Volk wirkende Regierungsformen“.<sup>139</sup>

Franz Schmidt wurde in der Wahlkampagne von Mai 1848 konkreter und kreierte als politisches Ziel „die Gründung und Erhaltung der volksherrlichen Verfassung, auf welcher fortan die Monarchie ruhen soll, ... eine volksverfassungsmäßige Monarchie“,<sup>140</sup> wobei er mit „volksherrlich“, wie er betonte, nur „demokratisch“ verdeutschen wollte. Es ging ihm nicht einfach um eine konstitutionelle Monarchie, sondern diese musste konsequent demokratisch verankert werden. Der neu zu konstituierende einheitliche deutsche Nationalstaat sollte in seiner Sicht allerdings eine republikanische Staatsform annehmen, innerhalb der jedoch, wenn es dem Willen der Mehrheit in den Einzelstaaten entsprach, demokratisch verankerte konstitutionelle Monarchien zunächst durchaus fortexistieren könnten.<sup>141</sup>

Mit dieser flexiblen Taktik gelang es den schlesischen Demokraten, die rechten Attacken abzuwehren, die darauf abzielten, den Demokraten die Massen dadurch abspenstig zu machen, dass sie sie eines königsmörderischen, blutigen Republikanismus beschuldigten. Bis Ende 1848 konnte die konservative Rechte in Schlesien die Vormacht der Demokraten in den Städten wie auf dem platten Lande nicht brechen. Die Feststellung des schlesischen Delegierten Philipp Hoyoll auf dem zweiten Demokratenkongress in Berlin Ende Oktober 1848: „Die Demokratie sei gegenwärtig durchaus vorherrschend in Schlesien“<sup>142</sup> war nicht aus der Luft gegriffen. Sie korrespondiert mit der Bilanz der Breslauer Regierung vom Dezember 1848.<sup>143</sup> Es sei „ersichtlich, dass die demokratische Partei zur Zeit noch weit ausgedehntere Verzweigungen hat wie die konstitutionell-monarchischen,“ und überdies wäre nicht zu übersehen, „dass die Ausdehnung und der Einfluss der Vereine mit demokratischer Tendenz weit weniger dem Vorhandensein bestimmter politischer Ansichten zuzuschreiben ist als vielmehr dem Drängen der unteren Schichten des Volkes nach Verbesserung der äußeren Lage“.

139 Vgl. Kusche, Schlesiens Anteil, Bd. 53, S. 44f.

140 Schmidt, Der schlesische Radikaldemokrat, S. 104.

141 Ebenda, S. 119.

142 Protokoll des zweiten Demokratenkongresses vom 27.10.1848; Bericht Hoyolls in: Der Freischütz. Kämpfer für des Volkes Wohlstand, Bildung und Freiheit. Hg. und Redakteur: Julius Maria Petery, Schweidnitz, 9.11.1848 (GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 507 Nr. 2, Bd. IV, Bl. 387.)

143 GStAPK, I. HA Rep. 77 Tit. 1080 Nr. 1, Bl. 8.

\*

Die Geschichte der schlesischen 1848er Demokratie ist noch ungeschrieben. Dies war auch in diesem Beitrag nicht nachzuholen. Dazu bedarf es noch umfangreicher, vor allem lokaler Einzelforschungen, die ohne Einsicht in die schlesischen Archive, von denen allerdings viele durch Kriegseinwirkungen unwiederbringliche Verluste erlitten haben, nur sehr schwer zu unternehmen sind. Es kann zum Schluss nur darum gehen, einige Forschungskomplexe zu benennen, die sich nach grober Durchsicht der zentralen preußischen Akten in Berlin-Dahlem, in erster Linie des Innenministeriums, zu ergeben scheinen.

Während die Märzrevolution in Breslau und auch in einigen wenigen anderen schlesischen Städten wie Hirschberg, Liegnitz<sup>144</sup> und Löwenberg, vor allem aber die Erhebungen des schlesischen Landvolks im Frühjahr relativ gut erschlossen sind, ist der Fortgang der Bewegung auf dem Lande bis in den Herbst 1848 ebenso wenig erforscht wie die Auseinandersetzungen in den Mittel- und Kleinstädten, namentlich die Gründung und politische Arbeit demokratischer Vereine. Gut informiert sind wir – vor allem dank Helmut Bleibers Studie im Jenaer Parteien-Handbuch – im Grunde nur über die schlesischen Rustikalvereine. Eine entsprechende Geschichte des demokratischen Provinzialausschusses in Schlesien ist ein bedauerliches Defizit. Auch lässt trotz einiger Vorarbeiten die Kenntnis über die Entwicklung der Breslauer Arbeiterorganisationen von März 1848 bis zu ihrem Verbot 1850 zu wünschen übrig. Vor allem aber fehlt eine Geschichte der Steuerverweigerungskampagne in Schlesien, die, schon nach den überlieferten Berichten an die preußische Zentrale in Berlin<sup>145</sup> sowie nach einigen überregionalen Zeitungen der Revolutionszeit zu urteilen, durchaus Massencharakter angenommen hatte. Die Steuerverweigerungen in Schlesien standen den Boykottbemühungen in anderen preußischen Provinzen wie im Rheinland oder in der Provinz Sachsen<sup>146</sup> keineswegs nach, sondern waren eher von größerer Dimension. Diese Aktionen waren überdies von einem Versuch begleitet, in Schlesien einen Aufstand zur Verteidigung des Berliner Parlaments auszulösen, dessen Vorbereitung ebenfalls noch weitgehend im Dunkeln liegt.

---

144 Arnold Zum Winkel, *Die Stadt Liegnitz seit der Einführung der Städteordnung im Jahre 1809*, Liegnitz 1913, S. 192ff.; Kurze, *Wander*.

145 Vor allem *GStAPK*, I. HA Rep. 77, Tit. 507, Nr. 2.

146 Jonathan Sperber, *Rhineland Radicals. The democratic movement and the revolution of 1848–1849*, Princeton, New Jersey 1993, S. 322ff.; Herbert Peters, *Die preußische Provinz Sachsen im Revolutionsjahr 1848*, Dessau 2000, S. 276ff.

Helmut Bock

## **Die Russische Revolution Historisch-kritische Reflexionen – 85 Jahre danach (Thesen)<sup>1</sup>**

Am Anfang war ein *Welkrieg*, von dem die Zeitgenossen nicht wußten, daß er wenig später der *Erste* genannt würde. Er war das Furchtbarste, was Menschen seit Menschengedenken erfahren hatten: blutige Massenszenen der Generaloffensiven, verheerende Trommelfeuer der Materialschlachten, millionenfaches Morden und Sterben unter dem Wechselgeschrei allseits behaupteter „Vaterlandsverteidigung“. Überdies neueste Waffen von schlimmer Vorbedeutung. Giftgas, Tanks, Luftkampf, U-Bootkrieg. Der Sinn menschlichen Lebens und Schaffens war in den Widersinn endloser Verrohung und Vernichtung pervertiert. Doch plötzlich das Fanal der russischen Februarrevolution. „Ex oriente lux!“ urteilte – um nur ein Beispiel zu nennen – Carl Zuckmayer, Offizier an der deutschen Westfront.<sup>2</sup> Es waren Hoffnungen, bald und mehr aber neue Feindschaften, die seitdem das 20. Jahrhundert zerfurchten.

Was im Lager des Sozialismus parteiamtlich und staatsfeierlich erinnert wurde, war der „Rote Oktober“, die „Große Sozialistische Revolution“. Heute empfinden sich Millionen der Enttäuschten auf dem Scherbenhaufen der von 1917 gekommenen Umwälzung. Selbst ethische Sozialisten, die vom idealen Gebot der Gerechtigkeit und des Friedens aller Menschen und Völker überzeugt geblieben sind, nennen den aus der Februarrevolution gewach-

- 1 Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät e. V., Berlin, 21. Februar 2002. Mit diesen Thesen möchte ich eine Diskussion wiederaufnehmen, die durch ein Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät begonnen wurde. Siehe Bericht: Helmut Bock, Die Russische Revolution 1917. Weltereignis – Widerstreit – Wirkungen, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 19 (Jg. 1997), H.4, S. 161 ff.; nachgedr. in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 34, Juni 1998, S. 172 ff.
- 2 Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft, Frankfurt a. M. 1969, S. 209; siehe auch: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, hrsg. v. Th. Bergmann, W. Hedeler, M. Kessler, G. Schäfer, Hamburg 1997, S. 169 ff., 206 ff.

senen „Roten Oktober“ eine Sackgasse: Er verdiene keine Würdigung als ein bedeutendes Ereignis und Datum der Weltgeschichte.

Den notorischen Gegnern sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen hingegen erscheint die Russische Revolution schlechthin als Büchse der Pandora, aus der gesellschaftspolitische Irrtümer, Krankheiten, Staatsverbrechen entspringen. Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus – so heißt das Konstrukt, womit das Wesen des 20. Jahrhunderts zu erklären sei. Die konkrete Geschichte jedoch offenbart mehr als nur den Gegensatz von Demokratie und totalitären Regimen, deren differente Staats- und Gesellschaftsstrukturen gewiß unvereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der jetzt wiederum ideologischen Theorie verfälscht sind. Nicht einfach Totalitarismus – vielmehr Rüstung, Kriegsdrohung, tatsächliche Kriege waren das Krebsgeschwür. Eine realistische und zudem ehrliche Retrospektive könnte enthüllen, daß dieses vorige Jahrhundert ein Zeitalter nie gekannter Kriege und globaler Vernichtungsgefahren gewesen ist. Schon der erste Weltkrieg war eine Völkerkatastrophe: bewirkt und verschuldet von sogenannten zivilisierten Staaten verschiedener Nationen, Strukturen und Wachstumsgrade.

Fünfundachtzig Jahre nach dem Beginn der Russischen Revolution bleibt *sine ira et studio* zu sagen, was die widerstreitenden Revolutionäre von 1917 unter den Zwängen damaliger Konflikte und Verheerungen tun wollten und konnten. Was sie erhofften, erreichten – aber auch verfehlten.

## **Thesen**

### **1. Das Menetekel**

Seit dem Krimkrieg hatten sieben militärische Regionalkonflikte allein das Staatensystem Europas erschüttert. Ganz zu schweigen von den kolonialen Aggressionen, mit denen Großbritannien, Frankreich, die USA, Deutschland, Italien die Völker anderer Kontinente heimsuchten. Deutschlands Triumph über die französische Nation im Spiegelsaal zu Versailles war überdies Ursache eines ganz neuartigen Unheils: Die provokatorische Reichsgründung und der Annexionsfrieden von 1871 beschworen den Krieg aller bisherigen Kriege, das Menetekel des Weltkrieges herauf. In steigender Sorge beobachtete die humane Elite Europas, wie mit der militärpolitischen Staatenblockbildung nicht nur ein gewaltiger Zusammenprall drohte. Mit dem Eilmarsch der Technik und Industrie hatte eine verhängnisvolle, bis heute andauernde

Entwicklung begonnen – eine permanente Revolution der Waffentechnik und ein darauf basierendes Wettrüsten.

In dieser Welt formierten sich die Parteien der nationalen Arbeiterklassen, um mit der sozialen Befreiung auch eine internationale Befriedung herbeizuführen. Marx und Engels, strategisch denkende Köpfe dieser Bestrebungen, hatten in ihrer Frühzeit einen „Weltkrieg“ durchaus für die „Weltrevolution“ und den erhofften „Weltfrieden“ in Kauf nehmen wollen.<sup>3</sup> Seit Gründung der ersten „Internationale“ (1864) und dem deutsch-französischen Krieg (1870/71) wirkten sie jedoch gegen jeden der europäischen Staatenkriege, sogar gegen nordatlantische Kriegsdrohungen Britanniens und der USA. Die beiden Dioskuren waren sich in der Auffassung einig, daß Krieg „unser größtes Unglück“ sei.<sup>4</sup> Der drohende Weltkrieg war Engels' schlimmste Befürchtung nach dem Tode von Marx: „Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...]. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet [...].“<sup>5</sup> Angesichts solcher Aussichten müßten die „Sozialisten in allen Ländern für den Frieden“ sein, sonst würden die Proletarier von den herrschenden Klassen gezwungen, „sich gegenseitig abzuschlachten“.<sup>6</sup> Der Frieden gewähre den Sozialisten in ihren Ländern eine Reifung und baldige Emanzipation. Ein Weltkrieg dagegen werde die Arbeiterklasse infolge seiner totalen Erschütterungen entweder in wenigen Jahren an die Macht bringen oder – was ebenso wahrscheinlich sei – in den „vollständigen Ruin“ stürzen, wodurch sich die Revolution um Jahrzehnte verzögere.<sup>7</sup> Solch ein Krieg erschien keineswegs als der Preis, den die marxistischen Vordenker für die Befreiung der Arbeiterklasse zu zahlen wünschten.

Doch das Thema Revolution stand nach wie vor im Mittelpunkt strategischer Überlegungen. „Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige *wirklich* ‚historische Recht‘, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen [...]“.<sup>8</sup> Dieses Anrecht auf Revolution, das aus der realen

3 Karl Marx/Friedrich Engels, Artikel aus der Neuen Rheinischen Zeitung, in: Marx/Engels, Werke (im folgenden MEW), Bd. 6, S. 150, 176, 397 f., 506; Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 79.

4 Engels an Marx, London, 9. September 1879, ebenda, Bd. 34, S. 105; Engels an August Bebel, London, 16. Dezember 1879, ebenda, S. 431; Marx an N. F. Danielson, Ramsgate, 12. September 1880, ebenda, S. 464.

5 Engels, Einleitung (zu Sigismund Borkheims Broschüre „Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten, 1806-1807“), ebenda, Bd. 21, S. 350 f.

6 Engels, Brief an das Organisationskomitee des Internationalen Festes in Paris, London, 13. Februar 1887, ebenda, Bd. 21, S. 344.

7 Derselbe, Der Sozialismus in Deutschland, ebenda, Bd. 22, S. 256.

Geschichte abstrahiert war, ließ Engels am Ende seines Lebens nach der Rolle der „Linken“ in den bisherigen Revolutionen fragen. „Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...]. *Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.*“<sup>9</sup> Nehmen wir diese Erklärung als zutreffend an, so wäre die Funktion bezeichnet, die der revolutionäre und soziale Demokratismus als Antipode des besitzbürgerlichen Liberalismus erfüllte. Sie war nötig – aber tragisch zugleich. Daher hat auch Engels präzisierend hinzugefügt: „Die Errungenschaften des ersten Sieges wurden erst sichergestellt durch den *zweiten* Sieg der *radikaleren Partei*; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, so *verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.*“<sup>10</sup> Dies alles war im Rückblick auf die bürgerlichen Revolutionen in England (1640/89), Frankreich (1789/94), wiederum Frankreich und sogar Deutschland (1848/49) gesagt. Was hingegen die soziale Revolution, die Revolution der Zukunft, betraf, so schrieb Engels nur fünf Monate vor dem Tod einen Text, der wie ein Vermächtnis lautet. „Die Zeit der Übrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit [...].“<sup>11</sup>

Am Anfang des 20. Jahrhunderts war das marxistische Erbe umstritten. In der zweiten „Internationale“ verschob sich der Schwerpunkt seiner Nachwirkungen von den Industrieländern West-Mittel-Europas auf den „linken Flügel“ der russischen Sozialdemokratie. Einmütig schien freilich die Ablehnung eines großen Krieges zu sein. Und dennoch: von geschichtsmächtiger Bedeutung wurde allein die Mitschuld der Sozialdemokraten und Sozialisten an der weltpolitischen Katastrophe von 1914. Wohl fiel Jean Jaurès in Paris als ein

8 Derselbe, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, ebenda, S. 524.

9 Derselbe, Einleitung zur englischen Ausgabe der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1892), ebenda, S. 301.

10 Derselbe, Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (1895), ebenda, S. 514.

11 Ebenda, S. 523.

Martyrer der Friedensidee. Fast alle anderen aber gaben ihr Jawort für nationalistischen „Burgfrieden“ und Kriegskredite, so daß die „Proletarier aller Länder“ alles andere taten, als sich zu „vereinigen“. Es gelang sämtlichen zum Krieg treibenden Regimen, die Führer der nationalen Arbeiterparteien, mittels deren Organisation und Presse auch die proletarische Klasse, an ihre Seite zu bringen. Französische, englische, belgische Sozialisten riefen auf, ihre bürgerlichen Freiheiten gegen die „halbfeudalen Monarchien“ Deutschlands und Österreich-Ungarns zu verteidigen, und es gab Sozialdemokraten des weit rückständigeren Rußland, die in dieselbe Kriegstropfete stießen, weil doch ihr Land der Entente angehörte. Deutsche und Österreicher indes erklärten, die von der Sozialdemokratie erkämpften Rechte und Freiheiten gegen die Despotie des russischen Zarentums schützen zu müssen. In beiden Lagern wurde überdies ein gleichklingendes Kriegsargument als „marxistisch“ ausgegeben: Weil die Zeit für eine sozialistische Umwälzung noch nicht reif sei, müßten die Arbeiter die jeweils fortgeschrittenere Bourgeoisie unterstützen - und als solche galt immer die des eigenen Landes und seiner Bündnispartner. Der Verrat an Idee und Beschlüssen des „proletarischen Internationalismus“ riß die kaum wieder gutzumachende Kluft in die Arbeiterbewegungen des 20. Jahrhunderts. Das wirkte derart traumatisch auf standhafte Internationalisten und Kriegsgegner, daß die aus ihren Reihen hervorgehenden kommunistischen Parteien auch ihrerseits jede Möglichkeit verabsäumten, die einmal verursachte Spaltung späterhin aufrichtig und demokratisch zu überwinden.

## **2. Die Februarrevolution**

Was auf den Kriegsbeginn von 1914 folgte, übertraf die schlimmsten Befürchtungen und Voraussagen. Niemals zuvor verzeichneten die Annalen der Weltgeschichte eine solche Barbarei. Hinter den vordergründig tosenden Mordszenarien der Angriffswellen, Maschinengewehrsalven, Artillerieduelle wurde das exzessive Elend der Individuen und der Völker in einer lautlos wachsenden Statistik verzeichnet: Ihre Endsumme betrug rund zehn Millionen Gefallener, zwanzig Millionen Verwundeter und Kriegskrüppel, mehrere – nur ungenau schätzbare – Millionen Verhungertes, Seuchentoter, spurlos Verschwundener. In vier Kriegsjahren wurden zweimal soviel Menschen getötet wie in sämtlichen Kriegen seit 1789. Wen mag es verwundern, wenn damalige Alternativdenker von einer ganz anderen Sackgasse sprachen als es heutige tun: von Massenmord, staatlich sanktionierten Verbrechen, Ruin aller Kultur, wohin niemand anders als bürgerlich-kapitalistische Großmächte die Menschheit gezerrt hatten.



Jedoch am 23. Februar des Julianischen Kalenders (8. März der gemeingültigen Zeitrechnung) eskalierte ein Streik der Rüstungsarbeiter im Petrograder Putilowwerk und ein Hungermarsch der Frauen zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: „Brot!“ – „Nieder mit der Selbstherrschaft!“ – „Schluß mit dem Krieg!“ Nach sechs Tagen anhaltender Empörung standen auch 127 000 Soldaten, meist Bauern im Waffenrock, an der Seite der revoltierenden Mütter, Arbeiterinnen und Arbeiter. Die örtliche Militärmacht entzog sich der Befehlsgewalt des Zaren, seiner Generalität und Kamarilla – und eben das machte den Volkswiderstand zur erfolgreichen Februarrevolution. Nach der Abdankung Nikolaus II. und dem Thronverzicht seines Bruders konstituierte sich eine bürgerliche, allerdings nur Provisorische Regierung. Hunderttausende hatten den nahezu unblutigen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster weniger mit Waffen als mit den Füßen erstritten. Der hauptstädtische Aufstand, der in anderen Teilen Rußlands wie auch an der Front einen verzögerten, aber nachhaltigen Widerhall fand, entsprang brisanten Konfliktstoffen sozialer, mentaler und politischer Art.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese Revolution „gemacht“ habe, antwortete der „Volkssozialist“ W. A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen – wie schon 1905. Aber es habe den Kampf „nicht allein geführt“. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz den Protestbewegungen anschlossen, „erzitterte die Zarenmacht“. Im „letzten Moment“ hätten dann auch „bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil“ genommen. Diese sozial breit gefächerte Februarrevolution sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie habe freilich auch keine „rein bürgerliche“ Revolution werden können, „weil unsere Bourgeoisie“ – allzu fest mit der alten Macht verbunden – „nicht fähig ist, sie zu vollbringen“. Gewiß habe die „russische werktätige Masse“ selbst nicht die Reife, eine „völlig neue soziale Ordnung“ errichten zu können. Doch sie werde, prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch fernerhin keinesfalls mit der „Zuschauerrolle“ begnügen.<sup>12</sup> Diese Erklärungen Mjakotins konkretisieren den abstrakten Begriff der „bürgerlich-demokratischen Revolution“. Sie machen deutlich, wie sehr der Umsturz des Februar als Resultat spontaner Massenbewegungen verstanden werden muß, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz des Zaren nicht erschöpft war.

---

12 W. A. Mjakotin, *Die Revolution und die nächsten Aufgaben* (russ.) Moskau 1917; zit. n. Sonja Striegnitz, *Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre – Wiedergeburt und Positionsbestimmung*, in: *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?*, hrsg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 97 (im folgenden: *Die Russische Revolution*).

Die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma gesessen und nun das Staatsruder ergriffen hatten, schien dennoch berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. Vor allem über den aktuellen Urgrund des Massenelends: den Krieg. Gravierend ist aber die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiki und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Aktivisten der „Vaterlandsverteidigung“) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde. Die neuen Minister, die im Dienst verbleibenden Armeebefehlshaber, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten den Krieg unter allen Umständen bis zum „Sieg-Frieden“ fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen vorbehalten, das sofortige Kriegsende mit entschiedener Losung zu verlangen. „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen!“ Das durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie den Arbeitern, zündete sie auch in einer Unzahl geschundener, zum Schlachtentod verurteilter Bauernsoldaten.

Die Situation war seit dem Februaufstand im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Von den Zwangsinstitutionen der zaristischen Staatsgewalt war Rußland weitgehend befreit. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in den anderen kriegführenden Ländern durchaus unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme und nicht zuletzt die Intellektuellen drängten in ihren Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: der Bildung von zahllosen Komitees und zumal von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Volksvertretungen, die eine Basisdemokratie verkörperten – nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus.<sup>13</sup> Vielmehr vergleichbar mit den für konsequente

13 P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: „Entgegen den Vorstellungen der Ereignishistoriographie erweist sich nicht der ‚bolschewistische‘ Oktober, sondern der ‚demokratische‘ Februar als der *kritische Punkt* im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...]“ Wolobujew/Buldakow, Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge, in: Die Russische Revolution, S. 52 (Hervorhg. – HB).

„Volkssouveränität“ kämpfenden Verbündnissen der revolutionären Demokratie in allen früheren Revolutionen seit 1789.

Interessen und Streitsachen dieser sich organisierenden Massen vervielfachten und überkreuzten sich in zwei verschiedenen Zivilisationsräumen, die für Rußland charakteristisch waren: der relativ entwickelten europäisch-städtischen Sphäre und der traditionell-dörflichen Rückständigkeit. Hier wie dort wurden unabdingliche Ansprüche erhoben und Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Verwicklung der Konflikte, die Widerspruchsdiagnostik der Jahre 1917/18. Der Ruf „Schluß mit dem Krieg!“ war die akute Massenforderung und insbesondere eine verbale Ermutigung zur Selbsthilfe der Soldatensowjets, zur Befehlsverweigerung und Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte, mit der gewaltsamen Unterdrückung erneuter Friedensdemonstrationen und der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen erwidert. – Die Forderung „Der Boden den Bauern!“, nächst dem Antikriegsruf die verbreitetste Losung der größten, nahezu achtzig Prozent zählenden Bevölkerungsmasse, meinte Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung von bäuerlichen Produzenten: schon praktiziert durch Überfälle auf Großgrundbesitzer, eigenmächtige Konfiskation von Land, Gebäuden, Saatgut, Gerätschaften. Die Regierung, obwohl mit agrarischen Reformprojekten beschäftigt, reagierte mittels Einsatz von Kosakenschwadronen, worauf Bauernaufstände in rund 30 Gouvernements antworteten. – Die Proletarier waren in politischer und organisatorischer Hinsicht die am meisten bewußte, aber mit kaum mehr als vier Prozent kleinste Schicht der Bevölkerung. Diese Bahnbrecher der Februarrevolution kämpften nun mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle in Großindustrie, Verkehrswesen, kleineren Produktionsstätten. Dem Unternehmertum und den amtlichen Hütern des bürgerlichen „Eigentums“ galten gerade sie als Gefahr für die liberalistischen „Freiheiten“ des Managements und der Kapitalbewegung. – Schließlich waren da noch die Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, der Regionen des Südens: Sie beanspruchten kulturelle oder nationale Autonomie. Doch die Provisorische Regierung ganz Rußlands pochte auf den Fortbestand des Vielvölkerstaats, die zentral regierte und großrussische Einheit. Die amtlichen Verlautbarungen sagten zu allen Problemen: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung“ abzuwarten, die den Verfassungsstaat begründen müsse. Jedoch die

Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der vielfachen Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

### 3. Lenins „April-Thesen“

Im leninistischen Geschichtsbild erscheint die Februarrevolution als eine Art Vorspiel unreifer Volkselemente und Charaktere vor dem heroischen Drama der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.<sup>14</sup> Deren steigende Handlung schien erst am 3. (16.) April mit Lenins Ankunft auf dem Finnländischen Bahnhof zu beginnen: Dort nämlich trug der berufene Führer und Hauptakteur seine fertigen „April-Thesen“ in der Tasche, um sie am nächsten Tag – ganz ohne gesellschaftliche Analysen vor Ort – den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiki und Menschewiki vorzutragen.

Es war eine entschiedene Alternative zum Krieg, die W. I. Lenins Thesen konstituierte. Mit Recht bezeichnete er den Charakter der Provisorischen Regierung als „kapitalistisch“, die Fortsetzung der Kriegspolitik als „räuberisch“ und „imperialistisch“. Daher sei die jetzt im Schwange befindliche Phrase der „*revolutionären* Vaterlandsverteidigung“ abzulehnen. Aber gemäß der Auffassung, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland bereits zuende sei, verlangte er einen sofortigen „Übergang von der ersten Etappe“ zur „zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft“ legen müsse.<sup>15</sup> Nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune sei ein Sowjetstaat zu gründen, der den „völligen Bruch mit allen Interessen des Kapitals“ vollziehe. Lenin negierte die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki, die mehrheitlich von den regionalen Basisorganisationen beider Parteiströmungen (54 von 73) gefordert wurde, und er warf deren Strategie, in der noch andauernden bürgerlichen Revolution für möglichst viel revolutionäre Demokratie zu kämpfen, mit rhetorischer Radikalität über den Haufen. Seine Forderungen lauteten: statt Vereinigung mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus – Gründung einer eigenständigen Kommunistischen Partei, statt Provisorischer Regierung – Sowjets

14 Vgl. Weltgeschichte in Daten, 2. Aufl., Berlin 1973; Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Revolution, 3. durchges. u. verb. Aufl., Berlin 1977 (nach der russ. Ausgabe, Moskau 1967). Siehe Kritik von Alexander Watlin: Der Sieg der Bolschewiki in europäischer Perspektive, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 155.

15 W. I. Lenin, Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: Werke, Bd. 24, S. 3 ff.

der Arbeiter, Bauern und Soldaten, statt Konstituierung der bürgerlich-parlamentarischen Republik - sozialistischer Sowjetstaat.

Auf der Versammlung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) am 4. (17.) April scheiterte Lenin an der Ablehnung einer überwiegenden Mehrheit. Er erntete den Vorwurf „anarchistischer Demagogie“. Die wohl bedenklichste Kritik wagte die Aussage: „Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkriegs in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.“<sup>16</sup> Lenins Kontrahenten, darunter der Bolschewik L. B. Kamenew, Vertreter der „Prawda“-Redaktion<sup>17</sup>, und der namhafte Menschewik G. W. Plechanow, Mitbegründer der Partei, aber auch Anhänger der „Vaterlandsverteidigung“, beriefen sich auf marxistische Überlieferung. Beide betonten die ökonomische Unreife, überhaupt die ganze Rückständigkeit Rußlands, so daß von einem baldigen Übergang zur sozialistischen Revolution keine Rede sein könne. Dabei erinnerten sie an Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen Revolutionärs veranschaulicht hatte, woraus zu folgern sei: „der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern“.<sup>18</sup> Es war ein Arbeiter im Soldatenrock, der in der Diskussion am 4. (17.) April 1917 die Voraussage wagte: „[...] Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.“<sup>19</sup>

In der aufgewühlten Situation des ganzen Landes wußte niemand eine sichere und außerdem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten und seine Fortsetzung auch durch Rußlands bürgerliche Regierung eine Herausforderung war, um die sofortige Alternative zum kapitalistischen Weltkrieg zu denken und praktizieren – so gilt doch die Qual des humanen Empfindens, das geistig-moralische Verantwortungsgefühl vor der Menschheit auch für alle anderen Verfechter der Ideen des Sozialismus. Deren Kritik an den „April-Thesen“ ist jedoch von Lenin selbst und später von den leninistischen Erbwältern als Opportunismus, Gesinnungslumperei und Handreichung für die Bourgeoisie verteufelt wor-

16 Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den April-Thesen W. I. Lenins, in: „Edinstwo“ v. 4. April 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 233 ff.

17 L. B. Kamenew über die Position der „Prawda“-Redaktion zu den April-Thesen von W. I. Lenin, in: „Prawda“ v. 8. April 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 237 f.

18 G. W. Plechanow, Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind, in: „Edinstwo“, Nr. 9-11 v. 9.-12. April 1917, abgedr. ebenda, S. 239 ff. Diese Engels-Rezeption auch bei I. G. Zereteli auf der Beratung vom 4. April 1917, ebenda, S. 235.

19 Ebenda, S. 236.

den. Sie hat erst durch den Untergang der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Außerdem bleibt zu bedenken, daß der Leninismus nach dem Tod seines Begründers fast stets auf ihn, den „großen Mann“ und „genialen Kopf“, fokussiert blieb – trotz der marxistischen Maxime von der „schöpferischen Rolle der Volksmassen in der Geschichte“. Es war ideologische Didaktik, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Februarrevolution geringschätzte, daher nur unter den Aspekten Lenins beurteilte. Das sozialistische Denken der „linken“ Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurde negiert. Der originäre Anteil der Massen an Ausbruch und Fortsetzung der Revolution - zumal ihre nicht mit Lenins Strategie übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen – gelangten bei alledem kaum ins Blickfeld.

#### **4. Oktoberaufstand. Fortsetzung der Februarrevolution**

Vor allem die Alternative von Krieg oder Frieden bewirkte jene Zerreißproben, an denen von Frühjahr bis Herbst 1917 vier Ministerkabinette der bürgerlichen Regierung zerbrachen. Die Sommeroffensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen, war der mentale Wendepunkt, nachdem eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich wurde. „Alle Macht den Sowjets!“ hieß das Banner, unter dem sich die Massen sammelten. Indem sie sich mehr und mehr auch gegen regierungstreue, mit Ministerämtern versehene Sozialrevolutionäre und Menschewiki wandten, gerieten sie in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der entschieden revolutionären Bolschewiki. So pendelte schließlich die Regierung des Sozialrevolutionärs A. F. Kerenski zwischen Machtbehauptung und Ohnmacht. Nach „links“ gegen die „Anarchie“ der Massen gerichtet, drohte sie, mit Hilfe der künftigen Konstituante alle Sowjets aufzulösen. Von „rechts“ aber wurde sie selbst bedroht: durch die Konterrevolution, zumal den Putschversuch des Generals Kornilow. Bei alledem standen deutsche Armeen tief im Land, rückten über das Baltikum gegen Petrograd vor.

In der stockenden Revolution erwies sich allein jene Partei als handlungsfähig, die sich als der „bewußte Vortrupp“ des Proletariats auffaßte: die Bolschewiki unter der enorm gewachsenen Führungskraft Lenins. Wohl widerstrebten die ZK-Mitglieder Kamenew und G. J. Sinowjew dem geheimen Beschluß zum bewaffneten Aufstand, indem sie ein Warnschreiben mit

Situationsanalyse an die Partei richteten.<sup>20</sup> Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung revolutionär gesinnter Soldaten stürmte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais – genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten im Gebäude des Smolny versammelten.

Erst dieser Aufstand eröffnete eine neue Phase der Revolution.<sup>21</sup> Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des neuen Machtvakuum grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diente auch eilige Agitation. Noch war das Winterpalais, die Zuflucht der Minister, nicht erobert, da behauptete das revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung L. D. Trotzki, den Regierungsturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblatt soufflierten den allerdings überwiegend analphabetischen „Bürgern Rußlands“ vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer an Grund und Boden, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Wie aber konnte das in den Weiten ganz Rußlands, fern von den dahinziehenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Es stellte sich die Frage, ob diese Ziele nicht bloß eine konsequente Fortsetzung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution anzeigten - ob also die Bolschewiki (in historischer Analogie) vielleicht nur die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 wiederholten. Doch wenige Stunden später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet unter dem Gewicht Lenins das gesellschaftliche Ziel des bevorstehenden Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das „städtische Proletariat“ und die „ganze Masse der armen Bauernschaft“ stützen. Sie werde

20 Erklärung von G. J. Sinowjew und L. B. Kamenew zur Orientierung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand, 11. (24.) Oktober 1917, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 369 ff.

21 R. A. Medwedew betont den Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: „Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewusstsein der Menschheit erscheinen sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 in Russland bestimmte.“ Medwedew, 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki, ebenda, S. 35 (Hervorh. – HB).

„unbeirrt zum Sozialismus schreiten“: „dem einzigen Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen“.<sup>22</sup> Das genau war die Strategie, die Lenin in seinen „April-Thesen“ verfochten hatte. Als ein Rezipient des historischen Marxismus, den er vor kurzem wieder studiert, in seinen Aufzeichnungen über „Staat und Revolution“ verarbeitet hatte, verlangte er jetzt die Zerschlagung des alten und die Errichtung eines neuen Staatsapparats. Doch er wußte sich genötigt, der tradierten Überzeugung, wonach eine sozialistische „Weltrevolution“ nur von den fortgeschrittenen Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte, Rechnung zu tragen. So kündigte er für das Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Italiens, Großbritanniens und Deutschlands an: sie seien zur Empörung bereit, so dass die „Weltrevolution“ alsbald kommen werde.

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets schmorte der Gesamtrussische Sowjetkongreß. Dort hielten die Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre solange das Präsidium besetzt, bis das Winterpalais tatsächlich genommen und die meisten Minister verhaftet waren. Die Parteigrößen und ihr Gefolge räumten die Stühle mit demonstrativem Protest: „Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.“<sup>23</sup> Wer zuletzt noch im Saal war und die angekündigten Beschlüsse durch Abstimmung besiegelte, zählte zu den 625 verbliebenen Deputierten: 390 Bolschewiki, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre. Am Abend dieses 26. Oktober (8. November) 1917 schlug dann Lenins historische Stunde. „Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.“ Mit diesem Satz begann er die Verlesung des „Dekrets über den Frieden“.<sup>24</sup>

Der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre Regierungen, sofort Verhandlungen für einen „gerechten, demokratischen Frieden“ aufzunehmen, war eine Botschaft, die in der Geschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der beschworenen „Gerechtigkeit“ und „Demokratie“ sollte ein „Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territo-

22 Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, 25. Oktober (7. November) 1917, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S. 230.

23 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongress, in: Russische Revolution, S. 392 ff. Über den Kongress auch: John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1957; N. N. Suchanow, 1917. Tagebuch der russischen Revolution, ausgew., übertr. u. hrsg. v. N. Ehlert, München 1967.

24 Lenin, Rede über den Frieden, 26. Oktober (8. November) 1917 und Dekret über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, S. 239 ff.



rien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen“ sein. Das Dekret enthält eine völkerrechtswürdige Begriffsklärung der „Annexion“, wie sie noch heute taugen möchte. Die traditionelle Geheimdiplomatie, die sekretierten Absprachen der Ententemächte, überdies alle bisherigen „Annexionen der Großrussen“ wurden sofort und bedingungslos als ungültig erklärt. Für die Nationen und Völker – gleich, ob sie „in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern“ lebten – wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung gefordert. Der Schlußteil des Dekrets war an besondere Adressaten gerichtet: die „bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands“. Mit der Versicherung, daß sie die russischen Oktoberrevolutionäre gewiß nicht im Stich lassen würden, sprach das Dekret nun auch vor aller Öffentlichkeit die Erwartung der sozialistischen „Weltrevolution“ aus. In seinen Erläuterungen, die nicht im Dekret enthalten sind, warnte Lenin allerdings vor dem Versuch der internationalen Bourgeoisie, „die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken“<sup>25</sup>. Doch am Ende würden „Frieden und Sozialismus“ den Charakter der soeben „beginnenden neuen Weltepoche“ bestimmen.

Der Sowjetkongreß bestätigte ebenfalls das von Lenin verlesene, im Kern schon seit Jahren von den Sozialrevolutionären vertretene „Dekret über den Grund und Boden“.<sup>26</sup> Wegen der zentralen Stellung der Agrarfrage in der Russischen Revolution und der bolschewistischen Haltung zum Eigentum muß dieses Dekret ausführlicher betrachtet werden. Der gesetzgebende Akt erfolgte vor dem flammenden Hintergrund unzähliger Übergriffe, Gewalttaten, Rebellionen der Landbevölkerungen ganz Rußlands im Widerstreit mit den Gutsbesitzern und der örtlichen Staatsbürokratie, wobei aber die Verschiedenheit der Interessen von Groß- und Mittelbauern, Kleinbauern und Dorfarmut ein noch zusätzlicher Zündstoff war. Historiker berichten von einer „gigantischen, unkontrollierbaren Eruption sozialer Stimmungen“, die im März des Revolutionsjahres als Konflikt begonnen hatte, jedoch bis Oktober zur „sozialen Explosion“ überschlug.<sup>27</sup> Trotz der Vielgestaltigkeit dieser Situation und ihrer widerspruchsvollen Kräfte blieben Lenins einleitende Bemerkungen zum Dekret auf einen einzigen, für ihn entscheidenden Punkt

25 Ebenda, S. 243.

26 Dekret über den Grund und Boden. Ebenda, S. 249.

27 Wadim L. Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte, in: Die Russische Revolution 1917, S. 89, 93.

fixiert: „die gewaltigen Massen der armen Bauern“. Sie für die Revolution und die Sowjetregierung zu gewinnen, war die Konsequenz seiner grundstürzenden „April-Thesen“. Gerade sie zu beruhigen und zufrieden zu stellen, nannte er Ziel und Zweck des Dekrets, dessen 1. Artikel und revolutionierender Auftakt besagte: „Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.“ Die Beschlagnahme galt auch für Ländereien der zaristischen Krone, der Klöster und der Kirchen. Der konfiszierte Besitz, der „von nun an dem ganzen Volk“ gehöre, sollte einstweilen von bäuerlichen Bodenkomitees und den Kreisowjets der Bauerndeputierten eingezogen, vor Angriffen geschützt, verwaltet werden – und zwar solange, bis Rußlands „Konstituierende Versammlung“ endgültige Gesetze beschließen würde. Das knapp formulierte Dekret, das weitere Fragen des Besitzes und seiner Verteilung gar nicht berührte, schloß im 5. Artikel ziemlich überraschend mit der Bestimmung: „Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.“ Diese ostentative Feststellung ließ erahnen, dass das Gesetz als Initialzündung weiterer unwälzender Beschlüsse gedacht war. So erstand die ungeheure Frage: Wenn das Eigentum der bislang herrschenden Klasse konfisziert, die arme Bauernschaft hingegen nachdrücklich von Konfiskation ausgenommen wurde – was würde dann mit dem noch nicht erwähnten Eigentum und Landbesitz von Großbauern, Mittelbauern und relativ gutgestellten Kleinbauern geschehen?

Die Antwort erfolgte in einem „Bäuerlichen Wählerauftrag“, der dem Text des Dekrets hinzugefügt wurde.<sup>28</sup> Darin legten Bolschewiken und Linke Sozialrevolutionäre – mit wiederholtem Vorbehalt zugunsten künftiger Beschlüsse der „Konstituierenden Versammlung“ – ihre Auffassung von der „gerechtesten Lösung“ der Agrarfrage dar. Das „Privateigentum am Grund und Boden“ sei „für immer“ und „entschädigungslos“ aufzuheben, der gesamte Boden zum „Gemeineigentum des Volkes“ zu machen und „allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung“ zu übergeben. Bodenschätze, Waldungen, Gewässer von Bedeutung müßten der „ausschließlichen Nutzung des Staates“, die von geringerem Wert der Nutzung örtlicher Selbstverwaltungen übertragen werden. Das „Recht der Bodennutzung“ für Ackerbau und Viehwirtschaft sei allen Staatsbürgern, „die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen“, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zu erteilen, danach aber sei der Boden wieder einzuziehen. Die Massenlosung „Der Boden den Bauern!“ sollte sich folglich nicht als Privateigentum, son-

28 Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage, in: Lenin: Werke. Bd. 26. S. 249 ff.

dern nur als Verfügungsrecht des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit wurde verboten. Der „Wählerauftrag“ stieß das Tor der Eigentumsverhältnisse, das durch die Enteignung der halbfeudalen Herrschaftseliten schon nicht mehr verschlossen war, mit Entschiedenheit für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung auf. „Volkseigentum“ sollte hinfort der oberste Rechtstitel sein. Doch was für den späteren „real existierenden Sozialismus“ zum Charakteristikum wurde: de facto unterlag das „Volkseigentum“ den Entscheidungen der zentralen und örtlichen Staatsorgane, die jetzt freilich noch als Institutionen demokratischer „Selbstverwaltung“ deklariert wurden. – Diesen „Wählerauftrag“ erklärte Lenin zum „provisorischen Gesetz“. Es sei trotz der künftigen Konstituierenden Versammlung „nach Möglichkeit sofort“ durchzuführen. Der gesamte Text des Dekrets und des beigegebenen Auftrags orientierte vorzugsweise auf massenhafte, also kleinbäuerliche Agrarbetriebe. Den Groß- und Mittelbauern hingegen war die Enteignung definitiv angedroht: In der noch dauernden Revolution waren ihre Wirtschaftsbetriebe dem Zugriff der „gewaltigen Massen der armen Bauern“ preisgegeben.

Die Bolschewiken wußten, daß die große Mehrheit der Bauern nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären, der damals größten und einflußreichsten Partei in Rußland, folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin abschließend zu einer Erklärung, die gemäßigt klang: „[...] Wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir [...] sagen: Sei's drum. [...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.“<sup>29</sup> War das die wohl angemessene Achtung vor gesetzlichen Institutionen, also vor demokratischen Wahlen und parlamentarischen Beschlüssen der sooft genannten „Konstituierenden Versammlung“? Man ist zur Annahme berechtigt, daß der Redner den radikalen Klassenkampf zwischen Dorfarmut und Kulaken längst kalkulierte.

Das dritte Dekret enthielt den „Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung“: ebenfalls deklariert als ein Provisorium „zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung“ und betitelt als „Rat der Volkskommissare“.<sup>30</sup> Die Wahl Lenins in die Funk-

29 Lenin: Rede über die Bodenfrage. 26. Oktober (8. November) 1917, ebenda. S. 252 f.

30 Beschluss über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, ebenda, S. 254 f.

tion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen: des Ministerpräsidenten) anerkannte die intellektuelle Überzeugungskraft des Führers der Bolschewiki. Den Protagonisten des Oktoberumsturzes war das politische Wagnis ihrer Machteroberung allerdings durchaus bewußt. Trotzki, in der Historie bekannt als ein Verfechter der marxistischen Hypothese der „Weltrevolution“, sagte auf der Tribüne des Sowjetkongresses freiheraus: „[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag. Es gibt nur die Alternative: Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.“<sup>31</sup>

Die drei Beschlüsse des Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter- und Soldatendeputierten (d. h. nicht der Bauern, die derzeit den Boden bearbeiteten) waren das unmittelbare Ergebnis des zweiten Petrograder Aufstands im Prozeß einer Revolution, die sich seit Februar/März entwickelte. Obwohl der Aufstand in der Öffentlichkeit Rußlands nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen siegte, ist er in der Sowjetunion und von deren Parteigängern in aller Welt mit dem Diktum „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ erinnert und gefeiert worden. Tatsächlich aber erfüllte die neue, sich selbst als „provisorisch“ bezeichnende Regierung bis zum Jahresende 1917 die noch ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution. Sie ließ endlich die Wahlen zur Konstituante durchführen, mühte sich um allgemeine, jedoch von den Westmächten boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und dessen Verbündeten, verfügte die Aufhebung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, überdies die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. Nur die Absichtserklärungen über Arbeiterkontrolle der Produktion und Nationalisierung der Banken, des Bodens, der Bodenschätze steuerten einen direkten Zugang zum Sozialismus an.

Bereits nach wenigen Wochen, im November 1917, geriet die neue Regierung in eine erste innere Krise. Weil Lenin und seine unbedingten Anhänger die Forderung nach einer „sozialistischen Einheitsregierung“ mit Vertretern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zurückwiesen, protestierten elf Volkskommissare, von denen zehn ihr Amt niederlegten: „Eine rein bolsche-

---

31 Reed, Zehn Tage, S. 201.

wistische Regierung [...] kann sich nur mittels politischen Terrors an der Macht halten. Das wird zur Bildung eines Regimes ohne Verantwortung führen.“<sup>32</sup> Überdies warnte der alte Plechanow, Lenins historischer Kontrahent, im „Offenen Brief“ an die Petrograder Arbeiter vor einer Errichtung der Diktatur des Proletariats.<sup>33</sup> Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, dass die Bauern, die überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber „nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet“ seien. Die Bauern wären daher „beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner“. Plechanow widersprach auch der übereilten Behauptung: „Was der russische Arbeiter begonnen hat, wird der deutsche vollenden.“ Statt dessen entwarf er die unfreiwillig düstere Prognose: „Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.“

## 5. Die Konstituierende Versammlung

Seit Dezember 1917 standen die Bolschewiki nun doch im zeitweiligen Koalitionszwang mit Linken Sozialrevolutionären und als Regierende vor allem unter dem Massendruck von Bauern, Soldaten, Arbeitern, bürgerlichen Nationalisten. Diese sprachen von „Sozialisierung“ und gar von „Sozialismus“, ohne die tatsächlichen Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Während die „proletarische Avantgarde“ das Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen gedachte – beharrten die grundbesitzenden Bauern auf ihrem Landeigentum, wollten aber auch viele der Armen in den Dorfgemeinden endlich zu persönlichem Besitz an Boden gelangen. Während die Bolschewiki trotz ihrer Friedensbemühungen an die Notwendigkeit denken mußten, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe – strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung anwesend zu sein. Während die überzeugten „Marxisten-Leninisten“ im Industrieproletariat den „missionarischen“ Träger für Sozialismus und Kommunismus

32 J. Bunyan/H. H. Fisher, *The Bolshevik Revolution 1917-1918. Documents and Materials*, Stanford 1961, S. 91 f.

33 Offener Brief von G. W. Plechanow an die Petrograder Arbeiter über den Oktoberumsturz, 28. Oktober (10. November) 1917, abgedr. in: *Die Russische Revolution*, S. 402 ff.

erblickten – waren die Arbeiter bekanntlich nur ein sehr geringer Bevölkerungsteil, und manch einer mochte die gewerkschaftliche Freiheit, seine Vertreter zu wählen und auch abzuwählen, nicht der bolschewistischen Partei und Klassendisziplin opfern. Schließlich gab es noch die politischen Führungskräfte, die in Finnland die Abtrennung von Rußland und in den anderen Landesvertretungen das Recht der nationalen Selbstbestimmung beanspruchten. Sie waren in der Mehrzahl keineswegs Betreiber der sozialen Revolution, geschweige denn Parteigänger des Bolschewismus. Das alles mußte zu schweren Auseinandersetzungen führen.

Bereits in der bisherigen Revolution hatten Losungen der bürgerlich-demokratischen „Freiheiten“ und der sozial-revolutionären „Gleichheit“ polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das gemäßigte Demokraten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der seit langem angekündigten „Konstituierenden Versammlung“. Diese war von 46,5 Millionen (etwa 60 % der Stimmberechtigten Russlands) gewählt worden, und wie Lenin vorausgesehen hatte, bildeten die Deputierten der Sozialrevolutionären Partei die stärkste Fraktion (370 von 601 anwesenden Abgeordneten). Die Bolschewiki hingegen, die kaum ein Drittel der Abgeordnetenplätze (175) einnahmen, wollten die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen. Sie schlugen den Text einer „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ zur Diskussion und Annahme vor.

Das Dokument drängte zu verfassungspolitischer Entscheidung.<sup>34</sup> Es verlangte die Konstituierung des neuen Staates als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Vollzug der sozialistischen Revolution: Abschaffung des umstrittenen „Privateigentums an Grund und Boden“, „Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates“, Verstaatlichung der Banken, Einführung der „allgemeinen Arbeitspflicht“ und „Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern“. Nach Annahme dieser Deklaration sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil sich aber die Majorität der Versammlung mit Berufung auf Landeswahlen, parlamentarische Vollmachten und Gesetzgebungskraft verweigerte, brach der Klassenkampf offen hervor. N. I. Bucharin, Hauptredner der bolschewistischen Fraktion, attackierte alle Ab-

34 Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, in: Lenin, Werke, Bd. 26, S. 422 ff.

sichten zum „Aufbau einer hundsmiserablen bürgerlich-demokratischen Republik“.<sup>35</sup> Im Namen der „Weltrevolution“ erklärte er den „Kampf auf Leben und Tod“, und sogleich reagierte die im Hintergrund lauernde Revolutionsregierung. Der Rat der Volkskommissare dekretierte die Auflösung der Konstituante. Er ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen.

Seit Wochen schon hatte Lenin, der stetige Verneiner des Parlamentarismus, seine Genossen auf diesen Coup eingeschworen. Die Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution nun endigen und die sozialistische Revolution tatsächlich beginnen sollte. Der Kommentar Lenins lautete: „[...] Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.“ Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: „Kein Zweifel, *im Entwicklungsprozeß der Revolution*, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen – aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.“<sup>36</sup> Wir registrieren den Willen zum äußersten Risiko. Was aber ebenfalls interessieren sollte, ist die Tatsache, daß Lenins Kommentar allen späteren Deutungen widerspricht, die auf den Akt bloßer Machteroberung eingeschworen scheinen, indem sie den Sieg der sozialistischen Revolution auf den Oktober 1917 und den Januar 1918 datieren. Lenin selbst sah sich und seine Partei noch immer „im Entwicklungsprozeß der Revolution“.

## 6. Bürgerkrieg und offener Schluß

Es sei die Frage gestellt: Wann und womit endete die Russische Revolution? Das könnte helfen, der schönfärbenden Schreibweise entgegen zu wirken, die den Bürgerkrieg aus der Revolution herausnimmt und ausschließlich auf dem Schuldkonto der verschiedenen Widerständler gegen die bolschewistische Staatsmacht verrechnet. Solches geschieht durch die Behauptung der völligen „Interessengleichheit zwischen Bolschewiki und Volk“ sowie die Legende

35 Stenographische Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung, 5./6. (18./19.) Januar 1918, abgedr. in: Die Russische Revolution, S. 407 ff.

36 Lenin, Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, 6. (19.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S. 437 ff. (Hervorh. – HB).

von der „unblutigsten Revolution der Geschichte“. In Wirklichkeit waren die mörderischen Konflikte des Bürgerkrieges, der nicht zuletzt durch den Interessenwiderspruch zwischen Bolschewiki und sozialen Schichten der Bauern ausbrach, ein immanenter Bestandteil der Revolution.

Die Umwälzung unter der Losung „Der Boden den Bauern!“ hatte die lokalen Herrschaften der Gutsbesitzer hinweggefegt. Doch die Differenzierung zwischen grundbesitzenden Bauern und Dorfarmut war geblieben – und eben diese verschärfte sich infolge der bolschewistischen Agrardekrete im Sommer 1918 zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Die Großbauern, die in vielen Dorfsowjets das Sagen hatten, wurden im europäischen Rußland dem Angriff von 122.664 amtlich geförderten „Komitees der Dorfarmut“ ausgesetzt, wodurch sie am Ende 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen einbüßten. Lenin bezeichnete „unseren Krieg gegen die Kulaken“ als einen „heiligen Krieg“, womit man allerdings in „eine Periode neuer Verheerungen“, eine „der schwersten Perioden der Revolution“ eintrete.<sup>37</sup> Maxim Gorki dagegen hatte die Lenin-Partei schon seit Monaten kritisiert, weil sie die anarchischen und destruktiven Kräfte der Bauern mobilisiere: „Das ist ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung“.<sup>38</sup> Diese erste „Entkulakisierung“ führte zur Stärkung der Mittelbauern, soweit sie sich mit der neuen Macht verbanden, und zu sehr vielen Kleinbauernstellen – jedoch nicht zu sozialistischen Wirtschaftsbetrieben.

Im dreijährigen Bürgerkrieg und zudem im Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen aus 14 kapitalistischen Ländern behauptete sich die Sowjetmacht. Damit rückte ein Staat in die Weltgeschichte ein, der weder vom halbfeudalen Zarismus noch von der kapitalistischen Bourgeoisie beherrscht wurde. Die Sowjetmacht übersprang die in der bisherigen Staatengeschichte erfahrenen, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden bürgerlichen Herrschaftssysteme – so den Bonapartismus oder die liberal-konstitutionelle Monarchie oder die demokratisch-parlamentarische Republik. Doch als schwere Hypothek offenbarte sich der Irrtum Lenins, der mit Berufung auf „wissenschaftliche Voraussicht“ behauptet hatte, daß „die sozi-

37 Derselbe, Referat über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918, ebenda, Bd. 27, S. 434, 437. R. A. Medwedew spricht in diesem Zusammenhang von der Komplizierung der Revolution und dem Schuldanteil des von Lenin geleiteten neuen Regimes: 80 Jahre Russische Revolution, in: Die Russische Revolution, S. 42 ff.

38 Maxim Gorki in „Nowaja Shisn“ vom 7. Dezember 1917; zit. n. Michael Wegner, Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 87.



alistische Revolution in Europa kommen“ müsse, sich daher „alle unsere Hoffnungen auf den *endgültigen Sieg* des Sozialismus“ gründen könnten.<sup>39</sup> In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regime, scheiterten aber alle Bemühungen für eine proletarische Revolution. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die „Weltrevolution“ ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiki Kamenew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer hatten sich als berechtigt erwiesen.

Was den Krieg zur Verteidigung des revolutionären Staates betrifft, so schwanken die Urteile zwischen tatsächlichem „Heroismus“ und dem von Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis einer „erlebten Hölle und endlosen Totenmesse“<sup>40</sup>. Daß die bewaffnete Konterrevolution der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, der Widerstand der als „Kulaken“ verteufelten Großbauern und überdies die Angriffe der ausländischen Interventionskorps nicht mit Friedenssprüchen zu bannen waren, also wiederum Krieg erforderten, war eine Zwangslage, die die Bolschewiki mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Jedoch geschahen maßlose Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik gegenüber der eigenen Bevölkerung überall dort, wo Zwang statt Überzeugung regierte. Abneigung wurde durch martialische Niederwerfung, Widerstand durch oft überzogene Gegengewalt gebrochen. Dabei waren die Millionenmassen des bäuerlichen Volkes, auf dessen Rücken sich die konträren Militärgewalten austobten, eigentlich keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgering der Konterrevolution zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den „Kriegskommunismus“. Ihre Truppen zogen in die Dörfer, requirierten Lebensmittel und Vieh, raubten Saatgut, brachen Proteste und Gegenwehr mit Waffengewalt. Indem sie die schwer vermeidliche Praxis der Jakobiner von 1793 wiederholten, erzeugten sie selbst die „Vendée“, in der sich die wirkliche Konterrevolution durch zahlreiche Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Belorussland bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Man schätzt die Toten auf etwa 13 Millionen. Allein durch die Hungersnot, die 1921

39 Lenin, Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. 7. (20.) Januar 1918, in: Werke, Bd. 26, S. 443 f.

40 Isaak Babel, Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang, Leipzig 1968.

in den Gebieten der Wolga grassierte, sollen fünf Millionen Menschen gestorben sein.<sup>41</sup> – Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die „April-Thesen“ immer wieder warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn Lenin mit allen seinen „Berufsrevolutionären“, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären wandelten, auch nicht einseitige Schuld trugen – sie hatten das Risiko gewagt und die Mahnungen in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom des Krieges befindlich, vermochten sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu verteidigen.

Auf der Waagschale dieser Revolutionsgeschichte lasten noch weitere schwere Gewichte. Abgesehen vom modernen Guerillakrieg sind große Kriege ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und Zentralisation des Staatsapparats kaum zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept schon weit früher an Zentralismus, Machtwillen und Disziplinierung angelegt war, realisierte sich in den bedrohlichen Situationen des bolschewistischen Staates und gebar ein durchaus negatives Kriegsergebnis: die Unterwerfung selbständiger Regungen des werktätigen Volkes, die tatsächliche und hinfort bleibende Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution. Nicht genug, daß bürgerliche Parteien unterdrückt, staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. In den Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und dem immerwährend feindlichen Argwohn gegen die Menschewiki offenbarte sich die Tendenz zum Ein-Partei-Regime, zur Liquidation aller Organisationsformen von demokratischer Eigenständigkeit und Kritik. Den Schlußpunkt setzte die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands, der unter der Losung „Sowjets ohne Kommunisten!“ erfolgte. Der Bürgerkrieg endete 1921 mit der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar der Opposition in den eigenen Reihen der bolschewistischen Partei. Der Staatstitel „Sowjet-Republik“ gebrauchte zwar den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die 1917 als „Revolution von unten“ den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Doch die basisdemokratischen Institutionen waren von den Bolschewiki gleichgeschaltet, wenn nicht bereits zerschlagen worden.

---

41 Wolfgang Ruge, *Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*, Berlin 1991, insbes. Sprungbrett Gewalt, S. 44 ff.

Abschließend sei an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die der Volkssozialist Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im Verlauf der Russischen Revolution aus den damals genannten Klassen und Schichten geworden? - Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie entkam entweder ins Ausland oder verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen politisch-sozialen Strukturen. Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler, sonstigen Gewerbetreibenden, das in der bürgerlichen Gesellschaft schon immer zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sozialem Auf- oder Abstieg lebte, vegetierte in Klein- und Kleinstgewerbe, den Abgründen des Schwarzhandels und des Ruins. Allein die Arbeiterklasse hatte Losung und Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen. Sie hatte in den Stoßbrigaden der Roten Armee gekämpft und geblutet, war aber durch Waffengewalt, Hunger, Zerstörung der industriellen Lebensbasis ungemein dezimiert. Aufschlußreich, was Lenin über die aktuelle Lage der „führenden Klasse“ im Umbruch zum Sozialismus eingestand: „Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.“<sup>42</sup> Die Intelligenz, die sich anfangs für eine Erneuerung Rußlands begeisterte, war seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlich-demokratischen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, daher die Machteroberung der Bolschewiki ablehnte: Was sie wagten, sei ein „grausames wissenschaftliches Experiment am lebenden Körper Rußlands“, wobei vor allem das junge Proletariat als Material für den Versuch der „Weltrevolution“ mißbraucht werde.<sup>43</sup>

Auf der niederen Stufe sozialer Entwicklung in Russland hatte sich nicht der Sturz einer modernen Bourgeoisie, sondern die Agrarfrage als entscheidend für Ausmaß und Grenzen der Revolution erwiesen. Es überlebten viele Millionen der Landbevölkerung. Die Massenunruhen unter der Losung „Der Boden den Bauern!“, von den Bolschewiki aufgegriffen und in Gesetze über-

42 Lenin, Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, in: Werke, Bd. 33, S. 46.

43 Gorki, Unzeitgemäße Gedanken, zit. n. Wegener, Maxim Gorki versus Wladimir Lenin, in: Der Widerschein der Russischen Revolution, S. 86.

führt, hatten den Gutsbesitz liquidiert, das Eigentum der als „Kulaken“ verurteilten Großbauern radikal eingeschränkt, die Mittelbauern gestärkt und vor allem eine Unmenge von Zwergwirtschaften hervorgebracht. Jedoch die bolschewistische „Expropriation der Expropriateure“ hatte nicht bewirkt, daß der konfiszierte Grundbesitz in prosperierende Bauernhöfe, geschweige denn genossenschaftliche Musterwirtschaften verwandelt wurde. Neben den weiteren Bedenklichkeiten in Rosa Luxemburgs berühmter Gefängnisschrift hatte dieser Umstand (trotz politischer Sympathie für die Oktoberrevolutionäre) schon früh zur Kritik gereicht.<sup>44</sup> Statt strategischer Agrarpolitik des Sozialismus praktizierten die Bolschewiki in ihrer Notlage den „Kriegskommunismus“ und den „Roten Terror“ zwecks Sicherung eines nur spärlichen Lebensunterhalts. Es war ein Verfahren, das den Namen der Gesellschaftspolitik nicht verdiente und nach dem Sieg über die Interventen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch immer flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiki auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 die „Neue Ökonomische Politik“. Sie betitelten diese keineswegs als „Sozialismus“, sondern sehr einschränkend als „Staatskapitalismus“. Aber sie wagten zur selben Zeit noch einmal einen Versuch zur „Weltrevolution“: Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale wurden proletarische Märzunruhen in Mitteldeutschland angeheizt, die gänzlich mißlingen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.<sup>45</sup>

So bleiben am Ende der historischen Tragödie mindestens zwei polemische Feststellungen. *Erstens* sollte die Erfahrung unvergessen bleiben, daß ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die latente Krise Rußlands vertiefte, die Revolution auslöste und daß eben diese Staaten der jungen Sowjetmacht den erbittertsten Widerstand entgegensetzten. Zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England und Frankreich, schließlich auch Japan, das neukonstituierte Polen und weitere Staaten richteten die aggressive Gewaltlogik des Weltkrieges gegen den historischen Versuch jenes Staates, der eine antikapitalistische Alternative sein wollte.

*Zweitens* aber erstand und siegte damals kein Sozialismus. Was mit der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 begonnen hatte, endete

44 Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 342 ff.

45 Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921; Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Republik, Berlin 1999, S. 36 ff.

genau vier Jahre später mit der „Neuen Ökonomischen Politik“, dem von den Bolschewiki reglementierten „Staatskapitalismus“. Dieses einstweilige Ergebnis der Russischen Revolution rechtfertigt nicht den zweifelhaften Titel der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. <sup>46</sup> Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte muß im Traditionsverständnis der Sozialisten geprüft und präzisiert werden. Selbst Lenin, der dominante Charakter und höchst problematische Antreiber der Russischen Revolution, besann sich seit dem Beginn der NÖP auf eigene Fehleinschätzungen – zumal die von 1918: „Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.“ <sup>47</sup> Er suchte die revolutionären Übertreibungen zu rechtfertigen, hinsichtlich ihrer historischen Funktion aber auch zu begreifen. So schrieb er an W. W. Adoratski: „[...] Könnten Sie mir nicht behilflich sein, [...] den Artikel (oder die Stelle aus einer Broschüre? Oder den Brief?) von Engels [zu finden], in dem er, gestützt auf die Erfahrungen von 1648 und 1789, davon spricht, daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszugehen, was sie bewältigen kann*, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen?“ <sup>48</sup> Es war die bürgerlich-demokratische Revolution, die in Rußland durchgesetzt wurde – allerdings ohne die Verfassungsrechte und die Institutionen bürgerlicher Demokratie. Was hingegen die bolschewistische Partei und den Staat betraf, die sich in ihrer revolutionären Rhetorik andauernd als die Macht des Proletariats bezeichneten, während ihr Werdegang offenbar unaufhaltsam zum nachrevolutionären Bonapartismus tendierte, so bescheinigte ihnen der todkranke Führer in seiner letzten harschen Kritik, daß sie ein Herd des Bürokratismus, aber „nicht sozialistisch“ seien. <sup>49</sup>

### Nachbemerkung

In den bürgerlichen Revolutionen Europas, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts geschehen waren, erkannte Friedrich Engels, daß diese „bedeutend über das Ziel hinausgeführt“ wurden, um objektiv nur Resultate zu sichern, die für

46 Michail Wojekow, Paradox der Russischen Revolution: bürgerlicher Februar und proletarischer Oktober, in: Der Widerstreit der Russischen Revolution, S. 150 ff.; vgl. insbesondere Lenins Reden und Schriften von August 1921 bis März 1923, in: Werke, Bd. 33.

47 Lenin, Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: Werke, Bd. 33, S. 38.

48 Lenin an W. W. Adoratski, 20. September 1921, in: Briefe, Bd. VIII, Berlin 1973, S. 215.

49 Derselbe, Lieber weniger, aber besser, in: Werke, Bd. 33, S. 474 ff.

niemand anders als für das Bürgertum „erntereif“ waren. Er vermutete darin „eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft“. Heute, nachdem die Sowjetunion und der staatsmonopolistische Sozialismus in Ost-Mittel-Europa und Asien gescheitert sind, bleibt zu fragen, ob die von Engels beschriebene, von Lenin rezipierte Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für das ganze 20. Jahrhundert gilt. Gewiß waren die „klassischen“ bürgerlichen Revolutionen schon seit langem nicht wiederholbar. Seit der Insurrektion des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal der Pariser Kommune von 1871 wurden die Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der arbeitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrieben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch zuletzt siegten und profitierten stets jene Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeitverhältnissen entsprachen; sie allein festigten ihre politische und ökonomische Macht. Man könnte aus diesen Tatsachen einen historischen Analogieschluß ziehen.

Am Beginn des Ersten Weltkrieges war Rußland noch ein halbfeudales, absolutistisch regiertes Land – heute hingegen existiert dort ein Kapitalismus in spezifisch russischen Entwicklungsformen. Was ist geschehen? Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete eine Umwälzung des Staates und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und die frühe Sowjetregierung irreversibel wurde. Dabei trieben die Bolschewiki, die unter noch anderen sozialistisch gesinnten Zeitgenossen die „äußerste Linke“ waren, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die weitere Entwicklung als „sozialistisch“ auffaßten. Sie entfachten das Fanal einer sozialen Revolution, das in weiteren Völkern ebenfalls zum Versuch einer sozialistischen Gesellschaft, mehr noch zum Kampf für nationale Unabhängigkeit von kapitalistischen Kolonialmächten und gegen den von Deutschland angeführten Block des Faschismus zündete. Jedoch – mit dem Zerfall der Sowjetunion rückte zuletzt eine Bourgeoisie an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Strukturen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam – insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol. Der Vorgang ist von Helmut Steiner in der Leibniz-Sozietät durch Wort und Schrift bewiesen worden.<sup>50</sup>

Gemessen an den aktuellen Tatsachen wäre zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, rigide Industrialisierung und Agrarrevolution hat der von Lenin inaugurierte, von Stalin durchgepeitschte und vorzeitige

---

50 Helmut Steiner, Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Russland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 41, Jg. 2000, Heft 6, S. 5 ff.

„Sozialismus“ soziale, technologische, infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen, worüber die neue Bourgeoisie in Rußland und weiteren Ländern heute verfügt. Für jeden, der den „Roten Oktober“ als seine politische Geburtsurkunde begriff, muß ein solches Ergebnis enttäuschend sein. Und doch scheint jetzt die Einsicht veranlaßt: Trotz aller Mühen und Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Krieg – setzt man den Terminus „Revolution“ nicht für temporäre Versuche, sondern universal, d. h. streng welthistorisch, so bezeichnet er in der ganzen Geschichte der Neuzeit bislang ausschließlich *bürgerliche, den Kapitalismus begünstigende Endresultate*. Die Jahrhundertwende 2000 gewährt der Menschheit keine sozial gerechte Arbeits- und Lebenswelt, zudem keinen Frieden. Vielmehr grassieren die Ansprüche des Großkapitals auf globalistische Weltherrschaft. In solchen Verhältnissen wurzeln aber auch die überdauernden Ansprüche der lasttragenden, bedürftigen Menschheit. Darin mag die Tragödie der Russischen Revolution aufgehoben sein: als Erinnerung und Mahnung eines verzweifelten Versuches sozialer Befreiung in den verheerenden Kriegen des 20. Jahrhunderts.

Unter philosophischem Aspekt hat Wolfgang Eichhorn kürzlich geschrieben, daß vergangene Begebenheiten und Aktivitäten hinsichtlich ihrer historischen Bedeutung durch „Unbestimmtheit und Unschärfen“ gekennzeichnet seien, die „als Möglichkeitsfelder“ interpretiert werden könnten.<sup>51</sup> Wohlan: Um konkrete Geschichte gedanklich zu fassen, ist es erforderlich, auch „in Möglichkeiten zu denken“.

---

51 Wolfgang Eichhorn, Geschichte – gibt es das wirklich?, in: Berichte, 11. Jg., Nr. 102 (Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e. V.), S. 76 ff. (Hervorhg. – HB).

Helmut Steiner

## **Alexandra M. Kollontai (1872–1952) über Theorie und Praxis des Sozialismus**

Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 21. Dezember 2000

Die 1982 in der DDR erschienenen autobiografischen Aufzeichnungen Alexandra Michailowna Kollontais tragen die beziehungsreiche Überschrift „Ich habe viele Leben gelebt...“<sup>1</sup>. Wer immer für die Wahl des deutschen Buchtitels verantwortlich war, hat damit etwas sehr Wesentliches und zugleich Interpretierbares zum Ausdruck gebracht. Die zugrunde liegende russischsprachige Ausgabe aus dem Jahre 1974 hieß schlicht „Aus meinem Leben und meiner Arbeit“.<sup>2</sup> Dieser Buchtitel erfasst einen sehr vielgestaltigen Lebensablauf und eine prall gefüllte Gleichzeitigkeit von Aktivitäten in verschiedenerlei Lebenssphären. Und doch spiegelt er gleichzeitig die offiziell eingeschränkte sowjetische Sicht seit Mitte der 20er, auf jeden Fall seit den 30er Jahren auf das Leben und Wirken Kollontais innerhalb der sehr kontroversen Aufnahme und Wiedergabe ihres Lebens durch ihre Zeitgenossen und in den historischen Darstellungen ihrer Biographie bis auf den heutigen Tag, wider.

Die bio- wie autobiographische Literatur über und von A. M. Kollontai ist in Abhängigkeit von den jeweiligen historischen Rahmenbedingungen und

- 1 Vgl. A. Kollontai; „Ich habe viele Leben gelebt ...“. Autobiografische Aufzeichnungen. Berlin 1980. In der DDR sind darüber hinaus als selbständige Buchtitel von und über A. M. Kollontai erschienen: „Wege der Liebe. Drei Erzählungen. Nachwort von Hedda Zinner. Berlin 1983 (Neuaufgabe Berlin 1992, ohne das Nachwort von H. Zinner); S. Schejnis; Alexandra Kollontai. Das Leben einer ungewöhnlichen Frau. Berlin 1984. In den 70er und 80er Jahren erschienen in der DDR-Presse (Neues Deutschland, Junge Welt, BZ am Abend, Weltbühne, Volksarmee, Für Dich u. a.) sowie im Radio DDR II verschiedene Beiträge über A. M. Kollontai. Auch in der deutschsprachigen Auslands-Publizistik der UdSSR (Neue Zeit und Sputnik) wurden Beiträge über sie veröffentlicht. 1982 erhielt eine DFD-Gruppe Berlin-Alexanderplatz mit ca. 300 Mitgliedern den Namen „Alexandra Kollontai verliehen (Berliner Zeitung, 18./19. 12. 1982).
- 2 A. Kollontai; Is moej schisni i raboty. Wospominanija i Dnewniki (Aus meinem Leben und meiner Arbeit. Erinnerungen und Tagebücher). Moskwa 1974



Absichten unterschiedlich selektiv und setzt entsprechend verschiedenartige Akzente. Beispielsweise betonen die sowjetischen Veröffentlichungen nach ihrem Ausscheiden aus der sowjetischen Gesellschaftspolitik 1922 seit der zweiten Hälfte der 20er Jahre bis 1991 – wie auch die russischen und GUS-Publikationen danach – vor allem ihr Wirken als erste offizielle weibliche Diplomatin in der Geschichte von 1922–1945 sowie zum Teil ihre herausragende praktisch-revolutionäre Tätigkeit vor, während und unmittelbar nach der Oktoberrevolution 1917/1918. Ihre konzeptionell gesellschaftspolitischen und theoretisch-publizistischen Veröffentlichungen bis 1922 wurden demgegenüber verschwiegen, bestenfalls erwähnt, z. T. verurteilt, auf keinen Fall aber behandelt oder differenziert diskutiert.<sup>3</sup>

In Westeuropa und in den USA gab es demgegenüber nach den sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre geradezu eine Kollontai-Renaissance, in der vor allem ihre sozialistisch-feministischen Schriften und Positionen zur Frauenemanzipation im Sozialismus<sup>4</sup> und zum Teil auch ihr Engagement für

- 
- 3 Vgl. u. a.: A. M. Itkina ; *Revoljucioner, Tribun, Diplomat. Schisn Aleksandry Michailowny Kollontai (Revolutionär, Volkstribun, Diplomat. Stationen des Lebens von Alexandra Michailowna Kollontai)*. 2. erweiterte Auflage. Moskwa 1970 (1. Auflage 1964); E. J. Breslow; *Aleksandra Michajlowna Kollontai*. Moskwa 1974; S. Schejnis; *Put k Werschine. Stranizi Schisni A. M. Kollontai (Der Weg zum Gipfel. Lebensstationen A. M. Kollontais)*. 2. erw. Aufl. Moskwa 1987; E. Mindlin; *Ne Dom, no Mir. Powest ob Aleksandre Kollontaj (Kein Haus, aber die Welt. Eine Erzählung über Alexandra Kollontai)*. Moskwa 1988; Michail Olesin; *Perwaja w Mire. Otscherk ob A. M. Kollontai (Die erste in der Welt. Studie über A. M. Kollontai)*. Moskwa 1990; L. P. Schumirikowa; *Aleksandra Kollontai. Schentschina i Politik (Alexandra Kollontai. Frau und Politikerin)*. Dnjepropetrowsk 1992
- 4 Vgl. u. a.: A. Kollontai; *Wassilissa Malygina. Erzählungen über "Wege der Liebe" im frühen Sowjetrußland. Frauen zwischen Ehe und Revolution (1925)*. Frankfurt/M. 1973. London 1977. Chicago 1978; A. Kollontai; *Autobiografie einer sexuell emanzipierten Kommunistin (1926)*. Berlin-West 1977. Wien 1975. New York 1975; *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdlov-Universität 1921*. Moskwa 1923. Moskwa – Leningrad 1926. Stockholm 1928 (1971). Frankfurt/M. 1975 (Die deutsche Übersetzung folgt der schwedischen Ausgabe von 1928 – die auf der norwegischen – von A. Kollontai 1925 in Oslo selbst zusammengestellten – Ausgabe von 1926 beruht). A. Kollontai; *Die neue Moral und die Arbeiterklasse*. Moskwa 1918. Berlin 1920. Münster 1977. A. Kollontai; *Der weite Weg. Erzählungen, Aufsätze, Kommentare*. Frankfurt/M. 1979; G. Raether; *Alexandra Kollontai zur Einführung*. Hamburg 1985; A. M. Kollontai; *Woman Workers Struggle for Their Rights*. Bristol 1973; A. M. Kollontai; *Selected Writings*. London 1977; J. Stara-Sandor; *Alexandra Kollontai: Marxisme et Revolution Sexuelle*. Paris 1983; B. Evans Clements; *Bolschewik Feminist. The Life of Alexandra Kollontai*. Bloomington 1979; B. Farnsworth; *Aleksandra Kollontai. Socialism, Feminism and the Bolschewik Revolution*. Stanford 1980; Die reichhaltige skandinavische Kollontai-Literatur verdient eine gesonderte Zusammenstellung und eigene Analyse.

die „Arbeiteropposition“ Anfang der 20er Jahre<sup>5</sup> behandelt wurden.

Auch im gegenwärtigen Russland wird auf eine inhaltliche Erörterung ihrer den Sozialismus betreffenden konzeptionellen Vorstellungen sowohl retrospektiv als auch perspektivisch – bis auf wenige Ausnahmen<sup>6</sup> – nach wie vor verzichtet. Stattdessen werden entweder die sowjetisch-reduzierte Sicht vor allem auf die Diplomatin weitergeführt oder eher kolportagehafte Darstellungen ihres Lebens gepflegt.<sup>7</sup>

Ziel des folgenden Beitrags ist es, auf die Genesis und das spezifische Profil ihrer sozialistischen Weltanschauung als Bestandteil ihrer Biografie einzugehen. Es soll und kann keine umfassende Darstellung ihrer „vielen Leben“ sein. Selbst so bedeutsame Wirkungsbereiche, wie ihr vielseitiges Engagement in der deutschen Arbeiter- und Frauenbewegung, ihre Aktivitäten in der Arbeiter- und Frauenbewegung Frankreichs, den USA und Skandinaviens, ihre Initiativen als Sozialpolitikerin der jungen Sowjetmacht, ihr unter sehr verschiedenartigen Bedingungen geführter Kampf gegen den Krieg oder andererseits ihr bemerkenswerter Beitrag für die Ausarbeitung einer sozialistischen Militärdoktrin, ihre Tätigkeit als Diplomatin, ihre spezifischen Qualitäten als Agitatorin, Publizistin und Schriftstellerin, ihr weitgespannter russischer und internationaler Freundes- und Bekanntenkreis – können hier bestenfalls punktuelle Erwähnungen finden.

- 
- 5 A. Kollontai; Die Arbeiter-Opposition in Rußland. (deutsch erstmals Hamburg 1922). In: G. Mergner (Hrg.); Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution. Reinbeck 1972, S. 131–177. A. Kollontai; Die Arbeiteropposition. In: F. Kool, E. Oberländer (Hrg.); Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Bd 1. München 1972, S. 182–240. Unter anderen erschienen auch englische (1921, 1923, 1962), französische (1964, 1969), italienische (1952) und schwedische Ausgaben.
  - 6 A. Kollontaj; Radikalnyi Projekt Schenskoj Emansipacii. Kollekcija Tekstow (Ein radikales Projekt der Frauenemanzipation. Eine Kollektion von Texten). Hrg. Von W. Uspenskaja. Twer 2002t
  - 7 Vgl. u. a.: A. Waksberg; Walkirija Revoljuzii (Walküre der Revolution). Smolensk 1998; P. W. Stepanenko; Aleksandra Kollontaj i Pavel Dybenko (Alexandra Kollontai und Pawel Dybenko). Minsk 1999; In der gleichen Machart erschien auch: B. Sokolow; Armand i Krupskaja. Schentschiny Woschdja (Die Armand und die Krupskaja. Die Frauen des Führers). Smolensk 1999. Das spiegelt sich auch in Pressebeiträgen wieder, z. B. I. W. Woronow; Semejnaja Para Nomer Odin. Istoria Ljubwi Dwuch Narodnych Kommissarov (Das Familienpaar Nummer 1. Die Liebesgeschichte der zwei Volkskommissare). Nowaja Iswestija, 23.10.1999, S. 5. J. Kornilow; Krasnyi Roman. Generalnyi Dotsch Aleksandra Kollontaj propowedowala 'swobodnyju ljubow'. Woenmor Pawl Dybenko pomogej w polnoj mere potschustwowat, tschto eto takoe (Eine rote Romanze. Die Generalstochter Alexandra Kollontai verkündet die 'freie Liebe'. Der Militärmatrose Pawel Dybenko half ihr, es im vollen Maße zu erleben, was das ist). Trud, 05.04.2001, S. 26.

## I. Eckpunkte ihrer politischen Biografie

1872 in der adeligen Gutsbesitzer- und Generalsfamilie Domontowitsch in St. Petersburg geboren – ihr Vater brachte es bis zum Mitglied des Generalstabs und in den obersten zaristischen Militärärrat – erfuhr sie durch Privatunterricht früh und intensiv eine umfassende Bildung. Nach der Herkunft ihrer Mutter lernte sie Finnisch, außerdem Englisch, Deutsch und Französisch, legte mit 16 Jahren ihre Reifeprüfung und ein Examen als Lehrerin ab, unternahm mit 20 Jahren eine erste Bildungsreise nach Berlin und Paris und heiratete 1893 entgegen anderer Familienabsichten – die ihr zugeordneten Ehepartner entstammten dem Generalstab, in einem Fall sogar der Zarenfamilie – einen weitläufigen Verwandten. „Ich sollte eine gute ‚Partie‘ machen und meine Mutter beabsichtigte, mich früh zu verheiraten. Meine älteste Schwester ist mit neunzehn Jahren mit einem hochgestellten Herrn von fast sechzig Jahren eine Ehe eingegangen. Ich revoltierte gegen diese ‚Vernunft- und Verkaufsehe‘ und wollte nur aus Liebe, aus großer Leidenschaft heiraten. Gegen den Willen meiner Eltern, noch ganz jung, wählte ich meinen Vetter, einen mittellosen, jungen Ingenieur, dessen Namen Kollontay ich noch heute trage.“<sup>8</sup>

Durch eine ihrer Hauslehrerinnen – die Mitglied der illegalen Sozialdemokratischen Partei Russlands (SDAPR) war – wurde sie früh auf die sozialen Unterschiede in der väterlichen Gutswirtschaft und auf die sie umgebende Dorfarmut aufmerksam gemacht. Von ihr erhielt sie auch als erste sozialistische Schrift K. Marx/F. Engels „Manifest der kommunistischen Partei“ und erste soziale Kontakte außerhalb ihres Herkunftsrahmens vermittelt.

1892 begann sie in einem Wandermuseum für Lehr- und Lernmittel zu arbeiten, besuchte erste Zusammenkünfte von Sozialisten und lernte Elena D. Stasowa (1873–1966) kennen, mit der sie über alle gesellschaftspolitischen und biographischen Höhen und Tiefen eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft verband. Ihre eigentlich politische Arbeit begann sie im „Roten Kreuz“ zur Unterstützung politischer Gefangener (u. a. für die in der Schlüsselburg einsitzende Vera Figner [1852–1942]).

In Narwa machte sie sich 1896 erstmalig in einem der größten russischen Textilbetriebe mit mehr als zwölftausend Beschäftigten mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter- und Arbeiterinnen vertraut. „Ich liebte meinen Mann noch immer, aber das glückliche Dasein als Hausfrau und Gat-

8 A. Kollontay; Ziel und Wert meines Lebens. In: E. Kern (Hrg.); Führende Frauen Europas. In sechzehn Selbstschilderungen. München 1928, S. 262

tin wurde mir zum ‚Käfig‘. Meine Interessen wandten sich immer mehr der revolutionären Arbeiterbewegung Russlands zu. Ich las viel, ich studierte eifrig die sozialen Fragen, besuchte Vorträge und arbeitete in halblegalen Gesellschaften zur Volksaufklärung. ... Ein Besuch in der bekannten großen Kregolm-Textilfabrik entschied mein Schicksal. Ich konnte nicht mein glückliches, ruhiges Leben führen, wenn das Arbeitervolk so furchtbar verklavt war. Ich musste in diese Bewegung hinein. Damals gab es Differenzen mit meinem Manne, der meine Neigungen als gegen ihn gerichteten, persönlichen Trotz empfand.“<sup>9</sup>

1898 verließ sie Mann und Sohn Mischa, um in Zürich in der Schweiz ein Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei dem deutschen Kathedersozialisten Heinrich Herkner (1863–1932) aufzunehmen, das sie 1899 bei Beatrice (1858–1943) und Sydney (1859–1947) Webb, den Repräsentanten der britischen Fabian Society, fortsetzte.

Ein mehrjähriges systematisches Studium im Ausland – wie es Rosa Luxemburg absolvierte – wollte sie nicht. Sie zog es nach Russland, um praktisch politisch tätig zu sein.

Nach ihrer Rückkehr nach St. Petersburg wählte sie 1899 die politische Arbeit als Beruf und Berufung. Sie begann eine intensive sozialaufklärerische und politische Agitations- und Organisationsarbeit und setzte sich in Veranstaltungen öffentlich mit den Ansichten des „legalen Marxisten“ Pjotr B. Struwe (1870–1944) auseinander. Sie organisierte Studienzirkel, verfaßte Aufrufe, verteilte illegale Literatur, beteiligte sich an Studentendemonstrationen, sammelte Geld und Lebensmittel für politische Gefangene und Illegale und war als Kassiererin für die Partei tätig. Es war der Beginn ihrer praktisch-politischen Tätigkeit in der russischen Sozialdemokratie. Von da an datierte sie selbst ihre Zugehörigkeit zur Partei.<sup>10</sup> In der offiziellen Parteigeschichte der KPdSU wurde ihr bis zum Schluß demgegenüber erst ihr Anschluss an die Bolschewiki 1915 als Parteieintritt zugebilligt.<sup>11</sup>

Erster Höhepunkt ihrer revolutionären Tätigkeit war die aktive Teilnahme an der Revolution 1905 in St. Petersburg. Sie beteiligte sich an der Demonstration der Arbeiter zum Winter-Palais, verteilte Flugblätter mit dem Aufruf

9 Ebenda

10 ebenda, S. 263

11 Vgl. u. a.: Sowetskij Enziklopeditscheskij Slowar (Sowjetisches Enzyklopädisches Wörterbuch). Moskwa 1985, S. 601. Auch in einem ihr gewidmeten Beitrag der „BZ am Abend“ vom 12.10.1987 heißt es noch „... schließt sie sich 1915 der Sozialdemokratischen Partei Russlands (SDAPR) an“.

zum bewaffneten Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft, wurde Kassiererin für die Petersburger Organisation der SDAPR, beteiligte sich an der ersten Frauenkundgebung in St. Petersburg, trat in Betrieben, Werkhallen, in der Universität, im Technologischen Institut sowie außerhalb St. Petersburgs als Agitatorin und Referentin auf und nahm an der ersten Zusammenkunft der Sowjets der Arbeiterdeputierten in St. Petersburg teil. In diesen stürmischen Wochen des Jahres 1905 begegnete sie in St. Petersburg auch erstmals Wladimir I. Lenin (1870–1924) und dessen Frau, Nadeshda K. Krupskaja (1869–1939).

In den Monaten der Revolution 1905/06 leistete sie neben ihrer umfangreichen politisch-organisatorischen und agitatorischen auch eine vielfältige publizistische Arbeit. In den legalen Zeitschriften „Obrasowanie“, „Fabritschnyi Westnik“, „Rabotschij Eschegodnik“ u. a. gehörte sie zu den ständigen Autoren.

Aber auch in den Jahren der Reaktion nach der Revolution setzte sie ihre politische Tätigkeit auf vielfältige Weise fort. In St. Petersburg wurde sie Mitglied des „Verbandes der Textilarbeiter“, organisierte eine „Gesellschaft der gegenseitigen Hilfe für Arbeiterinnen“ als legalen Klub, trat mit Vorträgen über die Frauenbewegung und die Aufgaben der Arbeiterinnen auf und bereitete für den ersten – bürgerlich bestimmten – Gesamtrussischen Frauenkongress 1908 die Teilnahme und das erstmalige Auftreten einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeiterinnen vor. Zwar konnte sie wegen drohender Verhaftung selbst nicht mehr teilnehmen, ihr vorbereitetes Referat wurde aber von einer der sozialdemokratischen Arbeiterinnen auf diesem Frauenkongress vorgetragen.

Der unmittelbare Kontakt mit der Dorfarmut, mit Arbeiterinnen und Arbeitern unterschiedlicher Industriezweige, mit Soldaten und Matrosen – legal und illegal, in Russland und später in mehreren Ländern (vor allem in Deutschland und Frankreich, Skandinavien und selbst in den USA), - die *unmittelbare* konkrete sozialistische Aufklärungs- und Organisationsarbeit „vor Ort“ wurden zu einem Markenzeichen ihrer politischen Tätigkeit bis zum Beginn ihrer diplomatischen Funktionen 1922. Mehr als viele andere führende Funktionäre (nicht nur) der russischen Partei war sie auch nach gewonnener Öffentlichkeit und überregionaler politischer Funktionen nach wie vor in erster Linie unter und mit betroffenen und aktiven Menschen und nicht primär „in und durch die Gremien“ aktiv. Die *Unmittelbarkeit* ihrer gesammelten Erfahrungen und praktischen Wirksamkeit sowie die daraus abgeleiteten Folge-

rungen und Konzepte prägten auch ihre analytische und konzeptionelle Herangehensweise lebenslänglich geradezu paradigmatisch.

In ihrer praktisch-politischen Arbeit – auch bei der Organisation von Streiks – rückten seit 1907 zunehmend Probleme der werktätigen Frauen, ihrer politischen Gleichberechtigung, die Unzulänglichkeiten der bürgerlichen Frauenbewegung, aber auch die Defizite der Frauenproblematik in der Programmatik und praktischen Politik der russischen Sozialdemokratie in den Blickpunkt.<sup>12</sup> Sie wurden zunehmend politisch-theoretischer Mittelpunkt ihres Interesses. Themen über die Aufgaben der Arbeiterinnen, der – auch nach ihrer Terminologie – „feministischen Bewegung“ nahmen einen immer größeren Raum in ihren Gesamtaktivitäten ein.

Parallel zu ihrer Wirksamkeit in Russland ließ sie ihren ersten Studien in der Schweiz und in Finnland 1898/99 in den folgenden Jahren weitere Aufenthalte in Westeuropa folgen. Bereits 1901 stellte sie persönliche Kontakte mit Rosa Luxemburg (1871–1919) in Zürich, mit Paul (1842–1911) und Laura (1856–1911) Lafargue in Paris, Karl Kautsky (1854–1938) und Georgij W. Plechanow (1856–1918) in Zürich her.

W. I. Lenin lernte sie – wie bereits erwähnt – erst 1905 kennen, Josif W. Stalin (1879–1953) begegnete sie erstmals 1917. Politische Arbeitskontakte aus der Zeit vor der Revolution zu den anderen Führungspersonlichkeiten der Bolschewiki sind nicht überliefert.

1906 traf sie sich erneut mit R. Luxemburg in Finnland, nahm im gleichen Jahr an der vierten Konferenz sozialdemokratischer Frauen Deutschlands und als Gast am SPD-Parteitag in Mannheim teil und stellte freundschaftliche Kontakte zu August Bebel (1840–1913), Karl Liebknecht (1871–1919), Clara Zetkin (1857–1933) und weiteren deutschen Sozialdemokraten her.

1907 unterstützte sie als Vertreterin der russischen Partei mit ihren Beiträgen über das allgemeine Wahlrecht C. Zetkin auf der Internationalen Konferenz der Sozialistinnen sowie auf dem VII. Kongress der II. Internationale in Stuttgart.

1908 besuchte sie Maxim Gorki (1868–1936) auf der Insel Capri in Italien, um mit ihm den Entwurf ihres Buches über die Frauenfrage zu diskutieren, das sie für den ersten Gesamtrussischen Frauenkongress im gleichen Jahr vorbereitete.

---

12 L. P. Schumirikowa; Rol' A. M. Kollontaj w rasobletschenii bolschewistskoj partiej reakcionnoj suschtschnosti burschuasnogo feminisma 1908–1909) (Die Rolle A. M. Kollontais bei der Entlarvung des bürgerlichen Feminismus durch die bolschewistische Partei in den Jahren 1908–1909). Dnepropetrowsk 1985

1908 – im Jahre des I. Gesamtrussischen Frauenkongresses – war A. Kollontai auf Grund ihrer vielfältigen legalen, halblegalen und illegalen politischen Aktivitäten in Russland von Verhaftung und Verurteilung bedroht. Sie entzog sich ihnen zunächst durch Untertauchen in die Illegalität und schließlich durch die Flucht, der ein etwa zehnjähriges Exil bis März 1917 in Westeuropa und Skandinavien folgte.

Auch in diesen nahezu zehn Exiljahren wirkte sie weiterhin – vor allem publizistisch – für Russland. So erhielt sie sowohl von russischen Exilgruppen Westeuropas als auch stets von Parteiorganisationen aus Russland selbst, oft sogar von mehreren, das Mandat für die Teilnahme an Kongressen der II. Internationale und der internationalen Frauenkongresse.

Zum anderen war sie aber auch in und für die Parteien ihrer jeweiligen Exilländer – zunächst Deutschlands, dann Frankreichs, erneut Deutschlands und der skandinavischen Länder – und international in der II. Internationale als Mitglied ihres Internationalen Frauensekretariats und nach Ausbruch des I. Weltkriegs für die Organisierung der „Zimmerwalder Linken“ an der Seite W. I. Lenins in Europa sowie in den USA und Kanada im Einsatz.

Seit Beginn ihres Exils 1908 war sie gleichzeitig Mitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei, publizierte – wie auch früher schon – in der von Karl Kautsky redigierten „Neuen Zeit“, in der von Clara Zetkin herausgegebenen „Die Gleichheit“ sowie in verschiedenen sozialpolitischen Journalen<sup>13</sup> und beteiligte sich für die SPD an Wahlkämpfen u.a.

Auf Bitten von Georgij W. Tschitscherin (1872–1936), damals Sekretär des Hilfsbüros für russische politische Emigranten in Paris, nahm sie 1911 ihren Wohnsitz in Frankreich, dem Zentrum der politischen Emigranten Russlands. Sie wurde dort ebenfalls Mitglied der sozialistischen Partei, organisierte als Ausländerin u. a. in Südfrankreich einen Streik von Wäscherinnen und sprach als offizielle Vertreterin der russischen Partei neben W. I. Lenin bei der Beisetzung ihrer – seit ihren Schweizer Studien – auch persönlichen Freunde Paul und Laura Lafargue 1911.

---

13 Vgl. u. a. von A. Kollontai: Die Arbeiterfrage in Finnland. (I u. II). „Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik“, 1900, 6. u. 13. September, Sp. 1233–1238, Sp. 1257–1262; Die Arbeiterbewegung in Finnland unter russischer Regierung, „Die Neue Zeit“, 1904, (unter dem Pseudonym A. Malin); Die russische Arbeiterbewegung in den Zeiten der Reaktion, „Die Neue Zeit“, 1910, Nr. 24, S. 484–292; Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen, „Die Gleichheit“, 1910, Nr. 24–26; Staatliche Mutterschafts-Versicherung, „Die Neue Zeit“, 1914, Nr. 33, S. 363–371

Als fragte Referentin trat sie in all diesen Jahren sowohl an den Parteischulen der Menschewiki in Bologna als auch der Bolschewiki bei Paris gleichermaßen auf.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland wurde sie mit Kriegsbeginn am 03. August 1914 – wie alle russischen Emigranten – als „feindliche Ausländerin“ interniert, konnte aber durch den persönlichen Einsatz des Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwalts Karl Liebknecht (1871–1919) Deutschland in ein Land ihrer Wahl – das neutrale Dänemark – und nicht nach Russland „abgeschoben“ werden.<sup>14</sup> Von hier aus führte sie mit wechselnden Wohnsitzen in den skandinavischen Ländern ihren publizistischen sowie politisch-organisatorischen Kampf gegen die Auswirkungen des I. Weltkriegs, organisierte an der Seite Lenins den Zusammenschluss der Kriegsgegner („Zimmerwalder Linken“), wurde als seine unmittelbare politische Mitstreiterin Mitglied der Bolschewiki und bildete gemeinsam mit ihrem damaligen Partner Alexander G. Schljapnikow (1885–1937) das Verbindungsglied zwischen Lenin in der Schweiz und der illegalen Partei in Russland. Auf Bitte Lenins reiste sie zwischen 1915 und 1917 zu zwei mehrwöchigen Vortragsreisen gegen den Krieg nach den USA und Kanada.<sup>15</sup>

Von der russischen Februarrevolution 1917 wurde sie – wie alle Politiker und Parteien im In- und Ausland – während ihrer zweiten USA-Vortragsreise überrascht, kehrte unverzüglich über Skandinavien nach St. Petersburg zurück und stürzte sich als Agitatorin, Publizistin und Organisatorin in den politischen Alltag. A. M. Kollontai wurde in mehrere Sowjets, Parteikomitees und Frauenkommissionen gewählt, wirkte unter Soldaten und betrat trotz geltender Tabus als erste Frau selbst Schiffe der Baltischen Flotte und nutzte sie für propagandistische Auftritte vor Matrosen. Sie unterstützte Lenins April-Thesen 1917, wurde von der Provisorischen Regierung Kerenskis verhaftet<sup>16</sup> und erst durch Intervention Maxim Gorkis gegen eine Kaution freigelassen. In der historischen Sitzung im Smolny stimmte sie für den bewaffneten Aufstand und wurde noch am 7. November 1917 von Lenin mit der künftigen Leitung des Ministeriums für Soziale Fürsorge beauftragt.

14 A. Kollontaj; Otrywki is Dnewnika 1914 g. (Auszüge aus dem Tagebuch des Jahres 1914). Leningrad 1924

15 Is Archiva A. M. Kollontaj. Dnewniki, Pisma, Stati 1915–1917 g. (Aus dem Archiv A. M. Kollontais. Tagebücher, Briefe, Aufsätze von 1915–1917), „Innostrannaja Literatura“, 1970, N 2, S. 226–245

16 A. M. Kollontaj; W Tjurne Kerenskogo (Im Gefängnis Kerenskis), Moskwa 1928



In dem historisch kurzen Zeitraum von November 1917 bis 1922 nahm sie eine Vielzahl von Aufgaben wahr, wie sie sich nur in Umbruch-Situationen ergeben: Volkskommissarin, d.h. erste weibliche Ministerin im ersten Koalitionskabinett Lenins bis zu ihrem Rücktritt aus Protest gegen den Friedensschluss mit Deutschland in Brest-Litowsk im März 1918, Volkskommissarin für Agitation und Propaganda in der Ukraine, politische Arbeit auf der Krim, Frontbeauftragte für Agitation unter den Soldaten in der Ukraine<sup>17</sup>, nach dem Tode von Ines F. Armand (1875–1920) Leiterin der Frauenabteilung des ZK der Russischen Kommunistischen Partei (RKP(b)) und stellvertretende Leiterin des Frauen-Sekretariats der Komintern – bis sie im Gefolge ihres Engagements als intellektuell-politische Repräsentantin der „Arbeiteropposition“ vom X. Parteitag der RKP(b) im März 1921, vom III. Komintern-Kongress im Juli 1921 sowie endgültig vom XI. Parteitag der RKP(b) im März 1922<sup>18</sup> – fast aus der Partei ausgeschlossen – alle ihre politischen und öffentlichen Funktionen verlor.

Es folgte von 1922–1945 eine ereignisreiche und verdienstvolle 23-jährige Diplomaten-Karriere – als erste Frau offizielle Botschafterin in der Geschichte – die sie aus der innenpolitischen Entwicklung ausschloss, ihr aber vermutlich in ihrem weiteren Verlauf das Leben rettete.<sup>19</sup>

- 
- 17 Vgl. u. a. von A. Kollontai folgende Agitationsschriften aus dieser Zeit: *Kto takie sozial-demokraty i tschego oni hotjat?* (Wer sind diese Sozialdemokraten und was wollen sie?) Sewastopol 1919; *Ne bud' desertirom* (Werde kein Deserteur). Kiew 1919; *Rabotniza sa god' rewoljuci* (Die Arbeiterin im Jahr der Revolution). Kiew 1919; *Semja i kommunisticheskoe gosudarstwo* (Die Familie und der kommunistische Staat). Charkow 1920, 1922; *K istorii dwischenija rabotniz w Rossii* (Zur Geschichte der Arbeiterinnen-Bewegung in Russland). Charkow 1920; *Kak borjutsja rabotnicy sa swoi prawa* (Wie kämpfen die Arbeiterinnen für ihre Rechte). Baku 1920; *Is moje schisni i raboty* (Aus meinem Leben und meiner Arbeit). Odessa 1921. Über diese Phase ihrer Aktivitäten vgl.: G. W. Papakin; *Ot marta do sentjabrja: Schtrichy k portretu A. Kollontaj* (Von März bis September: Striche zu einem Porträt A. Kollontais). Kiew 1989; A. P. Tschajtschenko; *Dejatelnost' A. M. Kollontaj na postu narkoma propagandy Ukrainy (ijul' – awgust 1919g.)* (Die Tätigkeit A. M. Kollontais in der Funktion als Volkskommissarin für Propaganda der Ukraine vom Juli bis August 1919). Saporosche 1992
- 18 A. M. Kollontaj; *Rabotschaja Opposicija. Tschto takoe „rabotschaja opposicija?“* (Na prawah rukopisi). (Die Arbeiteropposition. Was ist das – „die Arbeiteropposition“). Manuskriptdruck. Moskwa 1921; „*Rabotschaja Opposicija*“. *Materialy i Dokumenty 1920–1926 g.* („Die Arbeiteropposition“. Materialien und Dokumenten 1920–1926). Moskwa–Leningrad 1926

## II. Herausbildung und Positionsbestimmung ihres emanzipatorischen Marxismus

Alexandra Kollontais Zugang zu den sozialistischen Zielstellungen und zur Marx'schen Methode war kein primär wissenschaftlicher. Menschliches Gerechtigkeitsempfinden und moralische Entrüstung, die Ideenwelt der russischen Aufklärung<sup>20</sup>, Volksaufklärung und gemeinschaftliche Solidarität, konkrete Aktionen und demokratisches Miteinander führten sie auf den Weg zu ihrem Sozialismus-Verständnis und zum wissenschaftlichen Instrumentarium des Marxismus. Sie organisierte kollektives Handeln und politische Organisationen und war zugleich stets auf die individuelle Integrität der daran Beteiligten orientiert. Sie opferte sich auf, ordnete sich ein und unter, nahm aber stets ihr Recht auf persönliche Selbstbestimmung wahr. Diese Wechselbeziehung bestimmte auch ihr Verhältnis zu den jeweiligen Parteigliederungen und Gruppierungen. Wie selbstlos, solidarisch und diszipliniert sie sich seit den 90er Jahren an der revolutionären Bewegung auch immer beteiligte, im Zweifelsfalle war sie stets am liebsten „ihre eigene Partei“.

So wegweisend die frühe Bekanntschaft mit K. Marx' und F. Engels' „Manifest der Kommunistischen Partei“ für sie war, so sehr waren ihre intellektuell-politischen Lehrer und Ratgeber zugleich die russischen revolutionären Demokraten Nikolaj A. Dobroljubow (1836–1861) und Nikolaj G. Tschernyschewskij (1828–1889), als politische und persönliche Freunde der erste Repräsentant des russischen Marxismus Georgij W. Plechanow sowie der Schriftsteller Maxim Gorki, die Begründer der Fabian-Society Beatrice und Sydney Webb aus England, Paul und Laura Lafargue aus Frankreich und auf besonders intensive Weise die deutschen Sozialisten August Bebel und Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin. Tief verwurzelt im Denken und gemeinschaftlichen Handeln Russlands, war sie noch weit mehr als Plechanow und Lenin, Bucharin und Trotzki, europäisch-kosmopolitisch geprägt.

- 
- 19 A. M. Kollontaj; *Diplomatitscheskie Dnewniki 1922–1940* (Diplomatische Tagebücher 1922–1940). 2 tomy. Moskwa 2001. Ein deutscher Auswahl-Band erscheint 2003 in Berlin. K. Hauge; Alexandra Mikhailowna Kollontai: *The Scandinavian Period 1922–1945*. University of Minesota 1971; Die „geheime Verbindung“: Briefe von Aleksandra Kollontaj an Vjaceslav Molotov 1926–1952. Zur Illustration des „Patron - Klient -Verhältnisses im politischen Mechanismus der Sowjetunion. „Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte“, 2001, H. 1, S. 295–353
- 20 A. M. Kollontaj; *Osnowy wospitanija po wsgljadam Dobroljubowa* (Grundlagen der Erziehung nach Ansicht Droboljubows). „Obrasowanie“, 1898, N 9, S. 1–15; N 10, S. 1–16, N 11, S. 1–16

Ausgangspunkt und erster Schwerpunkt ihrer eigenen wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzungen mit der sie umgebenden gesellschaftlichen Umwelt waren die sozialökonomische Entwicklung, die soziale Lage der Arbeiter und die Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Arbeiterbewegung in *Finnland*. Die Kenntnis der finnischen Sprache und die verwandtschaftlichen Beziehungen durch die Mutter vermittelten ihr Eindrücke von den spezifisch finnländischen Gegebenheiten. Die geographische Nähe von St. Petersburg mag dazu beigetragen haben, die Kapitalismus-Entwicklung im Raum einer kolonialisierten Nationalität an der Peripherie des zaristischen Imperiums zum Untersuchungsgegenstand zu wählen.

Ihr erstes Buch über die finnländischen Arbeiter erschien 1903.<sup>21</sup> In neun Kapiteln vermittelte sie eine Analyse der Industrie- und Agrarstruktur Finnlands, der Arbeitslöhne, des Budgets der finnländischen Arbeiter (auch im Vergleich mit ausgewählten Gebieten Russlands, der Schweiz, Deutschlands, Englands und den USA), der Wohnbedingungen, der Arbeitszeiten und der Dauer des Arbeitstages, der Arbeitsbedingungen in der Industrie, der Wohltätigkeitseinrichtungen, der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern sowie der Teilnahme der arbeitenden Bevölkerung in gewählten politischen Vertretungen. Das auf russischen, finnischen, schwedischen, deutschen und französischen Originalquellen und Literaturangaben fußende Buch war die erste wissenschaftliche Analyse des finnischen Kapitalismus.

Für Alexandra M. Kollontai war diese Analyse Ausdruck ihres Übergangs zu einem theoretisch marxistischen Herangehen. Karl Marx' „Das Kapital“ und Karl Kautskys „Die Agrarfrage“, aber auch „Die Arbeiterfrage“ ihres liberalen Lehrers H. Herkner aus Zürich dienten ihr als theoretische Grundlagen. Die für die Thematik bedeutsamen Arbeiten Friedrich Engels' „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ und Wladimir I. Lenins „Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland“ waren ihr offenbar noch nicht bekannt. Bemerkenswert ist die Parallele, dass die 1871 geborene Rosa Luxemburg über „Die industrielle Entwicklung Polens“ (1898)<sup>22</sup> und die 1872 geborene Alexandra Kollontai ihre ersten wissenschaftlichen Arbeiten über die Kapitalismus-Entwicklung in zwei kolonialisierten Randregionen des zaristischen Russlands schrieben.

---

21 A. Kollontai; Schisn' Finljandskich Rabotschich. Ekonomitscheskoe Issledowanie (Das Leben der finnländischen Arbeiter. Eine ökonomische Untersuchung). St. Petersburg 1903

22 R. Luxemburg; Die industrielle Entwicklung Polens (1898). In: Gesammelte Werke. Bd. 1, Berlin 1974

Das Thema „Finnland“ beschäftigte sie auch weiterhin. Aufsätze über „Sozialismus in Finnland“, „Die Arbeiterbewegung in Finnland und die russische Regierung“, „Der 5. Arbeiter-Kongress 1903“ sowie „Die Bourgeoisie und das Proletariat Finnlands“ – eine Charakterisierung der Ereignisse 1905/06 in

Finnland<sup>23</sup> – seien als Beispiele genannt. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten rückten aber andere Themen in das Zentrum ihres Interesses. Sie widmete sich jedoch immer wieder politisch und publizistisch auch finnischen Problemen, nutzte Finnland für illegale Grenzübertritte aus und nach Russland, nahm illegales Quartier in Finnland, wirkte in den Revolutionsmonaten des Jahres 1917 auf den Schiffen der Baltischen Flotte im Hafen von Helsingfors (Helsinki), trug als Mitglied des ersten Koalitionskabinetts Lenins nach der Oktoberrevolution 1917 politische Mitverantwortung für die unverzügliche nationale Unabhängigkeit Finnlands von Russland und war als sowjetische Botschafterin in Schweden 1939/40 sowie 1944 erfolgreiche Vermittlerin für die Beendigung der sowjetisch-finnischen Kriege. Öffentlich weniger bekannt, aber geradezu sensationell war die Tatsache, dass sie als sowjetische Diplomatin für ihren persönlichen Anteil an der Beendigung dieser Kriege vom einstigen Kriegsgegner Finnland, der finnischen Regierung – mit Unterstützung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Parteien Schwedens und Norwegens – 1946 und 1947 für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen wurde.

Dem Vorschlag der finnischen Regierung lagen Initiativen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit in den nordischen Ländern Finnland, Schweden

23 A. Kollontai u. a.: Promyschlennost' i Torgowlja Welikogo Knjaschestwa Finlandskogo (Industrie und Handel in Finländischen Großherzogtum). „Nautschnoe Obosrenie“, 1901, Juli, str. 8–40; Sozialism w Finlandii (Sozialismus in Finnland). „Sarja“, 1902, N4; Semelnyj Wopros w Finlandii (Die Landfrage in Finnland). „Nautschnoe Obosrenie“, 1902, N 2, str. 201–205; N 3, str. 206–210; N 4, str. 1–13; Schilischtscha Finlandskich Rabotschich (Die Wohnsituation der Finnländischen Arbeiter). „Russkoe Bogatstwo“, 1902, N 7, str. 126–144; Rabotschie Lesoplawija w Finlandii (Die Arbeiter der Holzflößerei in Finnland) „Russkoe Bogatstwo“, 1902, N 9; Rabotschee Dwischenie w Finlandii (Die Arbeiterbewegung in Finnland). „Rabotschij Eschegodnik“, 1906, str. 137–142; Finlandija u isbiratelnych urn (Finnland an den Wahlurnen). „Russkaja Schisn“, 2. März 1907; Isbiratel'naja Kampanija w Finlandii (Die Wahlkampagne in Finnland). „Otgoloski“, 1907, N 3, str. 46–61; Nowyj Finlandskij Parlament (Das neue finnländische Parlament). „Obrasowanie“, 1907, N 4, str. 72–90; N 5, str. 54–69 N 7, str. 21–47; Sozialnoe Dwischenie w Finlandii (Soziale Bewegungen in Finnland). „Obschtschestwennoe Dwischenie w Rossii w natschale XX weka“. St. Petersburg 1910, N 4; Finlandija i Sozialism (Finnland und der Sozialismus). St. Petersburg. 1906

und Norwegen zugrunde. Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Intellektuelle und nicht zuletzt verschiedene Frauenrechtlerinnen hatten in der Stimmungslage des internationalen Sieges der Anti-Hitler-Koalition 1945 auf verschiedenerelei Weise diese respektable Würdigung des persönlichen Einsatzes der Sowjet-Diplomatin A. M. Kollontai für die friedliche Konfliktlösung im Norden Europas – zugleich auch mit Bezug auf ihr völkerverbindendes Lebenswerk – initiiert. Der offizielle finnische Vorschlag fand im norwegischen Nobelpreis-Komitee 1946 mit zwei zu drei Stimmen allerdings keine Akzeptanz. Ein 1947 wiederholter Antrag kam nicht mehr zur Abstimmung.<sup>24</sup>

Die zu gleicher Zeit – wie die Arbeiten über Finnland – 1905 veröffentlichte Broschüre über den Klassenkampf<sup>25</sup> bringt in Ergänzung zu den konkreten sozialökonomischen und aktuell-politischen Analysen ihrer Finnland-Arbeiten, die angeeigneten weltanschaulich-politischen Positionen in einer polemischen theoretisch-propagandistische Schrift zum Ausdruck.

Nachdem sich Kollontai schon 1899 in den politischen Veranstaltungen des „Roten Kreuzes“ bei E. E. Stassowa öffentlich mit dem Revisionismus auseinander gesetzt hatte, veröffentlichte sie Aufsätze gegen den sozial-liberalen „legalen Marxisten“ Pjotr B. Struwe, zum „christlichen Sozialismus“ Sergej N. Bulgakows (1871–1944) und Nikolaj A. Berdjajews (1874–1948) sowie im internationalen Zusammenhang zur Kritik von Positionen Ludwig Woltmanns (1871–1907) in den von Eduard Bernstein (1850–1932) herausgegebenen „Sozialistischen Monatsheften“ sowie über Alexandre E. Millebrand (1859–1943) und den sogenannten „Ministersozialismus“ in Frankreich.<sup>26</sup> Ihre zugrundegelegten Bezugnahmen auf Karl Marx und Friedrich Engels, Rosa Luxemburg und Paul Lafargue sowie auch auf den jungen Werner Sombart (1863–1941) legen von ihren dabei vertretenen Grundpositionen Zeugnis ab, die sich eindeutig und in der Diktion von R. Luxemburgs

24 O. Tonnesson; The Norwegian Nobel Committee 1945 – 1966: Labour Majority, Liberal Chairman. <http://www.nobel.se/prize/peace/ncommittee>. Die lebhaftige Resonanz dieses Vorschlags und seiner Ablehnung spiegelte sich 1946 eindrucksvoll in der skandinavischen Presse. Vgl. u. a.: Göteborgs Handels – och Sjöfartstidning, 31. 01. 1946; Arberderbladet, 01. 02. 1946, 15. 02. 1946; Morgon-Tidningen, 01. 02. 1946; Hufvudstadsbladet, 12. 02. 1946; Friheten, 15. 11. 1946

25 A. Kollontaj; K Woprosu o Klassowoj Borbe (Zur Frage über den Klassenkampf). St Petersburg 1905

26 Vgl. u. a.: Problema npravstvennosti s pozitivnoj totschki srenija (Das Problem der Sittlichkeit von einem positiven Standpunkt), „Obrasowanie“, 1905, N 10, 11; Etika i socialdemokratija (Ethik und Sozialdemokratie), „Obrasowanie“, 1906, N 2

„Sozialreform oder Revolution?“ gegen den russischen und internationalen Revisionismus richteten.

Zeitgleich begann sie sich im Verlauf des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts mit einer Thematik politisch-organisatorisch, aber auch publizistisch und wissenschaftlich zu beschäftigen, die zu ihrer bleibenden marxistischen Unverwechselbarkeit werden sollte.

In Vorbereitung des von Vertretern liberaler Frauenorganisationen – aber auch schon mit ihrer praktisch-politischen Beteiligung – organisierten I. Allrussischen Frauenkongresses 1908, erarbeitete sie als Präsentation *sozialistischer* Positionen ihr erstes Buch über die *Frauenfrage*, das Anfang 1909 noch in Russland erschien<sup>27</sup>, während sie sich schon im Exil in Deutschland befand. Es war nach ihrem Finnland-Buch ihre zweite grundlegende politisch-wissenschaftliche Arbeit. Die Frauenproblematik wurde – bei aller Paralleliät mit einer Vielzahl anderer, jeweils aktueller Aktivitäten – zum bestimmenden, sie auf einzigartige Weise auszeichnenden Thema ihres praktischen und theoretischen Wirkens für die nächsten etwa 15 Jahre. Zur Ausarbeitung und Diskussion des Buchmanuskripts weilte sie im Frühjahr des Jahres 1908 auf Einladung von Maxim Gorki auf der Insel Capri. Mit Gorki verband sie über Jahrzehnte eine enge persönlich-politische Beziehung. Sie waren geistesverwandt. Er organisierte und finanzierte auch die Veröffentlichung einer ihrer ersten politischen Broschüren „Po rabotschej Ewrope“<sup>28</sup> über ihre internationalen Erfahrungen für die russischen Leser. Sie traten gemeinsam auf politischen Veranstaltungen auf und besuchten sich gegenseitig. Gorki war es auch, der – wie schon erwähnt - nach ihrer Verhaftung durch die Kerenski-Regierung im Juli 1917 ihre Freilassung gegen eine Kaution erwirkte, wie umgekehrt auch Kollontai Gorkis Frau, die Schauspielerin Marija F. Andrejewa (1868–1953) in einer Notsituation finanziell unterstützte. Gorki selbst veröffentlichte in seinen Erinnerungen eine Anekdote Kollontai betreffend, die ihm in ihrer Intention offensichtlich nicht unsympathisch war.<sup>29</sup>

In fünf Kapiteln entwirft sie in ihrem ersten – der Frauenthematik gewidmeten Buch – zunächst die generelle Problemstellung, um daran anschließend den Kampf für die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, die Ehe und die

27 A. Kollontaj; *Socialnyja Osnowy Schenskogo Woprosa* (Soziale Grundlagen der Frauenfrage). St. Petersburg 1909

28 A. Kollontaj; *Po rabotschej Ewrope* (Bei den Arbeitern Europas), St. Petersburg 1912

29 „Ich erinnere mich, wie fröhlich und anhaltend er (W. I. Lenin – H. St.) lachte, als er irgendwo Martows Worte las: ‚Es gibt nur zwei Kommunisten in Russland: Lenin und Frau Kollontai.‘“ M. Gorki; *Erinnerungen*, Berlin 1928, S. 274

Familienproblematik, den Schwangeren- und Neugeborenen-Schutz und den Kampf der Frauen um ihre politischen Rechte zu analysieren und ihre eigenen marxistischen Positionen zu formulieren. Auf der Grundlage von F. Engels' „Die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, A. Bebels' „Die Frau und der Sozialismus“, P. Lafargues „Die Frauenfrage“, K. Kautskys Kommentar zum Erfurter Programm, C. Zetkin's und B. Webbs frauenpolitischen Schriften, aber auch der wirtschaftshistorischen Studien K. Büchers und der sozialwissenschaftlichen Arbeiten L. Gumpłowicz', aktueller Veröffentlichungen zur Prostitution u. a. veröffentlichte sie ihr in der Intention und Gesamtanlage A. Bebels grundlegendem Werk zur Frauenproblematik (1879) vergleichbares Buch – „ihren Bebel für Russland“ im Jahre 1909. A. Bebel wurde überhaupt zu einem ihrer vertrauten Ratgeber. Ihr beiderseitiger Briefwechsel und Bebels persönliche Unterstützung in einer ihrer parteipolitischen Kontroversen mit deutschen Sozialdemokraten (über ihre Schrift „Po robot-schej Ewrope“ u. a. mit R. Luxemburg) veranschaulichen dies überzeugend. Auch ihr 1913 in der russischen Zeitschrift „Nascha Sarja“ erschienener Nekrolog zum Tode A. Bebels ist sehr persönlich geschrieben und betont ihr übereinstimmendes Verständnis vom Doppelcharakter klassenmäßiger und allgemeiner Frauen-Befreiung. Er wurde der russischen Übersetzung von Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ 1918 als einführendes Vorwort vorangestellt.<sup>30</sup>

Außer der internationalen frauenpolitischen Literatur nutzte und verarbeitete sie für dieses erste Buch zur Frauenproblematik in der russischen Sozialdemokratie ebenso wie bei ihrem Finnland-Buch umfangreiche statistische Materialien zur historischen Entwicklung, wirtschaftsstrukturellen und territorialen Verteilung der weiblichen Berufstätigkeit, ihrer Arbeitsbedingungen, russische wie ausländische Quellen zum gesellschaftlichen Kontext von Ehe- und Familienentwicklung sowie des Kampfes der Frauen um ihre politischen Rechte.

Die analytische und programmatische Fortsetzung dieses Buches ist ihr im Exil 1914 fertiggestelltes, doch durch den Kriegsausbruch erst 1916 erschienenes Werk über „Gesellschaft und Mutterschaft“. In ihm ging es ihr – als

30 A. Kollontaj; Welikij Borez sa Prawo i Swobodu Schentschiny (Ein großer Kämpfer für das Recht und die Freiheit der Frau). „Nascha Sarja“, 1913, N 7/8; Nachdruck als Vorwort zur russischen Ausgabe von: A. Bebel; Schentschina i Socialism (Die Frau und der Sozialismus), St. Petersburg 1918; Deutsch: A. Kollontaj; Mit Bebel haben die Frauen einen treuen Kameraden verloren. In: H. Gemkow, A. Miller (Hrg.); August Bebel – „... ein prächtiger Adler“. Nachrufe – Gedichte – Erinnerungen. Berlin 1990, S. 60–73

Band I, dem weitere folgen sollten – um den staatlichen Mutterschutz. In 24 Kapiteln und einer Gesetzes-Dokumentation aus 14 Staaten, wird von ihr auf über nahezu 700 Seiten eine m. W. bis dahin einmalige international vergleichende Analyse zu dieser Problematik gegeben. Im ersten Teil werden die Notwendigkeit eines staatlichen Mutterschutzes begründet, Geburtenrückgang und Kindersterblichkeit nachgewiesen, der Einfluss der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse auf die Kindersterblichkeit dargestellt, die Beziehungen von Beruf und Mutterschaft erläutert, der gesetzliche Schutz der Mutterschaft sowie verschiedene Typen und Formen des Mutterschutzes soziologisch analysiert. Im zweiten Teil gibt sie eine international vergleichende sozialpolitische und rechtssoziologische Analyse des staatlichen Mutterschutzes in 15 Staaten (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Schweiz, Österreich, Ungarn, Luxemburg, Norwegen, Bosnien-Herzogowina, Serbien, Rumänien, Australien, Finnland und Russland). Dieses Buch ist noch einmal 1921 in stark reduziertem Umfang in Sowjetrußland erschienen. Zwar um hochinteressantes dokumentarisches Material gekürzt, enthielt es aber ein zusätzliches Kapitel zu den ersten, von ihr als Ministerin für Sozialfürsorge im ersten Koalitionskabinett Lenins noch persönlich initiierten Gesetzen, Dekreten und Verordnungen und zur Organisation zum Schutz von Mutter und Kind in Sowjetrußland.<sup>31</sup>

Diesen drei Büchern über „Die soziale Lage der finnländischen Arbeiter“ (1903), „Die sozialen Grundlagen der Frauenfrage“ (1909) sowie über „Gesellschaft und Mutterschaft“ (1916/1921) kommt innerhalb der umfangreichen Bibliografie A. Kollontais m. E. ein besonderer Stellenwert zu und das aus zwei Gründen.

Erstens markieren sie die Herausbildung und Profilierung Kollontais politischer und theoretischer Auffassungen und Weltanschauung, die Formierung ihres marxistischen sozialökonomischen Herangehens sowie die unter Nutzung methodisch international vergleichender und politisch internationalistischer Positionen – als Russin und für Russland vorgenommenen Analysen, entwickelten Programmatiken und unterbreiteten Vorschläge.

Sie sind heute weithin unbekannt. Außer der erwähnten zweiten Auflage des soziologischen Mutterschafts-Buches 1921 sind sie weder in der Sowjetunion, noch im Rußland Jelzins und Putins erneut erschienen. Sie wurden m. W. in keine andere Sprache übersetzt und sind – auf Grund ihrer halblegalen

---

31 A. Kollontaj; *Obschtschestwo i Materinstwo*. Tom 1: Gosudarstwennoe Strachowanie Materinstwa (Gesellschaft und Mutterschaft. Bd. 1: Die Staatliche Mutterschutz-Versicherung). Petrograd 1916, 683 Seiten. 2. gekürzte Auflage: Moskwa, 1921, 265 Seiten



Entstehungsbedingungen im zaristischen Russland – selbst in großen Bibliotheken Moskaus und St. Petersburgs (und erst recht in den weiten Regionen des Landes) nur vereinzelt vorhanden. Sie wurden weder in der Sowjetunion und im gegenwärtigen Russland, noch im Ausland kaum rezipiert, obwohl sie für das Kollontaische Marxismus-Verständnis grundlegend waren und sind. Hinzu kommt ihre wirtschafts- und sozialhistorische Aussagekraft.

Zweitens – und das ist in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam – sind all ihre späteren Arbeiten nach 1917 zur Frauenemanzipation und Arbeiterdemokratie nur auf der Grundlage und in Einheit mit diesen, ihre marxistischen Grundpositionen formulierenden Arbeiten zu lesen und zu verstehen. Sie hat dieses sozialökonomische Herangehen auch nach 1917 verfolgt, auch wenn sie es nicht in jeder Arbeit in aller Ausführlichkeit wiederholte und sich künftig nicht auf die sozialökonomische Determiniertheit der Frauenproblematik beschränkte. In ihrem wirtschaftshistorischen Vorlesungszyklus über „Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung“ für Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die sich aus der materiellen Produktion und der politischen Arbeit in den ‚Rabfaks‘ (Arbeiterfakultäten) für die Frauenabteilungen der Kommunistischen Partei Russlands vorbereiteten, hat sie es auch 1921 unmissverständlich herausgearbeitet und umfassend dargestellt. Sie hat sich weder explizit noch implizit von diesen Ausgangspositionen abgewendet oder sie relativiert, obwohl ihr das in der Sowjetunion in den 20er Jahren wiederholt – und das z. T. von einflußreichen weiblichen wie männlichen Funktionsträgern – vorgeworfen wurde. Im Gegenteil, sie hat darauf aufgebaut, wie dies auch ihre Schrift „Die neue Moral und die Arbeiterklasse“ 1918 beweist.<sup>32</sup> Es ist eine Problematik, die für ihre politische, theoretische und vor allem auch historische Beurteilung all ihrer späteren Arbeiten – auch der belletristisch-publizistischen – über Liebe, Sexualität, Ehe, Familie und Moral wesentlich ist. Sie waren keine die sozialökonomische Basis negierenden und allein „Überbau“-Bereiche behandelnden Darstellungen. Sie waren weder nur normativ, oder gar pornographisch, wie es ihr z. T. sehr massiv vorgeworfen wurde.<sup>33</sup> Sie gab nüchterne Schilderungen patriarchalischer Verhältnisse und

32 Vgl. Anm. 4: A. Kollontai; Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. a. a. O.; A. Kollontai; Die neue Moral und die Arbeiterklasse; a. a. O.

33 Vgl. u. a.: P. Winogradskaja; Woprosy morali, pola, byta i tow. Kollontaj (Fragen der Moral, des Geschlechts, der Lebensweise und die Genossin Kollontai), „Kranaja Nov“, 1923, N 6 (16), str. 179–214; O. Stepakowa; O Bye, molodjoschi i tow. Kollontai (Über Lebensweise, die Jugend und die Genn. Kollontai), „Prawda“, 08. 07. 1924; E. Lawrow; Polowoj wopros I molodjosch'. O nekotorych itogach I nowych otkrowenijach tow. Kollontaj (Die Geschlechterfrage und die Jugend. Über einige Ergebnisse und neue Offenbarungen der Genossin Kollontai), „Molodaja Gwardija“, 1926, N 3, str. 136–148

gesellschaftlicher Anomie in Zeiten des Umbruchs und Aufbruchs. Sie erklärte sie aus historisch gewachsenen sozialökonomischen Produktionsverhältnissen und suchte in Einheit und im Ergebnis mit deren Veränderungen nach neuen Verhaltensweisen, veränderten Rollenmustern weiblicher Emanzipation und Umgestaltung der unmittelbaren Mensch-Mensch-Beziehungen im partnerschaftlichen und familialen Zusammenleben.

Bereits 1918 entwickelt sie in „Die neue Moral und die Arbeiterklasse“, in den Kapiteln „Die neue Frau“, „Die Liebe und die neue Moral“ sowie „Die Geschlechterbeziehungen und der Klassenkampf“ aufbauend und ergänzend zu dem traditionell marxistischen Zugang über die Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozess auch ihre juristische und politische Gleichstellung sowie ihre Einbeziehung auch in das gesellschaftspolitische Leben. Sie formuliert Problemstellungen und Entwürfe für eine neue sozialistische Gesellschaft mit entsprechender Neugestaltung der Geschlechterbeziehungen in der Partnerschaft und Familie, die den Frauen eine tatsächliche Gleichstellung und selbstständige Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht. Es ist mehr als nur ein politischer und moralischer Appell. Sie sucht nach gesellschaftlichen Zwischengliedern und Mechanismen zwischen der ökonomischen Berufstätigkeit und den neu gewonnenen politischen Rechten der Frauen, um das Alltagsleben der Frauen so neu zu gestalten, dass sich die Frauen darin tatsächlich aus den patriarchalischen Strukturen des Berufslebens, der Partnerschaft, der Familienbeziehungen und auch des politischen Lebens emanzipieren konnten. Und das war keineswegs nur eine persönliche Marotte der Kollontai. Bekanntlich waren es Themen und Fragestellungen, die auf unterschiedliche Weise auch in den westeuropäischen Arbeiter-, Frauen- und anderen Emanzipationsbewegungen kontrovers diskutiert wurden. In Sowjetrusslandbeschäftigten sich so grundverschiedene Repräsentanten der jungen Sowjetmacht wie Leo Trotzki (1879–1940) einerseits und Lunatscharskij andererseits in diesen ersten Jahren mit verschiedenartigen Seiten und Problemen des gesellschaftlichen Aufbruchs, trotz aller andersartigen Verpflichtungen und existenziellen Kämpfen um die neue Gesellschaft mit verschiedenartigen Seiten und Problemen des neuen Alltagslebens.<sup>34</sup> Zwar waren sie dabei nicht derart auf die Geschlechterbeziehungen, Sexualität und Familienentwicklung zentriert wie die Kollontai. Sie problematisierten es übergreifender, aber durchaus auch unter Einschluss der Geschlechterbeziehungen. Im Komsomol, der kommunistischen Jugendorganisation, war der

---

34 Vgl.: L. Trotzki; *Fragen des Alltagslebens* (1923). Dortmund 1977; A. W. Lunatscharskij; *Über nichtöffentliches Leben und Alltagsfragen*. Moskau – Leningrad 1927

„neue Byt“ über mehrere Jahre eines der zentralen Diskussionsthemen in ihren Presseorganen, aus denen seinerzeit aufschlussreiche Sammelbände zusammengestellt und gesondert veröffentlicht wurden.<sup>35</sup>

Auf diesem allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrund sind auch die von C. Zetkin 1925 niedergeschriebenen Gespräche mit Lenin über die Frauenfrage 1921/22 einzuordnen.<sup>36</sup>

Auf Grund der dabei von Lenin in dieser Form einmalig wiedergegebenen Ausführungen zur sogenannten „Glas-Wasser-Theorie“ über Sexualität und Moral gehören sie zu den in der internationalen Frauenliteratur häufigst zitierten Zetkin-Passagen. Zetkin zitierte Lenins polemische Ausführungen wie folgt: „Sie kennen gewiß die famose Theorie, dass in der kommunistischen Gesellschaft die Befriedigung des sexuellen Trieblebens, des Liebesbedürfnisses, so einfach und belanglos sei, wie ‚das Trinken eines Glases Wasser‘. Diese Glas-Wasser-Theorie hat einen Teil unserer Jugend toll gemacht, ganz toll. Sie ist vielen jungen Burschen und Mädchen zum Verhängnis geworden. Ihre Anhänger behaupten, dass sie marxistisch sei ... Diese berühmte Glas-Wasser-Theorie halte ich für vollständig unmarxistisch, obendrein für unsozial. Im sexuellen Leben wirkt sich nicht bloß das Naturgegebene aus, sondern auch das Kulturgewordene, mag es nun hoch oder niedrig sein. Engels hat in seinem „Ursprung der Familie“ darauf hingewiesen, wie bedeutsam es ist, dass sich der allgemeine Geschlechtstrieb zur individuellen Geschlechtsliebe entwickelt und verfeinert hat ... Als Kommunist habe ich nicht die geringste Sympathie für die Glas-Wasser-Theorie, auch wenn sie die schöne Etikette trägt: ‚Befreiung der Liebe‘. Übrigens ist diese Befreiung der Liebe weder neu noch kommunistisch. Sie werden sich erinnern, dass sie zumal gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts als die „Emanzipation des Herzens“ in der schönen Literatur gepredigt wurde. In der Praxis der Bourgeoisie entpuppte sie sich als die Emanzipation des Fleisches. Die Predigt war damals talentvoller als heute, wie es mit der Praxis sich verhält, kann ich nicht beurteilen. Nicht etwa, als ob ich mit meiner Kritik die Askese predigen möchte. Fällt mir nicht ein! Der Kommunismus soll nicht Askese bringen, sondern Lebensfreude, Lebenskraft auch durch erfülltes Liebesleben. Jedoch meiner Ansicht nach gibt die jetzt häufig beobachtete Hypertrophie des Sexuellen nicht Lebensfreude und Lebenskraft, sie nimmt nur davon. In dem Zeitalter der Revolution ist das schlimm, ganz schlimm.“<sup>37</sup>

35 Komsomolskij Byt. Sbornik. (Komsomol-Lebensweise. Ein Sammelband). Mit einem Vorwort von E. Jaroslawskij. Moskwa – Leningrad 1926

36 C. Zetkin; Erinnerungen an Lenin. Berlin 1957, S. 59–98

Die meist nur sehr verkürzt wiedergegebene Leninsche Polemik sollte hier in ihrem Zusammenhang und als Argumentationsmuster vorgestellt werden, da sie in der sowjetischen und internationalen Literatur vielfach als Leninsche Kritik vor allem auch an der Kollontai interpretiert wird.

Dazu ist mehreres zu bemerken: Erstens: Weder in den Leninschen Zitaten, noch in den Zetkinschen Zusammenfassungen und Anmerkungen gibt es eine namentliche Erwähnung oder einen Hinweis auf A. M. Kollontai. Zweitens ist mir im Gesamtwerk Kollontais keine einzige Stelle bekannt, an der sie – trotz gegenteiliger Behauptungen<sup>38</sup> – die von Lenin zitierte „Glas-Wasser-

Theorie“ benutzt. Aber drittens gibt es in den Memoiren des Historikers Eric Hobsbawm einen Hinweis, nach dem sich Lenin nicht auf die Kollontai, sondern auf die österreichisch-deutsche Kommunistin Ruth Fischer bei seiner Glas-Wasser-Theorie bezog.<sup>39</sup> Tatsächlich kommt Lenin in dem zitierten Zetkin-Gespräch bei allem Bezug auf Sowjetrußland auch immer wieder auf die deutsche Partei und die Aufgabenstellung der Komintern, d. h. im internationalen Maßstab für die politische Gewinnung der Frauen zu sprechen.

Trotzdem kann man davon ausgehen, dass Lenin in seine Pauschalkritik der freien Liebe auch die russischen Vertreterinnen – einschließlich der Kollontai – einbezog, zumal er sogar an seiner ihm sehr nahen Ines F. Armand (1874–1920) diesbezüglich Kritik anmeldete. Dabei war Lenins entscheidendes Motiv gegen alle Bestrebungen und Diskussionen „freier Liebe“ nicht Askese – wie er selbst bemerkte – sondern die Ablenkung von den Hauptaufgaben der Revolution.

Dabei gründete sich Kollontais Verständnis „freier Liebe“ – egal ob sich eine derartige Textstelle mit einer Analogie zum „Glas-Wasser-Trinken“ finden lässt – nicht auf einen voraussetzungslosen Konsum in Sachen Sexualität.

37 Ebenda, S. 72–74

38 „Alexandra Kollontai prägte den Begriff „Glas-Wasser-Theorie“, ein Schlagwort, das nicht nur in Rußland der zwanziger Jahre, sondern auch anderswo Furore machte: Die Befriedigung des sexuellen Verlangens unterscheidet sich in nichts von der Befriedigung anderer physiologischer Bedürfnisse wie beispielsweise Durst; in einem Fall trinkt man ein Glas Wasser, in einem andern Falle habe man eben Geschlechtsverkehr. Plastischer konnte das Programm der Entmythologisierung sexueller Beziehungen kaum zum Ausdruck gebracht werden.“ (H. Schenk; Freie Liebe – Wilde Ehe. Über die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe. München 1987, S. 171)

39 E. Hobsbawm; Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert. München 2003, S. 176 : „Tante Elfriede (in der Geschichtsschreibung unter dem Namen Ruth Fischer bekannt) war die junge Kommunistin, die an die freie Liebe glaubte und Lenin zu seiner Kritik an flüchtigen sexuellen Begegnungen veranlasste (die „Glas-Wasser-anstatt-Theorie“).“

Für sie war „freie Liebe“ Bestandteil ihrer Selbstbestimmung und sozialen Emanzipation und damit kein Hemmnis für ihre revolutionäre Energie und das Gegenteil jeder Form juristisch sanktionierter, bezahlter oder unbezahlter Prostitution. Ungeachtet allem, was ihr von Wohl- wie auch Bösegesonnenen nachgesagt wurde, stimmen sie alle zumindest darin überein, dass die von ihr im Verlaufe ihres Lebens eingegangenen verschiedenartigen Liebesbeziehungen kein bloßes Glas Wasser für den Durst, sondern stets leidenschaftlicher „prickelnder Champagner“ innerhalb ihres reichhaltigen Lebens waren.

Vielleicht lassen sich die Kollontai'schen frauenpolitischen Positionen in drei persönlichen Lebensmaximen zusammenfassen:

Zunächst vollzog sie die Befreiung aus ihrem sozialen Herkunftsmilieu und traf Konventionen durchbrechende Lebensentscheidungen (ihre politische Richtungsentscheidung, ihre eigenwillige Heirat mit W. Kollontai, die alleinige Abreise zum Studium in die Schweiz, ihre Entscheidung, als Berufsrevolutionärin zu wirken).

Darauf aufbauend gestaltete sie ihr berufliches, politisches und persönliches Leben durchaus nach männlichen Karrieremustern. Es den Männern gleichzutun, war eine ihrer ersten verhaltensorientierenden Empfehlungen für Frauen, auf gleiche Weise wie die Männer zu agieren, d. h. die männlichen Rollenmuster in allen Lebensbereichen – auch in der Sexualität – auf gleiche Weise für sich in Anspruch zu nehmen.

Und schließlich suchte sie auf der Grundlage praktizierter gleicher Verhaltensmuster nach neuen, den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechenden tatsächlich gleichberechtigten – und im Einklang damit schließlich nach geschlechtsspezifischen Lösungen für Frauen und Männer innerhalb einer tatsächlichen Gleichstellung.

Kollontai und Ernst Bloch (1885–1977) sind sich sicher nie begegnet, wahrscheinlich hat sie seine Schriften nie gelesen oder von ihm gehört. Aber sie hat auf exemplarische Weise – mindestens bis 1922 – Blochs „konkrete Utopie“ politisch wie privat zu leben versucht.

A. Kollontais theoretisch-konzeptionelle Positionen zeichneten sich zu Beginn des I. Weltkriegs durch eine kenntnisreiche Aneignung der internationalen marxistischen Literatur, durch eigene umfassende sozialökonomische, statistische und international vergleichende Analysen sowie eine – nach eigenen Worten – „orthodox-marxistische Auseinandersetzung“ mit dem internationalen Revisionismus in der europäischen Arbeiterbewegung aus. Organisationspolitisch stand sie bis zum I. Weltkrieg den Menschewiki in

der russischen Partei nahe, die als solche mit den revisionistischen Wortführern in Westeuropa verwandt waren. Erst durch die Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den I. Weltkrieg und den Verrat der jeweiligen "Sozialpatrioten" in der II. Internationale – zu denen auch die russischen Menschewiki gehörten – wurde sie in diesem Kampf an der Seite Lenins 1915 organisatorisch Mitglied der Bolschewiki.

Im Zusammenhang mit dem Leben und Werk von A. M. Kollontai sind zwei weit verbreitete Vorstellungen über die russische Arbeiterbewegung und die mit ihr verbundene Marxismus-Entwicklung kurz zu differenzieren.

Erstens ist die auf dem II. Parteitag der SDAPR 1903 in London eingeleitete und 1912 in Prag erfolgte Spaltung in die von Lenin geführte Mehrheit (Bolschewiki) und die von Julj O. Martow (1873–1923) repräsentierte Minderheit (Menschewiki) keine absolute Trennung gewesen. Es gab gemeinsame Aktionen, fließende Übergänge zwischen den beiden Hauptrichtungen (auch bezüglich unterschiedlicher Fragen) sowie bedeutsame Differenzierungen innerhalb beider Gruppierungen. An den Parteischulen von Bolschewiki wie Menschewiki im ausländischen Exil lehrten sowohl Plechanow bei der einen wie Lenin bei der anderen. Und das traf auch auf A. A. Bogdanow, M. Gorki, A. W. Lunatscharskij wie auch auf A. M. Kollontai zu.

Kollontai hatte bereits während ihrer Studien in der Schweiz 1901 von Zürich aus die politische Bekanntschaft mit Plechanow in Genf gesucht und eine enge persönliche Freundschaft gewonnen, die bis zum Übergang Plechanows auf „russisch-sozialpatriotische Positionen“ im I. Weltkrieg währte. Gemeinsam reiste sie mit Plechanow zum Londoner Parteitag 1903 (wie auch zu anderen Veranstaltungen) und stand als seine begierige Schülerin u. a. auch deshalb den Menschewiki bis 1915 nahe. Ihre Zugehörigkeit zu den Menschewiki schloss nicht aus, dass sie in all diesen Jahren begehrte Referentin und Autorin in Veranstaltungen, illegalen und halblegalen Zeitungen und Zeitschriften der Bolschewiki, in der II. Internationale, mit der SPD-Linken Clara Zetkin (1857–1933) zu den Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frauen (mit der sie u. a. auf dem Kongress 1910 in Kopenhagen die Begründung für den 8. März als Internationalen Kampftag für die Frauenrechte einbrachte), für die Erhöhung des Anteils und des politischen Gewichts der Frauen in der internationalen Sozialdemokratie stritt sowie als Mitglied der SPD (1908, 1913–1914) und der französischen sozialistischen Partei (1911–1913) vor allem mit ihren linken Repräsentanten – neben Zetkin vor allem Karl Liebknecht (1871–1919) und seiner Familie (weniger mit Rosa

Luxemburg) sowie Paul und Laura Lafargue politisch und persönlich sehr eng verbunden war.

In der Frage des Verhältnisses zum I. Weltkrieg wurde sie eine der entschiedensten Mitstreiterinnen Lenins für die „Zimmerwalder Linken“ gegen die nationalen Spielarten von „Sozialpatrioten“. Ihre auf Anregung Lenins 1916 verfasste Broschüre „Wem nützt der Krieg?“ erschien in mehreren Sprachen, u. a. auch in deutsch.<sup>40</sup>

Auf Bitten Lenins führte sie 1915 und 1916/17 zwei mehrwöchige Vortrags- und Agitationsreisen in die USA und Kanada durch und wurde von Skandinavien (Dänemark, Schweden) aus – gemeinsam mit ihrem damaligen Lebensgefährten Alexander G. Schljapnikow (1885–1937) – die politische Mittlerin zwischen Lenin in der Schweiz und den illegalen Parteiorganisationen in Russland. Dieses sehr persönlich-politische wechselseitige Vertrauensverhältnis mit Lenin und Nadeshda K. Krupskaja zwischen 1915 und Anfang 1918 war ein nicht zu zerstörender Fundus auch in ihren späteren grundsätzlichen Auseinandersetzungen. Sie betrafen erstens 1918 den Friedensschluss mit Deutschland in Brest-Litowsk, zweitens ihr Engagement und „Manifest“ für die „Arbeiteropposition“ (1921/22) und drittens ihr Verständnis und Herangehen in die Fragen der Frauenemanzipation (vor allem zur Sexualmoral) in den Jahren nach der Revolution. Auch über diese heftigen und prinzipiellen Auseinandersetzungen hinaus gehörte Kollontaj nachweislich zu den wenigen verbliebenen Vertrauten von Lenins Witwe, Krupskaja, und seiner beiden Schwestern Anna und Maria bis zu deren Tod in der zweiten Hälfte der 30er Jahre (1939–1935, 1937). Bei all ihren Moskau-Besuchen als Diplomatin versäumte sie es nach 1921 niemals, die Lenin-Familie und E. Stasowa aufzusuchen.

In Verbindung mit der politischen Differenzierung zwischen Bolschewiki und Menschewiki verlangt auch die Marxismus-Entwicklung in Russland und im ersten Jahrzehnt der Sowjetunion eine detailliertere Betrachtung, ohne das besser: ohne das hier ausführen zu können.

Die Urteile über den russisch-sowjetischen Marxismus reichen bekanntlich vom „Marxismus unserer Epoche“ über „reine Legitimationswissenschaft“ bis zur „Theorie asiatischer Despotie“ u.ä. Der ökonomische, politische und intellektuelle Hintergrund Russlands war selbstverständlich

40 A. Kollontaj; Komu nuschna vojna? (Wem nützt der Krieg?) Bern – Genf, 1916. Zwei deutsche Ausgaben dieser Schrift erschienen 1918 in St. Petersburg. Sie wurden zum einen von der „Deutschen Gruppe der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki)“ sowie zum anderen von dem „Komitee der Kriegsgefangenen Sozialdemokraten Internationalisten“ herausgegeben.

prägend für die Herausbildung und Formierung marxistischen Denkens in Russland. Das gilt generell und somit auch für Plechanow, Lenin u. a. Und doch waren Plechanows wie auch Lenins Grundlegung des Marxismus in Russland in den innenpolitischen Auseinandersetzungen von Anfang an zugleich russisch-intellektuelle Positionen der „Westler“ gegen die Volkstümmer, Slawophilen und Eurasier. Allerdings wurde das sozialistische Wirken Lenins sowohl praktisch-politisch wie theoretisch von Anfang an von der materiell-ökonomischen Rückständigkeit, den unzureichend entwickelten bürgerlich-demokratischen Institutionen, der gegebenen geistigen Infrastruktur und unzureichenden Öffentlichkeit sowie den Defiziten im allgemeinen Bildungsniveau der Bevölkerung und dem geringen politischen Organisationsgrad im zaristischen Russland bestimmt und geprägt. Doch war der Leninsche Marxismus noch etwas qualitativ anderes als die nach ihm benannten Vorlesungen Stalins 1924 bzw. die spätere, als „Marxismus-Leninismus“ institutionalisierte Marxismus-Interpretation.<sup>41</sup>

Allerdings – und darauf kommt es mir hier an – gab es seit Beginn des Jahrhunderts und vor allem nach der Revolution von 1917 in den ersten Jahren der Sowjetmacht im Ergebnis des sich ausbreitenden und vor historisch völlig neue gesellschaftliche, politische und intellektuelle Herausforderungen gestellten Theorie des Marxismus eine sich erweiternde und vertiefende marxistische und marxistisch inspirierte Diskussion in Russland bzw. in Sowjetrussland. Sie ließ im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts den russisch-sowjetischen Marxismus durchaus zu einer der interessanten nationalen Strömungen des internationalen marxistischen Denkens werden.

Am einflussreichsten und nachhaltigsten war neben Lenin, Bucharin und Trotzki wohl der Beitrag von Alexander A. Bogdanow (1873–1918) zur Erkenntnistheorie und Soziologie. Gelegentlich wurde dieser gesamte marxistisch-bolschewistische Modernitäts-Trend nach ihm als „Bogdanowismus“<sup>42</sup> benannt. Inwieweit dies bei der Verschiedenheit der Ansätze und Herange-

---

41 Vgl. Von J. W. Stalin u. a.: Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität (April 1924). In: ders., Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 9–100; Zu den Fragen des Leninismus (1926), ebenda, S. 134–192; Über die rechte Abweichung in der KPdSU (B) (1929), ebenda, S. 261–320; Über dialektischen und historischen Materialismus (1938), ebenda, S. 647–679; Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Gebilligt von ZK der KPdSU (B) 1938. Moskau 1945; K. A. Wittfogel; Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht (1957). Köln 1977; G. Labica; Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik (1984). Berlin-West 1986; Der Gebrauch des Terminus ‚Marxismus-Leninismus‘ hat m. W. seinen politisch-publizistischen Ausgangspunkt in der Schrift von Wladimir A. Adoratskij (1878–1945): Tscho takoe marksism-leninism? (Was ist das – der Marxismus-Leninismus?) Moskwa 1926



hensweisen berechtigt ist, muß bezweifelt werden, ohne es hier erörtern zu können. Bemerkenswert ist aber, dass sich eine Phalanx marxistischer bzw. marxistisch inspirierter Vielfalt in dieser Zeit offenbart. Selbst Maxim Gorki und Anatolij W. Lunatscharschkij (1875–1933) mit ihrer Tradierung von Elementen des russischen „Gottesbildnertums“ in den Marxismus lassen sich hier einreihen. Auch die Arbeiten von Jakob A. Berman (1868–1933) zur Logik, von Stanislaw Wolskij (1880–?) zur Ethik, Ewgenij B. Paschukanis (1891–1937) in den Rechtswissenschaften, von Ewgenij S. Varga (1879–1964) in den Wirtschaftswissenschaften, von Michail N. Pokrowskij (1868–1932) in den Geschichtswissenschaften, von Pawel P. Blonskij (1884–1941) in der Pädagogik, Alexej K. Gastew (1882–1941) und Platon M. Kerschenezew (1881–1940) zu den ökonomischen, soziologischen, pädagogischen und psychologischen Grundlagen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (NOT) sind hier zu nennen. In dieses Ensemble russisch-sowjetischer Marxismus-Diskussion im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts gehört auch Alexandra M. Kollontai mit ihren Vorstellungen über die Geschlechterbeziehungen sowie das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie.

Die Wirkung und das Schicksal der genannten russisch-sowjetischen Marxisten war im einzelnen unterschiedlich. Zum Teil fanden sie den mehr oder weniger massiven Widerspruch Lenins, konnten aber weiter wirken. Die Blüte einer offenen marxistischen Diskussion war sehr kurz. Im Nach-Leninschen „Marxismus-Leninismus“ Stalinscher Provenienz wurden ihre Vertreter diszipliniert, aus dem marxistischen Leben ausgegrenzt, vielfach kriminalisiert oder auch erschossen.

Eine zusammenhängende differenzierte Analyse des kognitiven Potentials und der soziologischen Wirkungsbedingungen dieser kurzen marxistischen Blüte in Sowjetrußland fehlt meines Wissens bisher sowohl in der sowjetisch-russischen wie auch in der ausländischen Theoriegeschichtsschreibung.

Ich hielt diese wenigen Bemerkungen zum politischen und wissenschaftlichen Spektrum des russisch-sowjetischen Sozialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts für wichtig, um A. M. Kollontais Platz innerhalb der politischen und intellektuellen Bewegung der SDAPR zwischen Menschewiki und Bolschewiki als emanzipierte Sozialistin und innerhalb des russisch-sowjetischen Marxismus anzudeuten. Sie suchte und wählte ihre eigenen Entscheidungen. Dabei war sie durchaus nicht die exotische Einzelgängerin, das politische en-

42 Vgl. u. a.: S. W. Utechin; Bolschewiks and their Allies after 1917: The Ideological Pattern. „Soviet Studies“, 1958, N 10

fant terrible, das „kapriziöse Dämchen“, die „Politikerin und Kurtisane“ – und mit welcher Bezeichnung sie noch in der Vergangenheit belegt wurde und es bis auf den heutigen Tag wird.<sup>43</sup> Für sie verbanden sich von Anfang an sozialistische Zielsetzungen und ihre marxistischen Begründungen mit *menschlicher Emanzipation*. Das bestimmte ihre eigenen Lebensmaximen. In diesem Sinne war sie eine einsatzbereite und disziplinierte, praktisch wirksame und einflussreiche, überzeugte und überzeugende, analysierende und suchende, aber stets selbstbewusste und selbstbestimmte Revolutionärin (im wörtlichen Sinne) inmitten der Vielzahl politischer, ideologischer und theoretischer Auseinandersetzungen innerhalb der russischen und sowjetischen Partei – solange das möglich war. Für sie bedeutete dies: bis zum X. Parteitag der RKP(b) und III. Komintern-Kongress 1921 und endgültig bis zum XI. Parteitag der RKP(b) 1922.<sup>44</sup>

### III. Sozialismus und Demokratie. Eine frühe Sowjetkritik

So sehr für Alexandra Kollontai die Frauen- und Geschlechterproblematik ihren politisch wie sozialistisch-programmatischen Mittelpunkt bildeten, so war sie nicht minder stets auf die gesellschaftliche Gesamtentwicklung orientiert. Ihr diesbezüglich schwerwiegendstes und folgenreichstes Engagement war das von ihr 1921 verfasste „Manifest der Arbeiteropposition“.<sup>45</sup> In der Mehrzahl der in der Sowjetunion seit den 30er Jahren veröffentlichten bio- und autobiographischen Arbeiten wird es allenfalls erwähnt. Das trifft auch auf die in den 80er Jahren in der DDR erschienene Autobiographie zu, in der inhaltlichen Darstellung blieb es völlig unberücksichtigt.<sup>46</sup>

Die „Arbeiteropposition“ war nicht nur tagespolitisch orientiert. Sie war eine von vielen Bestrebungen, Sozialismus und Demokratie in Sowjetrußland produktiv zusammenzuführen und autoritatives russisches Erbe zu überwinden. Von der gesellschaftspolitischen Innovation in der Revolution 1905, an der Basis Räte („Sowjets“) zu bilden, über die vielgestaltigen Formen von Sowjets unmittelbarer Demokratie seit Februar 1917 verlief ein „Für und „Wider“, ein Suchen demokratischen gesellschaftspolitischen Mechanismen für die neue Sowjetgesellschaft.<sup>47</sup> Doch das ist ein eigenes Thema, das in sei-

43 L. Izelew; Aleksandra Kollontaj – Diplomat i Kurtisanka (Alexandra Kollontai – Diplomat und Kurtisane). Tel Aviv 1987

44 Vgl.: X. Sjed RKP (b). Stenografitscheskij Ottschet (Stenografisches Protokoll des X. Parteitags der RKP (B). Moskwa 1921, Nachauflagen 1933, 1963; Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Komintern). Moskau – Hamburg 1921; XI Sjed RKP (b). Stenografitscheskij Ottschet (Stenografisches Protokoll des XI Parteitags der RKP (B). Moskwa 1922, Nachauflagen 1935, 1965

nen konkreten historischen Bedingungen, Entwicklungen und facettenförmigen Entfaltungen zu analysieren und darzustellen ist. Eine inzwischen dazu reichhaltig dokumentierte Literatur bietet die erforderlichen Voraussetzungen.<sup>48</sup>

Allerdings fand die Arbeiteropposition in dem den von Josif W. Stalin verantworteten parteioffiziellen „Kurzen Abriss der Geschichte der KPdSU“ Aufnahme, wenn auch auf ganz spezifische Weise. Die „Arbeiteropposition“ wird namentlich mit „Schljapnikow, Medwedew, Kollontai und andere“ als eine der „oppositionellen Grüppchen“ erwähnt, die „sich in einem Zustand der Zerfahrenheit befanden“ und die sich zum größten Teil aus früheren Menschewiki, Sozialrevolutionären, Bundisten, Borotbisten, und Halbnationalisten aller Art rekrutierten. Und in der zusammenfassenden Wertung wird sie als „eine anarcho-syndikalistische, parteifeindliche Gruppe“ beurteilt. Es ist übrigens die einzige namentliche Erwähnung, die A. Kollontai in dieser Stalinschen Parteigeschichte erfährt.<sup>49</sup>

- 
- 45 A. Kollontai; Die Arbeiteropposition. Die erste deutschsprachige Ausgabe wurde ohne ihr Wissen 1922 in Hamburg veröffentlicht. Das nur an die Delegierten des X. Parteitags der RKP(b) im März 1921 verteilte Manuskript wurde von deutschen Gastdelegierten der KAPD Hamburg beim III. Komintern-Kongreß (bei dem es auch eine zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen spielte) ins Ausland gebracht und damit erstmalig öffentlich zugänglich. Da sie in dem wegen des „Manifests“ gegen sie veranlassten Parteiausschluß-Verfahren verdächtigt wurde, die deutsche Veröffentlichung in Hamburg selbst arrangiert zu haben, verfasste sie einen Protestbrief an die Hamburger Redaktion. Der Vermerk auf der Kopie „Genossen Sinowjew“ macht offenkundig, dass der Brief mindestens auch für die eigenen Genossen bestimmt war. „An die Redaktion der ‚Kom. Arbeiter-Zeitung‘. Als Mitglied der Komintern halte ich jede Gruppierung der Arbeiterklasse im internationalen Maßstab außerhalb derselben als schädlich für das Proletariat, da eine derartige Gruppierung die Erreichung der historischen Ziele der III. Internationale erschwert; infolgedessen bitte ich die Redaktion der ‚Kom. Arbeiter-Zeitung‘ Deutschlands den Abdruck meiner Broschüre ‚Die Arbeiter-Opposition‘, die dazu auch nur für einen engen Kreis der Leser (die Mitglieder des X. Parteitages der KPR) bestimmt war, in dem Organ, das eine Partei vertritt, die ausserhalb der Komintern steht und das die Aufgabe hat eine internationale Gruppierung im Gegensatz zur III. Internationale in's Leben zu rufen, sofort einzustellen. Mit kommunistischem Gruß A. Kollontay. Moskau, 22. Sept. Quelle: RGASPI, Moskwa. Fond 134, Opis 3, Dokum. 38, Blatt 4
- 46 A. Kollontai; „Ich habe viele Leben gelebt ...“. Autobiographische Aufzeichnungen. Berlin 1980, S. 547, 515 f.
- 47 Bucharin; Ökonomik der Transformationsperiode. Mit Randbemerkungen von Lenin (1920). Hamburg 1922. Berlin 1990; W. Tschernow; Konstruktivnyj Sozialismus (Konstruktiver Sozialismus) (Praga 1925). Moskwa 1997; A. M. Pankratova; Fabrikräte in Rußland. Die Kampf um die sozialistische Fabrik (1923). Frankfurt/M. 1975; L. N. Kritzman; Die heroische Periode der großen russischen Revolution. Ein Versuch der Analyse des sogenannten „Kriegskommunismus“ (1924). Wien 1929. Frankfurt/M. 1971; F. Pollok; Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927. Leipzig 1929. Frankfurt/M. 1971; E. Preobrazenskij; Die Neue Ökonomik (1926). Berlin (West) 1971

Bereits 1926 wurde in der Serie „Die RKP im Kampf gegen Abweichungen“ ein Lehrprogramm für das Parteilehrjahr der KPdSU(B) mit Materialien und Dokumenten von 1920–1926 über die Arbeiteropposition herausgegeben.<sup>50</sup> Die thematischen Zusammenstellungen betreffen: die „Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Arbeiteropposition“, über „Gewerkschaft, Partei, Staat“, „das Bündnis von Proletariat und Bauernschaft – die NÖP“ sowie „Fragen des Parteaufbaus“. Bei den ausgewählten Originalbeiträgen kam exemplarisch stets auch ein Auszug von A. Kollontai zum Abdruck.

Das Besondere an ihrem für den X. Parteitag 1921 verfassten „Manifest“ und die dazu auf diesem Parteitag, auf dem im gleichen Jahr stattgefundenen III. Kominternkongreß sowie nochmals auf dem XI. Parteitag 1922 vorgetragenen Redebeiträgen waren nicht schlechthin kritische Positionen gegenüber denen von Lenin und der Parteiführung vertretenen. Das war bis zu diesem Parteitag noch möglich. Kollontai selbst war wegen des Friedensschlusses von Brest-Litowsk mit Deutschland 1918 auf dem VII. Parteitag dagegen aufgetreten und nach ihrer Abstimmungsniederlage gemeinsam mit ihrem Mann, dem Volkskommissar für die Baltische Flotte, Pawel J. Dybenko (1889–1939), u. a. als Volkskommissare zurückgetreten, d. h. als Regierungsmitglieder aus dem Kabinett Lenins freiwillig ausgeschieden.<sup>51</sup> Sie wirkten

48 Vgl.: G. Sinowjew (Red.); Partija I Sojusy. K Diskussi o Roli I Sadatschach Profsojusow (Partei und Gewerkschaften. Zur Diskussion über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften). Petersburg 1921. 415 S.; G. Mergner (Hrg.); Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution. Reinbeck 1972; F. Kool, E. Oberländer (Hrg.); Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. 2 Bände. München 1972; I. Getzler; Kronstadt 1917–1921. The fate of a Soviet Democracy. Cambridge 1991

49 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Gebilligt vom ZK der KPdSU (B) 1938. Moskau 1945, S. 315 ff.

50 „Rabotschaja Opposicija“. Materialy i Dokumenty 1920–1926 gg. („Die Arbeiteropposition“. Materialien und Dokumente der Jahre 1920–1926). Moskwa 1926, a. a. O.

51 Im Kollontai-Nachlaß befindet sich das diesbezügliche Rücktritts-Schreiben ihres Ehemanns, Pawel Dybenko als Volkskommissar vom 16. März 1918, an den Rat der Volkskommissare „.... die Annahme des Friedenvertrags mit den österreichisch-deutschen Imperialisten“, der „nicht nur die Sowjetmacht in Russland nicht rettet, sondern auch das Maß der revolutionären Bewegung des Weltproletariats verzögert und schwächt“, veranlasst ihn „als Gegner dieser Friedensregelung aus dem Rat der Volkskommissare auszuscheiden und seine Vollmachten als Volkskommissar für die Marine (morskije dela) niederzulegen“. Ich „bitte, mich als Stellvertreter zu ernennen“. Rossiiskij Gosudarstwennyj Archiv Sozialno-Polititscheskoj Istorii (RGASPI), Moskau. Fond 134, Opis 4, Dokum. 28. Ein entsprechender Kollontai-Text war nicht vorhanden. Da sie aber diese Entscheidung gemeinsam und gleichzeitig getroffen haben, kann eine entsprechende Begründung auch von ihr als gesichert angenommen werden.

dennoch beide weiter auf verantwortlichen Positionen für die junge Sowjetmacht.

Dieses Mal ging es aber um prinzipielle Fragen des bisher eingeschlagenen und künftigen gesellschaftspolitischen Weges der Sowjetunion. Das von A. Kollontai formulierte und auch unter ihrem Namen dem X. Parteitag eingereichte „Manifest“ war die komprimierte Zusammenfassung der sich seit 1920 vor allem in gewerkschaftlichen Parteikreisen immer stärker artikulierenden Kritik an der sich herausgebildeten und ausdehnenden neuen Sowjet- und Parteibürokratie, der damit verbundenen Zurückdrängung der Gewerkschafts- und Produktionskomitees sowie der kapitalismusrestaurierenden „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP). Stattdessen wurde die Leitung der Wirtschaft durch die Gewerkschaften und die von ihnen gebildeten Arbeiterselbstverwaltung gefordert. Es wurde nicht auf die mögliche oder zu befürchtende Fehlentwicklungen der Oktoberrevolution – wie von Rosa Luxemburg<sup>52</sup> – hingewiesen, sondern bereits drei Jahre nach dem gesellschaftlichen Beginn die tatsächliche Herausbildung einer neuen Sowjet- und Parteibürokratie von A. Kollontai als Zeitzeugin und aktiv Beteiligte festgestellt und sehr grundsätzlich kritisiert.

Die aktive Teilnahme („aktiv“ im Kollontai’schen Sinne) an der „Arbeiteropposition“ währte nur von 1920 bis 1922, eine vergleichsweise kurze Phase ihres Lebens. Ihr Höhepunkt war 1921 in Verbindung mit dem X. Parteitag der RKP(b) und dem III. Kongress der Komintern. Doch beruhte dies nicht auf einer kurzen politisch exotischen Phase. Vielmehr entsprachen die thematischen Schwerpunkte der „Arbeiteropposition“ einer lebenslangen politisch-demokratischen Grundhaltung der Kollontai, die sich in ihrem Engagement in und für die „Arbeiteropposition“ auf eine besonders markante Art artikulierten. Die bei aller z. T. aristokratischen Art im Äußeren (selbst in Streikversammlungen und vor Matrosen auf Kriegsschiffen pflegte sie als Dame mit Hut gekleidet, aufzutreten) war sie stets außerordentlich volksverbunden, den direkten persönlichen Kontakt mit Arbeitern und Arbeiterinnen, Hausfrauen, Wäscherinnen, Streikenden, Soldaten und Matrosen suchend. Bei aller Vielzahl der von ihr wahrgenommenen unterschiedlichsten Funktionen war sie nie der „Funktionärs“- oder gar bürokratisierte „Apparate“-Typ. Auch als Volkskommissarin, Abteilungsleiterin im Zentralkomitee oder Botschafterin wurde ihre besondere kollegiale Art und ihr demokratischer Umgang mit ihren Mitarbeitern und Nachgeordneten – unabhängig von ihrer Stellung im einzelnen – geradezu gerühmt und ausgiebig beschrieben. Inso-

52 R. Luxemburg; Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 332–365

fern betraf die von der „Arbeiteropposition“ angestrebte Arbeiterselbstverwaltung einerseits und die früh wahrgenommene sowjetische Bürokratisierung andererseits ihren politischen Lebensnerv. Ihr durchaus anarchistische Züge tragendes individuelles Emanzipations-Verständnis (im Sinne der revolutionären Demokraten N. A. Dobroljubow, N. G. Tschernyschewskij und des Fürsten Pjotr A. Kropotkin [1841–1921]), ihr schon 1918 im Zusammenhang mit dem Brester Friedensschluß zeitweiliges Engagement bei den „linken Kommunisten“, ihre seit den Emigrationsjahren während enge persönliche Beziehung zu dem Metallarbeiter, späteren Gewerkschaftsfunktionär und politischen Kopf der damaligen „Arbeiteropposition“, Alexander G. Schljapnikow – mögen zu ihrem konkreten Engagement 1920–1922 beigetragen haben. Die mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) protegierten neuen sozialen Differenzierungen haben sie in ihren egalitären Überzeugungen aber auch auf besondere Weise zum Protest und Widerstand motiviert.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution schrieb sie am 24. November 1917 an Clara Zetkin: „Im Rausche der großen Revolution schreibe ich diese paar Zeilen ... Das Große, das Erwünschte ist geschehen: die Macht gehört in Russland den Arbeitern und der Bauernbevölkerung, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat ist das leitende Regierungsorgan, ... Die neue sozialistische Regierung stützt sich auf das wachsende Vertrauen der proletarischen Massen. Noch nie in der ganzen Geschichte der Menschheit gab es eine Regierung, die in dem Maße die richtige, die wahre Äußerung darstellte, wie es mit der gegenwärtigen Regierung der Volkskommissare, der ‚Sowjetregierung‘ der Fall ist...“<sup>53</sup>

Doch im März 1921 – nur etwa drei Jahre später – verfasste sie für den X. Parteitag der RKP(b) eine konzentrierte analytische Beurteilung der seitdem stattgefundenen Entwicklung, die sich davon deutlich unterschied. Da der Text ihres Manifests, außer für die Kongress-Delegierten 1921, bis auf den heutigen Tag weder in der früheren Sowjetunion, noch im heutigen Russland jemals in einer russischsprachigen Veröffentlichung erschien – und seit 1922 der mehrmals in deutscher, englischer, französischer, spanischer und anderen Sprachen veröffentlichte Text dennoch schwer zugänglich blieb –, seien einige markante Passagen hier ausführlich wiedergegeben:

---

53 Brief A. M. Kollontais an C. Zetkin am 11. (24.) November 1917. In: A. M. Kollontai; „Revoljucija – welikaja mjateschnica ...“ Isbrannye Pisma 1901–1952 („Die Revolution – die große Rebellin ...“). Ausgewählte Briefe 1901–1952). Moskwa 1989, S. 171

„Es ist bezeichnend ..., dass zur Opposition der fortschrittliche Teil der als Klasse organisierten Proletarier, der Kommunisten, gehört. Wer sind diese Gewerkschaftler? Arbeiter, jener Teil der fortschrittlichen Vorhut des russischen Proletariats, der auf seinen breiten Schultern alle Last des revolutionären Kampfes ertragen hat, der sich nicht über die Sowjetinstitutionen zerstreute und dabei die Verbindung mit den Arbeitermassen verlor, sondern der mit denen verbunden geblieben ist. Ein Gewerkschaftler zu sein, eine feste, lebendige Verbindung mit ... den Arbeitern seines Produktionszweiges aufrechtzuerhalten, das war in diesen stürmischen Jahren, da das Zentrum des gesellschaftlichen und politischen Lebens sich über die Grenzen der Gewerkschaft hinaus verlagerte, keine leichte und keine einfache Sache. Die schäumenden Wogen der Revolution erfassten die besten, die starken und aktiven Elemente des Industrieproletariats und rissen sie weit von den Gewerkschaften fort, verschlugen die einen an die Front, die anderen in die Sowjetinstitutionen, ließen wieder andere an Tischen mit grünem Kanzleituch, vor riesigen Haufen ‚ausgehender Post‘, von ‚Kostenplänen‘ und ‚Vorschlägen‘ landen.

Die Gewerkschaften entvölkerten sich. Und nur die am stärksten vom proletarischen Klassengeist durchdrungenen Arbeiter, die wahre Blüte der aufsteigenden revolutionären Klasse, die nicht durch die ‚Macht‘, oberflächliche Eitelkeit, die Jagd nach einer ‚Sowjetkarriere‘ oder durch Sowjetbürokratismus korrumpiert werden konnte, blieben innerlich mit den Massen, den Arbeitern, mit eben jenen ‚untern Schichten‘ verbunden, aus denen sie selbst hervorgegangen waren und deren organische Verbindung mit ihnen auch keinerlei ‚hohe‘ Sowjetposten zerstört haben. Sobald sich die militärische Lage an der Front verbessert hatte und das Pendel des Lebens nach der Seite des wirtschaftlichen Aufbaus ausschlug, beeilten sich diese typischen, eingefleischten Proletarier, ... ihre Militär- und Lederjacken abzuwerfen und die Aktendeckel mit der ‚ausgehenden und eingehenden‘ Post in die Tischschublade zu legen, um dem schweigenden Appell ihrer Klassenbrüder, der Fabrikarbeiter, von Millionen russischen Proletariern, Folge zu leisten, die auch im werktätigen Sowjetrußland ein beschämend jämmerliches Zwangs-dasein fristen. ... Mit ihrem Klassenspürsinn haben diese an der Spitze der ‚Arbeiteropposition‘ stehenden Genossen begriffen, dass etwas nicht in Ordnung ist. Daß wir in den drei Jahren der Revolution zwar Sowjetapparate aufgebaut und das Prinzip einer Arbeiter- und Bauernrepublik gefestigt haben, dass aber die Arbeiterklasse selbst, ... eine immer geringere Rolle in der Sowjetrepublik spielt, dass sie in den Maßnahmen ihrer eigenen Regierung immer weniger ihren eigenen Stempel aufdrückt, dass sie in immer geringerem Maße die Politik

bestimmt und auf die Arbeit und die Denkweise der zentralen Machtorgane immer weniger Einfluß hat. Wer hätte wohl in der ersten Zeit der Revolution von den ‚Spitzen‘ und den ‚unteren Ebenen‘ gesprochen? Die Massen, nämlich die Arbeitermassen, und die Führungszentren der Partei, bildeten ein einheitliches Ganzes. Jene Bedürfnisse, die das Leben und der Kampf auf den unteren Ebenen hervorriefen, fanden ihren präzisen Ausdruck, ihre klarere und wissenschaftlich begründete Formulierung in den Führungszentren der Partei. Eine Gegenüberstellung von Führungsspitzen und unteren Ebenen gab es nicht und konnte es auch nicht geben. Heute gibt es diese Gegenüberstellung, und keine Agitation und keine ‚Einschüchterungs‘-Maßnahmen vermögen die Bildung einer typischen neuen ‚Gesellschaftsschicht‘ der Sowjet- und Parteispitze aus dem Bewußtsein der breiten Massen zu verdrängen.

Die Gewerkschaftler, die den Kern der Arbeiteropposition bilden, haben das begriffen, richtiger: mit ihrem gesunden Klasseninstinkt gewittert. Das erste, was sie taten, war, dass sie mit den unteren Ebenen Verbindung aufnahmen, dass sie sich an ihr Klassenorgan, die Gewerkschaften wandten, ein Organ, das in diesen drei Jahren am allerwenigsten dem zersetzenden Einfluß sich kreuzender, fremder, nichtproletarischer Interessen ... erlegen ist, die unsere Sowjetinstitutionen verderben und unsere Politik aus der eindeutigen Klassenrichtung heraus in den Sumpf der ‚Anpassungsbereitschaft‘ führen.

Das Bemerkenswerte an der Arbeiteropposition ist, dass es in ihren Reihen keine großen, herausragenden Gestalten gibt, dass es bei ihr nicht das gibt, was man ‚Führer‘ zu nennen pflegt. Sie ist, wie jede gesunde, unvermeidliche Bewegung mit Klassencharakter, aus den breiten Arbeitermassen hervorgegangen, und hat sich an allen Enden Sowjetrusslands, wohin das Gerücht von einer Opposition noch gar nicht hatte durchdringen können, formiert und gleich tiefe Wurzeln geschlagen.“<sup>54</sup>

In Lenins Werken sind seine prinzipiellen und emotionalen Ausführungen mit der „Arbeiteropposition“ und namentlich mit A. M. Kollontai auf dem X. Parteitag nachzulesen.<sup>55</sup> Was dort oder in gesonderten Veröffentlichungen nicht enthalten ist, sind ihre eigenen Ausführungen sowie der von Lenin wie auch der auf dem III. Komintern-Kongress von einer eigens gebildeten Kommission – der auch Clara Zetkin angehörte – geforderte Parteiausschluß Kol-

54 A. Kollontai; Die Arbeiteropposition. a. a. O. S. 183–185

55 Vgl. Wladimir I. Lenin u. a.: Schlußwort zum Bericht des ZK der KPR (B) vom 09.03.1921. Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 192–208; Bericht über die politische Tätigkeit des ZK der KPR(B). 08.03.1921. Ebenda, S. 168–191; Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzki und Bucharins (Januar 1921). Ebenda, S. 58–100



lontais. Die dazu erforderliche Zweidrittelmehrheit des Parteitags kam nicht zustande, nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil Lenin selbst unmittelbar vor der Abstimmung den Saal verließ und an ihr nicht teilnahm. Er wollte die politische Verurteilung. Er beurteilte das von Kollontai verfasste „Manifest“ als die bisher politisch gefährlichste, weil auch inhaltlich anspruchsvollste zusammengefaßte Position der „Arbeiteropposition“ und verlangte deshalb ihren Parteiausschluß – um die politische Tragweite zu unterstreichen, ohne sie als Genossin tatsächlich verlieren zu wollen.

Es war die so genannte „Gewerkschaftsdiskussion“, in der er mit seiner Position – Gewerkschaften als „Schulen des Sozialismus“ – einerseits gegen die administrativen Positionen Trotzki's, die einer „Verstaatlichung“ der Gewerkschaften gleichkam und andererseits gegen die von Kollontai und der „Arbeiteropposition“ geforderten Produzentendemokratie und unmittelbaren Arbeiterselbstverwaltung ankämpfte. Tatsächlich ging es bei der sogenannten „Gewerkschaftsdiskussion“ um weit mehr als um das Verständnis der Gewerkschaften – so wichtig das damals für den neuen Gesellschaftstyp war. Letztlich ging es um den weiteren einzuschlagenden Entwicklungsweg, für die zu gestaltende neue alternative Gesellschaftsordnung, nachdem die sozialistischen Revolutionen in Westeuropa ausgeblieben waren, das Land auf sich allein gestellt und das ohnehin ökonomisch rückständige zaristische Russland durch den Weltkrieg, den Widerstand der innenpolitischen Gegner und die mehrjährige Intervention ausländischer Mächte ausgezehrt darniederlag.<sup>56</sup> Der Richtungsstreit 1922 zwischen Trotzki, Lenin und der „Arbeiteropposition“ mit Kollontai war bei aller Unversöhnlichkeit keineswegs von vornherein parteifeindlich von der einen oder anderen Seite, sondern das Suchen um richtige und praktikable Lösungen.

Kollontai wurde nicht ausgeschlossen, verlor aber alle ihre gesellschaftlichen Funktionen.

Sie verstand die „Lektion“ und verzichtete auf jede weitere öffentliche Meinungsäußerung zu den von ihr formulierten Problemen der sowjetischen Sozialismus-Entwicklung. Sie brach ihre politischen Kontakte zu den Kampfgefährten der „Arbeiteropposition“ ab, zog sich für einige Zeit völlig aus dem öffentlichen Leben zurück, um ihr weiteres politisches und persönliches Leben zu überdenken.

Schon nach wenigen Wochen richtete sie 1922 an den bereits als Generalsekretär der RKP(b) fungierenden Josif W. Stalin einen Brief mit der Bitte, ihr eine ihren Fähigkeiten entsprechende neue Aufgabe zur Stärkung der

56 „Rabotschaja Oposizija“. Materialy i Dokumenty 1910–1926. a. a. O.

Sowjetmacht zuzuweisen und verwies u. a. auf ihren reichhaltigen internationalen Erfahrungsschatz. Stalin reagierte prompt, war erfreut über ihre Bereitschaft, auch weiterhin aktiv für die Sowjetmacht zu wirken, sowie von ihrer Anregung, ihre internationalen Erfahrungen zu nutzen. Innerhalb weniger Wochen begann das „neue Leben“ der Kollontai auf dem Weg als Diplomatin.

Ihre Diplomaten-Tätigkeit von 1922–1945 verlangt eine gesonderte Darstellung. Die im Jahr 2001 in Moskau erschienenen zweibändigen „Diplomatischen Tagebücher“ und deren für 2003 vorgesehene deutschsprachige Auswahl bieten zu Leben und Werk der Kollontai einen eigenständigen Korpus von Informationen für Analysen und Interpretationen. Ihre öffentlichen Aussagen über „Theorie und Praxis des Sozialismus“ verstummten nahezu und das erst in zweiter Linie, weil sich das Berufsfeld der Außenpolitik im Ausland weniger dafür eignete.

Entscheidend war – auch ohne Parteiausschluss – die politische Ausgrenzung von jeglicher Teilnahme an der weiteren Diskussion zur Sozialismus-Entwicklung des eigenen Landes, soweit es nicht von vornherein „der Generallinie“ des seit 1922 von J. W. Stalin geführten Zentralkomitees entsprach. Von ihren Mitstreitern und Freunden der „Arbeiteropposition“ entfernte sie sich und distanzierte sich öffentlich. Allein mit Schljapnikow hielt sie auch in den folgenden Jahren noch diskontinuierlich Verbindung. Ihre schon lange Zeit währende Ehekrise mit P. Dybenko beendete sie mit ihrer offiziellen Trennung, die sie auch höchst offiziell J. W. Stalin persönlich mitteilte, damit bei den vielerlei militärpolitischen und anderen Konflikten Dybenkos der Name Kollontai nicht in Verbindung gebracht wird. Über ihre tatsächlichen Positionen zur innenpolitischen Entwicklung sind (bisher) nur wenige Anmerkungen und Andeutungen bekannt. Das trifft aus nachvollziehbaren Gründen auch auf ihre umfangreichen Tagebuch-Aufzeichnungen<sup>57</sup> zu. Da ermöglichen die Notizen Dritter<sup>58</sup> und ihr eng begrenzter Freundeskreis schon eher Einblick in ihr Denken und Fühlen zur Sozialismus-Entwicklung. Auffallend war auch, dass sie versuchte, sich generell aus den öffentlichen Meinungsäußerungen zu den verschiedenen innerparteilichen Konflikten her-

57 Es sind nicht die einzigen „Lücken“, die in den „Diplomatischeskie Dnewniki“ auffallen. Zum Beispiel fehlt jeglicher Hinweis auf ihre Beziehungen zu deutschen politischen Emigranten in Skandinavien, die es nachweislich gab (W. Brandt, S. Leonhard, K. Mewis, W. Steinitz, H. Wehner, P. Weiss u. a.). Vgl. u. a.: S. Leonhard; Gestohlenes Leben. Schicksal einer politischen Emigrantin in der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1956, S. 17–20; P. Merseburger; Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart 2002, S. 206, 211

58 Vgl. I. Ehrenburg; Menschen, Jahre, Leben. Memoiren. Bd. III. Berlin 1982

auszuhalten, was ihr größtenteils gelang. Sie bemühte sich vor allem mit Ergebenheits-Adressen und devot gehaltenen Briefen an J. W. Stalin<sup>59</sup>, z. T. auch an Wjatscheslaw M. Molotow (1890–1986)<sup>60</sup>, ihre politische und persönliche Loyalität unter Beweis zu stellen. Einige Male wurde sie dennoch zu öffentlichen Stellungnahmen und politischen Distanzierungen gegen die Partei-Opposition herausgefordert, wie „sanft“ oder unmissverständlich der Druck auch gewesen sein mag.<sup>61</sup>

Da auch diese wenigen Äußerungen von den Führungen der KPdSU und der Komintern im In- und Ausland propagandistisch verbreitet wurden, sind auch die entsprechenden Reaktionen in der Beurteilung ihres Verhaltens nicht ausgeblieben. So schrieb L. Trotzki in seiner Autobiographie: „In Russland trat die Kollontaj von den ersten Tagen an in ultralinke Opposition nicht nur zu mir, sondern auch zu Lenin. Sie hat sehr viel gegen das „Regime Lenin – Trotzki“ gekämpft, um sich später vor dem Regime Stalins rührend zu beugen.“<sup>62</sup> Bemerkenswert an den Trotzki'schen Ausführungen ist aber auch, dass er weder an dieser noch an einer anderen Stelle vermerkt, dass seine spätere Hauptkritik an der Sowjetunion Stalins – ihre Bürokratisierung – lange vor ihm 1921 A. Kollontai in den Mittelpunkt ihres „Manifests der Arbeiteropposition“ gerückt hatte und ausgerechnet L. Trotzki einer ihrer entschiedensten – in der Radikalität unerbittlicher als Lenin – Kritiker auf dem X. Parteitag der KPR(b) war. Es fällt auch auf, dass in den späteren Jahrzehnten,

59 Die sehr unterschiedliche Gestaltung ihrer Briefe und des Briefwechsels mit G. Plechanow, W. I. Lenin und J. W. Stalin ist diesbezüglich außerordentlich aufschlussreich.

60 Vgl. Die geheime Verbindung: Briefe von Aleksandra Kollontaj an Vjatscheslaw Molotov 1926 – 1952. Zur Illustration des „Patron-Klient“-Verhältnisses im politischen Mechanismus der Sowjetunion. „Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte“, 2001, H. 1, S. 295–353

61 A. Kollontaj; Artikel gegen L. D. Trotzki. „Prawda“, 16. Juli 1923; A. Kollontaj; Oposicija i Partynye Massy (Die Opposition und die Parteimassen). „Prawda“, 30. Oktober 1927. Nachdruck in : A. M. Kollontaj; Isbrannye Stati i Retschi (Ausgewählte Aufsätze und Reden). Moskwa 1972, S. 364–367. Deutsche Übersetzung: A. Kollontaj; Die Opposition und die Parteimasse. In: U. Wolter (Hrg.): Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928. Band V, Westberlin 1977, S. 591–594. Vgl. den zitierten Telefonanruf von Anastas I. Mikojan (1895–1978) in: A. M. Kollontaj; Diplomatscheskie Dnewniki 1922–1940. Tom 1. Moskwa 2001, S. 329 f.

62 L. Trotzki; Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Frankfurt/M. 1961, S. 255. In ähnlicher Weise äußert sich auch Ruth Fischer. „Alexandra Kollontai, ..., Vertreterin der Arbeiteropposition, erhielt den Botschafterposten in Oslo, womit man sie von ihren Freunden isolierte und ihr zugleich schmeichelte.“ (Ruth Fischer; Stalin und der deutsche Kommunismus. Bd. 2, Berlin 1991, S. 191, 248). Besonders betroffen ist A. Kollontai, dass auch ihr einstiger politischer und persönlicher Gefährte A. K. (Aleksander G. Schljapnikow, H. St.) sie als ‚Karrieristin‘ bezeichnete. (A. Kollontaj; Diplomatscheskie Dnewniki 1922–1940“. Tom 1. Moskwa 2001, S. 329f.)

die IV. (Trotzkistische) Internationale zur Verbreitung des Kollontai'schen Manifests von 1921 durch wiederholte Neuauflagen beitrug, aber in ihren theoretischen Schriften zur Bürokratisierung der Sowjetunion jeden Bezug auf A. Kollontai vermied. Das betrifft selbst Ernest Mandel (1923–1995) und sein letztes, aus dem Nachlaß herausgegebene Werk.<sup>63</sup> Umgekehrt gibt es verschiedene Hinweise, dass bei dem jugoslawischen Modell der „Arbeiter-selbstverwaltung“ Kollontais und der „Arbeiteropposition“ Vorstellungen mit Pate gestanden haben sollen, ohne dies bisher nachweisen zu können.<sup>64</sup>

In der Sowjetunion blieben bis in die 70er Jahre – Kollontais bevorstehender 100. Geburtstag 1972 fiel zufällig mit dem 50. Jahrestag der Verurteilung der „Arbeiteropposition“ 1921/22 zusammen – sowohl die Verurteilung wie auch die benutzte Argumentation in der offiziellen Parteigeschichtsschreibung unverändert.<sup>65</sup>

Im Unterschied zu den Thesen und Aktivitäten der Arbeiteropposition versuchte A. Kollontai die ihr ureigene Problematik der Frauenemanzipation – zumindest eingeschränkt, auf jeden Fall öffentlich – auch in ihrer Diplomatzeit aktiv weiterzuverfolgen.

Sie wählte dafür einen Zugang, bei dem ihr offizieller diplomatischer Status, die räumliche Distanz zum unmittelbaren sowjetischen Alltag sowie zu den politischen Entscheidungsprozessen im Lande am wenigsten „stören“. Sie publizierte von nun an vor allem in belletristisch-publizistischer Form. Es war die Möglichkeit, ihre Beobachtungen, Analysen und perspektivischen Überlegungen auf eine ihren Bedingungen gemäße Art zu artikulieren. So sehr sie schon seit ihrer frühen Jugend mit schriftstellerischen Ambitionen liebäugelte, die sie sich nunmehr erfüllen wollte, schwebt ihr auch jetzt keine „große Literatur“ vor. Sie wollte jetzt und künftig ihre Positionen nicht in der unmittelbaren politischen, sondern in einer – ihre veränderten Bedingungen

63 Vgl. E. Mandel; Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie. Köln 2000

64 Schriftliche Information der Belgrader Sozialwissenschaftlerin Ivana Spasic an den Autor vom 13. November 2002

65 Vgl. ua.: S. N. Kanew; Borba W. I. Lenina protiv anarchosindikalistitscheskogo uklona w RKP(b) (Der Kampf W. I. Lenins gegen die anarcho-syndikalistische Abweichung in der RKP(b)). „Woprosy istorii KPSS“, 1971, N. 3, str. 93–102; S. L. Dmitrenko; X. sesd RKP(b) o edinstwe partii (Der X. Parteitag der RKP(b) über die Einheit der Partei). „Westnik Moskowo Universiteta“, 1971, N. 3, str. 27–44. Auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU erschienen in den offiziellen Organen zur Parteigeschichte 1958, 1962, 1964, 1967 und 1970 Aufsätze und Broschüren zur Kritik des Anarchosyndikalismus im Zeitraum von 1920–1922. Vgl. zu neueren Beurteilungen: A. Awtorchanow; X. sesd i osadnoe poloschenie w partii (Der X. Parteitag und der Belagerungszustand in der Partei). „Nowyj Mir“, 1990, N. 3, str. 193–205

berücksichtigenden – vergleichsweise unverbindlicheren, aber weitaus massenwirksameren Form der Öffentlichkeit vermitteln. In rascher Folge publizierte sie bereits ab 1923 – d. h. ein Jahr nach Beginn ihrer Diplomatenlaufbahn – ihre international bekannt gewordenen Erzählungen.<sup>66</sup> Die „Liebe der Arbeitsbienen“ versah sie 1923 mit dem Untertitel „Revolution der Gefühle und Revolution der Normen“. Unter verschiedenen Bezeichnungen und in unterschiedlichen Zusammenstellungen erschienen in der Sowjetunion und im Ausland „Wassilissa Malygina“ und „Wege der Liebe“. Auf die kontroversen Reaktionen in der Sowjetunion wurde oben schon hingewiesen.

Eine der ersten fremdsprachigen Ausgaben erschien im deutschen Malik-Verlag Berlin 1925.<sup>67</sup> Die Rezension Kurt Tucholskys vereint politischen Respekt und literarische Kritik in seiner ihm unnachahmlichen Weise.<sup>68</sup>

Auch ihre „Briefe an die arbeitende Jugend“ in der Komsomol-Zeitschrift mit ihren Empfehlungen für die Lyrikerin A. Achmatowa sind hier nochmals zu nennen.<sup>69</sup> Weiter verdienen ihre weitergeführten Kontakte mit internationalen Institutionen und Repräsentantinnen der Frauenbewegung Aufmerksamkeit.<sup>70</sup>

Daß sie zum 8. März 1933 – gemeinsam mit Clara Zetkin – als erste Frauen für ihre Leistungen um die Frauen-Befreiung mit dem Lenin-Preis ausgezeichnet wurden, war ihr nach verschiedenen Missachtungen ihrer diesbezüglichen Leistungen in den Jahren zuvor (u. a. 1927) eine ehrliche Freude und Genugtuung, aber doch wohl nicht mehr als nur ein Ritual.

66 A. Kollontaj; Ljubow ptschel trudowych (Die Liebe der Arbeitsbienen). Petrograd 1923; A. Domontowitsch (ihr Mädchennamen); Schentschina na perelome. Psychologitscheskie Etjudy (Frau im Umbruch. Psychologische Etüden), Moskwa – Petrograd 1923. (Es enthält „32 Seiten“, „Ein belauschtes Gespräch“ sowie den Kurzroman „Eine große Liebe“); A. Kollontaj; Sjostry (Schwestern). Moskwa – Leningrad 1927

67 A. Kollontaj; Wege der Liebe. Drei Erzählungen. Berlin 1925. Den Einladungsbrief richtete der ihr seit 1914 bekannte Eduard Fuchs am 27. 07. 1925 an A. Kollontaj. Der vorliegende Verlagsvertrag vom 30. Oktober 1926 trägt die Unterschriften von A. Kollontaj und Wieland Herzfelde (RGASPI, Moskwa, Fonds 134, Opus 1, Dokument 435, Blatt 6, 7, 8)

68 I. Wrobel in „Die Weltbühne“, Berlin 1927, Nr. 22, S. 230–231

69 A. Kollontaj; Pisma k trudjaschtschejsja molodjoschi (Briefe an die arbeitende Jugend). „Molodaja Gwardija“, 1922, N. 1–2, str. 135–144, 1922, N. 6–7, str. 128–136, 1923, N. 2, str. 162–174, 1923, N. 3, str. 112–124

70 Vgl. u. a.: Brief A. Kollontaj vom 15. Oktober 1932 an den Atlantis-Verlag Berlin mit angeforderten Manuskript über „Familie und Kommunismus“ (4 Manuskriptseiten). RGASPI, Moskwa, Fonds 134, Opus 1, Dokument 356, Blatt 1–7; Brief A. Kollontais an die deutsche Frauenrechtlerin, Menschenrechts- und Friedensaktivistin Helene Stoecker (1931) zu ihrem Artikel „Die Machtprobleme der Liebe“ (10 Manuskriptseiten).

Um die Thematik „Alexandra M. Kollontai über Theorie und Praxis des Sozialismus“ auf eine zusammenfassende Maxime ihres Denkens und Handelns zu bringen, so war Sozialismus für sie stets und in allen Belangen Gleichstellung und vor allem menschliche Emanzipation des Einzelnen: am Beispiel der Ausgebeuteten, der unterdrückten Nationalitäten, der Frauen, der werktätigen Produzenten. So sehr ihr Kampf stets für und im Namen der Klasse, der Nationalität, des Geschlechts oder der Gemeinschaft der Produzenten *auf die Emanzipation kollektiver Subjekte gerichtet war, ist dennoch die Befreiung, das Selbstbestimmungsrecht und die politische Gestaltungsmacht* des Einzelnen ihr oberster Maßstab sozialistischer Zielstellungen und Ergebnisse geblieben. Das war für sie nicht nur ein theoretisches Postulat, sondern konsequentes Leitmotiv ihres praktisch-politischen Handelns und ihrer eigenen persönlichen Lebensgestaltung.

#### IV. Zusammenfassung

Im Rahmen ihrer vielfältigen praktisch-politischen Aktivitäten war A. M. Kollontai stets eine scharfsinnige Beobachterin und Analytikerin der gesellschaftlichen Realität. Sie war eine überzeugende Agitatorin im besten Sinne des Wortes. Sie vermochte in ihren leidenschaftlichen Polemiken mit Andersdenkenden sowohl den Degen wie das Florett meisterhaft einzusetzen. Sie vertrat Positionen und verfocht konzeptionelle Vorstellungen, ohne dass sie eine systematische Theoretikerin war. Dennoch hat sie bleibende Beiträge für die Diskussion sozialistischer Programmatik, zur Frauenemanzipation, zum Verhältnis von Sozialismus und Demokratie sowie einer sozialfürsorglichen und zugleich emanzipationsfördernden Sozialpolitik geleistet.

So wie sie Streiks russischer Textilarbeiterinnen und französischer Wäscherinnen zu organisieren vermochte, in der Pfalz auf Wahlkundgebungen der SPD und im I. Weltkrieg auf amerikanischen Anti-Kriegsveranstaltungen zu überzeugen vermochte, auf den Schiffen der Baltischen Flotte in der Revolution und in den Schützengräben der ukrainischen Front, im Bürgerkrieg vor Matrosen und Soldaten agitierte, erlernte und beherrschte sie als erste Frau der Welt die Hohe Schule der Diplomatie und pflegte angeregte persönliche Beziehungen im offiziellen Botschafter-Rang mit Politikern und Intellektuellen zahlreicher Länder und Professionen. Wie ehrfurchtsvoll berichtet sie in ihren Tagebuchaufzeichnungen aus dem Jahr 1920 über die Mühen M. Gorkis zur materiellen Versorgung der Wissenschaftler und Künstler in Petrograd anlässlich seines Besuchs in ihrer Moskauer Wohnung.<sup>71</sup>

Auf der Gründungsveranstaltung der „Sozialistischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften“ begründete sie am 1. Oktober 1918 die Wahlvorschläge als ausländische Akademiemitglieder für Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin.<sup>72</sup> Ihre Nachrufe für die kurz darauf ermordeten Genossen K. Liebknecht und R. Luxemburg gipfelten in der Feststellung: „Karls heißes und ungestümes Herz, Rosas schöpferischer Kopf bilden gewissermaßen die Pole einander ergänzender Naturen. Liebknecht war das Herz der Bewegung der „Spartakisten“. Luxemburg das Gehirn.“<sup>73</sup>

In den politischen Wirren der Jahre nach 1917 bemühte sie sich, der arbeitenden Jugend die Lyrik Anna Achmatowas eindringlich nahe zu bringen und erfährt dafür harsche Kritik.<sup>74</sup> Sie wird von dem Dichter Sergej Jessenin verehrt und tauscht mit Ilja Ehrenburg in den 30er Jahren vertrauensvoll die Sorgen und Trauer über die Ereignisse und Entwicklungen in Spanien und zu Hause aus. Mexikanische und skandinavische Künstler fertigten von ihr Gemälde und internationale wissenschaftliche Vereinigungen für Demographie und Sexualwissenschaften wählten sie in ihre Gremien.<sup>75</sup>

Bei ihrem Tode – wenige Tage vor ihrem 80. Geburtstag am 9. März 1952 – würdigten sie weder das ZK der KPdSU noch dessen Zentralorgan „Prawda“ mit einem Nachruf. Das ZK der SED und das „Neue Deutschland“ folgten diesem Beispiel. Sie ignorierten ihre Leistungen auch in und für die deutschen Arbeiter-, Frauen-, Antikriegs- und Emanzipationsbewegungen.

Den m. E. bemerkenswertesten deutschsprachigen Nachruf veröffentlichte Susanne Leonhard (1895–1984) in der westdeutschen SPD-Zeitschrift „Die freie Gesellschaft. Monatsschrift für Gesellschaftskritik und freiheitlichen Sozialismus“.<sup>76</sup>

71 A. Kollontaj; *Beseda s Gorkim* (Begegnungen mit Gorki). Tagebuch-Notizen, 23. Februar 1920. RGASPI, Moskwa, Fonds 134, Opus 3, Dokument 36, Blatt 2–6

72 *Organisacija nauki v pervye gody Sovetskoj vlasti* (1917–1925) (Die Organisation der Wissenschaft in den ersten Jahren der Sowjetmacht). Leningrad 1968, S. 211–213; G. Kröber, B. Lange (Hrg.); *Sowjetmacht und Wissenschaft. Dokumente zur Rolle Lenins bei der Entwicklung der Akademie der Wissenschaften*. Berlin 1975, S. 433f.

73 A. Kollontaj; „Krasnaja Rosa“ („Die rote Rosa“). In: *Rosa Ljuksemburg. Sbornik Statej*. Moskwa 1921, S. 7

74 G. Lelewitsch; Anna Achmatowa. „Na Postu“, 1923, N. 2–3, S. 178–202

75 Brief A. Kollontais an die American Birth Control League, Inc. New York; Oslo 23. 01. 1925. (RGASPI, Moskwa, Fonds 134, Opus 1, Dokument 341, Blatt 1,2); Brief der „World League of Sexual Reform“ (Dr. J. H. Lennbach, Copenhagen) an Alexandra Kollontai, Copenhagen, 04. 08. 1928 (RGASPI, Moskwa, Fonds 134, Opus 1, Dokument 448, Blatt 1, 2, 3)

1969 kam in der UdSSR der Film „Posol Sowjetskogo Sojusa“ in die Kinotheater. Die Schauspielerin Julia Borisowa verkörperte als Elena Kolzowa die historische Figur Alexandra Kollontais. Mit diesem Film – den nach einem Jahr 1970 38,9 Mill. Zuschauer im Kino und in den nachfolgenden Jahren weitere Millionen in wiederholten Fernsehübertragungen (u. a. auch in der DDR) sahen – wurde A. Kollontai anlässlich ihres 100. Geburtstages 1972, nach jahrzehntelanger Pause in die offizielle sowjetische Geschichte „wieder aufgenommen“, – aber nur als international erste weibliche Botschafterin.

---

76 „Die freie Gesellschaft“, Monatsschrift für Gesellschaftskritik und freiheitlichen Sozialismus (Darmstadt), Nr. 31, 1952, S. 15–17. Nachdruck in: H. Steiner; Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontai. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier sozialistischer Politikerinnen. Berlin 2002, S. 61–65.



Lothar Sprung

## **Grundzüge eines integrativen Systems der humanwissenschaftlichen Methodik**

Überarbeitete Fassung eines Vortrages vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 20. Dezember 2001

Am objektivsten spiegelt sich der Stand einer ...  
Wissenschaft in ihrer Methodik wieder.

Emil Abderhalben (1877–1950)

Vor mehr als zwei Jahrzehnten begannen wir mit dem Versuch, eine *Allgemeine Methodologie und Methodik der Psychologie* zu entwickeln. Sie sollte es einerseits gestatten, den unterschiedlichen methodischen Entwicklungsstand der verschiedenen Gebiete der Psychologie zu verstehen. Darüber hinaus sollte sie helfen, eine Ordnung in die Heterogenität der Methodenlehre zu bringen. Einen zentralen Gesichtspunkt bildeten dabei die Funktionen, die Methoden in empirischen Untersuchungsplänen einnehmen. Untersuchungspläne sind die Basis aller wissenschaftlicher Untersuchungen. In diesem Zusammenhang war es das Ziel, vor allem strukturelle und methodentheoretische Kriterien zur Systematisierung zu verwenden, da sie einen guten Leistungsvergleich über die Entwicklungs- und Anwendungsbereiche der Methoden hinaus ermöglichen. Das heißt, die Kriterien der Taxonomie sollten auch als Evaluationskriterien einsetzbar sein und damit zum Vergleich und zur Bewertung von Methoden und ihren Funktionen herangezogen werden können. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Spektrum der eingesetzten Methoden sehr breit ist, durfte der Blick nicht nur auf die experimentellen, sondern musste auch auf die quasi-experimentellen und auf die historiografischen Methoden gerichtet werden. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, aus welchen Wissenschaften die Methoden kamen und in welchen sie auch noch angewandt wurden und werden. Damit kam ein zweites Interesse ins Spiel, das einer disziplinären Grenzüberschreitung, d.h. einer Grenzüberschreitung in Richtung einer *Allgemeinen Methodologie und Methodik der Humanwissenschaften*. Die Psychologie bietet sich gegenständlich gut dafür an, da sie im Schnittfeld

einerseits von Naturwissenschaften und andererseits von Sozial- und Geisteswissenschaften liegt. Das exemplarisch darzustellende Methodensystem besteht im Kern aus einem Kanon von Prinzipien und Techniken, die zu drei Zielen eingesetzt werden. 1. Zur *Entwicklung* von Methoden, d.h. zur Konstruktion von Verfahren, die bestimmte *Eigenschaften* erfüllen. 2. Zur *Prüfung* des *Realisierungsgrades* dieser *Eigenschaften* bei bereits konstruierten Verfahren. 3. Zur *Applikation* von Methoden, d.h. zur untersuchungszielgerechten Anwendung in Untersuchungsplänen. Solche Eigenschaften von Methoden sind beispielsweise 1. die Zuverlässigkeit, d.h. die *Reliabilität*, 2. die Unabhängigkeit vom Benutzer, d.h. die *Konkordanz*, 3. die Gültigkeit, d.h. die *Validität* 4. die Nützlichkeit, d.h. die *Utilität* und 5. die Vergleichbarkeit, d.h. die *Normativität*. Mit dem Stichwort „Psychologie“ ist unser Beispielgebiet genannt, an dem wir unsere Darstellung illustrieren werden.

### 1. Was sind Methoden und welche Funktionen erfüllen sie?

Methoden sind zunächst *Technologien*, die zu *vier* Zielen eingesetzt werden. 1. Zur *Datengewinnung*. 2. Zur *Datenanalyse*. 3. Zur *Intervention*, d.h. zur gezielten Veränderung. Beispiele sind: Therapiemethoden, Lehrmethoden, Lernmethoden. 4. Zur *Evaluation*, d.h. zum Vergleich und zur Bewertung. Als Technologien sind sie *Mittel* der *Versuchsplanung* und *Mittel* der *Versuchsrealisierung*. Methoden sind aber nicht nur Technologien. Zu ihnen gehören auch die *methodentheoretischen Grundlagen*. Sie betreffen in erster Näherung die *Idee* des Verfahrens und die *Konstruktionstheorie* des Verfahrens. Die Idee oder paradigmatische Basis besteht darin, dass Daten über einen bestimmten Typ des Zugriffs zur Datenquelle gewonnen und ausgewertet werden. Ein bestimmter Typ des Zugriffs liegt vor, wenn beispielsweise Daten über ein *Leistungsverhalten* von Versuchspersonen gewonnen werden. Ein anderer Typ wäre die Gewinnung über ein *Urteilsverhalten*. Ein *Leistungsverhalten* liegt den klassischen Intelligenztests zu Grunde, während ein *Urteilsverhalten* bei der Fragebogenmethodik vorausgesetzt wird. Die Konstruktionstheorie besteht in der Theorie, die der Herstellung des Verfahrens zu Grunde liegt. So kann beispielsweise ein Test auf der Basis der klassischen Testtheorie konstruiert worden sein. Wie von Emil Abderhalden angemerkt, besitzen Methoden darüber hinaus einen Indikatorwert für den Entwicklungsstand einer Wissenschaft. Als solche evaluieren sie die Möglichkeitsfelder einer Wissenschaft. Methodisch gesprochen kennzeichnen sie die *Kompetenz*. Sie betrifft vor allem vier Möglichkeitsfelder. 1. Das des technologisch Machbaren. 2. Das des methodentheoretisch Begründbaren. 3. Das des empi-

risch Entscheidbaren. 4. Das des in die Praxis Überführbaren. Hinzu kommt, dass sich in Entwicklungsgebieten neuer Methoden die Ziele und Forderungen einer Gesellschaft an eine Wissenschaft offenbaren. Methodisch gesprochen kennzeichnen sie die *Akzeptanz*.

## 2. Welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen Methoden?

Methoden unterscheiden sich *inhaltlich*, d.h. *wofür* sie eingesetzt werden und *funktionell*, d.h. *wie* sie eingesetzt werden stärker voneinander als *strukturell*. Das heißt, in den *strukturellen Eigenschaften* liegen zahlreiche Gemeinsamkeiten. Die strukturellen Eigenschaften sind es, durch die Methoden ihre verschiedenen Funktionen erfüllen können. Die oben erwähnten Gütekriterien zählen beispielsweise zu den strukturellen Eigenschaften. Methoden unterscheiden sich im Grad der Kenntnis und im Grad der methodischen Beherrschbarkeit dieser strukturellen Eigenschaften. Mit anderen Worten, Methoden unterscheiden sich im Standardisierungsniveau. Das Standardisierungsniveau kennzeichnet den Kenntnisstand über die Leistungseigenschaften einer Methode. Das bedeutet, den Kenntnisstand über die Zuverlässigkeit, wenn das Ausmaß der *Reliabilität* bekannt ist, den Kenntnisstand über die Gültigkeit, wenn das Ausmaß der *Validität* bekannt ist, den Kenntnisstand über die Unabhängigkeit vom Benutzer, wenn das Ausmaß der *Konkordanz* bekannt ist, den Kenntnisstand über die Nützlichkeit, wenn das Ausmaß der *Utilität* bekannt ist, und den Kenntnisstand über die Vergleichbarkeit, wenn das Ausmaß der *Normativität* bekannt ist. Mit den Gütekriterien sind die strukturellen Eigenschaften aber nicht erschöpft. Zu ihnen gehören auch die allgemeinen und die speziellen Methodenkriterien.

### 2.1. Allgemeine Methodenkriterien

Die *allgemeinen Methodenkriterien* betreffen die Applikationsvoraussetzungen der Methoden, d.h. sie geben die Kriterien an, die eine Methode erfüllen muss, um grundsätzlich einsetzbar zu sein. Es sind dies. 1. Das Replikationskriterium: Es betrifft die Wiederholbarkeit der Methode. 2. Das Variationskriterium: Es betrifft die Variierbarkeit der Bedingungen. 3. Das Induktionskriterium: Es betrifft die Art des Zugriffs zum Untersuchungsobjekt, d.h. es betrifft die Art der „Willkürlichkeit“ bei der Setzung und Variation der unabhängigen Variablen. In einer ersten Darstellung haben wir einige Funktionen dieser Kriterien aufgeführt.

Das *Replikationskriterium* (die Wiederholbarkeit) ist u.a. notwendig:

1. Für die Konkordanzprüfung der Methode, d.h. für die Unabhängigkeitsprüfung vom Benutzer.
2. Für die Reliabilitätsprüfung der Methode, d.h. für die Zuverlässigkeitsprüfung.

Das *Variationskriterium* (die Variierbarkeit) ist u.a. notwendig:

1. Für die Validitätsprüfung der Methode, d.h. für die Gültigkeitsprüfung.
2. Für die Normativitätsprüfung der Methode, d.h. für die Prüfung der Vergleichbarkeit.

Das *Induktionskriterium* (die Willkürlichkeit) ist u.a. notwendig:

1. Für die Bestimmung des möglichen Erklärungsniveaus der Ergebnisse, so z.B. inwieweit die Ergebnisse konditional oder kausal erklärt werden können.
2. Für die Bestimmung der Kompatibilität und damit der externen Validität der Methode, d.h. inwieweit die Methodenapplikation von bestimmten Randbedingungen abhängig ist.

Methoden können sich in Bezug auf die *Realisierung* dieser Kriterien unterscheiden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Realisierung des *Induktionskriteriums*, d.h. der *Art des Zugriffs* zum Untersuchungsobjekt. Sie unterscheidet *Experimente* von *Quasi-Experimenten*.

Beim Experiment wird durch Setzung und Variation der unabhängigen Variablen das Phänomen *erzeugt*, d.h. aus den verursachenden Bedingungen heraus hergestellt. Damit wird es kausal erklärbar. Beim Quasi-Experiment wird durch Setzung und Variation der unabhängigen Variablen das Phänomen *nur getestet*. Damit wird es nur konditional erklärbar.

Beispiel: Beim klassischen Intelligenztest *erzeugen* die vorgelegten Items, d.h. z.B. die zu lösenden Aufgaben, nicht die Intelligenz, sie testen nur ein bestehendes Niveau. Dies allerdings in empirisch gut abgesicherter Weise.

## 2.2. Die speziellen Methodenkriterien

Die *speziellen Methodenkriterien* ermöglichen verschiedene *Funktionen* von Methoden in Untersuchungsplänen. Zwei Gruppen haben wir unterschieden, die Basis- und die Realisierungskriterien. Die *Basiskriterien* betreffen die Kriterien, die *allgemeine methodische Funktionen* in Untersuchungsplänen erfüllen während die *Realisierungskriterien* die Kriterien betreffen, die *spezielle methodische Funktionen* in Untersuchungsplänen erfüllen.

### 2.2.1. Basiskriterien

Sie betreffen Kriterien, die *allgemeine methodische Funktionen* in Untersuchungsplänen erfüllen. Es sind dies: 1. Die Induktionsfunktion. 2. Die Reaktions- oder Antwortfunktion. 3. Die Deskriptionsfunktion. 4. Die Analysefunktion. 5. Die Evaluierungs- oder Normierungsfunktion. In der zweiten Darstellung haben wir die Basiskriterien und ihre Funktionen aufgelistet und am Beispiel eines standardisierten Fragebogen illustriert.

*1. Induktionskriterium:* Die Induktionsfunktion dient der *Effektauslösung* (Verhaltensauslösung), so z.B. des Antwortverhaltens eines Befragten bei einer Fragebogenanwendung.

*2. Reaktions- oder Antwortkriterium:* Die Reaktions- oder Antwortfunktion dient der *Effektindizierung* (Verhaltensindizierung), so z.B. durch die Antwortformen, die der Befragte wählt.

*3. Deskriptionskriterium:* Die Deskriptionsfunktion dient der *Effektbeschreibung* (Verhaltensbeschreibung), so z.B. durch die Aufzeichnung der Antworten mit einem Tonbandgerät.

*4. Analysefunktion:* Die Analysefunktion dient der *Effektauswertung* (Verhaltensauswertung), so z.B. durch die Rohwertgewinnung mit Hilfe der Verschriftung der Tonbandaufzeichnung.

*5. Evaluierungs- oder Normierungskriterium:* Die Evaluierungs- oder Normierungsfunktion dient dem *Effektvergleich* (Verhaltensvergleich) und der *Effektbewertung* (Verhaltensbewertung), so z.B. durch den Vergleich der Ergebnisse mit denen einer früheren Befragung.

Die Basiskriterien müssen in einem *hinreichenden Untersuchungsplan* enthalten sein. Zu ihrer methodischen Umsetzung stehen – je nach *Empirie, Problem- und Zielstellung* der Untersuchung – verschiedene Methoden zur Verfügung. Auch in welchem Maße sie anwendbar sind, hängt von der Empirie, Problem- und Zielstellung ab. So ist beispielsweise in einer historischen Untersuchung auf dokumentenanalytischer Basis das Induktionskriterium nur *rekonstruierbar* aber *nicht konstruierbar*. Die Basiskriterien sind aber auch anderweitig anwendbar. So können sie beispielsweise beim Studium einer wissenschaftlichen Arbeit als Fragen an die Darstellung der Methodik gestellt werden. Der mögliche Beantwortungsgrad ist ein Indikator für den Explikationsgrad der Methodik und damit für die Reproduzierbarkeit der Untersuchung.

### 2.2.2. Die Realisierungskriterien

Sie betreffen Kriterien, die *spezielle methodische Funktionen* in Untersuchungsplänen erfüllen. Ihre wichtigste Funktion ist, sie differenzieren die Basiskriterien. Dadurch ermöglichen sie eine umfassende Standardisierung der Methode. Die Differenzierung erfolgt mit Hilfe dreier Komponenten und zwar. 1. Der *Realisierungsform* des Basiskriteriums. 2. Der *Applikationsform* des Basiskriteriums. 3. Der *Applikationsumstände* des Basiskriteriums. Dies führt dazu, dass jedes Basiskriterium in einem Untersuchungsplan aus drei Teilen besteht. 1. Aus dem *Realisierungsteil*. 2. Aus der *Realisierungsform*. 3. Aus dem *Realisierungsmodus*. Die Gesamtzahl der 15 Realisierungskriterien ergibt sich aus der Kombination der 5 Basis- und der jeweils 3 Differenzierungskomponenten. In der dritten Abbildung geben wir ein Beispiel für ein Basiskriterium. Das Demonstrationsbeispiel ist wieder ein standardisierter Fragebogen. In ihm haben wir das Induktionskriterium mit Hilfe der Differenzierungskomponenten zerlegt, d.h. in den Induktionsteil, in die Induktionsform und in den Induktionsmodus.

1. *Induktionsteil*: Er kennzeichnet die *effektauslösende* Komponente der Methode. Beispiel: Die Fragen des Fragebogens sind in Form von Behauptungsfragen (statements) und Informationsfragen formuliert.

2. *Induktionsform*: Sie kennzeichnet die *Applikationsart* des *Induktionsteils* der Methode. Beispiel: Die Fragen werden in schriftlicher Form dargeboten.

3. *Induktionsmodus*: Er kennzeichnet die *Umstände*, d.h. die Randbedingungen der *Induktion* und *Applikation* der Methode. Beispiel: Der Fragebogen kann sowohl in Einzel- als auch in Gruppenuntersuchungen angewandt werden.

Zu den Bezeichnungen und zur Aufbauregel der insgesamt 15 Realisierungskriterien noch folgendes. Die Bezeichnungen der Kriterien bestehen aus *zusammengesetzten Wörtern*. Der erste Wortteil kennzeichnet das jeweilige Basiskriterium und dessen Funktion. *Namen*: Induktion – Reaktion – Deskription – Analyse – Evaluation. Der zweite Wortteil kennzeichnet die Differenzierungskomponente. *Namen*: Realisierungsform – Applikationsform – Applikationsumstände. Dabei bezeichnet der Wortbestandteil *Teil* die *Realisierungsform*, der Wortbestandteil die *Form* die *Applikationsform* und der Wortbestandteil *Modus* die *Applikationsumstände*.

### 3. Worin besteht das heutige System der Methodenlehre?

Innerhalb des Systems der Methodenlehre lassen sich zwei Methodenlehren unterscheiden, eine *empirische* und eine *historische*.

Innerhalb der *empirischen Methodenlehre* können durch ihre *Funktionen* in *erster Näherung* vier *Methodiken* genannt werden: 1. Die Forschungsmethoden. 2. Die Diagnosemethoden. 3. Die Interventionsmethoden. 4. Die Evaluationsmethoden. *Forschungsmethoden* stellen Verfahren zur Generierung neuen Wissens und Könnens dar. *Diagnosemethoden* sind Suchmethoden von bekanntem Wissen in unbekanntem Suchräumen. Um beispielsweise psychische Störungen diagnostizieren zu können, muss man sie kennen. *Interventionsmethoden* bilden Verfahren der gezielten Veränderung bestehender Zustände und nach Möglichkeit auch deren verursachender Bedingungen. Als Beispiele können Therapiemethoden, Lehrmethoden oder Lernmethoden genannt werden. *Evaluationsmethoden* sind Verfahren des Vergleichs und der Bewertung. Als Beispiel können Testnormen genannt werden, mit denen diagnostizierte Daten verglichen werden können.

Innerhalb der *historischen Methodenlehre* lassen sich durch ihre *Funktionen* ebenfalls verschiedene *Methodiken* unterscheiden. Wir haben exemplarisch drei ausgesucht, die *Perspektiven der Historiografie*, die *Strategien der Historiografie* und die *Formen historischer Erklärungen*. Die *Perspektiven* betreffen die *zeitlichen Verhältnisse* des Geschichtsforschers zum Gegenstand. Die *Strategien* betreffen die *Sichtweisen*, mit deren Hilfe die historische Empirie betrachtet und damit selektiert, analysiert und rekonstruiert werden kann. Die *Formen historischer Erklärungen* betreffen die *Arten* und *Ebenen der Bedingungen*, die zur Erklärung von historischen Entwicklungen herangezogen werden.

### 4. Welche Grundlagen gehören zum heutigen System der empirischen Methodenlehre?

Zwei Gruppen stehen zur Verfügung, die *methodentheoretischen* und die *methodischen*. Die methodentheoretischen sind die *methodenbegründenden* Grundlagen. Sie betreffen beispielweise die *erkenntnistheoretischen* und die *wissenschaftstheoretischen* Grundlagen. Die methodischen sind die *methodenrealisierenden* Grundlagen. Sie betreffen insbesondere die Mittel der *Untersuchungstechnologie*, d.h. die Mittel zur Planung, Realisierung und zur Dokumentation wissenschaftlicher Untersuchungen und die Mittel der *Kons-*

*traktionstechnologie*, d.h. die Mittel zur Entwicklung und Standardisierung der Methoden.

## **4.1. Methodentheoretische Grundlagen**

### **4.1.1. Erkenntnistheoretische Grundlagen**

Unter methodischen Gesichtspunkten gesehen begründen die erkenntnistheoretischen Grundlagen als axiomatische Prinzipien den Erkenntnisprozess als Ganzes. Als solche gestatten sie die Evaluierung der *erkenntnistheoretischen Basis* der Methodenlehre.

Zwei Beispiele zur Illustration. 1. Das Erkenntnisprinzip *begründet* den prinzipiellen Weg der Erkenntnistätigkeit. Man könne es so formulieren: Alle Bedingungen und Erscheinungen der Realität offenbaren sich über ihre Wirkungen. Oder methodisch gesprochen: Bedingungen und Erscheinungen sind erkennbar, wenn methodisch kontrolliert nach ihren Wirkungsformen in der Erfahrungswelt gesucht wird. 2. Das Tätigkeitsprinzip *präzisiert* den prinzipiellen Weg. Man könnte es so formulieren: Alle Erkenntnismethoden sind Einwirkungsformen auf die Untersuchungsgegenstände. Oder methodisch gesprochen: Ergebnisse sind methodenabhängig.

### **4.1.2. Wissenschaftstheoretische Grundlagen**

Die wissenschaftstheoretischen Grundlagen begründen als Prinzipien die Methodiken des Untersuchungsplanes, d.h. sie geben Prinzipien an, nach denen Methodiken arbeiten und daher in Untersuchungsplänen gezielt eingesetzt werden können. Als solche gestatten sie die Evaluierung der *wissenschaftstheoretischen Basis* der Methodenlehre. Beispiele solcher Methodiken sind *Stichprobenpläne*, *Versuchspläne* oder *statistische Prüfverfahren*. Zwei Beispiele zur Illustration. 1. Das Reduktionsprinzip: Es begründet die Variablenanalyse und Variablenreduktion in der *Versuchsplanung*. Ziel ist ein methodisch beherrschbarer Versuchsplan, der die notwendige und hinreichende Anzahl an Variablen enthält. 2. Das Repräsentanzprinzip: Es begründet die *Stichprobenplanung* in der *Versuchssplanung*. Ziel ist ein repräsentativer Stichprobenplan, der eine hinreichende Generalisierung der Ergebnisse ermöglicht.

## **4.2. Methodische Grundlagen**

In der vierten Darstellung sind die wichtigsten Klassen von ihnen aufgeführt.



1. *Untersuchungstechnologische Grundlagen.* Sie dienen der Untersuchungsplanung, der Untersuchungsrealisierung und der Untersuchungsdokumentation.

1. Die Grundlagen der *Untersuchungsplanung* umfassen die Mittel der sogenannten Formalen Methodik zur *Planung*. Beispiele sind Stichprobenpläne, Versuchspläne oder Kontrolltechniken von Randbedingungen.
2. Die Grundlagen der *Untersuchungsrealisierung* umfassen die Mittel der *Versuchsdurchführung*. Beispiele sind die Instruktionsmethoden, die Protokollierungs- und Registrierungsmethoden oder die statistischen Auswertungsmethoden.
3. Die Grundlagen der *Untersuchungsdokumentation* umfassen die Mittel zur *Dokumentation* wissenschaftlicher Tätigkeiten. Beispiele sind die Regeln zur Abfassung wissenschaftlicher Arbeiten oder die Regeln zur Bibliographie wissenschaftlicher Literatur.

2. *Konstruktionstechnologische Grundlagen.* Sie dienen der Verfahrenskonstruktion, -eichung und -normierung.

1. Die Grundlagen der *Verfahrenskonstruktion* umfassen die Mittel der *Itementwicklung* und der *Itemanordnung* innerhalb einer Methode. Items sind dabei die Elementarkomponenten einer Methode. In unserem Fragebogenbeispiel sind es beispielsweise die Fragen. Beispiele der Itementwicklung sind die Methoden der Itemanalyse, so z.B. zur Bestimmung erwünschter Eigenschaften von Items wie die der Trennschärfe oder der Schwierigkeit.
2. Die Grundlagen der *Verfahrenseichung* umfassen die Mittel der *Kalibrierung* der gesamten Methode. Beispiele sind die Methoden zur Bestimmung der Gütekriterien, so z.B. der Reliabilität und der Validität .
3. Die Grundlagen der *Verfahrensnormierung* umfassen die Mittel der *Maßstababbildung* zum Vergleich von Ergebnissen. Beispiele sind die Methoden der Populationsnormierung oder der Kriteriumsnormierung. Bei der Populationsnormierung z.B. eines Intelligenztests, wird eine *Referenzstichprobe verschieden intelligenter Personen* zur Normierung verwandt. Bei der Kriteriumsnormierung z.B. eines Verfahrens zur Therapiekontrolle, wird das *Therapieziel* zur Normierung verwandt.

Die *empirische Methodenlehre* ist aber nur ein Teil der Methodenlehre. Ein anderer Teil besteht aus der Methodik, die ihre *Daten aus* Dokumenten und anderen Spuren *geschichtlicher Entwicklungen* gewinnt. Im Gegensatz zur rezenten Empirie verfügt sie über eine historische Empirie. Wie zu zeigen sein wird, sind beide Methodenlehren in Teilen nicht so verschieden voneinander, wie es zuweilen erscheint. Hinzu kommt, das der empirische Methodi-

ker nicht selten in die Rolle eines historischen Methodikers gerät. Das ist immer dann der Fall, wenn er auf Dokumente zur Datengewinnung zurückgreifen muss. Mit Einschränkung gilt das auch dann, wenn er gezwungen ist, quasi-experimentelle Methoden anzuwenden.

## 5. Welche Grundlagen gehören zum heutigen System der historischen Methodenlehre?

Innerhalb der *historischen Methodenlehre* stehen verschiedene Gruppen an methodischen Grundlagen zur Verfügung. Drei exemplarisch ausgewählte wurden bereits erwähnt. Es handelt sich um die *Perspektiven* und *Strategien* der Historiografie und um die *Formen historischer Erklärungen*. Natürlich gehören auch einige der im vorangegangenen Kapitel erwähnten Grundlagen in dieses Kapitel, so z.B. die erkenntnistheoretischen und die wissenschaftstheoretischen. Zu verweisen wäre auch auf weitere historiografische Methoden wie z.B. die der inneren und äußeren Dokumentenkritik, der Contentanalyse, der Hermeneutik, der Archivalienkunde, der Chronologie und der Genealogie, auf die wir nicht näher eingehen werden.

### 5.1. Perspektiven der Historiografie

Geschichte kann aus verschiedenen Perspektiven heraus geschrieben werden. Der Einfachheit halber wollen wir heute nur die zeitlichen Distanzen zum Gegenstand berücksichtigen. Dadurch können wir gut auf einige gedächtnispsychologisch-methodischen Aspekte eingehen. Wir lassen demgegenüber heute unberücksichtigt, dass zeitliche Distanzen auch mit inhaltlichen Aspekten vermennt sein können. Das betrifft beispielsweise unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bei der Auswahl historischer Tatsachen, verschiedene Bewertungen derselben usw. Exemplarisch wollen wir auf drei Perspektiven kurz eingehen, auf die Perspektive des Zeitzeugen, des Chronisten und des Historikers.

*1. Die Perspektive des Zeitzeugen:* Der Zeitzeuge war Teilnehmer einer historischen Entwicklung, die er analysiert, beschreibt und rekonstruiert. Er erinnert sich mit größerem zeitlichem Abstand daran und reflektiert über seine Erinnerungen. Das methodische Hauptproblem liegt in seinem aktiven Gedächtnis. Das aktive Gedächtnis wurde von Prozessen bestimmt, die Inhalte *präzisierten*, *ergänzten* und *löschten*. Sie werden in der methodischen Literatur unter Namen wie Logik-Effekt, Hof-Effekt, Ankereffekt, usw. beschrieben. Und was ist das Ergebnis? In der Erinnerung wurde vieles *verändert*,

was der Zeitgenosse erlebte. Insofern ist der *Zeitzeuge* ein wichtiger *Dokumentalist*, aber nur eingeschränkt ein Historiker. Aber als *Dokumentalist* liefert er Informationen aus der Perspektive des unmittelbar Beteiligten. Und die sind zum Verständnis des Kontextes historischer Dokumente wichtig. Sie betreffen z.B. Hintergründe und Randbedingungen des Geschehens, Persönlichkeitscharakteristika der Akteure, tatsächliche oder vermutete Motive der Handelnden usw.

*2. Die Perspektive des Chronisten:* Auch der Chronist war Teilnehmer einer historischen Entwicklung, die er analysiert, beschreibt und rekonstruiert. Es gibt aber zwei methodische Unterschiede. 1. Der Chronist war schon als Teilnehmer darum bemüht, mit den Augen eines Historikers zu *beobachten*, d.h. er versuchte sich neben die Entwicklung zu stellen. 2. Der Chronist war schon als Teilnehmer als Dokumentalist tätig, d.h. er versuchte die Entwicklung in der Rolle eines Historiker zu *dokumentieren*. Das methodische Hauptproblem liegt in der Unmittelbarkeit zum Geschehen. Sie schränkt die Reflexionstätigkeit ein und erschwert die Wesentlich-Unwesentlich-Differenzierung. Und was ist das Ergebnis? Das aktive Gedächtnis hatte weniger Möglichkeiten, auf die Beobachtungsergebnisse Einfluss zu nehmen. Insofern ist der Chronist ein *noch wichtigerer Dokumentalist*.

*3. Die Perspektive des Historikers:* Der Historiker ist ein Rekonstrukteur des Geschehens auf der Basis von Dokumenten und anderen historischen Spuren. Er war kein Teilnehmer der Entwicklung, die er *analysiert, beschreibt* und *rekonstruiert*. Durch seinen Abstand und seine Professionalität bedingt, besitzt er eine ordnende Übersicht gegenüber der Zeit und dem Gegenstand. Aber diese Distanz führt auch zum Verlust an Unmittelbarkeit, d.h. es fehlt ihm das unmittelbare Hintergrundwissen des Zeitzeugen und Chronisten, das er sich erst erarbeiten muss. Methodisches Resümee: Die verschiedenen Perspektiven sind Methodenvarianten. Sie können zur Evaluation der Quellen herangezogen werden.

## 5.2. Strategien der Historiografie

Strategien stellen Sichtweisen auf die historische Empirie dar. Oder um ein Bild zu gebrauchen, Strategien sind „Brillen“ oder „Filter“ mit unterschiedlichen Leistungseigenschaften, durch die eine historische Empirie betrachtet werden kann. Sie entsprechen den Paradigmen in der empirischen Methodenlehre. Mit Hilfe verschiedener Strategien können *Entwicklungen* an Hand ihrer hinterlassenen Spuren in unterschiedlicher Weise *selektiert, analysiert* und *rekonstruiert* werden. Sieben Strategien wollen wir exemplarisch kurz

kennzeichnen. Auch sie sind nicht disjunkt. Darüber hinaus können sie in verschiedenen Kombinationen auftreten.

1. *Die doxografische Strategie* zeichnet historische Entwicklungen an Hand der vorherrschenden Ideen sowie der vorherrschend bearbeiteten Problem- und Fragestellungen einer Zeit nach. Sie rekonstruiert die Geschichte mit Hilfe leitender Ideen, Probleme und Fragestellungen einer Zeit. Sie ermöglicht es gut, den sogenannten „Zeitgeist“ einer Entwicklungsphase zu kennzeichnen. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Ideen machen Geschichte.*
2. *Die biografische Strategie* zeichnet historische Entwicklungen mit personengeschichtlichen Mitteln nach. Sie rekonstruiert die Geschichte an Hand von Repräsentanten der Zeit. Sie ermöglicht es gut, historische Entwicklungen als geschichtliche Verdichtungen innerhalb einer Person darzustellen. Georg Christoph Lichtenberg hat 1797 einige der Varianten der biografischen Strategie in die ironischen Worte gekleidet: „Es wäre wohl der Mühe wert, ein Leben doppelt oder dreifach zu beschreiben, einmal wie ein allzu warmer Freund, dann wie es ein Feind, und dann wie es die Wahrheit selbst schreiben würde“. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Große Männer oder Frauen machen Geschichte.* Oder kürzer: *Große Männer oder Frauen und die Folgen.*
3. *Die sozialgeschichtliche Strategie* zeichnet historische Entwicklungen an Hand des sozialen und des materiellen Kontextes nach, der die Entwicklungen ermöglichte und/oder beeinträchtigte. Sie rekonstruiert die Geschichte mit Hilfe der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Entwicklung stattfand. Zur Rekonstruktion werden vor allem wissenschaftliche, institutionelle, politische, ökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen herangezogen. Sie ermöglicht es gut, das vielfältige Umfeld einer Entwicklung zu kennzeichnen. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Umstände machen Geschichte.*
4. *Die faktografische Strategie* (positivistische, präsentistische) zeichnet historische Entwicklungen an Hand der Ergebnisse nach. Sie rekonstruiert die Geschichte an Hand des Zuwachses und/oder des Verlusts an Wissen und Können. Der Zuwachs und/oder Verlust wird vor allem an Hand empirischer Befunde, Methoden, Theorien oder Anwendungen dargestellt. Sie ermöglicht es gut, die Kontinuitäten und/oder Diskontinuitäten der Entwicklungen darzustellen. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Fakten machen Geschichte.*
5. *Die theoriegeschichtliche Strategie* zeichnet historische Entwicklungen

an Hand der Theorien nach. Sie rekonstruiert die Geschichte mit Hilfe der vorherrschenden Theorien einer Zeit. Sie ermöglicht es gut, das Entwicklungsniveau eines Wissenschaftsgebietes über die Art und Anzahl der erfüllten Theoriefunktionen und damit über die Leistungseigenschaften der Theorien zu kennzeichnen. Solche Theoriefunktionen sind beispielsweise die Taxonomisierungs-, Explanations- und die Prognosefunktion. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Theorien sind die eigentliche Wirklichkeit*. Oder kürzer: *Theorien machen Geschichte*.

6. *Die methodengeschichtliche Strategie* zeichnet historische Entwicklungen an Hand der Methoden nach. Sie rekonstruiert die Geschichte mit Hilfe der methodischen Mittel, die entwickelt und/oder eingesetzt wurden. Sie ermöglicht es gut, die Entwicklung der ideellen Werkzeuge, d.h. der Paradigmen und deren technologische Umsetzungen, d.h. der Verfahren und Geräte sowie deren Anwendungen darzustellen. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Nur was man machen kann, kennt man wirklich*. Oder kürzer: *Methoden machen Geschichte*.
7. *Die regionalgeschichtliche Strategie* zeichnet historische Entwicklungen an Hand lokaler Brennpunkte von Entwicklungen nach. Sie rekonstruiert die Geschichte mit Hilfe des Geschehens, das innerhalb einer Region stattgefunden hat. Dabei ist der lokale Brennpunkt zunächst geografisch zu verstehen. In der Regel ist er auch mit inhaltlichen Schwerpunkten verknüpft. Das betrifft vor allem disziplinäre Präferenzen. Sie zeigen sich in schulenbildenden Merkmalen innerhalb der Gruppe lokal beteiligter Wissenschaftler. Im hinreichenden Sinne umfasst die regionalgeschichtliche Rekonstruktion dabei folgende drei Gesichtspunkte: 1. Entwicklungen, die innerhalb des lokalen Bereiches stattgefunden haben, so z.B. die Entwicklungen der Psychologie in Berlin. 2. Entwicklungen, die von außen kommend als Einwirkungen auf die Entwicklungen innerhalb des lokalen Bereiches erfolgt sind, so z.B. die Einflüsse des holistischen Denkens in Würzburg, Göttingen und Prag auf die Entwicklung der Gestaltpsychologie in Berlin. 3. Entwicklungen, die nach außen hin als Einwirkungen auf Entwicklungen in anderen lokalen Bereichen erfolgt sind, so z.B. die Einflüsse der Emigration führender Gestaltpsychologen nach 1933 in die USA auf die Psychologieentwicklung in den USA. Ihre Maxime könnte man zugespitzt so formulieren: *Der genius loci macht Geschichte*.

### 5.3. Historiografische Erklärungsformen

Jede Wissenschaft will nicht nur beschreiben, sie will auch erklären. Historiografische Erklärungsformen betreffen die Art und Ebenen der Bedingungen, die zur Erklärung historischer Entwicklungen herangezogen werden. Auf fünf Formen wollen wir exemplarisch verweisen.

1. *Bei der narrativen Erklärung* besteht die Erklärung in der Nacherzählung des Ablaufs einer Entwicklung. Sie geht von der Frage aus: *Wie* ist die Entwicklung abgelaufen? Es ist eine sehr schwache Erklärungsform. Beispiel: Bericht über den Ablauf einer Beratung.
2. *Bei der funktionalen Erklärung* besteht die Erklärung in der Erläuterung des Inhalts einer Entwicklung. Sie geht von der Frage aus: *Was* für eine Entwicklung ist abgelaufen?
3. *Bei der finalen Erklärung* besteht die Erklärung in der Erläuterung des Zieles und/oder des Zweckes einer Entwicklung. Sie geht von der Frage aus: *Wohin* und/oder *zu welchem Zweck* ist die Entwicklung erfolgt?
4. *Bei der konditionalen Erklärung* besteht die Erklärung in der Erläuterung der vermuteten Ursachen einer Entwicklung. Sie geht von der Frage aus: *Warum* ist die Entwicklung *vermutlich* so abgelaufen?
5. *Bei der kausalen Erklärung* besteht die Erklärung in der Erläuterung der – in der rezenten Empirie – nachgewiesenen Ursachen einer Entwicklung. Sie geht von der Frage aus: *Warum* ist die Entwicklung *ursächlich* so abgelaufen? Im Gegensatz zur empirischen Methodenlehre findet man den Begriff der kausalen Erklärung in der historischen Methodenlehre selten. Eine Ausnahme bildet das Gebiet der „historischen Experimente“, d.h. der Versuche, mit denen z.B. die Leistungseigenschaften historischer Werkzeuge, Waffen, Geräte oder Bauwerke heute geprüft werden.

### 5.4. Unterschiede und Gemeinsamkeiten historiografischer und empirischer Erklärungsformen

Über Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen historischen Erklärungen und empirischen Erklärungen lässt sich resümierend sagen, dass historische Erklärungen können - von historischen Experimenten abgesehen - kein kausales Erklärungsniveau erreichen, weil die historischen Bedingungen der Datentstehung nur *rekonstruiert*, aber *nicht konstruiert* werden können. Aber ein Teil der Untersuchungen in den heutigen empirischen Humanwissenschaften werden auch nicht in der rezenten Empirie durchgeführt, sondern in der historischen Empirie. Das ist beispielsweise der Fall, wenn dokumenten-

analytische Methoden zur Datengewinnung eingesetzt werden. Ein solcher Fall liegt beispielsweise dann vor, wenn ein heutiger Untersucher für eine *Diagnostik*, für eine *Beratung*, für eine *Therapie* usw. einen Teil der dafür notwendigen Daten aus Beurteilungen, Zeugnissen, Akten, Krankengeschichten, usw. gewinnt. In diesem Falle ist er gegenständlich und methodisch in der Situation des Historikers. Ein solcher Fall liegt m. E. auch dann vor, wenn quasi-experimentelle Methoden wie z.B. *Fragebögen*, *Interviews* oder *Tests* zur Datengewinnung eingesetzt werden. Schließlich kann auf das *Literaturstudium* zur Vorbereitung eigener empirischer und historischer Untersuchungen verwiesen werden in denen der Leser in der Regel auch nicht den Grad der Erklärung empirisch überprüft.

## 6. Resümee

Mit einem Wort von Emil Abderhaldens (1877–1950) über den Stellenwert der Methodenlehre in den Wissenschaften haben wir begonnen. Mit einem Wort von Johannes Kepler (1571–1630) darüber wollen wir schließen. Vor 500 Jahren schrieb er: „Mir kommen die Wege, auf denen die Menschen zur Erkenntnis gelangen fast ebenso bewunderungswürdig vor wie die Natur der Dinge selbst.“

## 7. Literatur

- Albert, D. & Gundlach, H. (1997). (Hrsg.). *Apparative Psychologie: Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung*. Lengerich: Pabst.
- Amelang, M. & Zielinski, W. (1994). *Psychologische Diagnostik und Intervention*. Heidelberg: Springer.
- Bortz, J. & Döring, N. (1995). *Forschungsmethoden und Evaluation. Für Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer.
- Bringmann, W.G., Lück, H.E, Miller, R. & Early, C.E. (Eds.). (1997). *A Pictorial History of Psychology*. Chicago: Quintessence.
- Carpintero, H. (1996). *Historia de las Ideas psicológicas*. Madrid: Pirámide.
- Erdfelder, E., Mausfeld, R., Meiser, Th. & Rudinger, G. (Hrsg.). (1996). *Handbuch Quantitative Methoden*. Weinheim: Beltz.
- Fisseni, H.-J. (1997). *Lehrbuch der psychologischen Diagnostik: mit Hinweisen zur Intervention*. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Göttingen: Hogrefe.
- Guthke, J., Böttcher, H. R. & Sprung, L. (Hrsg.). (1990 & 1991). *Psychodiagnostik*. Band I. & II. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- Hageböck, J. (1993). *Computergestützte Diagnostik in der Psychologie*. Göttingen: Hogrefe.

- Hoskovec, J. (1992). *Tajemství experimentální psychologie*. Praha: Academia.
- Kimble, G. A. & Wertheimer, M. (Eds.). (2000). *Portraits of Pioneers in Psychology*. Vol. IV. Washington, D.C.: American Psychological Association. Mahwah, New Jersey: Lawrence Erlbaum.
- Lienert, G. A. & Raatz, U. (1994). *Testaufbau und Testanalyse*. 5. völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim: Beltz.
- Lück, H. E. & Miller, R. (Hrsg.). (1991). *Theorien und Methoden 3*
- Pastor Soriano, J. C., Civera Mollá, C. & Tortosa Gil, F. (2000). *Historia de la Psicología*. Investigación y didáctica. Valencia: Tirant lo Blanch.
- Rogge, K.-E. (1995). *Methodenatlas. Für Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer.
- Schönplflug, W. (2000). *Geschichte und Systematik der Psychologie*. Weinheim: Beltz.
- Schorr, A. (Hrsg.). (1994). *Die Psychologie und die Methodenfrage*. Reflexionen zu einem zeitlosen Thema. Göttingen: Hogrefe.
- Sprung, L. & Schönplflug, W. (Hrsg.). (2003). *Zur Geschichte der Psychologie in Berlin*. 2., erweiterte Auflage. Frankfurt am Main: Lang.
- Sprung, L. & Sprung, H. (1987). *Grundlagen der Methodologie und Methodik der Psychologie – Eine Einführung in die Forschungs- und Diagnosemethodik für empirisch arbeitende Humanwissenschaftler*. 2. Auflage. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- Sprung, L. & Sprung, H. (2000). *Methodenlehre der Psychologie – System und Geschichte*. *Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie* 21 (1), 31–48.
- Sprung, L. & Sprung, H. (2001a). *Diagnostischer Urteilsprozeß und Diagnostentaxonomie - Komponenten und Invarianzkriterien*. In J. F. Beckmann & P.Y. Herzberg (Hrsg.), *Dynamik im Testen. Perspektiven auf die Zone der nächsten Entwicklung in der Psychodiagnostik*. (S. 123–134). Landau: Verlag für Empirische Pädagogik.
- Sprung, Lothar & Sprung, H. (2001b). *Grundzüge der historischen Methodenlehre*. *Psychologische Rundschau* 52 (4). 215–223.
- Sprung, L. & Sprung, H. (2001c). *History of modern psychology in Germany in 19th- and 20th-century thought and society*. *International Journal of Psychology*, 36 (6), 364–376.
- Tortosa Gil, F. (Ed.). (1998). *Una Historia de la Psicología Moderna*. Madrid: McGraw Hill/Interamericana.
- Westermann, R. (2000). *Wissenschaftstheorie und Experimentalmethodik*. Ein Lehrbuch zur psychologischen Methodenlehre. Göttingen: Hogrefe.
- Wertheimer, M. (2000). *A Brief History of Psychology*. Fourth Edition. Forth Worth: Harcourt.
- Witruk, E. & Lander, H.-J. (Hrsg.). (1999). *Informationsverarbeitungsanalysen: Kognitionspsychologische und meßmethodische Beiträge; Festschrift für Hans-Jürgen Lander zum 70. Geburtstag*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.



Jürgen Kocka

## **Krisen und Chancen der Sozialgeschichte**

Zusammenfassung des Vortrags vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 20.3.2003

1. In der internationalen Literatur herrscht die Auffassung vor, dass die Sozialgeschichte seit den späten 1970er oder frühen 1980er Jahren an Bedeutung und Kraft verloren und einen Niedergang erlebt habe. Manche meinen, sie befinde sich in der Krise.  
Dies ist nur die halbe Wahrheit, denn die letzten fünfundzwanzig Jahre brachten nicht nur Verluste, sondern auch Zugewinne. Eine erneute Hinwendung zur Sozialgeschichte in veränderter Form könnte bevorstehen. Sozialgeschichte wird zum einen als Teildisziplin der Geschichtswissenschaften und zum andern als besonderer Zugang zur allgemeinen Geschichte (Betrachtungsweise, Gesellschaftsgeschichte) verstanden. Der Blick ist auf die moderne Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart gerichtet.
2. Zu den Verlusten zählt der Bedeutungsverlust der Historischen Sozialforschung seit den 1980er Jahren. Damit ist ein Zweig der Sozialgeschichte gemeint, in dem in hohem Maße Massendaten ausgewertet und analytische Methoden benutzt werden, vor allem fortgeschrittene statistische Methoden, scharf definierte Begriffe und sozialwissenschaftliche Theorien. Als typische Untersuchungsbereiche können die Geschichte der sozialen Mobilität, der Wanderungen und der sozialen Proteste gelten. Doch beeinflussten strikt analytische Ansätze auch viele anderen Gebiete. Die Attraktivität dieser Forschungen und ihr Umfang haben vor allem in Deutschland sehr nachgelassen.  
Zu den Verlusten rechnet des weiteren, dass die Sozialgeschichte, die traditionell eng mit der Wirtschaftsgeschichte verbunden war, sich allzu sehr von dieser gelöst hat, zum Teil indem neue Verbindungen eingegangen wurden, vor allem mit der Kulturgeschichte. Während wirtschaftliche Prozesse im Zuge des sich weltweit durchsetzenden Kapitalismus unser

Leben immer fühlbarer bestimmen, ist die neuere Sozial- bzw. Sozial- und Kulturgeschichte durch eine merkwürdige Distanz zur Welt der Ökonomie bestimmt.

3. Teils aufgrund fachinterner Anstöße, vor allem aber aufgrund von Veränderungen im intellektuellen Klima der Zeit angesichts neuer gesellschaftlicher Probleme hat ein allmählicher paradigmatischer Wandel in der Sozialgeschichte stattgefunden. Seine Stationen seit den 80er Jahren werden nachgezeichnet und kommentiert: die Herausforderung der Frauen-, dann der Geschlechtergeschichte; die Kritik der Alltagshistoriker; der Aufstieg und Einfluss neuer Strömungen der Kulturgeschichte; der „linguistic turn“ mit seinen konstruktivistischen Implikationen. Vieles davon trat als Herausforderung der Sozialgeschichte auf. Es fanden heftige Debatten statt. In diesem Prozess hat sich die Sozialgeschichte behauptet. Zugleich hat sie viel Neues aufgenommen und sich zutiefst verändert. Sie ist diversifizierter, subtiler, selbstreflexiver geworden; sie kann heute die Analyse von Strukturen und Prozessen besser mit der von Handlungen, Mentalitäten und Deutungen verbinden als früher; sie hat gelernt, symbolische Praktiken zu entschlüsseln; eine neue Verknüpfung von Sozial- und Politikgeschichte kündigt sich an.
4. Zu den Gewinnen gehört auch, dass die Sozialgeschichte tief in die allgemeine Geschichte eingedrungen ist. Diese hat sich dadurch verändert und ist nicht mehr einseitig durch Politik- und Ideengeschichte geprägt.
5. Innere Expansion (Bereicherung, Ausdifferenzierung und manchmal auch Fragmentierung in immer mehr spezialisierte Teilbereiche) und äußere Expansion (Eindringen in die allgemeine Geschichte) haben, zusammen genommen, dazu geführt, dass es heute weniger notwendig, sinnvoll, ja möglich ist, von *der* Sozialgeschichte als eines mit sich identischen Faches oder einer mit sich identischen Betrachtungsweise zu sprechen. Wovon sie sich früher kritisch, oppositionell oder auch nur randständig unterschied, das hat die Sozialgeschichte mittlerweile erfolgreich durchdrungen und verändert. Aber die Sozialgeschichte definierte sich immer durch Differenz: im Gegensatz zum „mainstream“ der allgemeinen Geschichte, der nicht sozialgeschichtlich geprägt war. Mit ihrem mächtigen Gegner verliert die Sozialgeschichte zugleich einen Teil ihrer Identität. Ist das ein Sieg? Eine Krise? Oder beides zusammen?
6. Diese Entwicklungen waren und sind nicht auf Deutschland beschränkt. Eine Besonderheit der deutschen Entwicklung bestand jedoch darin, dass

es in der deutschen Sprache eine westliche und eine marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft gab, in der Bundesrepublik und in der DDR. Sozialgeschichte spielte einerseits in der historisch-materialistischen Geschichtswissenschaft der DDR immer eine gewisse, jedoch sehr untergeordnete Rolle, andererseits entwickelten sich einzelne sozialgeschichtliche Leistungen in kleinen Bereichen (Arbeitergeschichte, Volkskunde, Kulturwissenschaft, Stadt- und Agrargeschichte, etc.), insgesamt jedoch viel zögerlicher und später als in der Bundesrepublik. Aber beide Geschichtswissenschaften beobachteten einander und reagierten aufeinander. Das bewirkte Verhärtungen, das wirkte jedoch bisweilen auch als Ansporn im Wettbewerb, z. B. in der Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. Bis 1989/90.

7. Die Sozialgeschichte wird nicht mehr die faszinierende Oppositionswissenschaft werden, die sie in den 60er und 70er Jahren war. Doch andererseits wird vielfach erst heute geerntet, was damals gesät wurde. Vieles ist heute selbstverständlich, was vor 50 Jahren noch programmatisch gefordert und dann mühsam durchgesetzt wurde. In vielen ihrer Teile blüht die Sozialgeschichte durchaus, ohne immer so genannt zu werden. Auch verbreitet sich der Eindruck, dass der Kulturalismus seinen Zenit überschritten hat. Manches spricht dafür, dass ein neuer „social turn“ bevorsteht und „das Soziale“, vielleicht als „Praxis“, neu in den Vordergrund des Interesses der Historiker rückt. Die Sozialgeschichte wird verstärkt auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren haben, einerseits durch den internationalen und interkulturellen Vergleich, andererseits durch transnationale Ansätze neuer Art wie z. B. Verflechtungsgeschichte.
8. Dreierlei bleibt zentral für Sozialgeschichte, im Unterschied zu manchen anderen historischen Bereichen und Ansätzen. 1. Sozialhistoriker weisen den strikten methodologischen Individualismus zurück und sind nicht nur an einzelnen Biographien und Begebenheiten interessiert, sondern immer auch an kollektiven, an gesellschaftlichen Phänomenen, und dazu gehört: soziale Ungleichheit der verschiedensten Art. 2. Sozialgeschichte steht gegen die „Balkanisierung“ der Geschichtswissenschaft, gegen ihre Fragmentierung durch Überspezialisierung; es geht ihr häufig um Zusammenhangserkenntnis durch Betonung des Sozialen im weitesten Sinn. 3. Es gehört zu den Überzeugungen der Sozialhistoriker, dass die Welt der Geschichte nicht hinreichend als Zusammenhang von Erfahrungen, Deutungen, Diskursen und Handlungen erschlossen werden kann, vielmehr Erfahrungen, Deutungen, Diskurse und Handlungen Bedingungen und

Folgen haben, die ihnen nicht oder nicht offen präsent sind; sie sind als – auch soziale – Strukturen und Prozesse zu analysieren. 4. Während viele Historiker, besonders in der Kulturgeschichte, heute weniger nach den Ursachen und mehr nach den Bedeutungen historischer Phänomene fragen, besteht man in der Sozialgeschichte auf der Historikerpflicht zur Erklärung und auf der Notwendigkeit, nach Ursachen und Folgen zu fragen. Nur so lässt sich – vielleicht – aus Geschichte lernen.

Hingewiesen sei auf die Broschüre „Sozialgeschichte in Deutschland seit 1945. Aufstieg – Krise – Perspektiven“ von Jürgen Kocka, erschienen in der Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 47, Bonn-Bad Godesberg 2002. Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn, e-mail: [doris.fassbender@fes.de](mailto:doris.fassbender@fes.de) oder telefonisch unter 0228-883 473.

Manfred Neuhaus

### **Transatlantische Korrespondenzen von Marx und Engels**

Kurzmitteilung, vorgetragen vor der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 20. Dezember 2001<sup>1</sup>

Mit Kollegen Martin Hundt teile ich das Vergnügen, Ihnen einen neuen Band der Marx-Engels-Gesamtausgabe zu präsentieren. Es ist der Band 14 der Ersten Abteilung. Damit liegen sechzehn von 32 Bänden der Werke, Artikel und Entwürfe und 45 von 114 Bänden der Gesamtausgabe vor.

Der neue MEGA-Band<sup>2</sup> dokumentiert eine von der tradierten Forschung und Rezeption eher stiefmütterlich behandelte Komponente des Schaffens von Marx und Engels – ihre Korrespondententätigkeit für die „New-York Tribune“ und die Breslauer „Neue Oder-Zeitung“ im Jahre 1855, insgesamt 200 Artikel und Entwürfe, darunter 33 Texte, die erstmals in einer Ausgabe ihrer Werke veröffentlicht werden. Neben Marx' Entwurf „The commercial crisis in Britain“ und zwei Konzepten für Beitragsfolgen über den Panlawismus aus der Feder von Engels, handelt es sich dabei um anonym veröffentlichte Artikel in der „New-York Daily Tribune“, für die die Autorschaft von Marx und Engels im Kommentarband begründet wird.

Marx und Engels waren ein reichliches Jahrzehnt, von 1851 bis zum Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges, Leitartikler einer der größten und einflußreichsten Zeitungen der Welt. Von dem späteren Präsidentschaftskandidaten Horace Greeley gegründet und von Charles Dana, dem künftigen Nachrichtendienstchef der Union redigiert, galt die „New-York Tribune“ als Geburtshelferin der Republikanischen Partei. 1854 betrug ihre Gesamtauflage 152.280 Exemplare, womit sie selbst die berühmte Londoner „Times“

---

1 Siehe auch Manfred Neuhaus: Zum Stand der Arbeit an der Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Berlin. Bd. 34. Jg. 1999. H. 7. S. 129–133.

2 Karl Marx / Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung. – Erste Abteilung: Werke. Artikel. Entwürfe. Bd. 14: Werke. Artikel. Entwürfe Januar bis Dezember 1855. Bearbeitet von Hans-Jürgen Bochinski und Martin Hundt. Unter Mitwirkung von Ute Emmrich und Manfred Neuhaus. Berlin: Akademie Verlag 2001. XV, 831 S. Text und S. 832–1695 Apparatus.

übertraf. Dieser Erfolg wurde diesseits des Atlantik, nicht zuletzt in preußischen Amststuben, aufmerksam registriert: „Die New-York Tribune Zeitung und Wochenblatt“, berichtete die Zentralpressestelle dem Innenminister, „ist ein Organ der whigistischen Parthei, gefällt sich aber sonderbarer Weise in socialistischen Extravaganzen“.

Etwa die Hälfte der in der Regel mit 2 Pfund Sterling honorierten 500 Manuskripte des ungewöhnlichen Journalistenduos Marx / Engels hat Charles Dana als ungezeichnete Leitartikel veröffentlicht und das Gerücht lanciert, General Winfield Scott habe die aufsehenerregenden Militärkolumnen darunter verfaßt. Daß ihr tatsächlicher Autor als Manager eines mittelständischen Textilunternehmens im fernen Manchester tätig war und Friedrich Engels hieß, dürfte nur wenigen Zeitgenossen bekannt gewesen sein und gibt Edition und Forschung noch nach anderthalb Jahrhunderten so manches Rätsel auf. Damit wären wir beim editionsphilologischen Kernproblem unseres neuen Bandes, den von unserem verehrten Kollegen Dr. Hans Bochinski in bewunderungswürdiger Weise geführten Autorschaftsbestimmungen und Echtheitsprüfungen.

Neben dem Erkennen literarischer Fälschungen und der Identifizierung von Autoren anonym oder unter Pseudonym erschienener Veröffentlichungen, denken wir an die verschlungenen Pfade der Shakespeare-, Nietzsche- oder Kafkaphilologie, gehört die Bestimmung der Zuverlässigkeit der jeweiligen Textgestalt zu den Hauptaufgaben des Editors. Wie ein Detektiv sucht er „Spuren“ und gelangt zu „Indizien“, d. h. festgestellten „Tatsachen“, mit deren Hilfe die Autorschaft hinreichend begründet oder ausgeschlossen werden kann.

Im Falle der Mitarbeit von Marx und Engels an die „New-York Tribune“ handelt es sich meist um dreierlei Spurenarten: *Erstens* die überlieferten Parallelstellen aus Briefwechsel, Notizbüchern sowie früheren und späteren Texten von Marx und Engels, *zweitens* damit kongruenten Textpassagen in ungezeichneten Leitartikeln der „New-York Daily Tribune“ sowie *drittens*, Autoren und Redaktion kommunizierten ja noch nicht per E-Mail oder Fax, die Rekonstruktion des transatlantischen Postschiffverkehrs. Der Editor ist also zunächst gehalten, alle formalen Autorschaftsindizien in einer widerspruchsfreien Beweiskette zu synchronisieren, bevor in einem zweiten Schritt anhand von textkongruenten Parallelstellen die eigentliche Echtheitsprüfung vorgenommen wird.

Bochinskis Forschungsertrag ist ungewöhnlich und fügt dem von mehreren Editorengenerationen erforschten Oeuvre von Marx und Engels zwanzig „neue“ Texte hinzu. Dazu kann ich ihn nur beglückwünschen.

Das Themenspektrum des neuen Bandes, gestatten Sie bitte noch diesen Ausblick, umfaßt die großen Fragen der europäischen Politik und Diplomatie, Konjunkturbeobachtung, Parlamentsberichterstattung sowie Kriegskunst und Militärgeschichte. Mit einer an den Werken Helmuth von Moltkes und Adolf von Zastrows geschulten Analytik kommentiert Engels die Gefechte, Schlachten und Belagerungsoperationen des Krimkrieges, der der erste Krieg der Moderne gewesen sein dürfte, in dem das Industriepotential und die bessere Infrastruktur den Ausgang entschieden. So gesehen war Sevastopol' eine Vorwegnahme von Verdun und ging in der mörderischen Monotonie des Materialeinsatzes, wie Engels als einer der ersten Zeitgenossen beobachtet hat, alle Strategie verloren. Für ihn war die Unentschlossenheit der Alliierten ein untrügliches Indiz dafür, daß, so Engels Diagnose, „in demselben Maße, wie sich während der langen Friedensperiode das *Kriegsmaterial* durch den industriellen Fortschritt verbessert hat, die *Kriegskunst* heruntergekommen ist. Hätte ein Napoleon die Batterien vor Sewastopol gesehen, die vor acht- und zehnzölligen Geschützen starteten, so hätte er unwiderstehlich einen Lachanfall bekommen“ (MEW 10. S. 543. – MEGA I/13. S. 534).

Der Leser blickt, dies dürfte den besonderen Reiz des Bandes bestimmen, in die Schreibwerkstatt eines Journalistenduos, das gleichzeitig für ein Millionenpublikum in den Vereinigten Staaten und für eine der Zensur unterworfenen preußischen Regionalzeitung“ korrespondiert, ohne für die Leserschaft aus der Anonymität herauszutreten.

## Volker Külöw

Zur Erinnerung an das Korrespondierende (Auswärtige) Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR Auguste Cornu (1888–1981)

### **„Die Marxsche Lehre erscheint dann nicht mehr als ein fertiges Fabrikat ...“**

„Ich bewundere Ihre Arbeitskraft, die Sie Ihrem Lebenswerk widmen. Kann es eine schönere Genugtuung geben, als so viele Schüler zu haben?“<sup>1</sup> Mit diesen Worten zollte der österreichische Philosoph Walter Hollitscher Ende 1977 in einem Brief dem fast neunzigjährigen Auguste Cornu gegenüber seinen Respekt für dessen jahrzehntelanges Wirken bei der Erforschung und Darstellung der Entstehung des Marxismus. Bereits zum 95. Geburtstag „ein Gegenstand biographischen Interesses“<sup>2</sup>, versteht sich die vorliegende Skizze aus dem Nachlaß als ein kleiner Beitrag zur Würdigung Cornus und zugleich als ein Mosaikstein zur Geschichte der Marx-Engels-Forschung.<sup>3</sup>

Auguste Cornu, im Geistesleben Frankreichs und der DDR gleichermaßen beheimatet, wurde am 9. August 1888 in Beaune als Sohn einer französischen Lehrerfamilie geboren. Die Weichen, die ihn den Weg von der bürgerlichen Intelligenz an die Seite der Arbeiterbewegung finden ließen, waren früh gestellt. Von einschneidender Bedeutung für seine geistige und

- 1 Walter Hollitscher an Auguste Cornu, 29. Dezember 1977. Archiv der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nachlaß Auguste Cornu.  
Für wichtige Auskünfte zu Leben und Werk von A. Cornu bin ich W. Markov (Leipzig) sowie E.P. Kandel und B.M. Rudjak (Moskau) zu großem Dank verpflichtet.
- 2 Heinrich Scheel Begrüßung und Laudatio. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Dem Wirken Auguste Cornus gewidmet. Festliches Kolloquium der Akademie der Wissenschaften der DDR zu Ehren des 85. Geburtstags von Auguste Cornu am 20. September 1973. Berlin 1975, S. 6–10. (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR 1973, Nr. 20). Die Publikation der Materialien des Kolloquiums enthält u. a. Beiträge von Johannes Irscher, Bruno Kaiser, Hermann Klenner, Werner Krauss, Jürgen Kuczynski, Walter Markov, Wolfgang Mönke, Karl Obermann u. a. sowie einen abschließenden Artikel des Jubilars über „Die Entwicklung des Marxismus bis 1852“
- 3 Vgl. zu den jüngsten MEGA- und HKWM-Aktivitäten und deren Resultate die Beiträge von Wolfgang Neuhaus und Gerald Hubmann in diesem Band.



politische Entwicklung wurde dabei die Studienzeit in Deutschland in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg. Nach dem Besuch der Leipziger Universität als Gasthörer 1907 ging er im Oktober des gleichen Jahres nach Berlin und studierte dort fast zwei Jahre Philosophie. Vorlesungen bei dem Neukantianer Alois Riehl über Friedrich Nietzsche standen dabei ebenso auf dem Programm wie die Lehrveranstaltungen Gustav Schmollers zur Lage der arbeitenden Klassen.<sup>4</sup>

Außerhalb der Universität knüpfte Cornu Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung, nahm am Kampf des deutschen Proletariats gegen das Dreiklassenwahlrecht teil, lernte Arbeiterführer wie Rudolph Breitscheid und Georg Ledebour kennen und begegnete Karl Liebknecht. Durch seine Bekanntschaft mit dem französischen Sozialisten Gustave Hervé konnte er im Juni 1907 sogar den Kongress der II. Internationale in Stuttgart besuchen. Der Eintritt in die Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) war eine logische Konsequenz dieser Entwicklung.

In den zwanziger und dreißiger Jahren arbeitete er als Lehrer, war Funktionär in der französischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und publizierte zahlreiche Aufsätze. Mit seiner 1934 veröffentlichten Arbeit „Moses Hess et la Gauche hégélienne“ und der im gleichen Jahr publizierten „La Jeunesse de Karl Marx“ eröffnete Cornu in Frankreich das systematische Studium der Geschichte des Marxismus. Während des zweiten Weltkrieges kämpfte er in den Reihen der Résistance aktiv gegen den Faschismus, in dem er u. a. auch Vorlesungen über die Ursachen der Niederlage Frankreichs und die Kriegsziele des faschistischen Deutschlands hielt. Im September 1944 trat er in die Französische Kommunistische Partei ein, der er bis zu seinem Lebensende angehörte. Im gleichen Jahr traf ihn ein schwerer persönlicher Schlag, als bei einem Bombenangriff auf Nîmes seine Frau und sein Sohn ums Leben kamen.

Nach dem Krieg nahm er eine Lehrtätigkeit an der Pariser Sorbonne auf. Im Jahre 1949 folgte er einem Ruf an die Leipziger Universität als Gastprofessor für Vergleichende Geistes- und Literaturgeschichte der Neuzeit. Werner Krauss hob in seinem damaligen Gutachten, das ebenso wie die Ein-

---

4 Siehe Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Universitäts-Registrierung, Vol. 1704, Nr. 58. Den nachhaltigen Einfluss dieser Gelehrten auf die damaligen Studenten beschreibt anschaulich der bekannte Engels-Forscher Gustav Mayer, der 15 Jahre vor Cornu bei Riehl und Schmoller Lehrveranstaltungen besucht hatte. Siehe Gustav Mayer. Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung München 1949, S. 27–30, 53/54

schätzung Hans Meyers als Grundlage für den Berufungsbeschluss diene, zu den bisherigen Arbeiten Cornus hervor: „Die Marxsche Lehre erscheint dann nicht mehr als ein fertiges Fabrikat, das in die Frühzeit hineingedeutet wird, vielmehr wird die Teilnahme des jungen Marx an der philosophischen und literarischen Bewegung des deutschen Geisteslebens ergründet und damit ein Problem gesehen, an dem sowohl die bürgerliche wie die sozialistische Forschung bisher vorbeisah.“<sup>5</sup>

Zwei Jahre hielt Cornu in Leipzig Lehrveranstaltungen, insbesondere zum Marxismus und seiner Entstehung, zur Entwicklung der neueren französischen Philosophie sowie zur Geschichte des utopischen Sozialismus. Besonders enge Beziehungen knüpfte er in seinen Leipziger Jahren zu Ernst Bloch und Walter Markov.

Ende 1951 siedelte Cornu in die DDR-Hauptstadt über, wo er an der Humboldt-Universität bis 1956 den Lehrstuhl für Kulturgeschichte inne hatte. Danach wirkte er bis ins hohe Alter als Beauftragter für die Marx-Engels-Forschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Mit seiner ersten größeren deutschsprachigen Publikation<sup>6</sup> und seiner Lehrtätigkeit in den fünfziger Jahren hatte Cornu einen großen Anteil bei der Durchsetzung der marxistischen Philosophie in der DDR und trug zusammen mit zahlreichen anderen bewährten Kommunisten und marxistischen Wissenschaftlern dazu bei, eine neue Generation marxistischer Philosophen in der DDR heranzubilden.<sup>7</sup>

Cornu war Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, als Auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR verfügte er über sehr gute Beziehungen zu sowjetischen Philosophen und Marx-Engels-Forschern. Am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau studierte er die Archivbestände für seine Marx-Engels-Biographie und organisierte deren Übersetzung in die russische Sprache. Bei dieser Arbeit wurde er wie in vielen anderen Fragen von seinem langjährigen Assistenten Wolfgang Mönke unterstützt. Enge persönliche und wissenschaftliche Kontakte verbanden ihn daneben mit seinen Genossen in Frankreich, das er jedes Jahr längere Zeit besuchte.

5 Universitätsarchiv Leipzig, PA, 385

6 Vgl. Auguste Cornu: Karl Marx und die Entwicklung des modernen Denkens. Beitrag zum Studium der Herausbildung des Marxismus. Berlin 1950.

7 Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre. Berlin 1979, S. 110. (Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland. Bd. 3)

Im Jahre 1954 erschien der erste Teil seiner dreibändigen Marx-Engels-Biographie (Bd. 2: 1962; Bd. 3: 1968). Sie waren die Krönung seiner weit über fünfzigjährigen Beschäftigung mit dem Leben und Werk von Marx und Engels. Der vierte Band unter dem geplanten Titel „Karl Marx und Friedrich Engels in der Zeit des Vormärz (1846–1848)“ konnte trotz umfangreicher und im Nachlaß überlieferter Vorarbeiten nicht mehr fertiggestellt werden, da Cornu sehr viel Kraft in die angestrebte Überarbeitung der ersten drei Bände investierte und daneben in den letzten Lebensjahren oftmals an Krankheiten litt.

Cornus Doppelbiographie, die sich stark den biographischen Forschungen Franz Mehrings und Gustav Meyers über Marx und Engels verpflichtet fühlte, zählte zu den im internationalen Maßstab herausragenden Leistungen der Marx-Engels-Forschung in den fünfziger und sechziger Jahren, wie nicht zuletzt eine Vielzahl von vorliegenden oder Teilübersetzungen des Werkes dokumentierten.<sup>8</sup> Diesen Stellenwert erwarb sich seine Arbeit vor allem deshalb, weil sie eine, gestützt auf umfangreiches archivalisches Material und die breite zeitgenössische Presse, historisch-quellenmäßig sehr gründlich dokumentierte Darstellung des Entwicklungsganges von Marx und Engels bis 1846 gibt. Erstmals wurde in dieser Ausführlichkeit gezeigt, unter welchen gesellschaftlichen, politischen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen und Bedingungen sich ihre Anschauungen formten. Gerade durch dieses Herangehen gelang Cornu der überzeugende Nachweis, dass Marx und Engels durch die unmittelbare Teilnahme an den Kämpfen ihrer Zeit und aus eigener genauer Kenntnis der deutschen, englischen und französischen Arbeiterbewegung sowie durch die kritische Aneignung der fortschrittlichsten Ergebnisse der Philosophie, Ökonomie, Geschichte und Sozialkritik zu ihren Erkenntnissen gelangten.

Als Philosophiehistoriker unterstrich Cornu dabei immer wieder in besonderem Maße – und damit manchmal auf Kosten anderer Zusammenhänge – die Beziehung von Marx und Engels zur junghegelianischen Bewegung, wie Helmut Seidel bereits 1968 in seiner bis heute gültigen Bewertung der Biographie betonte.<sup>9</sup>

---

8 Neben den vollständigen Übersetzungen in die französische (1955–1970), polnische (1959–1969) und russische Sprache (1959–1968) erschienen u. a. auch Teilübersetzungen ins Spanische (1967) und Ungarische (1969–1969).

9 Vgl. Helmut Seidel. Ein Lebenswerk. Die Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels. Bemerkungen zu Auguste Cornus Werk: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Aufbau-Verlag. Berlin. Band 1. 1954. Band 2. 1962. Band 3. 1969. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 16 (1968) 7, S. 835

Von besonderer Bedeutung für die weite Ausstrahlung des Werks von Cornu waren die in ihr enthaltenen Analysen und Charakterisierungen der frühen philosophischen Stellungnahmen von Marx und Engels, insbesondere Marx' Doktordissertation und seine „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ sowie die „Deutsche Ideologie“, die einen wertvollen Beitrag zur philosophiehistorischen Erforschung des Marxismus leisteten.

Es macht den eigentümlichen Reiz dieses Werkes aus, so nochmals Helmut Seidel, „dass die gekonnte Zusammenstellung einer ungeheuren Fülle historischer Quellen, die sich auf die allgemeine Geschichte, auf die Geschichte der politischen, ideologischen und philosophischen Strömungen der betreffenden Zeit und besonders natürlich auf das Leben von Marx und Engels beziehen, ein plastisches Bild vom Wirken der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus in ihrer Zeit entsteht.“<sup>10</sup>

Für seine außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiet der Marx-Engels-Forschung und der Philosophiegeschichte erhielt Auguste Cornu, der am 6. Mai 1981 im 93. Lebensjahr verstarb, u. a. den Nationalpreis der DDR, den Karl-Marx-Orden, den Vaterländischen Verdienstorden in Gold, den Friedrich-Engels-Preis der Akademie der Wissenschaften der DDR und den „Stern der Völkerfreundschaft“ der DDR.

Den vorliegenden Erinnerungsbericht über sein Berliner Studentenleben, gewidmet seinem „camarade Heinrich Scheel“, verfasste Auguste Cornu mit hoher Wahrscheinlichkeit Ende 1979. Inhalt und Stil bezeugen, dass der zu diesem Zeitpunkt bereits 91jährige Cornu trotz schwerer Krankheit noch immer humorvoll und fesselnd zu schreiben verstand. Leben und Werk des namhaften französischen Marx-Engels-Forschers sind in der DDR nur wenig untersucht worden, wobei wichtige Aspekte der Jahre vor 1945 auf Grund unzureichender Quellenkenntnis nur ansatzweise dargestellt werden konnten.

Es ist daher umso erfreulicher, an dieser Stelle ein persönliches Dokument von hoher Aussagekraft über seine Jugendzeit präsentieren zu können. Die freundliche Erlaubnis zur Veröffentlichung erhielt ich noch von Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Scheel (1915–1996), die ich jetzt in den Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät einlösen möchte.

---

10 Ebenda, S. 838

Auguste Cornu

## **Mein Studentenleben an der Berliner Universität**

An der Berliner Universität studierte ich von Oktober 1907 bis Oktober 1913 mit einer Unterbrechung von zwei Jahren, in der ich einen Militärdienst absolvierte. Die Berliner Universität galt damals mit Recht als die beste deutsche Universität. In jeder Fakultät wurden nur solche Lehrkräfte als Ordentliche Professoren berufen, die in ihrem Fach als Wissenschaftler von Rang anerkannt wurden. Darum war sie auch viel besucht; sie zählte damals etwa 6.000 Studenten und schon etliche Studentinnen. Die Studenten verkehrten untereinander gemäß ihrer sozialen Herkunft. Die Adligen und die Söhne reicher Eltern, deren Väter eine ansehnliche Position innehatten, bildeten „Korps“. Bei den Korpsstudenten wurde wenig studiert, dafür aber umso mehr gekneipt und duelliert. Abends versammelten sich die Korpsstudenten in Lokalen, die mit deren Farben geschmückt waren. Bis spät in die Nacht wurde Bier auf Bier getrunken und dabei gejodelt und gesungen. Die Korpsstudenten wurden dazu verpflichtet, sich regelmäßig zu duellieren, selten mit Säbeln, meistens mit Rapiere, die am Ende äußerst scharf geschliffen waren. Beim Duell wurden die Augen durch starke Brillen und der Hals durch einen dicken Streifen Tuch geschützt. Das Duell dauerte so lange, bis einer der Duellanten einen oder zwei Schmissee bekam, die so stark bluteten, daß er nicht mehr imstande war, weiterzukämpfen. Auf die Narben der Schmissee waren sie sehr stolz, weil sie davon zeugten, daß sie einem Korps angehört hatten. Sie studierten fast alle Jura, denn sie wollten als höhere Staatsbeamte Karriere machen. Um das Examen zu bestehen, engagierten sie einen armen Schlucker, der ihnen in kurzer Zeit die nötigen Kenntnisse einpaukte. Zur Erlangung einer ansehnlichen Beamtenstelle verhalfen ihnen, und dies war der eigentliche Sinn und Zweck der Korps, die Korpsväter, d.h., die Unterstützung ehemaliger Mitglieder ihrer Korps, die meistens eine höhere Stellung im Staatsdienst bekleideten, und ihnen bei ihrer Laufbahn sehr behilflich waren. Die anderen Studenten, zu denen ich gehörte, bildeten „Die freie Studentenschaft“. Die meisten von ihnen waren arm, mußten ihren Lebensunterhalt schwer verdienen und waren darauf angewiesen, eifrig zu lernen, um so rasch wie möglich über das Examen eine Stellung im Staatsdienst zu erwerben. Daher ging es in der „Freien Studentenschaft“ viel bescheidener zu, als in den Korps.

Als Neuphilologe studierte ich hauptsächlich deutsch, da ich Oberlehrer für deutsche Sprache in Frankreich werden wollte. Ich hörte vornehmlich bei Erich Schmidt und Röthe. Erich Schmidt las über die deutsche klassische Literatur von Lessing bis zur Romantik. Er war durch die Entdeckung der ersten Fassung von Goethes ‚Faust‘, dem ‚Urfaust‘, berühmt geworden. Er war äußerst bewandert auf seinem Gebiet. Man konnte ihm irgendeine Frage über einen unbekanntem Schriftsteller oder über ein verschollenes Werk aus dieser Zeit stellen, er wußte immer Bescheid. Vom Profil bot sein Gesicht eine gewisse Ähnlichkeit mit dem von Goethe. Dies war vielleicht der Grund, weshalb er sich die Gunst und die Bewunderung einer Anzahl von älteren Jungfern zugezogen hatte, die die ersten Reihen des Hörsaals, in welchem er seine Vorlesungen hielt, besetzten und seinen Worten mit religiöser Andacht lauschten. Erich Schmidt war kein tiefer, origineller Geist. Er betrachtete die Werke der Klassiker vom hergebrachten Standpunkt nach dem Vorbild von Scherer und kommentierte sie in diesem Sinne, ohne zu versuchen, sie in ihren Beziehungen zu den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen ihrer Zeit zu analysieren. Aber er verstand es, eine klare, vollständige Übersicht von den Klassikern zu geben.

Röthe war ein ganz anderer Menschentyp. Eher unersetzlich, kräftig gebaut, temperamentvoll, las er nicht wie Erich Schmidt mit ruhiger Würde, sondern immer mit Schwung und Leidenschaft. Als überzeugter Deutschtümler, verachtete er die Ausländer und hatte einen besonderen Haß auf die Franzosen. Als er in einer Vorlesung auf die Miniaturen in den Heidelberger Manuskripten zu sprechen kam, gab er nur mit unverhohlenem Groll zu, daß die Miniaturen der französischen Handschriften unvergleichlich schöner seien. Er mochte keine weiblichen Studenten in seinen Vorlesungen leiden. Um sie zu verscheuchen, erwähnte er fast bei jeder Vorlesung derbe, unanständige Zoten, die er meistens aus den Werken von Mönchen entnahm. Die Studentinnen ließen sich aber dadurch nicht davon abbringen, bei ihm weiter zu hören.

Ich hörte auch eine Zeitlang bei einem Professor Mayer, der über die moderne deutsche Literatur bis etwa 1860 las. Er war äußerst belesen, vermochte aber das Gelesene nicht zu beherrschen und richtig zu verwerten, so daß er in seinen Vorlesungen nichts Interessantes bot und sich daher den Spottnamen ‚Der verlesene Mayer‘ zugezogen hatte.

Die zeitgenössische Literatur wurde durch einen Privatdozenten Herrmann behandelt. Im Gegensatz zu Mayer brachte er in jeder Vorlesung neue Ansichten hervor. Das kam wohl daher, dass er wenigstens den Versuch

machte, die Entwicklung der Literatur aus gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Anstatt aber die realen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Betracht zu ziehen, faßte er die Entwicklung der Literatur als Ergebnis der aufeinanderfolgenden Generationen auf. Außerdem hörte ich bei dem Philosophen Georg Simmel und bei dem Historiker Kurt Breysig.

Simmel war ein scharfsinniger Geist, der immer Interessantes vortrug. Er war ein Idealist etwa im Sinne von Bergson, den er sehr hoch schätzte. Da ich schon materialistisch orientiert war, konnte er keinen bleibenden Einfluss auf mich ausüben.

Am meisten lernte ich bei Kurt Breysig, der ein origineller Geist und in seinem Hauptwerk „Vom Werden der Geschichte“ zu neuen Ansichten über die Entwicklung der Geschichte gelangt war. Unter anderem lernte ich durch ihn den eigentümlichen Charakter der französischen gesellschaftlichen Verhältnisse im 18. Jahrhundert kennen. Die damals vorherrschenden Liebesverhältnisse erläuterte er an Hand von Bildern von Boucher, Fragonard und Watteau. In den von den beiden erstgenannten Malern dargestellten Liebes-szenen gab es nur leichte Erotik, ohne jede Spur von Leidenschaft. Aus den Bildern von Watteau, besonders aus seinem „Gille“ und seinem „Embarquement pour Cythere“ war zu ersehen, daß aus dieser leichten Erotik keine rechte Befriedigung zu schöpfen war, woraus sich die im Grunde tieftraurige Stimmung erklärte, die diese Bilder prägte, wie auch die darauffolgende Reaktion von Rousseau erklärte.

Zusätzlich hörte ich bei dem Nationalökonom Gustav Schmoller, der mit seinem Kollegen Adolph Wagner sich den Beinamen „Kathedersozialist“ zugezogen hatte, weil er bemüht war, eine friedliche Lösung der sozialen Probleme zu finden. Er dachte nicht daran, daß die soziale Frage dadurch zu lösen sei, daß die Arbeiter einen gerechten Anteil an dem Verkauf der von ihnen produzierten Waren bekämen, sondern zog nur solche Lösungen in Betracht, die den Kapitalismus nicht beeinträchtigen sollten. So meinte er, die Lage der Arbeiter sei dadurch zu verbessern, daß jeder einen kleinen Garten, einen „Schrebergarten“ besitze, der ihm einen zusätzlichen Ertrag bringen sollte.

Als Student lebte ich sehr flott, weil ich über viel Geld verfügte. Mein Vater gab mir monatlich 100 Mark, was an sich schon eine ansehnliche Summe war, da ein Postzusteller damals ein monatliches Gehalt von 70 Mark erhielt. Ebensoviele Geld verdiente ich durch Privatunterricht der französischen Sprache, der mir 3 Mark pro Stunde einbrachte. Zu diesem Zweck ließ ich in regelmäßigen Abständen folgende Anzeige in Berliner Morgenblättern

erscheinen: „Französischer Student erteilt Unterricht“. Manche Antworten kamen von Frauen, die mit ihren Beziehungen zu ihren Männern unzufrieden waren, weil diese sie nicht ganz befriedigten. Da die Franzosen damals noch, wie im 18. Jahrhundert, in Deutschland im Ruf von unvergleichlichen Don Juans standen, von denen die höchste Wonne im Bereiche der Liebe zu erwarten war, so meldeten sich diese Frauen hoffnungsvoll bei mir. Daher nahm auch der Unterricht mit ihnen manchmal eine eigenartige Wendung. Bei der ersten Unterredung fragte mich gelegentlich die eine oder die andere erwartungsvoll: „Was verstehen Sie eigentlich unter französischem Unterricht?“ Worauf ich zu antworten pflegte: „Je nach Belieben, gnädige Frau“. So gestaltete sich mitunter der Unterricht so, daß, wenn ich bei dem nächsten Besuch einer dieser eigenartig interessierten Frauen sie bat Platz zu nehmen, sie gleich auf dem Bett landete.

Die meisten Unterrichtsstunden gab ich Schülern, aber auch Offizieren, u. a. einem Major der Militärakademie, der wie die Generäle einen roten Streifen an den Hosen trug. Er war, wie die anderen Offiziere, an der französischen Sprache besonders interessiert, weil Frankreich damals neben Deutschland die größte Militärmacht war. Er verachtete die Franzosen als degeneriertes Volk und war davon überzeugt, es würde eine Kleinigkeit für Deutschland sein, im Kriegsfall das französische Heer zu vernichten. So freute er sich, daß der Kaiser die richtige Antwort auf die Eroberung Marokkos seitens Frankreichs durch die Entsendung eines Kreuzers zum Hafen Agadir gegeben hatte, um die französische Regierung zu Verhandlungen zu zwingen. Um einen drohenden Krieg zu vermeiden, hatte die französische Regierung auch nachgegeben und sich bereit erklärt, Konzessionen zu machen, die in der Abtretung eines Teils von Camerun an Deutschland bestanden. Die diesbezüglichen Verhandlungen hatten eben in Berlin stattgefunden. Nach Abschluß des Vertrages hatte die deutsche Militärdelegation die französische zu einem kleinen Fest in ein Lokal eingeladen. Am Ende des Festes hatte der Chef der deutschen Delegation das Orchester gebeten, zu Ehren der Gäste die Marseillaise zu spielen. Als Dank dafür wollte der Chef der französischen Delegation die deutsche Nationalhymne ertönen lassen. Der Chef der deutschen Delegation winkte aber mit der taktvollen Bemerkung ab: „Aber doch nicht in einem solchen Lokal“, das aber gut genug für die Marseillaise war.

Zusätzliches Geld verdiente ich außerdem drei Semester lang als Lehramtsassistent. Als solcher war ich verpflichtet, mich eine Stunde täglich mit Primanern oder Oberprimanern in französischer Sprache zu unterhalten. Da-



für bekam ich ein monatliches Gehalt von 110 Mark, so daß ich so lange wie ich diese Stelle hatte, reich wie ein Mabob war.

Die beiden ersten Semester als Lehramtsassistent verbrachte ich in der Goetheschule, einem ansehnlichen Gymnasium in Wilmersdorf. Meine Beziehungen zum Direktor waren nicht die besten. Er war ein Hurra-Patriot, ein Deutschtümler, der die Franzosen nicht leiden konnte. Sein Haß auf sie wurde damals durch die Ereignisse in Marokko geschürt und er ließ mich ihn bei jeder Gelegenheit spüren. Da ich unter diesen Bedingungen ungern Unterricht an diesem Gymnasium erteilte, benutzte ich den Umstand, daß mir in der Wohnung ein Telefon zur Verfügung stand, um öfters zu melden, ich sei unpäßlich und nicht in der Lage, Unterricht zu erteilen. So verwunderte es mich nicht, als der Direktor mich am Ende des Semesters zu sich rufen ließ und mir mit bissiger Stimme den Dienst kündigte. Ich reagierte nicht darauf, denn am Tage vorher hatte ich die offizielle Anweisung erhalten, daß ich im nächsten Semester weiterhin als Lehramtsassistent in der Goetheschule tätig sein sollte.

Als ich zu Beginn des nächsten Semester wieder in der Goetheschule erschien, konnte der Direktor seine Wut nicht verbergen. Das hinderte mich nicht daran, mich weiterhin des Telefons zu bedienen, um mich krank zu melden.

Das dritte Semester als Lehramtsassistent verlebte ich in Posen. Es gab dort weitere drei Lehramtsassistenten, die in anderen Gymnasien tätig waren. Man lebte damals in Posen in einer gespannten politisch-sozialen Atmosphäre. Posen war die Hauptstadt des Teils von Polen, den sich Preußen bei der Teilung dieses Landes angeeignet hatte. Die Politik der damaligen preußischen Regierung bezweckte, diese Provinz so rasch wie möglich zu germanisieren und zwar durch das Vertreiben der polnischen Bauern von ihrem Landbesitz und deren Ersetzung durch deutsche Bauern. Dieser Prozeß war zu dieser Zeit in vollem Gange. Diese Politik stieß aber auf den entschiedenen zähen Widerstand aller Polen, die mutige und überzeugte Patrioten waren. Sinnbild für ihre Hoffnung auf die Befreiung und die Wiedervereinigung Polens war der weiße in Marmor gehauene polnische Adler, der von der Spitze des Turmes des Domes entfernt, nun an dessen Fassade hing.

Da wir vier Lehramtsassistenten uns mehr von den Polen als von den Deutschen angezogen fühlten, verkehrten wir am liebsten mit Polen, besonders mit einem jungen Journalisten, der uns mit allen Verhältnissen und Ereignissen in der Stadt bekannt machte.

In Berlin wohnte ich, wie alle nicht unbemittelten Studenten, in einem möblierten Zimmer. Es war indessen eine Ausnahme, daß man als alleinstehender junger Mann in einem gemütlichen Einzelzimmer wohnen konnte. Die meisten jungen Leute verfügten nicht über das notwendige Geld, um ein solches Zimmer mieten zu können und waren darauf angewiesen, sich mit einer sogenannten Schlafstelle zu begnügen, d. h. mit anderen Menschen in einem Zimmer zu wohnen, in dem wenigstens drei Betten nebeneinander standen, die für eine Nacht oder längere Zeit vermietet wurden, so dass jeder sich mit den Bedingungen des Zusammenlebens zufrieden geben und Schnarchen und Husten vom Bettnachbarn ruhig ertragen musste. Alle wertvollen Gegenstände, die man besaß, mußte man aus Furcht vor Diebstahl unter dem Kopfkissen verstecken. Früh am Morgen wurde man vom Wirt geweckt, mußte sich rasch waschen und anziehen und das Zimmer um sieben Uhr verlassen. Die vermieteten Zimmer waren verschieden möbliert, die meisten mit alten Möbeln. Da ich als Student über viel Geld verfügte, durfte ich mir ein Zimmer aussuchen, das mir zusagte. Anfänglich wurde meine Wahl durch ein Mißverständnis bestimmt. Die gut möblierten Zimmer wurden als luxuriös angepriesen. Unter diesem Beiwort stellte ich mir aber nicht ein mit Luxus möbliertes Zimmer, sondern gemäß dem Sinne des französischen Wortes „luxurieux“ ein Zimmer mit erotischem Gepräge vor und so war ich sehr enttäuscht, anstatt von einer hübschen Dame mit durchsichtigem Kleid empfangen zu werden, es mit einer mürrischen Dame zutun zu haben, die mir eine Stube zuwies, die nichts Anziehendes hatte.

Zunächst wohnte ich, weil ich über die Lage der Dinge nicht orientiert war, bei einer Familie, die zwei Dienstmädchen hatte. Die waren relativ jung, aber schon wohlbeleibt. Besonders gern verkehrten sie mit Soldaten, mit denen sie am Sonntag tanzen gingen. Die eine war schwanger und hoffte, ich könnte ihr helfen, das Kind abzutreiben. Da ich mich bei dieser Familie nicht wohlfühlte, kündigte ich bald das Zimmer und zog in die Georgenstraße, in die unmittelbaren Nähe der Universität, zu einem langweiligen kinderlosen Ehepaar. Der Ehemann war Hotelportier und rauchte stets billige Zigarren, deren unangenehmer Geruch die ganze Wohnung verpestete. Ich kündigte das Zimmer, als ich Ende des Sommersemesters zu meinen Eltern nach Frankreich fuhr.

Wie alle jungen Männer sehnte ich mich nach Damenbekanntschaft. Dazu war es erforderlich, daß man die jungen Damen zum Tanz einlud. Da ich nicht tanzen konnte, beschloß ich mit einem anderen französischen Studenten Tanzunterricht zu nehmen. Der Tanzlehrer stand im Frack in der Mitte eines

großen Saales. An einer Wand stand eine Art Podium, auf dem gestrenge Mütter saßen, die darauf achteten, daß es beim Tanzen anständig zuging. An einer Seite des Saales standen die Mädchen, an der anderen die Jungen. Es wurden fast nur Gesellschaftstänze geübt: Rheinländer, Menuett, Pas de deux, Pas des Lanciers. Meistens faßte man die Partnerin nur am kleinen Finger, um mit ihr die verschiedenen Figuren in fast hieratischer Haltung zu absolvieren. Nur bei einem Tanz durfte man die Tänzerin um die Hüfte fassen, das war der Walzer, aber der war verpönt.

Eine andere Bedingung, die erforderlich war, um eine Dame näher kennen zu lernen, war, daß man sie in seinem Zimmer empfangen und, daß man zu diesem Zweck über ein sogenanntes „sturmfreies“ Zimmer verfügen konnte. Nach meiner Rückkehr aus Frankreich machte ich mich auf die Suche nach einem solchen Zimmer, aber keines sagte mir zu, denn sie waren alle so unfreundlich wie die Vermieterinnen selbst. Daraufhin ließ ich in den beiden Berliner Morgenblättern folgende Anzeige erscheinen: „Französischer Student sucht Zimmer“. Ich erhielt eine Menge Angebote. Die meisten stammten von Familienvätern, die mir unter der Bedingung ein billiges Zimmer anboten, daß ich ihren Kindern unentgeltlichen französischen Sprachunterricht erteilte. Diese Briefe warf ich gleich in den Papierkorb. Einige Antworten kamen von Frauen. Nach kurzer Wahl mietete ich ein schön möbliertes Zimmer bei einer freundlichen Dame und blieb dort bis zu meiner Rückkehr nach Frankreich.

Ronald Paris

## **Dogma und Toleranz**

Im Jahr 1955 erschien im Verlag der Kunst Dresden ein Buch: „Sieben grafische Zyklen italienischer Künstler“.

Ich studierte im zweiten Studienjahr Malerei in Berlin-Weißensee, als etwa zeitgleich einer der sieben Künstler – Gabriele Mucchi – an die Weißenseer Kunstschule als Lehrer berufen wurde. Eine große Bereicherung im Lehrkörper auf jeden Fall und von den Studenten, wie sich denken läßt, damals mit Neugier erwartet. Kannten wir doch schon die große Werkschau dieses Malers in der Akademie der Künste am Robert-Koch-Platz.

Der Streit um Formalismus und Realismus in der Kunst hatte gerade seinen traurigen Höhepunkt erreicht und die stalinistische Kunstästhetik verurteilte jeglichen Versuch zur Abstraktion als volksfeindlich.

Andererseits wunderte es nicht, wenn gerade italienische Künstler, die zwar Realisten waren, aber sich nicht den Dogmen eines „sozialistischen Realismus“ sowjetischer Prägung verpflichtet fühlten, von den Dogmatikern unter den Abstrakten im Westen genauso mit verurteilt wurden, wie die „Schönfärber“ unter den sowjetischen Malern.

Als „Propagandamalerei“ und „ideologieträchtig“ wurde damit jegliche ehrliche Bemühung, einen zeitgenössischen Realismus zu entwickeln, mit jener verhängnisvollen offiziellen Kunstauffassung der Nationalsozialisten im 3. Reich gleichgesetzt.

Jene Pauschalisierung wirkt bis in unsere Tage. So verwundert es nicht, wenn ein Guttuso zwar gerade noch akzeptiert wird von den „Meinungsmachern“ des Kunstmarktes, aber sehr viele Künstler der großen „Realismo-Bewegung“ in Italien – um nur einige zu nennen: Zigaina, Treccani, Mazzullo, Vespignani, Pizzinato, Guerreschi und eben auch Mucchi – der breiten Öffentlichkeit im Westen Deutschlands bisher fast unbekannt blieben.

Die notwendige Aufarbeitung der jüngsten europäischen Kunstgeschichte des Realismus muß an anderer Stelle, als in diesem Text, betrieben werden, damit guten Bildern und guter Malerei, unabhängig von derzeit einseitig geführter politischer Polemik, eines Tages Gerechtigkeit widerfahren kann!

Einer undifferenzierten Betrachtungsweise unterliegt wohl auch jene Auffassung, daß sich ausschließen müßte, wenn sich Künstler mit sozialistischer Weltanschauung antiker Mythen bedienen, biblischen Stoffen oder gar Figuren der Religionsgeschichte huldigen und dergleichen Thematik in der Malerei für durchaus relevant erachten.

Gabriele Mucchi tat das stets vorurteilslos, ohne Rücksicht auf Meinungen von rechts und links, wie es seine Arbeiten im 95. Jahr seines Lebens kontinuierlich belegen.

Mucchi bekam auch geschätzte Aufmerksamkeit in seinen Textvorträgen über Caravaggio, Giotto oder auch über Pierro della Francesca und viele andere große Maler, die er als Zeugen eines stets lebendigen Realismus aufrief. Neue Sichten auf Form und Inhalt wurden dadurch frei und dieser Suche nach Wahrhaftigkeit in der Kunst rückte Kleinmut, Dogmatismus und ideologische Vordergründigkeit aus der kunstästhetischen Betrachtung in das nötige Abseits.

Es versteht sich daher von selbst, wenn ich diese geistige Haltung für kompetent erachte und Mucchis Aufnahme von kirchlich-religiösen Themen und Stoffen in seine künstlerischen Darstellungen auch als Beleg verstehe, Kultur- und Geistesgeschichte in kontinuierlicher Entwicklung, im logischen Zusammenhang ohne Tabuzonen in der Gesellschaft und für die Kunst als verfügbar anzusehen. Jegliche Intoleranz gegenüber religiöser Überzeugung, aber auch gegenüber weltanschaulich-politischer Haltung, wie sie durch die oft ungeistige Entwicklung der letzten 50 oder 100 Jahre begünstigt werden konnte, kann wohl eher durch mutige und geläuterte Künstler als durch Politiker wieder aufgehoben werden.

Nachdem nun ein Weltsystem zusammenbrach, in dem eine Alternative zum Kapitalismus versucht wurde, dürfte es sich ausschließen zu triumphieren. Das eine System erscheint durch das Unterlegensein des anderen in der Welt durchaus nicht als das Ideale!

Der französische Philosoph Liotard bemerkt, daß wir derzeit eine „geistige Wüste“ zu durchschreiten haben.

Ich denke, daß es somit begrüßenswert ist, wenn neue Angebote möglich gemacht werden für eine Wertefindung, die das Zusammenleben diametraler Anschauungen und gemachter Erfahrungen im schöpferischen Zweifel neu zu beleben versuchen!

Für mich erscheint gerade dieses Angebot eines jugendlichen Greises, wie Gabriele Mucchi einer ist, mehr als nur bemerkenswert.

Ich wünsche diesem nun seit 40 Jahren liebgewonnenen Künstler, Freund und Menschen vor allem Kraft und das Gelingen eines guten Bildes.

## **Rede zur Einweihung des Wandbildes von Mucchi in der Altstaakener Dorfkirche**

Meine Damen und Herren!

Scherzhaft und ehrerbietig nennen wir uns, die wir als Kollegen und engste Freunde Gabriele Mucchis seit über 45 Jahren verbunden sind, „Mucchisten“. Joachim John, Maler und Grafiker, von dem diese Bezeichnung seit langem stammt sagte 1999 in einem Text für Gabriele: „Wir sind vom Stamme jener Künstler, denen die Wunder der sichtbaren Welt noch wichtig sind, die aus deren Augenblick ihre schöpferischen Kräfte ziehen, und sich davon ernähren – wollen. Ein Großteil der Magie unserer Existenz liegt für Augenmenschen, für Sehende, für Seher verborgen, in der sichtbaren Welt. Das Geheimnis der Welt, sagt ein Dichter und das gilt vornehmlich für Maler, liegt in ihrer Oberfläche.“ – Mit noch einem „Credo“ sei der Bogen unserer Künstlerdialoge in all den Jahren kurz gerundet, es lautet von Gabriele Mucchi, aus einem Text über Realismus – Realismo italiano von 1989, so:

„Die realistische Malerei, sei es ‚El tres de Mayo‘, sei es ‚Guernica‘ von Pablo Picasso, stellt die Wirklichkeit der Dinge und der Geschehnisse dar, aber so, daß mit dieser Darstellung ein Urteil über das menschliche Wesen und über das Leben der Menschen – als ethische, soziale Kategorie gegeben wird.“ Zugleich erfahren Sie, meine Damen und Herren, damit Mucchis Grundhaltung als ein politisch und zutiefst sozial denkenden Mensch und als einen Künstler, dessen Werk von Hinwendung zu aktuellen Geschehnissen durchdrungen war und ist. Da ich heute nicht auf das ganze illustre 103 jährige Leben dieses Malers eingehen kann, sei Ihnen die Biografie „Verpasste Gelegenheiten“ empfohlen. Ebenfalls ist nicht Ort und Zeit das großartige Werk, sein Schaffen angemessen zu würdigen, dies ist bisher in der DDR hinlänglich geschehen, wie auch in der Galerie Poll am Lützowplatz und fand in der großen Mailänder Ausstellung im „Castello Sforzesco“ zum 100. Geburtstag seinen krönenden vorläufigen Abschluß. – Im Mai diesen Jahres fand Gabriele auf dem Friedrichsfelder Friedhof neben seiner 1. Frau, der Bildhauerin Jenny (Genni), ganz in der Nähe von Käthe Kollwitz seine letzte Ruhe.

In meiner Totenrede habe ich noch dazu aufgerufen, daß sein, ideell alles krönende, letztes konzipiertes Wandbild zur Ausführung kommen möge. Sonst stets über alles was Gabriele und die Familie betrifft bestens informiert, wußte ich nicht, daß durch hartnäckiges stilles und geduldiges Wirken von

Pastor Rauer in seiner Altstaakener Kirche, das Werk bereits der Vollendung entgegen geht. Ein Schüler von Hans Vent, der Maler Joachim Bayer führte es ohne Aufsicht der Schöpfers aus. Wir dürfen gespannt sein, wie ihm das gelungen ist und wie weit er es vermochte, sich in die Diktion Mucchis hinein zu finden. Heute sehen wir die Entwürfe mit all den Gedanken und Studien, die ihren Ausgangspunkt bereits in Vitt auf Rügen hatten. In jener Fischerkapelle an der Nordküste Rügens beschränkte sich Mucchi auf „Menschen im Sturm“, so das Thema, die im Bangen um die Heimkehr der Boote zu Trost und Hoffnung dem heiligen Christopherus mit dem Christusknaben ansichtig werden. 1990 war diese Arbeit vollendet. Die Entwürfe aber mit der Darstellung von Reformatoren; wie Luther, Melanchthon, Bugenhagen, Galvinus und dem Prediger Müntzer wollte Mucchi keineswegs aufgeben und suchte über eine Möglichkeit im Greifswalder Dom weiter bis schließlich ein brisanter Ort, nahe der ehemaligen innerdeutschen Grenze gefunden wurde. Inzwischen reiften diese Studien weiter, bis die heutige Figuration der geistigen Erneuerer von Kirche und Gesellschaft zusammengestellt zur Ausführung drängten. 10 Jahre dauerte das Bemühen allen Mißlichkeiten trotzend.

29.08.2002

## Kurzbiographie Gabriele Mucchi

- Geboren am 25. Juni 1899 in Turin als Sohn des Malers Anton Maria Mucchi
- 1917–1924 Ingenieur- und Architekturstudium in Bologna
- Tätig als Architekt, Übersetzer und Illustrator u.a. von Werken Brechts.
- Leben des italienischen Kommunisten vorrangig in Mailand, Berlin (bereits seit 1928–31) und Paris
- 1933 Heirat mit der Berliner Bildhauerin Jenny Wiegmann
- Vertreter der Gruppe „Novecento Italiano (moderne Malerei)
- 1937 Beteiligung an der Pariser Weltausstellung
- Mitglied der antifaschistischen Künstlervereinigung „Corrente“ im 2. Weltkrieg und Mitbegründer des italienischen "Realismo“
- Lehrt von 1956 bis 1961 als Gastprofessor an der Hochschule für Bildende Kunst in Ost-Berlin und 1960/61 in Greifswald
- 1969 Tod von Jenny Wiegmann in Berlin
- 1973 Heirat mit Susanne Arndt
- Von der Humboldt Universität 1984 zum Doktor honoris causa der Philosophie ernannt
- Lernt auf seinen zahlreichen Reisen u.a. Bertolt Brecht, Käthe Kollwitz und Salvador Allende kennen
- Mucchi macht sich mit seinem sinnlichen Neorealismus durch zahlreiche internationale Ausstellungen einen Namen und verschönert selbst kleine Kirchen mit Wandmalereien
- 1990 Vitt/Rügen: Wandbild ‚Menschen im Sturm‘ dabei Anfang der Vision „Versöhnte Einheit“
- Am 10. Mai 2002 stirbt Gabriele Mucchi in Mailand
- Beigesetzt in Berlin-Friedrichsfelde



Gerald Hubmann

## **Neue Perspektiven. Zum jüngsten Band des „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“**

Das Erscheinen des jüngsten Bandes des „Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus“<sup>1</sup> ist aus mehreren Gründen ein bemerkenswertes Ereignis. Zum einen, weil sich gegenüber den zuvor erschienenen Bänden durch die Aufnahme weiterer Stichwortfelder und Bezugnahmen neue Kontextualisierungen marxistischer Denksammenhänge abzuzeichnen beginnen. Die Sackgasse der Immanenz marxistischer Diskurse wird damit verlassen und weiterführende Perspektiven werden eröffnet. Zum zweiten findet sich in dem Band ein wegweisender Aufsatz von Étienne Balibar zum Stichwort „Gewalt“, der, weit über den üblichen referentiellen Rahmen eines Lexikonartikels hinausgreifend, in prinzipieller Weise das Verhältnis des Marxismus zur Gewaltfrage reflektiert und zum normativen Massstab seiner Zukunft erhebt.

### **I.**

Zunächst zum Aufsatz von Balibar – von dem übrigens, um es gleich vorab zu sagen, ein Separatdruck dringend zu wünschen wäre. Ausgangspunkt seines – nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erheblich erweiterten und am Schluss des vorliegenden Bandes fortgeführten – Artikels zur „Gewalt“<sup>2</sup> ist die Paradoxie, dass der Marxismus zwar einen entscheidenden Beitrag zur Erforschung der strukturellen Modalitäten gesellschaftlicher Gewalt geleistet habe, zugleich aber selbst die Gewaltentfaltung der Moderne forciert habe und überdies nicht in der Lage war, seine eigene Verstrickung in Gewaltpolitik adäquat zu denken: Die Analyse von Gewaltstrukturen der Ausbeutung führte den Marxismus zum Imperativ ihrer gewaltsamen Aufhebung mittels Klassenkampf und Revolution, wobei Geschichtsteologie und

---

1 Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 5: Gegenöffentlichkeit bis Hegemonialapparat. Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug. Hamburg 2001. Nachfolgende Zitate im Text beziehen sich auf die Spalten dieses Bandes.

2 A.a.O. Sp. 693–696 und Sp. 1270–1308.

Fortschrittsoptimismus dem Begreifen dieser eigenen Gewaltpraxis im Wege standen. Zudem führte die Fixierung der marxistischen Theorie auf die Ausbeutung der Arbeit als primäre Herrschafts- und Gewaltform einerseits zur Marginalisierung anderer Gewaltphänomene, andererseits zur Apotheose eigener Gewaltpotentiale, die in den Versuchen zu deren Überwindung lagen. Angesichts dieser blinden Flecken in der eigenen Geschichte geht es für Balibar nunmehr „um den Entwurf einer sowohl theoretischen als auch ethischen Kritik des Marxismus, von der die Möglichkeiten seiner künftigen Verwendung abhängen“ (696).

Diese Problemlage wird in drei grossen Kapiteln expliziert. Der erste Teil ist einer ausführlichen Analyse von Engels' postum veröffentlichter Broschüre „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ gewidmet, die für Balibar als theoretisch avancierteste Auseinandersetzung der Klassiker mit diesem Thema gelten kann, weil Engels' Aufarbeitung der historisch-politischen Konstellationen des Kaiserreiches die Gewaltproblematik in ihren vollen Dimensionen zu erfassen suche. Gewalt bezeichnet „die Antithese zu Recht oder Gerechtigkeit und zugleich deren Verwirklichung oder Ausübung durch die Institution“ (1271), sie kann mithin als revolutionär-konstruktive ebenso wirksam werden oder legitimiert sein wie als destruktive oder als konstitutionelle Staatsgewalt. Diese polyvalente Rolle von Gewalt in der Politik – insbesondere die sozialintegrativen Leistungen einer (Bismarckschen) institutionellen Staatsgewalt auf der einen Seite, und andererseits das Problem, wie aus der unorganisierten, elementaren Gewalt der Volksmassen konstruktive Entwicklungen hervorgehen sollen – hat Engels' Konzeption in Aporien geführt, die letztlich wohl dafür verantwortlich sind, dass der Text Fragment geblieben ist.

Diese letztere Frage nach dem Abbruch des Manuskriptes könnte übrigens nunmehr vielleicht weiterverfolgt werden, durch den glücklichen Umstand, dass seit Herbst 2002 auch der entsprechende Band der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) vorliegt, in dem das umfangreiche Fragment zur „Rolle der Gewalt in der Geschichte“ sowie die überlieferten fünf Vorarbeiten dazu erstmals auf Grundlage der Originalhandschriften vollständig und in chronologischer Anordnung wiedergegeben werden.<sup>3</sup>

---

3 Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Erste Abteilung, Band 31: Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe Oktober 1886 bis Februar 1891. Bearbeitet von Renate Merkel-Melis. Berlin 2002. S. 55–116, S. 610–612 und S. 732–868. – Wobei die Einschätzung der Bearbeiterin, bei dem Text handele es sich um eine „Darstellung der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts aus Engels' Feder“, allerdings zu kurz greift (S. 612; siehe aber die Äusserungen von Engels, etwa auf S. 732f.).

Im zweiten Teil des Aufsatzes werden die Marxsche Gewaltkonzeption und ihre Aporien behandelt. Hier bietet Balibars Relektüre des „Kapital“ als „Abhandlung über die vom Kapitalismus etablierte strukturelle Gewalt“ (1284) brillante Analysen von Aspekten dieses Werkes, die sogar noch dessen Unabgeschlossenheit (jenseits aller biographischen Gründe) in einem gänzlich neuen Licht erscheinen lassen. In ihr könnte sich nämlich für Balibar die Option einer „Pluralität möglicher Entwicklungen“ (1285; vgl. auch 1289) verbergen, der Gedanke, dass die *wirkliche* Geschichte offen ist, weil der Ausgang des Konfliktes zwischen etablierten Institutionen und revolutionären Gegengewalten massgeblich von den Akteuren (beider Seiten!) und ihren Strategien bestimmt werden wird und nicht durch sozioökonomische Strukturen bereits determiniert ist. Eine solche Lesart könnte mancher enigmatischen oder vermeintlich nicht theoriekonformen Marxschen Äusserung – wie etwa den Hinweisen auf eine Reformierbarkeit und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus – neue Plausibilität verleihen.

Aufs Ganze gesehen aber enden, wie Balibar weiter zeigt, auch die Marxschen Gewaltanalysen in Antinomien. Letztlich deshalb, weil sie die politischen Konfrontationen zwischen Proletariat und Kapitalismus geschichtsphilosophisch überhöhen und in messianische Dimensionen überführen. Dann aber ist nicht zu erklären, wie aus den Destruktionskräften der absoluten revolutionären Gewalt die „absolute schöpferische Positivität“ (1283) der neuen Gesellschaft hervorgehen soll. Interessanterweise deckt sich dies mit dem Befund von Herfried Münkler, der an anderer Stelle<sup>4</sup> jüngst die Diktaturkonzeption von Marx untersucht hat und zu dem analogen Schluss gelangt ist, dass hier die Sphäre der genuin politischen Interaktion und Theoriebildung zugunsten von geschichtsphilosophisch legitimierten, apodiktischen Geltungsansprüchen verlassen wird.

In den Ausführungen im dritten Teil kann die Rolle der Gewalt in den marxistischen und postmarxistischen Strömungen umfassend erörtert werden, weil Balibar als Abgrenzungskriterium den „theoretischen Zusammenhang mit den von Marx und Engels gestellten Problemen“ (1292), also ein

---

4 Herfried Münkler: Republik, Demokratie und Diktatur. Die Rezeption von drei antiken Begriffen im politischen Denken der Neuzeit. In: Walter Jens, Bernd Seidensticker (Hg.): *Ferne und Nähe der Antike*. Berlin, New York 2003. S. 69–97, hier: S. 94ff. – Damit wird, wie Münkler herausarbeitet, eine alte Verbindungslinie zwischen Republikanismus und Diktatur als „extrakonstitutioneller Institution zur Aufrechterhaltung der Verfassung“, wie sie von der altrömischen Diktaturkonzeption bis zu Machiavelli und Hume bestanden hat, gekappt; Marx steht insofern für die „Trennung der revolutionären Linken vom demokratischen Republikanismus“ (a.a.O. S. 96).

inhaltliches Moment wählt. So kann er marxistische Theoretiker des 19. und 20. Jahrhunderts – eine Zäsur bildet Lenin, mit dem eine „*Politik der Gewalt*“ (1296) anhebt, während Gewalt zuvor noch stets als revolutionäres Mittel galt –, den westlichen Terrorismus nach 1968, antiimperialistische Befreiungsbewegungen und postkoloniale Kämpfe gleichermaßen abhandeln. Im Fazit der Analyse – und nur dieses kann hier referiert werden – wird dann, „gegen alle marxistischen Theoretiker“ (!), die Vorstellung „Gewalt beherrschen zu können, ohne dass sie auf diejenigen, die sich ihrer bedienen, zurückschlägt“ als „Illusion“ und Hybris kritisiert (1306).

Angesichts des Ausblicks auf eine „Weltwirtschaft der Gewalt bei gleichzeitiger Krise von politischer Repräsentation und staatlicher Souveränität“ (1307) im 21. Jahrhundert wird es deshalb für Balibar zur Aufgabe, künftig nicht nur auf eine Zivilisierung des Staates, sondern auch auf eine Zivilisierung der Revolutionen hinzuwirken. Durch diesen Imperativ der Zivilisierung aber, und das ist die Pointe, werden künftig zu entwickelnde marxistische Optionen per se in den normativen Bezugsrahmen bürgergesellschaftlich-demokratischen Agierens hineingeholt. Damit wird in beeindruckender Weise die Konsequenz aus den Gewaltverstrickungen der marxistisch begründeten Totalitarismen des zwanzigsten Jahrhunderts gezogen.

## II.

Auch die anderen Artikel des Bandes – bei hoher Begriffsdichte: abgehandelt werden 115 (!) Stichworte – bieten durchgängig gehaltvolle Darstellungen, wobei das Themenspektrum auch lange von der marxistischen Forschung vernachlässigte Bereiche wie Geschlechterforschung und Mentalitätsgeschichte (etwa mit Einträgen zu Gewissen, Glück) bis hin zur Theologie einschliesst. Fehlt im 1995 erschienenen Band 2 selbst noch das Stichwort „Bibel“<sup>5</sup>, so finden sich nunmehr in Band 5 ausführliche Darlegungen zu „Glauben“, aber auch zu „Gott“; dabei eröffnet etwa die eigenwillige Definition des letzteren als „Konzentration im ideologischen Gefüge, bei der die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Loyalitätsstränge zusammenlaufen“ (917) durchaus weiterführende Perspektiven, sofern sie nämlich, anders als sonst zumeist üblich, soziologisch ansetzt. Von ebenso grosser Bedeutung ist die Wende hin zu ei-

5 Siehe dort jedoch den knappen, aber bedeutsamen Text von Helmut Gollwitzer zum Lemma „Christentum und Marxismus“. (Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg 1995. Band 2. Sp. 491–495)

ner Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit konkurrierender sozialphilosophischer Theorieansätze. So wird durch den Eintrag zu „Geworfenheit“ nicht nur der Konnex zum Existentialismus von Heidegger bis Sartre und ihren marxistischen Kritikern hergestellt, sondern die Ambivalenz des Begriffes ausgeleuchtet – Geworfenheit deute die Situietheit des Individuums im Ensemble der Produktion und Reproduktion des Lebens ebenso an wie sie sie verschleierte (776) – und damit neue Denkwege eröffnet. Gleiches gilt, um ein letztes Beispiel zu nennen, für den Artikel zum „Habitus“. Unter Rekurs auf diesen Begriff könnte es möglicherweise gelingen, so wird angedeutet (1105), die Aporetik zwischen Struktur- und Handlungstheorie künftighin aufzubrechen.<sup>6</sup> Diesem Sachzusammenhang korrespondiert die Aufnahme des Stichwortes „Gewohnheit“, auch dieses Lemma bislang ein Desiderat in marxistischen Darstellungen, wie der Autor in seinem Aufsatz moniert (753). So eröffnet der Band durch die Erweiterung des Stichwortfeldes und die umfassende Behandlung der Sujets in den einzelnen Beiträgen neue theoretische Perspektiven und Synthesen jenseits der vormalis oft charakteristischen Hermetik marxistischer Diskurse, während in früheren Bänden noch selbst die Diskurstheorie von Habermas „außer Betracht“ geblieben war.<sup>7</sup>

Dennoch sollen im folgenden einige kritische Hinweise gegeben werden, die sich aus der Lektüre ergeben haben: Zum ersten sind die Literaturreferenzen nicht immer auf einem wirklich aktuellen Stand. Dass das zuerst im Jahr 2000 erschienene „*Empire*“ von Negri und Hardt nicht bei den Artikeln zur Globalisierung herangezogen wurde, obgleich dort Literatur bis einschliesslich 2001 ausgewertet wurde,<sup>8</sup> ist ebenso bedauerlich wie das Fehlen von Kittsteiners bedeutender Arbeit zur „Entstehung des modernen Gewissens“<sup>9</sup> beim entsprechenden Lemma. Überhaupt wäre es hilfreich, wenn in den Bibliographien substantielle Titel zum Thema von zwar benutzter, aber vielleicht marginaler Literatur geschieden werden könnten. Zum zweiten sollte zukünftig der gelegentlich noch starke Bezug der Beiträge auf Stichwortnennungen in den Primärquellen bei Marx und Engels eingeschränkt werden, besonders auch angesichts von nunmehr vorliegenden Textsammlungen in digitaler Form, in denen dergleichen leicht zu recherchieren ist. Be-

6 Wobei der Beitrag zum „Habitus“ insgesamt vielleicht etwas zu sehr auf Bourdieu konzentriert erscheint; gerne hätte man mehr über die Begriffskontexte bei Max Weber und Marcel Mauss erfahren, aber auch zu seiner Rolle in der objektiven Hermeneutik.

7 *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Hamburg 1995. Band 2. Sp. 743.

8 Allerdings, dies ist positiv zu würdigen, findet sich ein Hinweis auf das Buch von Negri und Hardt beim Stichwort „Geopolitik“ (Sp. 333).

9 Heinz-Dieter Kittsteiner: *Die Entstehung des modernen Gewissens*. Frankfurt 1992.

züge auf Belegstellen von trivialer Bedeutung könnten deshalb zugunsten der Rekonstruktion von Sach- und Strukturhomologien entfallen.<sup>10</sup> Drittens schliesslich sollten die Autoren auf die Nutzung der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) als Textgrundlage verpflichtet werden. Dem Status eines historisch-kritischen Wörterbuches gemäss gälte es hier, nicht nur den Einband der MEGA zu simulieren, sondern auf deren philologische Standards durchgängig zu rekurrieren.

### III.

Indessen sind die genannten Punkte nicht wirklich von Gewicht. Sie sind als Anregungen zu verstehen, nicht als Einwände. Entscheidend bleibt – zum einen – das Signum des Aufbruches aus einer eingrenzenden Dogmatik hin zum kritischen Bezug auf nichtmarxistische sozialphilosophische Zusammenhänge und Problemstellungen. Zum anderen ist der reflexive Normativismus zu würdigen, der die Grundlinien des neuen Bandes prägt. Wenn der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug im Vorwort die Gewaltfrage „als Prüfstein für die historische Kritik des Marxismus“ bezeichnet und Étienne Balibar die künftige Brauchbarkeit des Marxismus auch von seiner ethischen Selbstkritik abhängig macht (696), so bedeutet dies einen Paradigmenwechsel vom geschichtsteleologisch begründeten zum normativ legitimierten marxistischen Denken. Damit wird das jüngst von Haug beschriebene Anliegen seines Wörterbuch-Projektes, durch das historisch-kritische Verfahren – als rettende Kritik im Sinne Benjamins – anknüpfungsfähige Potentiale marxistischen Denkens freizulegen und deren „geschichtliche Wiedervorlage“ zu ermöglichen, um eine entscheidende Dimension erweitert – zumal auch das pluralistische Konzept seines Wörterbuchs als „einer Welt, in der viele Welten Platz haben“, das zu einem „multizentrischen Marxismus“ beitragen soll, nur auf Grundlage eines normativ gehaltvollen Konsensmodells überhaupt gedacht werden kann.<sup>11</sup>

Seit Kant, nicht erst mit Marx, konstituiert sich in der Moderne Wissenschaft als Verfahren der diskursiven, antidogmatischen Kritik *und* der moralischen Selbstvergewisserung. Mit dem vorliegenden Band ist die Situierung des Unternehmens in solchen umfassenderen Denktraditionen gelungen. Der vom Herausgeber Haug im Vorwort des ersten Bandes (1994) noch beklagte

10 Siehe etwa in Sp. 900, im Beitrag zu „Glück“, die Vermengung von sprichwörtlichem mit terminologischem Wortgebrauch und die Auszählung des Vorkommens von „Gott“ im Werk von Marx und Engels in Sp. 918.

11 Wolfgang Fritz Haug: Eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Band 47. Jahrgang 2001. Heft 4. S. 77–92. Hier S. 87–91.

Hiatus zum „Historischen Wörterbuch der Philosophie“ wurde nunmehr geschlossen.

Armin Jähne

**Rasputin – Antichrist, Heilsbringer oder Friedensapostel?  
Edward Radsinski: Die Geheimakte Rasputin. Neue Erkenntnisse  
über den Dämon am Zarenhofe, Albrecht Knaus Verlag GmbH  
München 2000, 543 S., 2 Karten, 46 Abb.**

„Rasputin, das ist ein Mann, Rasputin hat Bart so groß, damit macht er Fräuleins Bange, keine kann mehr von ihm los. Wenn die Balalaika wimmert und der Wodka fließt in Strömen, Frauenherz wird dann zertrümmert...“ Ein Liedlein der 1950er/60er Jahre, belanglos eigentlich, aber es bedient das landläufige Klischee vom Wüstling Grigorij Rasputin (1869–1916), der sich wegen seines anstößigen Familiennamens und auf Wunsch der Zarin auch Novyj nannte. Für die einen war er damals, am Beginn des 19. Jahrhunderts, als er 1905 in die russische Hauptstadt, nach St. Petersburg, kam, ein Heiliger, ein gottesfürchtiger Starze, Wunderheiler und Wundertäter. Andere wiederum, darunter viele monarchistische und bürgerliche Gegner des zaristischen Hofklüngels, sahen in ihm eine Ausgeburt des Teufels, einen Säufer, Frauenschänder und Dämon des Bösen. Nach den beiden Revolutionen des Jahres 1917, der Februar- und Oktoberrevolution, wurde er Siegern wie Besiegten, also nicht allein den Bolschewiki, zum Symbol für die Verderbtheit und Dekadenz des Zarenregimes. Heute, vor dem Hintergrund nationalistischer Rückbesinnung und wachsender sozialer Kontraste in der russischen Gesellschaft, wird Rasputin für viele zum Abbild des alten, gottgefälligen und einzig rechthabigen Russland, erlebt der Mythos des Gotteskünders seine Wiedergeburt.

Wer war dieser einst einflussreiche, vergötterte und zugleich heftig – bis zum Mord – bekämpfte Mann wirklich? Welcher Art waren seine Beziehungen zur letzten russischen Zarenfamilie, insbesondere zur Zarin Alexandra Fjodorowna? War er vielleicht doch nicht, wie so oft behauptet, die Verworfenheit in Person oder eine Verkörperung des Antichrist? Wer auf diese Fragen, wie es der Schriftsteller, Dramatiker und Fernsehproduzent Edward Radsinski versucht, eine der Wahrheit nahe kommende Antwort finden



will, muss sich zuerst durch einen Wust von privaten und offiziellen Dokumenten, von persönlichen, keineswegs vorurteilslosen Erinnerungen, von geheimpolizeilichen Berichten und Gerichtsprotokollen durcharbeiten. Dabei wird er bald erkennen, dass die Informationen, auf die er sich berufen will, nicht nur widersprüchlich sind, sondern ein Netz aus Irreführungen, Halbwahrheiten und unbewiesenen Behauptungen bilden, hinter dem das Bild Rasputins in einem schwer aufzulösenden Zwielficht bleibt.

Der ausgebildete Archivar Radsinski wusste, worauf er sich einließ, und kannte die Gefahren, die einem Buch drohen, das „neue Erkenntnisse über den Dämon am Zarenhofe“ vermitteln will. Andererseits war er guter Hoffnung, zumal er sich bei seinen Recherchen auf eine offizielle Dokumentensammlung stützen konnte, von der bisher nur Teile bekannt waren: die von ihm als das „Dossier“ bezeichneten Verhörprotokolle der „Außerordentlichen Ermittlungskommission zur Untersuchung der gesetzes- und amtswidrigen Handlungen ehemaliger Minister und anderer Amtspersonen“ aus dem Jahre 1917. Radsinskis Freund, der Musiker und Dirigent Mstislaw Rostropowitsch, hatte das 852 Seiten starke Aktenkonvolut 1995 bei Sotheby's auf einer Auktion erworben. Es enthält Aussagen über Rasputin, die von Freund und Feind stammen, auch von jenen Damen der höheren Gesellschaft, die zu seinen glühenden Verehrerinnen zählten und denen Intimkontakte zum Starez nachgesagt wurden. Sie sind unterschiedlich zu bewerten, nicht in jedem Falle ehrlich und nur in dem politischen Rahmen zu verstehen, der sowohl Rasputin als auch all den Personen vorgegeben war, die mit ihm Umgang pflegten, ihn zu manipulieren suchten oder von ihm benutzt wurden. Sicher spielte der Zufälligkeitfaktor dabei eine verhängnisvolle Rolle, denn wären der Thronfolger nicht Bluter und Zar wie Zarin, was durchaus verständlich ist, nicht so besorgt um ihr einziges männliches Kind gewesen, dann hätte Rasputin nie dauernden Zugang zum Zarenhof gefunden. Aber der Thronerbe war nun einmal schwer krank und der sibirische „Heilige“ für die Zarenfamilie deshalb unabkömmlich.

Ins politische Zentrum Russlands geraten, erfasste den genau beobachtenden, scharf analysierenden, seine mystische Kraft und Seelenkenntnis zielstrebig einsetzenden Rasputin rasch der Strudel des Zeitgeschehens. Es trug ihn empor, er mischte sich ein, schien es zu beeinflussen und wurde letztlich doch als sein Opfer in die kalten Wasser der Malaja Newka hinabgerissen. Radsinski lässt keinen Zweifel: Rasputin kannte seinen Platz. Herrin war, sozial wie politisch, die machtbewusste Zarin. Er jedoch schien ihre politischen Wünsche und Absichten lesen zu können. Sie inspirierte ihn, und er

gab ihr, wie sie es empfand, mit der Kraft höherer Weihe zurück, was sie selbst wollte und zu verwirklichen gedachte. Dass er dabei selbstständig zu denken begann und seit 1915 am politischen Personenkarussell aktiv mitwirkte, lässt sich indes nicht leugnen und wird von Radsinski im Detail belegt.

Ein politisches Band aber gab es, das die Zarin und Rasputin einte. Beide wollten Frieden, er, weil er die Leiden des Volkes, die ein Krieg nur vermehren würde, kannte. Sie wiederum fürchtete in Erinnerung an das Jahr 1905 den Krieg als Vorboten einer neuen Revolution. 1909, als Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn annektiert wurden, sprach sich Rasputin, als der Zar zauderte, in Übereinstimmung mit der Zarin und dem Ministerpräsidenten Stolypin gegen eine militärische Einmischung aus. Das war auch 1912 so, als mit dem Ausbruch des 1. Balkankrieges Russlands gesamte Presse zur Unterstützung der Südslawen aufrief und den raschen Kriegseintritt forderte. Der Zar hielt sich abermals zurück, sehr zum Unwillen der russischen „Falken“. Sie sahen in Rasputin den „Bösewicht“, dessen Einflüsterungen die bewaffnete Intervention letzten Endes verhindert hätten.

Ihm war der Balkan tatsächlich keinen Krieg wert. Vielleicht spielte er sogar über die Zarin als Medium das Zünglein an der Waage, doch letztlich fällt nicht er die Entscheidungen. Den sich 1914 anbahnenden Weltbrand suchte er gleichfalls zu verhindern. In einem der 20 an den Zaren gerichteten Antikriegstelegramme schrieb er u.a.: „Habe keine Worte, sondern unbeschreibliches Grauen. Ich weiß, alle wollen von dir den Krieg ... Gottes Strafe wird schlimm, wenn kein Weg mehr ist. Du bist der Zar... Lass die Irren nicht triumphieren und sich und das Volk zugrunde richten. Alles wird in einem großen Blutbad untergehen.“ Spätestens hier wird deutlich, wie weit einerseits Rasputins Einflussnahme reichte und wie wenig sie andererseits gegen den großen Zeitstrom auszurichten vermochte. Folglich geht Radsinski fehl in der Annahme, dass der sibirische Gottesmann, wäre er nicht am 29. Juni 1914 von einer Attentäterin niedergestochen worden, „womöglich die Einmischung Russlands in den Konflikt (zwischen Österreich-Ungarn und Serbien – A.J.) und folglich den Ersten Weltkrieg hätte stoppen können“.

Kaum hatte Russland im Krieg die ersten bitteren Niederlagen einstecken müssen, begannen seine Politiker, führende Militärs und besonders der mit Nikolai II. und Alexandra Fjodorowna unzufriedene Hochadel nach Sündenböcken zu suchen, die in Rasputin und der Zarin gefunden wurden. Aber weder konnte Rasputin für die russische Misswirtschaft, die fehlende militärische Strategie, die Dummheit und Arroganz der oberen Gesellschafts-

schichten verantwortlich gemacht werden, noch war, wie Radsinski klar herausstellt, die einzig auf die Bewahrung der Autokratie und der Dynastie bedachte Zarin eine Verräterin, deutsche Spionin oder die Geliebte des sibirischen Heiligen. Radsinski hat keine wissenschaftliche Rasputin-Biografie vorgelegt, dafür aber ein sachkundig recherchiertes, spannend gestaltetes Buch über diesen außergewöhnlichen Mann geschrieben. Dabei bettet er das facettenreiche Bild des Starzen in ein beeindruckendes Sittengemälde der morbiden, zerfallenden russischen Gesellschaft zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917. Zwar wissen wir jetzt, dass Rasputin „kein gigantisches Geschlechtsorgan“ besaß, „um das sich schon damals Legenden rankten und später noch weitere ranken würden“, sondern „ein adretter, reinlicher Bauer mit jugendlichem Körper“ war. Es gab aber die unendliche Kette von Frauen, die durch sein Bett huschten, und genügend, die sich ihm verweigerten. Rasputin, ein gleichermaßen tiefreligiöser wie überaus sündiger Mensch, war „die Inkarnation der verblüffenden Fähigkeit des Russen, in der Hülle der fortwährenden Sünde innerlich ein gerechtes Leben zu führen“. Er war eine schillernde Figur im großen Machtspiel anderer, vielleicht sogar, wie Radsinski meint, ein Vorläufer des bäuerlichen Elements, das die Revolutionen von 1917 mittrug. Wirklichkeit und moralische Wertung geraten, nähert man sich dem Phänomen Rasputin, in heftigen Widerstreit. Die oft beschworene historische Wahrheit scheint sich dann ins Unerreichbare zu entfernen.

Herbert Hörz

### **Wie misst man Kompetenz?**

**John Erpenbeck/Lutz von Rosenstiel (Hrsg.), Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag, 2003, 641 S.**

Der Charakter der Arbeit verändert sich. Im fordistischen Kapitalismus erforderte die Produktion materieller Güter disziplinierte Unterordnung unter den Fertigungsprozess. Durch die nun im Vordergrund menschlicher Tätigkeit stehenden Reglungs-, Kontroll- und Überwachungsfunktionen von Steuerungs- und Reglungsprozessen sind andere Fähigkeiten und Fertigkeiten gefragt. Verfahren für die Personalauswahl sollen helfen, den richtigen Einsatz von Beschäftigten zu garantieren. Höchstes Ziel lebenslangen Lernens wird immer mehr der mit interkultureller Kompetenz ausgestattete schöpferische Mensch. Statt des mit Zertifikaten bestätigten prüfbar und abfragbar Wissens geht es um kreativ nutzbare Kenntnisse. Erworbene Qualifikationen weisen solche Kompetenzen nicht aus. Das Diplom attestiert vorhandenes Wissen. Ob es verwertbar genutzt werden kann, ist eine andere Frage. Sie kann eventuell mit Kompetenzmessung besser beantwortet werden. Diesem Thema stellen sich Herausgeber, Verfahrensentwickler und Autoren im Handbuch Kompetenzmessung, das einen ausgezeichneten Überblick über die vor allem in Deutschland entwickelten, erprobten und kommerziell genutzten Verfahren gibt.

Lutz von Rosenstiel, Lehrstuhl für Organisations- und Wirtschaftspsychologie der Münchner Universität, ist einer der Herausgeber. Er ist Vorsitzender des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung berufenen wissenschaftlichen Beirats des Projekts Lernkultur Kompetenzentwicklung, das von der Arbeitsgemeinschaft betriebliche Weiterbildungsforschung (ABWF) initiiert und durch das Projekt Qualitäts-Entwicklungs-Management (QUEM) organisiert wird. Der andere Herausgeber ist John Erpenbeck, Be-

reichsleiter Grundlagenforschung im QUEM. Beide sind ausgewiesene Forscher auf diesem Gebiet und stützen sich auf praktische Erfahrungen. Sie verweisen berechtigt darauf, dass Kompetenz ein Programm und keineswegs ein eindeutig zu definierender Begriff ist. Kompetenzen sind für sie Dispositionen selbstorganisierten Handelns. (S. XI) Diese werden von Qualifikationen unterschieden, die sich in Prüfungssituationen zeigen. Man wird an die früher kursierende Anekdote erinnert, nach der ein guter Hengst im Gestüt, der seine Aufgaben ausgezeichnet erfüllte, den Platz für einen Esel mit Diplom freimachen sollte, als man attestierte Qualifikationen mehr schätzte als erwiesene Kompetenzen.

In der Einführung betrachten die Herausgeber Kompetenzklassen und Kompetenzgruppen, analysieren Kompetenzentwicklung und Kompetenzbeobachtung und charakterisieren Ergebnisse der Kompetenzforschung. Die Konsequenz ihrer Überlegungen zu den Extremen einer rein quantifizierten Kompetenzmessung und zur Ablehnung dieser Methoden ist die Feststellung, dass sich Kompetenzforschung sowohl auf quantitative Messmethoden von Psychologie, Sozialwissenschaften, Pädagogik usw. stützt, als auch Methoden qualitativer Sozialforschung nutzt. „Qualitative Untersuchungen können auch quantitativ, quantitative Untersuchungen müssen auch qualitativ ausgewertet werden. Die moderne Kompetenzforschung bedient sich aller dieser Methoden im Sinne eines pluralistischen Netzwerks von Forschungsprogrammen.“ (S. XXI)

Mögliche Suchstrategien zu Problemlösungen sind Gradientenstrategien, die auf schnellstem Weg zu einem Optimum führen, wobei die Zielfunktion zwar bekannt, doch eventuell schlecht oder unscharf definiert ist, und Evolutionsstrategien für Problemsituationen mit mehrdeutigen Lösungen, wofür individuelle Dispositionen unterschiedlicher Art erforderlich sind. Bei der Gradientenstrategie dominieren fachlich-methodische Kompetenzen die personalen, die sozial-kommunikativen und die aktivitätsbezogenen. Diese sind jedoch zentral bei Evolutionsstrategien, für die fachlich-methodische Kompetenzen zwar eine notwendige doch keine hinreichende Voraussetzung sind. (S. XV)

Die Herausgeber haben eine umfangreiche und bewunderswerte konzeptionelle Arbeit geleistet, die das Handbuch gut überschaubar und nutzbar macht. Durch eine den Autoren vorgegebene Rasterdarstellung, die die wichtigsten Aspekte der jeweiligen Verfahren zusammenfasst, zu denen Titel, Schlagworte, Entwickler, Definition des verwendeten Kompetenzbegriffs, theoretische Grundlagen, methodologische Einordnung, Fehler- und Problemkritik,

der Ablauf des Messprozesses, Referenzen und Literatur gehören, ist es möglich, die Verfahren zu vergleichen und ihre Differenzen zu sehen. Verfahrensgruppen sind unterschieden. Es geht dabei zuerst um Verfahren, die einzelne oder mehrere Grundkompetenzen teils forschend-experimentell, teils praxisorientiert kommerziell messen. Es folgen aggregierende Kompetenzbilanzen, umfassende Kompetenzgitter, kommerzielle Anbieter und exemplarische ausländische Beispiele.

Der Rasterdarstellung folgt eine freie Darstellung, die Verfahrensbesonderheiten, Resultate und Historie erläutert. So erfährt man beim Persönlichkeitsinventar zur Integritätsabschätzung Interessantes über die Geschichte dieses Verfahrens. Im 2. Weltkrieg hatte der amerikanische Militärpsychologe G.L. Betts den Auftrag erhalten, Auswahlinstrumente zu entwickeln, mit denen Rekruten mit kriminellem Hintergrund identifizierbar sein sollten. (S. 9) Die darauf aufbauende Adaptation an zivile Gruppen wurde dann, wegen der wachsenden Sorge um die Bedrohung der Privatsphäre, vom Markt genommen. Dieses Problem greifen nun Theoretiker auf, die den Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft thematisieren, in der Selbstkontrolle und die Kontrolle durch andere dominieren. Kompetenzmessung könnte, bei einseitiger Handhabung, zur Diskriminierung von Menschen führen.

Martin Schem, Entwickler von Response 360°-Feedback, mit dem eine Rundumeinschätzung von Vorgesetzten und Mitarbeitern, von Kolleginnen, Kollegen und relevanten Dritten, wie Kunden, gegeben wird, stellt die Frage, was eigentlich genau erfasst wird. Er verweist auf die Zusammenhänge zwischen Kompetenzeinschätzungen und Persönlichkeitseigenschaften. Hohe Einschätzungen ihrer Kompetenz erhalten diejenigen, die über ein ausgeprägtes implizites Leistungsmotiv verfügen und sich selbst anspruchsvolle Ziele und Aufgaben stellen. Machtmotivierte Personen erhielten dagegen weniger günstige Kompetenzurteile. (S. 319) Doch verweisen die Herausgeber auch auf die Rolle der „Durchreißer“, die gesetzte Ziele unter allen Umständen erreichen, wofür sie bewundert und gefürchtet werden. (S. XVII)

John Erpenbeck, Mitglied der Leibniz-Sozietät, hat mit Volker Heyse und Horst Max vom Trainingszentrum für Personalentwicklung in Regensburg ein Verfahren zur Kompetenz-Diagnostik und -Entwicklung (KODE) entwickelt. Es „ermittelt das Ausprägungsverhältnis der Grundkompetenzen einer Person (personale, aktivitätsbezogene, fachlich-methodische, sozial-kommunikative Kompetenzen) – einmal unter ‚normalen‘, unproblematischen Arbeits- und/oder Lebensbedingungen, einmal unter besonders fordernden, auch belas-

tenden Bedingungen wie Stress, Problemdruck, Konflikt. Beides kann in Form von Selbst- und Fremdbeurteilungen geschehen.“ (S. 366)

Die im Handbuch dargestellten Verfahren, mit denen Kompetenz gemessen wird, dienen der Personalauswahl für bestimmte Aufgaben. Ein Problem scheint mir weiter bedenkenswert zu sein. Kompetenz erweist sich im kommunikativen Handeln. Insofern ist jede Auswahl eine unsichere Prognose, die sich in der Praxis bestätigen kann oder nicht. Welche Rolle könnten soziale Experimente für die Bestätigung oder Widerlegung von Prognosen spielen? Ich gehe von der These aus, dass jeder Mensch Kompetenzen besitzt oder entwickeln kann, doch die Gefahr besteht, sie nicht nutzen oder zeigen zu können. Es wäre also denkbar, ausgewählten Personen Aufgaben zu übertragen, um praktisch Kompetenzprognosen prüfen zu können. Nur scheint mir eine menschenverachtende, profitorientierte Gesellschaft, in der Versagen bei einer bestimmten Aufgabe zur Diffamierung der Person führen kann, kaum geeignet, solche Experimente, in denen Kompetenzen getestet und erworben werden, zu fördern.

Die Kompetenzforschung wird sich so weiter mit Problemen, wie humane Gestaltung der Verfahren, qualitative Bewertung der Ergebnisse, Gefahren für die Integrität und Würde der Menschen, annehmbare Bedingungen für soziale Experimente, deren negativer Ausgang nicht diffamierend genutzt, sondern als Ausgang für weitere verantwortungsvolle Tätigkeit genommen wird, befassen müssen. Das Handbuch ist so eine ausgezeichnete Grundlage für Forscher und Entwickler, eine Fundgrube für Praktiker und eine wichtige Lektüre für Interessierte und Betroffene.